

Stenographischer Bericht

5. Sitzung des Landtages Steiermark

XV. Gesetzgebungsperiode – 14. Feber 2006

I n h a l t :

D1 Einl.Zahl 329/1

Dringliche Anfrage an Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder

Betreff: Aufrechterhaltung und Ausbau des Öffentlichen Personen-, Nah- und Regionalverkehrs (ÖPNRV)

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kröpfl (359)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (360)

Redner: Abg. Hagenauer (364), Abg. Petinger (367), Abg. Straßberger (368), Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (370)

Beschlussfassung (370)

D2 Einl.Zahl 336/1

Dringliche Anfrage an Landesrat Mag. Helmut Hirt

Betreff: Missstände beim Bau des LKH Graz West

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Bacher (370)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Mag. Hirt (373)

Redner: Abg. Hagenauer (380), Landesrat Mag. Hirt (383), Abg. Dr. Murgg (384), Abg. Mag. Drexler (384), Abg. Mag. Ursula Lackner (388), Abg. Bacher (390), Landesrat Mag. Hirt (391)

Beschlussfassung (392)

1. Einl.Zahl 269/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Verfassung, Verwaltung (Personal), Sicherheit, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: Gesetz, mit dem das Landesfeuerwehrgesetz 1979 geändert wird.

Berichterstattung: Abg. Breithuber (295)

Redner: Landeshauptmann Mag. Voves (295), Abg. Breithuber (296), Abg. Dirnberger (297), Abg. Karl Lackner (298)

Beschlussfassung (299)

2. Einl.Zahl 280/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Verfassung, Verwaltung (Personal), Sicherheit, Vereinbarungen und Staatsverträge, Unvereinbarkeit und Immunität

Betreff: Gesetz, mit dem das Gesetz über die Hochwassermedaille, das Hundeabgabengesetz, das Prostitutionsgesetz, das Gesetz über die Mitwirkung der Bundesgendarmerie bei der Vollziehung von Landesgesetzen, das Feuerpolizeigesetz, das Katastrophenschutzgesetz, das Naturschutzgesetz 1976, das Baumschutzgesetz 1989, das Geländefahrzeuggesetz, das Jagdgesetz 1986, das Waldschutzgesetz, das Wettgesetz, das Schischulgesetz 1997, das Berg- und Schiführergesetz 1976, das Abfallwirtschaftsgesetz 2004 und das Leichenbestattungsgesetz 1992 (Steiermärkisches Bundespolizei-Anpassungsgesetz) geändert wird.

Berichterstattung: Abg. Breithuber (299)

Beschlussfassung (399)

3. Einl.Zahl 268/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für europäische Integration und Entwicklungspolitik

Betreff: Vierter Vierteljahresbericht 2005 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstattung: Abg. Stöhrmann (399).

Redner: Abg. Stöhrmann (300), Abg. Majcen (301), Abg. Mag. Zitz (303), Abg. Straßberger (305),
Landeshauptmann Mag. Voves (307), Abg. Riebenbauer (308), Abg. Mag. Drexler (309),
Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker (310)

Beschlussfassung (311)

4. Einl.Zahl 282/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für europäische Integration und Entwicklungspolitik

Betreff: Unterstützung der Initiative "Global Marshall Plan"

Berichterstattung: Abg. Mag. Zitz (311).

Redner: Abg. Böhmer (311), Abg. Ing. Pacher (313), Abg. Lechner-Sonnek (314), Abg. Ederer (316),
Abg. Rieser (317)

Beschlussfassung (318)

5. Einl.Zahl 265/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Betreff: Amtsgebäude Petrifelderstraße 102, KFZ-Prüfstelle - Generalsanierung und Adaptierung mit
Gesamtkosten von netto €2,000.000,00 sowie Auftragsvergabe an die LandesImmobilienesmbH
(LIG), Finanzierung über Zuschlagsmieten ab voraussichtlich 1.1.2007 von jährlich €140.498,40 inkl.
MWSt. auf eine Laufzeit von 20 Jahren (ab dem 11. Verrechnungsjahr €117.082,00) zuzüglich
MWSt. auf Basismiete von jährlich €5.954,02 auf eine Laufzeit von 10 Jahren.

Berichterstattung: Abg. Zenz (318)

Beschlussfassung (318)

6. Einl.Zahl 219/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Kontrolle

Betreff: Prüfung der Förderung des Landes Steiermark an die Tier- und Naturpark Schloss Herberstein
OEG und ihre Begleiteinrichtungen, nach Möglichkeit auch eine Gebarungsprüfung des
Unternehmens.

Berichterstattung: Abg. Dr. Murgg (319)

Redner: Abg. Lechner-Sonnek (319), Abg. Dr. Murgg (322), Abg. Petinger (324), Abg. Mag. Drexler
(326), Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker (328), Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer
(328), Abg. Kröpfl (331), Abg. Riebenbauer (332)

Beschlussfassung (333)

7. Einl.Zahl 296/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Betreff: Senkung der Stromkosten

Berichterstattung: Abg. Hagenauer (333)

Redner: Abg. Hagenauer (334), Abg. Leitner (336)

Beschlussfassung (336)

8. Einl.Zahl 161/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Kontrolle

Betreff: Bericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt Graz (Reihe Steiermark 2005/6);
Verteilung

Berichterstattung: Abg. Hammerl (336)

Redner: Abg. Hammerl (337), Abg. Mag. Rupp (339), Abg. Kaltenecker (339)

Beschlussfassung (340)

9. Einl.Zahl 292/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen
Betreff: Pendlerpauschale als Negativsteuer
Berichterstattung: Abg. Tschernko (340)
Redner: Abg. Ederer (340)
Beschlussfassung (341)

10. Einl.Zahl 162/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Kontrolle
Betreff: Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2005/7); Verteilung
Berichterstattung: Abg. Hagenauer (341)
Redner: Abg. Kasic (341), Abg. Hagenauer (344), Abg. Kainz (345), Abg. Kasic (346), Abg. Schleich (347)
Beschlussfassung (348)

11. Einl.Zahl 247/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Infrastruktur (Abwasser, Abfall, Verkehr, Telekommunikation und dgl.)
Betreff: Start einer "Park and Ride-Offensive" als Teil des Kampfs gegen den Feinstaub
Berichterstattung: Abg. Kolar (349)
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 13
Beschlussfassung (358)

12. Einl.Zahl 63/6

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Infrastruktur (Abwasser, Abfall, Verkehr, Telekommunikation und dgl.)
Betreff: Umlegung der B 73 Kirchbacher Straße, Vollanschluss an den Knoten A2-Graz-Ost
Berichterstattung: Abg. Breithuber (349)
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 13
Beschlussfassung (358)

13. Einl.Zahl 126/6

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Infrastruktur (Abwasser, Abfall, Verkehr, Telekommunikation und dgl.)
Betreff: Lärmschutzmaßnahmen an der Wechsel-Straße, Gemeinden Lafnitz und Schlag bei Thalberg
Berichterstattung: Abg. Konrad (349)
Redner zu den Tagesordnungspunkten 11 bis 13: Abg. Hammerl (351), Abg. Kaltenegger (350), Abg. Böhmer (352), Abg. Hagenauer (352), Abg. Kolar (354), Abg. Petinger (355), Abg. Böhmer (356), Abg. Dr. Murgg (357)
Beschlussfassung (358)

14. Einl.Zahl 217/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Kontrolle
Betreff: Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Voitsberg.
Berichterstattung: Abg. Petinger (392)
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 15
Beschlussfassung (394)

15. Einl.Zahl 218/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Kontrolle

Betreff: Prüfung der Wäschereinigung in den Krankenanstalten der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft m.b.H. insbesondere der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Zentralen Krankenhauswäscherei.

Berichterstattung: Abg. Bacher (392)

Redner zu den Tagesordnungspunkten 14 und 15: Abg. Petinger (393)

Beschlussfassung (394)

16. Einl.Zahl 214/3

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Agrarpolitik (Land- und Forstwirtschaft)

Betreff: Gesetz, mit dem das Steiermärkische Tierzuchtgesetz geändert wird.

Berichterstattung: Abg. Riebenbauer (394)

Redner: Abg. Kaufmann (394), Abg. Riebenbauer (396)

Beschlussfassung (396)

17. Einl.Zahl 270/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Agrarpolitik (Land- und Forstwirtschaft)

Betreff: Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 (STLAO 2001) geändert wird.

Berichterstattung: Abg. Erwin Gruber (396)

Beschlussfassung (397)

18. Einl.Zahl 297/2

Schriftlicher Bericht, Ausschuss für Gemeinden, Regionen, Wohnbau, Bau- und Raumordnung

Betreff: Kinder- und jugendgerechter Wohnbau

Berichterstattung: Abg. Kaltenegger (397)

Redner: Abg. Klimt-Weithaler (397)

Beschlussfassung (398)

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr

Präsident Schrittwieser: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie herzlich zu unserer Landtagssitzung begrüßen. Heute findet die fünfte Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates. Ich begrüße auch weiters, meine Damen und Herren – und ich bedanke mich dafür, dass Schüler und Schülerinnen immer wieder Interesse zeigen an der parlamentarischen Arbeit in der Steiermark - die Schülerinnen und Schüler der 4. A-Klasse des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums Gleisdorf unter der Leitung von Herrn Mag. Roland Pulsinger und Mag. Peter Gerstmann. Herzlich Willkommen und vielen Dank für das Interesse. (*Allgemeiner Beifall*) Ich begrüße weiters in unserer heutigen Sitzung alle Damen und Herren auf der Zuschauertribüne, insbesondere die Abordnungen der Freiwilligen Feuerwehr, das Kommando der Freiwilligen Feuerwehr und freue mich, dass Sie Interesse an unserer Arbeit zeigen.

Ich darf auch mitteilen, dass der Blumengruß am heutigen Valentinstag für die Damen auf ihren Plätzen ein Gruß des SPÖ-Klubs ist beziehungsweise von Klubobmann Walter Kröpfl.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass acht schriftliche Anfragen gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 an folgende Regierungsmitglieder eingebracht wurden:

- LR Mag. Edlinger-Ploder, betreffend Neutrassierung der B 115 Eisenstraße,

- LH Mag. Voves, betreffend Mobiliar mit NS-Symbolen,
- LH Mag. Voves, betreffend Fördermissbrauch im Fall Herberstein,
- LR Seitinger, betreffend Tierschutz und Massentierhaltung,
- LH Mag. Voves, betreffend Konsequenzen aus den Missständen bei der Amtsführung von Organen der Gemeinde Turnau,
- LR Seitinger, betreffend Kontrolle der Lebendtiertransporte in der Steiermark,
- LR Mag. Hirt, betreffend gesundheitliche Schäden durch Feinstaub, und
- LHStv. Dr. Flecker, betreffend Erfüllung der Behinderteneinstellungspflicht durch die steirischen Gemeinden.

Eingebracht wurde am Sonntag, dem 12. Februar 2006, um 17 Uhr 58, eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder, betreffend „Aufrechterhaltung und Ausbau des Öffentlichen Personen-, Nah- und Regionalverkehrs (ÖPNRV)“. Weiters wurde am Montag, dem 13. Februar 2006, um 17 Uhr 45, von Abgeordneten der ÖVP eine Dringliche Anfrage, betreffend „Missstände beim Bau des LKH Graz-West“ an Herrn Landesrat Mag. Helmut Hirt, eingebracht.

Diese Dringlichen Anfragen haben die gemäß § 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde jeweils die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. Diese Anträge haben die erforderliche Unterstützung gemäß § 68 Abs. 4 GeoLT.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfragen findet gemäß § 68 Abs. 4 GeoLT die Wechselrede statt. Die Behandlung dieser Dringlichen Anfragen werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16.00 Uhr beginnen.

Tagesordnung:

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 GeoLT.

1. Tagesordnungspunkt ist der Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 269/1, betreffend Gesetz, mit dem das Landesfeuerwehrgesetz 1979 geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Werner Breithuber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Breithuber (10.08 Uhr): Hoher Landtag!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 269/2.

Der Ausschuss für Verfassung hat in seiner Sitzung am 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Verfassung stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz vom, mit dem das Landesfeuerwehrgesetz 1979 geändert wird.

Ich bitte um Annahme. (10.09 Uhr)

Präsident Schrittwieser: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Breithuber für die Berichterstattung. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Mag. Voves (10.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste!

Ich möchte nicht auf die gesetzliche Änderung, wo es besonders um die Wahlordnung sozusagen innerhalb des Landesfeuerwehrverbandes geht, eingehen. Aber, ich glaube, ich spreche in unser aller Namen, wenn ich mich gerade zu diesem Tagesordnungspunkt zur aktuellen Situation der Schneeka-

tastrophe in Mariazell, im Ausseerland und in anderen Teilen der Obersteiermark melde. Ich möchte diese Möglichkeit wirklich nützen – auch in Anwesenheit einer der höchsten Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes –, dass ich im Namen der Regierung, im Namen des Steiermärkischen Landtags unseren Einsatzorganisationen ein ganz ganz großes Dankeschön ausspreche. (*Allgemeiner Beifall*)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben heute noch – und das wird wahrscheinlich bis Donnerstag so andauern – circa 1.825 Männer und Frauen unserer Einsatzorganisationen im Einsatz. Ich darf sagen – für Mariazell –, dass von der Freiwilligen Feuerwehr 975 Männer im Einsatz und vom Bundesheer 530 Soldaten abgestellt sind. Die wichtige Bergrettung, die die Arbeit in den Höhlen vor allem der Häuser absichert für die anderen Einsatzkräfte, ist mit 40 Mann vertreten und vom Roten Kreuz sowie Polizei sind es 55 Einsatzkräfte. Heute sind also 1.600 in Mariazell im Einsatz und 225 in Aussee.

Ich habe gestern wieder mit dem Herrn Bundesminister für Verteidigung Platter auch ein Telefonat geführt, der uns bis Donnerstag großzügigst Unterstützung seitens des Bundesheeres zugesagt hat. Das heißt, wenn wir Bedarf nach noch mehr Bundesheereinsatzkräften hätten, dann würde er dies jederzeit ermöglichen.

Ich bitte wirklich, alle Einsatzkräfte mögen unseren großen Dank entgegennehmen. Es wurden 1.000 Dächer in Mariazell bereits abgeschaufelt, sehr viele auch in Bad Aussee. Wir wissen alle, dass wir mit – wahrscheinlich – Donnerstag, den Wetterprognosen entsprechend, mit Erwärmung beziehungsweise Regen zu rechnen hätten und dann wären viele Dächer wirklich sehr gefährdet. Wir sind wirklich alle miteinander stolz auf unsere Einsatzorganisationen. Es ist wunderschön zu wissen, in einem Land zu leben, wo Menschen freiwillig – ehrenamtlich überwiegend – bereit sind, derartige Gefahren auf sich zu nehmen, um der Gemeinschaft zur Seite zu stehen. Vielen herzlichen Dank!

Ich darf in dem Zusammenhang auch erwähnen, dass die Grazer Wechselseitige, die sich sicher freut, dass einiges an Schaden verhindert wird, großzügigst dem Steirischen Katastrophenschutz 50.000 Euro zur Verfügung gestellt hat. Mir wurde dieser Scheck heute von Herrn Generaldirektorstellvertreter Dr. Grigg der Grazer Wechselseitigen überreicht, und ich möchte das auch hier erwähnen.

Also haben Sie alle miteinander – und das möge hinaufdringen ins Mariazellerland und ins Ausseerland – vielen vielen herzlichen Dank, wir sind sehr stolz auf Sie. Danke schön! (*Allgemeiner Beifall.* 10.12 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für seine Wortmeldung.

Als Erster zu Wort gemeldet zum Tagesordnungspunkt 1 ist der Herr Abgeordnete Breithuber.

Ich weise darauf hin, dass die Hauptredner der Klubs laut Geschäftsordnung eine Redezeit von 20 Minuten zur Verfügung haben, die Debattenredner 10 Minuten.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Breithuber (10.13 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, Hohes Haus, geschätzte Damen und Herren auf der Zuschauertribüne!

Diese Gesetzesänderung ist ein wichtiges Zeugnis und eine Vorausgabe für die Feuerwehren, damit sie ein Rüstzeug mit bekommen, um solche Einsätze, wie jetzt im Katastropheneinsatz, wie sie der Herr Landeshauptmann erwähnt hat, bewältigen zu können.

Wie gesagt, diese Gesetzesänderung enthält im Wesentlichen die Wahlordnung oder überhaupt nur die Wahlordnung, und zwar die Wahl von Abschnittsfeuerwehrkommandanten – bisher wurden diese ernannt und nunmehr werden diese gewählt –, die verfeinerten Wahlmodalitäten, die Wahl der Kommandanten auf allen Ebenen betreffend, die wesentliche Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten bei der Wahl des Landesfeuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters von derzeit 19 bis 21 Personen auf nunmehr 136 Personen, wodurch die Größe eines Feuerwehrbezirkes berücksichtigt wird; das heißt größerer Feuerwehrbezirk, größere oder mehrere Abschnitte haben auch eine größere Priorität hergestellt, die Ermächtigung des Landesfeuerwehrverbandes zur Erlassung einer Wahlordnung und die Festlegung von Wahljahren für die verschiedenen Funktionsebenen, wobei der Wahlrhythmus von fünf Jahren aufrecht bleibt.

Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass durch diese Änderung dem Land keine zusätzlichen Kosten erwachsen.

Daher bitte ich den Hohen Landtag um Zustimmung zu diesem Gesetz.

Danke vielmals! (*Beifall bei der SPÖ und teilweise ÖVP. 10.14 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Breithuber.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (10.15 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer und Zuseher auf den Rängen, aber vor allem auch werte Feuerwehrkameraden!

Ja, der Herr Landeshauptmann hat es schon angesprochen, welche tolle Einsatzorganisationen wir in der Steiermark haben und dass wir uns glücklich schätzen können, dass hauptberuflich viele tätig sind, aber viele auch ehrenamtlich ihre Freizeit zur Verfügung stellen. Ich darf diesen Dank auch im Namen der Gemeinden aussprechen. Nicht nur dafür, dass die Einsatzorganisationen vor Ort in den Gemeinden helfen, sondern dass das übers Land hinweg selbstverständlich ist, wenn irgendwo in der Steiermark eine Katastrophe hereinbricht, dass man auch bereit ist, in anderen Gemeinden, ja in ganz anderen Regionen zu helfen. Und das ist ja derzeit im Gange! Auch zeigte es wiederum, dass die Initiative der Christgewerkschafter - von Vizepräsidenten Franz Gosch - eigentlich sehr wichtig ist, der Fairness für die Helfer einfordert und dass die arbeitsrechtliche Absicherung doch weiter überdacht und verbessert wird.

Bei dieser Gelegenheit darf ich darauf hinweisen, es sind ja viele Einsatzorganisationen vor Ort bei der Schneekatastrophe, aber die größte ist nun einmal die Freiwillige Feuerwehr mit fast 49.000 Mitgliedern in der Steiermark.

Vor wenigen Wochen wurde der Jahresbericht 2005 bekannt gegeben. Da sind wieder beeindruckende Zahlen enthalten: 42.000 Einsätze wurden getätigt. 193.000 Personen waren aktiv an diesen Einsätzen beteiligt. Über 500.000 Stunden waren dazu notwendig. 8.500 Brände wurden bekämpft und 33.400 technische Einsätze hat es gegeben. In Summe wurden von den Freiwilligen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden 4,95 Millionen ehrenamtliche Stunden geleistet. Das entspricht einem Wert von 1,55 Milliarden Euro.

Wenn sich auch die Situation verändert hat, dass man eigentlich immer mehr Spezialwissen und -fähigkeiten braucht - sei es bei der Brandbekämpfung, aber auch bei den technischen Einsätzen -, so zeigt sich immer wieder, dass es auch Katastrophen, wie Hochwasser oder jetzt Schnee gibt, wo jeder einzelne Feuerwehrmann gebraucht wird, jeder einzelne.

Und diese Diskussion, die immer wieder aufbricht: „Ja brauchen wir so viele Feuerwehren?“ Jeder Einzelne ist wichtig. Gerade, wenn es wochentags ist, wie jetzt, wo man hinauffahren muss nach Mariazell, 1.600 Leute oben sind und ein paar hundert im Ausseerland. Da sind wir gefordert. Und das ist das Schöne, dass das ehrenamtlich funktioniert. Entscheidend ist nur, welche Ausrüstung können wir noch mitgeben und wie können wir das finanzieren? Was mich aber auch besonders stolz macht und für die Zukunft eine tolle Absicherung ist: Dass es auch 5.600 Jungfeuerwehrmänner gibt, die hier die Ehrenamtlichkeit erlernen. Dieser Einsatz ist prägend für das Leben, für das Gemeinschaftsleben. Es ist vorbildlich!

Wir beschließen hier heute eine Gesetzesnovelle, eigentlich eine Wahlnovelle. Das Feuerwehrgesetz besteht aus dem Jahre 1979, ist 1980 in Kraft getreten, wurde 1995 einmal novelliert, mit den Schwerpunkten ASVG-Versicherungsschutz und Erhalt der Betriebsfeuerwehren, aber sonst ist es in groben Zügen noch völlig unverändert aus dem Jahre 1979/80. Diese Wahlnovelle hat zum Ziel, dass die Wahl der Führungskräfte demokratischer, klarer und einheitlicher ist. Der Kollege Breithuber hat es an sich schon angeschnitten. Es hat einen Arbeitskreis beim Landesfeuerwehrverband gegeben, der sich sehr ausführlich mit der Novellierung des Landesfeuerwegesetzes befasst hat und ein Teil davon ist diese Wahlnovelle. Weitere Zielvorstellungen oder Voraussetzungen werden noch diskutiert. Und wenn man von einheitlichen Zeiträumen spricht, 5-Jahres-Rhythmus so wie bei der Gemeinderats-

wahl, so gibt es hier jetzt neu Wahljahre. Mit dem Jahr 2007 soll auf Ortsebene, aber auch auf Abschnittsebene gewählt werden. Ganz konkret steht im Gesetz, dass eigentlich schon ab November 2006 bis 30. Juni 2007 die Kommandanten, sprich Hauptbrandinspektor und Oberbrandinspektor auf Ortsebene gewählt werden. Und ab 1. September 2007 bis 30. November 2007 werden die Abschnittsbrandinspektoren, die Abschnittskommandanten gewählt - völlig neu, früher wurden sie ernannt. Und vom 1. Jänner 2008 – ein weiteres Wahljahr – bis 30. April 2008 werden dann die Bezirkskommandanten, sprich Oberbrandrat und Brandrat gewählt. Und vom 15. Juni 2008 bis 15. Juli 2008 wird dann das Landeskommando gewählt, Landesbranddirektor und Stellvertreter, in geheimen, schriftlichen, getrennten Wahlgängen, was an sich jetzt auch schon üblich ist.

Einiges ist neu – schon erwähnt – Abschnittsbrandinspektoren werden nicht mehr ernannt, sondern gewählt, aber auch neu ist, dass es in Zukunft nur mehr einen Landesbranddirektorstellvertreter gibt. bis jetzt hat die Steiermark als einziges Bundesland zwei gehabt, das. Das ist zurückzuführen auf die Ära Strablegg. Als Herr Landesbranddirektor Strablegg auch Vizepräsident der österreichischen Feuerwehren geworden ist, hat er sehr viel in Österreich zu tun gehabt, war dann unterwegs und seine Vorstellung war, dass ein zweiter Stellvertreter hier ihn entlastet.

Die Zahl der Wahlberechtigten ist angehoben worden - wesentlich angehoben, das ist sicher auch demokratischer. Den Landesbranddirektor wird in Zukunft nicht mehr ein Gremium von ungefähr 20 Personen wählen, sondern von 136. Damit sind größere Bezirke dann auch besser vertreten. Gleich ist nach wie vor, bei den Betriebsfeuerwehren gibt es die Möglichkeit, dass der Betriebsinhaber den Kommandanten ernennt, nimmt er das nicht an, oder führt er das nicht durch, dann wird der Betriebsfeuerwehrkommandant genauso gewählt. Die Voraussetzungen, damit jemand ein Führungsamt in der Feuerwehr bekleiden kann, wurden auch klar geregelt. So muss ein Feuerwehrkommandant einer örtlichen Wehr in Zukunft drei Jahre aktiv beim Feuerwehrdienst sein, er hat dann zwei Jahre Zeit, wenn er die Prüfungen noch nicht hat, auch zu den Prüfungen anzutreten. Und wenn er Abschnittsbrandinspektor oder Bezirkskommandant werden möchten, dann muss er fünf Jahre als aktiver Hauptbrandinspektor oder Oberbrandinspektor tätig gewesen sein. Für den Landesbranddirektor oder für das Landeskommando gilt, dass er fünf Jahre aktiv war als Bezirkskommandant oder Stellvertreter. Das heißt, man hat sich hier ganz klare Gedanken gemacht, dass Praktiker durchgängig bis zum Landesbranddirektor hier in Zukunft am Werken sind, wobei das in der Vergangenheit mehr oder minder auch schon so der Fall war, aber nur ist es jetzt klar im Gesetz geregelt. Auch eine klare Regelung gibt es: Mit 65 Jahren ist Schluss, aus. Da muss man die Funktion abgeben und es findet dann eine Ersatzwahl statt, die innerhalb von acht Wochen durchgeführt werden muss.

Es würde noch einige Punkte geben, die zu erwähnen wären, aber die wichtigsten habe ich erwähnt, weil es für dieses Gremium, das heute hier diesen Beschluss fasst, nicht uninteressant ist, was wir wirklich beschließen und ich mir nicht immer ganz sicher bin, ob diese umfassende Novelle wirklich durchgelesen wurde. In diesem Sinne glaube ich, können wir mit ruhigem Gewissen diesem Vorschlag zustimmen, dieser Regierungsvorlage. Natürlich wird es dort und da draußen wieder dem einen oder anderen nicht passen und wird es zu Diskussionen führen, aber ich glaube, zusammenfassend wie es auch in den Erläuterungen steht, die Wahlvorgänge sind in Zukunft klarer, einheitlicher und demokratisch. In diesem Sinne wünsche ich uns allen weiterhin so aktive Einsatzorganisationen im Interesse unserer Bevölkerung. Danke! *(Beifall bei der ÖVP und SPO. 10.24 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Karl Lackner (10.25 Uhr): Herr Landeshauptmann, Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Regierung, Frauen und Männer in diesem Hohen Haus!

Gleich wie meine Vorredner möchte ich auch festhalten, dass die Feuerwehren in unserem Lande hervorragende Hilfeleistungen in Notfällen erbringen und ehrenamtlich für die Sicherheit und das Leben unserer Bevölkerung unverzichtbare Arbeit leisten. Auch für die Erhaltung von Volksvermögen in Millionenhöhe jährlich haben die Feuerwehren große Verdienste.

Der heutige Tagesordnungspunkt befasst sich vor allem mit der Änderung der Wahlrichtlinie. Wie ich aus der Vorlage aber auch entnehmen konnte, gibt es im Landesfeuerwehrverband einen internen Arbeitskreis, der sich mit dem Landesfeuerwehrgesetz neu befasst. Ich möchte dazu festhalten, dass die Feuerwehren insgesamt in ihren Feuerwehrabschnitten und in den Bezirken über eine hervorragende Einsatz- und Arbeitsökonomie verfügen. Betreffend die Mindestmengenverordnung, das ist die Ausrüstungsverordnung für die Feuerwehren, wäre unter Bedachtnahme der Mitfinanzierung des Landes Steiermark und vor allem auch der Gemeinden über eine neue Ankaufs- und Ausrüstungsökonomie nachzudenken. Ich ersuche diesen internen Arbeitskreis, darüber auch im Rahmen des Feuerwehrgesetzes neu zu beraten. Uns ist völlig klar, bestens ausgerüstet zu sein, ist sicherlich der Wunsch aller Landesverantwortlichen und aller Bürgermeister in diesem Land. Ich könnte mir aber vorstellen, dass über gewisse Doppelausrüstungen auf engstem Raum sicherlich nachzudenken wäre. *(Beifall bei der ÖVP. 10.27 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung.

Bevor ich nun zur Abstimmung komme, weil keine Wortmeldung mehr vorliegt, ich habe vorhin bei der Begrüßung nicht gesehen, dass auch der Landesbranddirektor Franz Hauptmann hier ist. Ich darf ihn noch einmal herzlich begrüßen mit seinem Führungsteam. *(Allgemeiner Beifall)*

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

Bericht des Ausschusses für Verfassung über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 280/1, betreffend Gesetz, mit dem das Gesetz über die Hochwassermedaille, das Hundeabgabegesetz, das Prostitutionsgesetz, das Gesetz über die Mitwirkung der Bundesgendarmerie bei der Vollziehung von Landesgesetzen, das Feuerpolizeigesetz, das Katastrophenschutzgesetz, das Naturschutzgesetz 1976, das Baumschutzgesetz 1989, das Geländefahrzeuggesetz, das Jagdgesetz 1986, das Waldschutzgesetz, das Wettgesetz, das Schischulgesetz 1997, das Berg- und Schiführergesetz 1976, das Abfallwirtschaftsgesetz 2004 und das Leichenbestattungsgesetz 1992 (Steiermärkisches Bundespolizei-Anpassungsgesetz) geändert wird.

Berichterstatter ist hier der Herr Abgeordnete Breithuber. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Breithuber (10.29 Uhr): Hohes Haus!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Verfassung, Einl.Zahl 280/2.

Der Ausschuss für Verfassung hat in seiner Sitzung am 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Verfassung stellt den Antrag, das Gesetz, so wie von Herrn Präsidenten vorgetragen, zu beschließen.

Ich bitte um Annahme. *(10.30 Uhr)*

Präsident: Ich danke für den Bericht. Eine Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

Bericht des Ausschusses für Europa über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 268/1, betreffend Vierter Vierteljahresbericht 2005 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist hier Herr Abgeordneter Bernd Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (10.30 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage Stück 268.

Gemäß Paragraf 5 der Landes-Verfassung vom 23. Juni über den Ausschuss der Europäischen Integration hat die Landesregierung dem Steiermärkischen Landtag vierteljährlich einen Bericht über den Stand der Europäischen Integration zu erstatten.

Der Ausschuss für Europa hat in seiner Sitzung vom 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Der beigeschlossene Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Stand der Europäischen Integration für das vierte Vierteljahr 2005 wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme. (10.31 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seinen Bericht.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordneter Stöhrmann. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Stöhrmann (10.31 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der vierte Vierteljahresbericht über den Stand der Europäischen Integration und Zusammenarbeit wurde von der Abteilung, von Herrn Hofrat Rader und seinen Mitarbeitern, in bekannter Weise sehr akribisch genau, penibel erstellt. Ich bedanke mich sehr herzlich dafür!

Leider, ich habe es im Ausschuss schon bemerkt, ist die Aktualität dieser Berichte hinterfragungswürdig, handelt es sich doch bei diesem vierten Vierteljahresbericht um den letzten Bericht aus dem Jahr 2005. (Abg. Majcen: „5 Wochen!“) Sofort, Herr Kollege Majcen.

Aufgrund des elektronischen Systems ist es ja diesmal gelungen, ihn wesentlich früher hier in diesem Haus zu haben. Aber es war ja auch anders, als wir das PALLAST-System noch nicht hatten. Ich glaube, dass deswegen eine Diskussion über den zweifelsohne bestehenden Arbeitsaufwand, den die Erstellung dieses Berichtes erfordert, Sinn hätte, ob man den Bericht nicht in einer Kurzform bringen und ob man diesen Bericht nicht überhaupt anders gestalten könnte.

In diesem Falle ist in diesem Bericht neben den einführenden Kapiteln über den Stand der Rechtsanpassung in der Steiermark auch das große Kapitel und der Dauerbrenner der Dienstleistungsrichtlinien behandelt. Auch dieser wurde in der Zwischenzeit, wie wir ja wissen, schon abgeschlossen.

Es ist auch der Terminkalender über die österreichische Ratspräsidentschaft in diesem Bericht enthalten. Eine Ratspräsidentschaft, in der wir uns direkt befinden und von der ich eigentlich mit Bedauern feststellen muss, dass von den Vorgängen während dieser Ratspräsidentschaft die Öffentlichkeit sehr wenig Notiz nimmt, sich auch die Medien nicht unbedingt auf dieses Thema „stürzen“. Das finde ich deshalb bedauerlich, weil ich meine, dass dieses große Projekt EU auf jeden Fall mehr Aufmerksamkeit verdient hätte.

Wenn wir hören, dass Österreich einer der großen Profiteure dieser Osterweiterung ist und trotzdem die Meinung der österreichischen Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union auf einem Tiefstand seit Jahren angelangt ist, dann muss uns das zu denken geben. Noch deutlicher versinnbildlicht wird dies dadurch, dass im Burgenland, das in der letzten Programmplanungsperiode Ziel 1-Gebiet war, die EU-Skepsis noch größer ist als im übrigen Österreich. Wir müssen uns fragen, was läuft da schief, wenn schon bei den Aufgaben, die die Aktualität der Wirtschaft, die Wirtschaftsgemeinschaft betreffen, dieses Interesse so klein ist?

Oder vielleicht ist es gerade deswegen, weil sich diese Europäische Union immer mehr zu einer Wirtschaftsgemeinschaft entwickelt und verschiedene andere Dinge, wie Soziales und vor allem das große Friedensprojekt, das es zweifelsohne darstellt, zu kurz kommt?

Über diese Dinge werden wir in Zukunft beraten und wir werden Wege suchen müssen, um das zu verbessern, wobei es für mich ja nicht von ungefähr kommt. Denn allein, wenn wir uns die Arbeit in der Regierung in unserem Landtag anschauen und uns selbst bei der Nase nehmen, dann müssen wir

feststellen, dass auch wir nicht immer den nötigen Ernst bei dieser Sache haben. So gibt es zum Beispiel noch keine namhaften Vertreter aus den verschiedenen Regierungsbüros, die sich mit diesem Problem beschäftigen, und zweifelsohne ist jedes Regierungsbüro davon betroffen.

Wir werden in unserer zukünftigen Ausschussarbeit – ich habe es im vergangenen Ausschuss schon angekündigt – uns mit diesen Dingen befassen. Dazu werde ich mir erlauben, zu einer informellen Sitzung einzuladen, natürlich auch die Abteilung dazu, selbstverständlich auch Vertreter aus den verschiedenen Regierungsbüros, weil ich glaube, dass dies notwendig ist und dass wir auch die Mitarbeiter in den Abteilungen und in den Büros dazu bringen müssen, sich mit dieser Europäischen Union besser zu identifizieren als sie es in der Vergangenheit getan haben, um von Grund auf zu zeigen, dass sich die gesetzgebende Körperschaft und alles was sich darum herum gruppiert intensiv mit diesem Thema auseinandersetzt, um damit auch beispielgebend für die Bevölkerung zu sein. (*Abg. Gödl: „Da müsst ihr mit dem „Gusi“ anfangen!“*) Danke für den Zwischenruf. Gusenbauer steht zu dieser Europäischen Union. Das heißt aber nicht, dass man in Nibelungentreue alles gut heißen muss und nichts dabei zu kritisieren hat. Genauso wie ich glaube, dass auch die diversen Ausflüge, die es dort oder da in der Vergangenheit, aber auch in jüngster Vergangenheit gegeben hat, von einem, wie ich meine, nicht unbedingt autorisierten Team, nicht dazu beitragen, diese Verständigung zu verbessern, sondern, weil ich glaube, dass das auf ordentliche Beine gestellt werden muss, um dementsprechende Vorbildwirkung zu zeigen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das so weit von meiner Seite zu diesem letzten Vierteljahresbericht aus dem Jahre 2005. Ich freue mich auf die zukünftige Ausschussarbeit und ich hoffe, dass alle mit dem gleichen Elan dabei sein werden.

Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ. 10.39 Uhr*)

Präsident: Danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Franz Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (10.39 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuschauer!

Ich gehe unmittelbar auf das ein, was der Kollege Stöhrmann gesagt hat, weil er natürlich zum Teil sehr verschlüsselt die eine oder andere Aussage gemacht hat. Das Erste, zu diesem Vierteljahresbericht. Ich glaube, wir haben ihn noch nie so schnell bekommen, wie wir ihn jetzt bekommen haben. Weil wenn er die letzten drei Monate des Jahres 2005 darstellt, dann ist das jetzt sechs Wochen später durchaus eine akzeptable Form und auch ein akzeptabler Zeitablauf und –verlauf für die Erstellung eines solchen Berichtes. Man kann immer diskutieren, ob man einen Bericht anders macht, ob man ihn kürzer, prägnanter – auch wie das letzte oder vorletzte Mal verlangt wurde von Abgeordneten dieses Hauses – etwas wertender macht, weil dort gesagt wurde, er ist zu EU-freundlich; so kann man sagen, man kann über eine Änderung des Inhaltes immer diskutieren. Eines wird uns nicht erspart werden, die Fülle der Informationen aus dem Bereich der EU ist so groß, dass ich glaube, dass es gut ist, wenn es so eine Zusammenfassung gibt, nach einer bestimmten Systematik so wie sie in diesem Vierteljahresbericht über die Jahre hinweg, übrigens auf Wunsch des Steiermärkischen Landtages gemacht wurde. Wir haben ja seinerzeit verlangt, es möge dem Landtag vierteljährlich ein Bericht gegeben werden über die Dinge, die sich in Brüssel tun. Ich halte ihn nach wie vor für eine hervorragende Zusammenstellung der Ereignisse auf Brüsseler oder auf europäischer Ebene.

Der zweite Punkt, der vom Kollegen Stöhrmann angesprochen wurde als dem Vorsitzenden dieses Ausschusses, war der dieser EU-Skepsis. Natürlich gibt es EU-Skepsis, es gibt sie in allen Ländern. In Österreich ist sie in den letzten Jahren größer geworden, zurückzuführen wahrscheinlich auch auf viele öffentliche, halböffentliche, mediale Wortmeldungen, Darstellungen, Interpretationen, wo von Gegnern oft Negativbeispiele herangezogen werden, um eine ganze Institution lächerlich zu machen. Die Krümmung der Banane, die Krümmung der Gurke, der Traktorsitz in Bayern und ähnliche Dinge. Das sind die Punkte, die vom Lustigkeitswert her interessant sind, die dann häufiger veröffentlicht werden als die vielen, vielen Bemühungen auf europäischer Ebene, die Dinge in Ordnung zu bringen.

Und wenn du Kollege Stöhrmann gesagt hast, wir profitieren, dann ist das richtig. Ich danke insgesamt dem Steirischen Landtag für die bis heute bewiesene faire Skepsis gegenüber der EU. Ich bin völlig der Meinung, man muss nicht alles hinnehmen. Aber ich bin auch der Meinung, dass wir in der Steiermark bisher uns sehr konstruktiv auseinandergesetzt haben. Und ich freue mich, wenn das so weitergeht, weil gerade im politischen Leben es sehr häufig so ist, dass der, der weiter weg ist, kritisiert wird. (Abg. Stöhrmann: „Der Kollege Gödl hat das eigentlich angesprochen.“) Ja, habe ich kein Problem. Als Nebensatz – das muss ich jetzt schon sagen – die „Regierer“ beschäftigen sich nicht ausreichend mit der Materie, kann ich nur sagen, dass ich glaube, dass sich die Regierung, auch unsere Landesregierung, sehr ausführlich mit ihren Fach- und Sachmaterien im Bereich der Europäischen Union beschäftigen. Nur werden wir es wahrscheinlich nicht immer so genau wissen. Und wenn dann von Ausflügen und Ähnlichem gesprochen wird und von nicht autorisierten, dann ist das eine Frage. Autorisiert ist jeder auf der Welt, sich irgendetwas anzuschauen, sich Informationen einzuholen, sich zu befragen, gescheiter zu werden, Hintergründe zu durchleuchten. (Abg. Stöhrmann: „Wenn das ein Ausflug war, habe ich überhaupt nichts dagegen.“) Nein, ich sage es nur. Das wirst du uns ganz sicher nicht vorschreiben, irgendwo hinzufahren ist immer ein Ausflug, weil sonst kommst du nicht hin. Es trifft mich nicht, wenn du traurig bist, dass du nicht dabei warst. Ich habe es für richtig gehalten, dass die „Regierer“, die Regierungsfraktion der Österreichischen Volkspartei sich in ihren Materien um die Dinge gekümmert haben, mit Informationen vor Ort, in vielen Gesprächen. Das kann nicht verboten sein. Das ist im Gegenteil sogar wünschenswert und erlaubt und entspricht dem, was du gesagt hast: Die „Regierer“ sollen sich mehr um die Bereiche kümmern, weil es gibt eine allgemeine Zuständigkeit und es gibt Fachzuständigkeiten. Und die „Regierer“, die dort Fachzuständigkeiten haben, werden sich diese Informationen sehr wohl besorgen und zwar auch ohne vorher irgendwo zu fragen. Und wie gesagt, um irgendwo hinzukommen, muss man irgendwo immer hinfahren und wenn man wo hinfährt, kann man immer sagen, das war ein Ausflug. Ich hoffe, dein heutiger Ausflug von der Obersteiermark nach Graz ist auch ein schöner. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, die vorige Woche durchgeführte „Informationstournee“ hat ganz sicher auch interessante Ergebnisse für die einzelnen „Regierer“ gebracht und daher auch für das Land Steiermark und ist zu begrüßen. Da möchte ich es noch einmal sagen, jede weitere und zusätzliche Informationsfahrt ist sicher von Vorteil und sie wird ja auch in der nächsten, übernächsten, überübernächsten Woche wiederholt werden, mit anderen und von anderen Personen und Zuständigkeitsträgern.

Es ist übrigens ein interessanter Tag heute. Es ist nicht nur der Valentinstag, sondern heute wird auch in Brüssel über die Dienstleistungsrichtlinie, die du angesprochen hast, diskutiert bzw. sogar in erster Lesung abgestimmt. Dann werden wir sehen, ob diese Dienstleistungsrichtlinie so entschärft worden ist vom Ursprungsentwurf her, dass sie allgemeine Zustimmung findet. Es hat zumindest in der vorigen Woche in Wien eine Pressekonferenz der beiden österreichischen Großparteienvertreter dort gegeben, nämlich Karas und Swoboda, und sie haben sich beide über den dort erreichten Kompromiss erfreut gezeigt. Nämlich auf der einen Seite von einer Institution wie der EU zu verlangen, dass sie sich um alles kümmert, auch um das Soziale und andererseits die Regelungen dann abzulehnen, die im Zuge der EU wahrscheinlich sogar wünschenswert sind, weil wir haben ja auch andere Freiheiten im Zuge der EU und diese Dienstleistungsrichtlinie ist inzwischen so formuliert, dass man sagen kann, wahrscheinlich ist sie mehrheitsfähig. Schön wäre es, wenn es noch im ersten halben Jahr so sein könnte. Wobei ich – das ist eine persönliche Anmerkung von mir – manchmal ein bisschen traurig bin darüber, dass wir die Übergangsfristen jetzt wieder verlängert haben. Österreich profitiert am meisten, andererseits sind wir zum Teil am strengsten mit den Übergangsrichtlinien für diejenigen, die bei uns Arbeit finden könnten in Bereichen, wo wir gar nicht genug Personen zur Verfügung stellen können. Also vielleicht tut sich da noch etwas. Jedenfalls ist diese Frist jetzt wieder verlängert worden und in Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie, um es noch einmal zu sagen, halte ich die Bereinigung, die stattgefunden hat, für eine sehr durchdachte - auch die durch die Streichung des so genannten Herkunftsland-Prinzipes entschärfte Richtlinie, mit der man wahrscheinlich in Europa gut leben wird können und daher ist sie zu begrüßen und hoffentlich führt sie bald zu einem Beschluss, weil der Weg ist ja jetzt relativ kompliziert. Erste Lesung und dann noch einmal Überarbeitung und dann irgendwann einmal vielleicht im Sommer oder im Herbst Beschlussfassung. Jedenfalls hat auch die heutige und am

Wochenende in verschiedenen Ländern stattgefundene Demonstration eigentlich nur mehr Erinnerungscharakter gehabt und nicht mehr Demonstrationscharakter. Weil es war gar nichts mehr zu demonstrieren. Die scharfen Zähne, die im Ursprungsentwurf erkennbar waren, sind weg und das, was jetzt übrig geblieben ist – ich möchte das jetzt nicht im Detail ausführen – ist wahrscheinlich für alle akzeptabel und ist auch ein Fortschritt in der Europäischen Union, von der wir uns wünschen, dass sie – wie vorher gesagt wurde – von den Menschen nicht als eine Bevormundung gesehen wird, von der wir uns wünschen, dass sie nicht als Eingriff in innerstaatliche Angelegenheit gesehen wird, von der wir uns aber wünschen, dass es das Friedensprojekt bleibt und dass es für mehr Gerechtigkeit auf vielen Ebenen sorgt, in den Bereichen, die man gemeinsam besser regelt als einsam. Danke. (*Beifall bei der ÖVP. 10.49 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung.
Als Nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (10.50 Uhr): Ja, guten Morgen allerseits!

Wenn ein Angehöriger einer Regierungsfraktion bei einer EU-Debatte mit den Worten „besser gemeinsam als einsam“ endet, dann bin ich immer emotional berührt, weil das erinnert mich an das, was letzte Woche in Wien passiert ist, nämlich dass, wie erwähnt, Svoboda und Karas das erste Mal seit Jahren wieder gemeinsam aufgetreten sind, in bester großkoalitionärer Manier. Das heißt, in der Vorbereitung zum Nationalratswahlkampf bekämpft man sich wo es geht, aber ungewöhnlicherweise haben sich da Rot und Schwarz zusammengesetzt, um diese veränderte Dienstleistungsrichtlinie zu präsentieren.

Ich finde es ausgezeichnet, dass heute in Straßburg vor dem Parlament eine Kundgebung stattfindet, und zwar eine Kundgebung, die von den Gewerkschaften organisiert wurde, mit Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Gruppen aus dem Sozialbereich, aus dem Umweltbereich, aus dem globalisierungskritischen Bereich, von Attac hin bis zu Frauenorganisationen. Ich bin sicher, ohne diesen Druck von außen und ohne diese Kundgebung wäre es nicht möglich gewesen, diese Richtlinie so zu verändern, dass es zu einem Stückelr weniger Sozialdumping nach unten kommt.

Was den Vierteljahresbericht betrifft: Er ist ein Bericht, der aus meiner Sicht sehr professionell erstellt wird. Es ist natürlich ein Bericht, der die EU stark aus den Augen derer sieht, die in dem System sehr eng verankert sind. Und es ist ein Bericht – das ist auch Fakt –, der unterschiedliche Widerstandsformen beziehungsweise Formen einer konstruktiven, aber eben deswegen sehr, sehr energischen Kritik gegenüber der EU nicht immer in dem Ausmaß beinhaltet, wie ich es mir auch wünsche. Von der Bestandsaufnahme und von der Darstellung der Fakten bin ich aber mit dem Bericht durchaus zufrieden, wohl wissend, dass zum Beispiel Aktivitäten aus dem dezidiert frauenpolitischen Bereich, aus dem friedenspolitischen Bereich dort nicht in dem Ausmaß vorkommen, wie es angesichts von globalen Bedrohungsszenarien durchaus notwendig wäre. Der Vierteljahresbericht gibt auch immer wieder Aufschluss, wie stark eigentlich Landespolitik mit der EU verwoben ist – ob uns das schmeckt oder nicht.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, den ich sehr hilfreich finde: Dieser Bericht sagt uns immer wieder, in welchem Bereich die Steiermark EU-Recht nicht umsetzt. Witzigerweise sind das oft Themen, wo ich mir denke, überraschend, aber doch, dass die EU da in ein oder zwei Bereichen, die ich auch konkret ansprechen möchte, mehr für sozialen Ausgleich sorgt als *es* das herrschende Landesrecht macht. Das ist möglicherweise aus Sicht einer Grünen eine überraschende Bestandsaufnahme, aber ich möchte das jetzt auch darstellen.

In diesem Bericht wird unter dem Bereich „Stand der Rechtsanpassung“ darauf hingewiesen, dass die EU eine Verordnung über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hat, also zur Konkretisierung dieses Bereichs der Grundfreiheiten. Da gibt die EU vor – und das finde ich hochinteressant –, dass nämlich auch „soziale Vergünstigungen“ exportiert werden müssen. In der Steiermark haben wir leider Gottes ein Pflegegeldgesetz, das jemand - der oder die in der Steiermark Pflegegeld empfängt und der/die dann in einen anderen Mitgliedsstaat der EU wechseln möchte – daran hindert, dieses Pflegegeld mitzunehmen. Ich finde es interessant, dass ausgerechnet die EU uns vorgibt, dass

auch soziale Vergünstigungen exportiert werden müssen und dass das Bundesland nicht sagen kann, diese „Vergünstigung“ – das Pflegegeld war eine hart erkämpfte Form eines leichteren sozialen Ausgleichs für Leute, die pflegebedürftig oder behindert sind – kann man nur vor Ort konsumieren. Ich halte es für absolut unangemessen, dass man somit gezwungen wird, hier den Wohnsitz zu haben.

Die EU hat aufgrund von massivem Druck es auch zugelassen, dass man Pensionen exportieren darf. Also dass eine Arbeiterin, die unter durchaus ausbeuterischen Bedingungen irgendwo in Deutschland, in Österreich, in Großbritannien, in Niederlande ihr Leben lang gearbeitet hat und dann im Alter, in der Pensionszeit aus unterschiedlichsten Gründen den Staat wechseln möchte, dies auch darf. Lange Zeit war es nicht möglich, dass diese Person ihre erworbene Pension mitnimmt, sondern das ist nur mit ganz massiven Abschlägen gegangen. Im Sinne einer konstruktiv überlegten Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen-Freizügigkeit hat die EU dann von den Mitgliedsstaaten erzwungen, über eine Änderung der Gemeinschaftsverträge, dass es diesen Export der Pension endlich gibt. Das finde ich absolut in Ordnung.

Die Punkte, die ich hoch kritikwürdig finde, sind, dass die Gemeinschaftsverträge so unklar verfasst sind, dass man erstens einmal dauernd den EuGH braucht, den Europäischen Gerichtshof, um diese Lücken zu füllen, und der Gerichtshof teilweise absolut unberechenbar agiert und tendenziell, obwohl mit einigen Ausnahmen natürlich, den Bereich Wettbewerbsfreiheit sehr hoch stellt und in den Bereichen, die in den Gemeinschaftsverträgen aus meiner Sicht fragwürdig oder sehr, sehr unklar geregelt sind, einfach wesentlich großzügigere und tendenziell neoliberal getönte Interpretationen zulässt.

Feststellen möchte ich: Die 25 Mitgliedsstaaten sind die „Herren und Herrinnen der Verträge“. Das, was die Europäische Union und die Gemeinschaft machen, ist – leider – sehr oft genau so viel, wie es die nationalen Regierungen zulassen. Die nationalen Regierungen sind meistens sehr kräftig und lautstark, die EU zu kritisieren und sind dann sehr zurückhaltend und dezent, wenn es darum geht, von der Europäischen Gemeinschaft endlich konkrete Maßnahmen in Richtung Sozialunion einzufordern.

Ich finde es unglaublich, dass wir zwar im Bereich Wettbewerb teilweise sehr ausführliche EU-Bestimmungen haben. Es gibt auch Wettbewerbsbestimmungen, die ich elementar wichtig finde, zum Beispiel ein striktes Vorgehen mit Kartellen. Ich mag keine Kartelle und ich mag keine Monopolstellungen, wo einzelne Leute, wie zum Beispiel Bill Gates von Microsoft, – der dann von der EU schließlich ein Stück zurückgepfiffen wurde – ganz massiv in Richtung Ausnützung ihrer marktbeherrschenden Stellung gehen.

Ich habe aber dann ein massives Problem mit Wettbewerben, wenn in Bereiche eingegriffen wird, die für das Gemeinwohl absolut wichtig sind, und wenn es um Bereiche geht, die schlichtweg nicht kommerzialisiert werden dürfen. Das ist ein großer Teil des Umweltsektors, das ist ein großer Teil des Sozialsektors und das ist ein großer Teil der Maßnahmen, die unter „Gemeinwohl“ laufen. Das kann Stromversorgung sein, Energieversorgung, Wasserversorgung und aus meiner Sicht ganz klar auch ein großer Bereich der Telekommunikation und des Postwesens.

Wie gesagt: Die Mitgliedsstaaten als die „Herren der Verträge“ sind auf der internationalen Ebene sehr, sehr wenig engagiert, um die EU in Richtung Sozialunion zu bringen. Diese Änderungen des Unions- und des Gemeinschaftsvertrags gehen aber nur über eine klare Positionierung der Mitgliedsstaaten, die sich davor bis jetzt sehr konsequent gedrückt haben, selbstverständlich inklusive Österreich - und zwar relativ egal, ob unser Staatschef ein „Roter“ oder ein „Schwarzer“ war.

Und die gleichen Mitgliedsstaaten brauchen dringend zivilgesellschaftlichen Druck, um Themen, wie die Bolkestein-Richtlinie, die Dienstleistungsrichtlinie in eine Form zu bringen, die halbwegs sozial akzeptabel ist. Wie gesagt, ich finde es sehr gut, dass die Gewerkschaften heute diese Kundgebung vor dem Parlament organisiert haben und ich würde sagen, dass diese Modifikation der Dienstleistungsrichtlinie überhaupt nicht möglich gewesen wäre, ohne diesen Druck von unten und zwar diesen Druck mit kreativen Bündnissen.

Ein Thema möchte ich noch ansprechen so neben einer kritischen Bestandsaufnahme der Sozialunion, die in einigen Bereichen - Stichwort Export von Sozialleistungen - überraschenderweise das Bundesland Steiermark unter Druck setzt, die aber bezogen auf eine tatsächliche „Vergemeinschaftung“ von Sozialpolitik und zwar emanzipatorischer Sozialpolitik und Sozialpolitik, die ganz klar zu wenig in Richtung Verteilungsgerechtigkeit und sozialen Ausgleich geht. Da haben die Mitgliedsstaaten der

Union sehr, sehr wenig Freiheit und Spielraum gelassen. Das Treffen der Wettbewerbsminister und -ministerinnen ist im April, also in einigen Monaten in Graz, nachdem es unsere Bundesminister und -ministerinnen geschafft haben, immer sehr geschickt, strategisch das jeweilige Ministertreffen in ihr Heimatland zu bringen. In Klagenfurt Treffen der Sozialminister und -ministerinnen, in Graz über Bartenstein Treffen der Wettbewerbsminister und -ministerinnen. Ich erwarte mir, dass es rund um diese Treffen selbstverständlich einen aktiven sozialen Dialog gibt mit den Sozialplattformen, mit Gruppen wie Attack, mit Leuten aus dem gewerkschaftlichen Bereich. Ich selber bin leider nicht mehr Gewerkschaftsmitglied, weil ich lange bei der GPA war und bekanntlich keine Angestellte mehr bin, als Landtagsabgeordnete, was mir sehr, sehr leid tut. (*Abg. Mag. Drexler: „Kann man aber Mitglied sein!“*) Kann man trotzdem Mitglied werden? Wirklich? Das ist ein Supertipp! (*LH Mag. Voves: „Da kann man freiwillig Mitglied sein. Ich bin auch Mitglied.“*) Sie sind auch Mitglied? Da habe ich einen Erkenntnisgewinn und kann endlich dem Kollegen Zenz ein kritisches, widerstandsfähiges grünes Mitglied mehr beschenken in seiner Gewerkschaft, der GPA. Wir werden miteinander Freude haben – nicht immer, aber zuweilen. Okay.

Zurückkommend auf die Einschätzung des Vierteljahresberichtes und die Europäischen Union. Aus meiner Sicht wäre es wichtig, dass man im Bereich der Europäischen Union einerseits sehr, sehr genau hinschaut, wo die Union emanzipatorisch und befreiend wirkt. Das ist dezidiert im Bereich der Menschenrechte. Und wir hätten viele, viele Gesetzesnovellen in der Steiermark und viele zivile Widerstandsformen nie auf die Reihe gebracht, wenn die Union nicht uns einfach im Bereich der liberalen Menschenrechte eine hohe Vorgabe machen würde. Wir hätten das Strafgesetzbuch nicht zwangsweise novellieren müssen, wenn nicht die EU bezüglich Diskriminierung von Lesben und Schwulen uns da eine ganz klare Aufgabe gegeben hätte. Und gleichzeitig haben wir von der Union aber, was den Bereich Gentechnik, kritischen Umgang mit der Gentechnik betrifft, katastrophale Vorgaben, weil die Union da in einer völlig falsch verstandenen „Zuneigung“ zum freien Wettbewerb einerseits die Agrarformen und die Formen der Lebensmittelproduktion brutal diskriminiert, die dezidiert auf Gentechnik verzichten wollen und jene Vertriebsformen und Produktformen privilegiert, die dezidiert Gentechnik anwenden. Und das WTO-Urteil, das vor kurzem über die EU hereingebrochen ist, das sehe ich nur mit sehr, sehr begrenzter Freude. Ich wünsche mir da einfach auf dieser Ebene eine wesentlich engagiertere, widerständigere und auch autonomere europäische Agrar- und Sozialpolitik, die in Richtung Integration geht, die in Richtung klare Verteilungsgerechtigkeit geht und die zum Beispiel auch in die Richtung geht, dass man nicht fatale innerstaatliche Entwicklungen wie eine Gruppenbesteuerung nicht nur zulässt, sondern letztendlich sogar ermutigt.

Okay, das war von Grüner Seite das Resümee zum EU-Vierteljahresbericht. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen. 11.03 Uhr*)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete, für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (11.03 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungsglieder, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich glaube, dass Information von und aus der Europäischen Union auch eine gewisse Holschuld und keine Bringschuld ist oder nicht nur eine Bringschuld, das sage ich ganz deutlich. Und wenn man natürlich vor Ort sein darf, erfährt man spezifische Sachthemen anders als über Berichterstattungen oder andere Zugänge. Wenn man noch dazu bei solchen Besuchen Erfolge einfahren kann, dass das eine oder andere Regierungsglied aus unserer Steiermärkischen Landesregierung Großveranstaltungen nach Graz bringen kann, dann glaube ich, ist es gut so und es ist hier niemand aufgehoben, ebenfalls das zu tun. Wir haben aus den vorherigen Wortmeldungen spezifische Teile gehört und ich möchte hier natürlich zum vierten Vierteljahresbericht im Bereich der Finanzen Stellung nehmen. Verehrte Damen und Herren, dieser Bericht ist hervorragend. Ich darf mich auch hier herzlich bedanken bei den Autoren und er befasst sich auch notgedrungen mit den Finanzhaushalten der Europäischen Union. Dieser Finanzhaushalt von 2007 bis 2013 ist ja auf „Messers Schneide“ gestanden. Wir wissen, dass die Präsidentschaft von den Briten geführt wurde und gerade bei den Verhandlungen des Europäischen

Finanzhaushaltes wäre der ländliche Raum schwer unter die Räder gekommen. Ich sage das ganz offen. Denn die Engländer sind wohl privilegiert beim Zahlen, aber beim mehr Zahlen oder bei gewissen Gleichberechtigungen haben sie sich wieder aus ihrer Pflicht zurück genommen. Es gilt hier, einen großen Dank an unsere Regierungsvertreter auszusprechen, an der Spitze Herrn Bundeskanzler Wolfgang Schüssel für das gute Haushaltsergebnis, das für Österreich für die Zeit 2007 bis 2013 erwirkt wurde.

Wenn ich gemeint habe den ländlichen Raum, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann soll man endlich einmal aufhören, den ländlichen Raum nur immer der Land- und Forstwirtschaft zuzuordnen, sondern der ländliche Raum, verehrte Damen und Herren, ist für die gesamte Gesellschaft von großer Bedeutung und das hat uns auch im Finanzbereich Herr Reimer Böge, das ist der stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses auf europäischem Gebiet gesagt. Der ländliche Raum – ich habe es schon gesagt, betrifft Land- und Forstwirtschaft – sehr wohl, aber betrifft auch den Tourismus, betrifft den Erholungsraum und vor allem auch den sportlichen Bereich. Im ländlichen Raum ist auch ein überwiegender Teil der Arbeitsplätze angesiedelt. Die Finanzvorschau für 2007 bis 2013 erstreckt sich auf sieben Jahre für eine Europäische Union mit 27 Mitgliedsstaaten, verehrte Damen und Herren - denn 2007 sollen ja auch Rumänien und Bulgarien beitreten - und gliedert sich letztendlich in drei Teile, die Ausgaben, die Einnahmen und Überprüfungen und Kontrolle. (*Landesrat Wegscheider: „Ach, das ist ein Blödsinn.“*)

Die Ausgaben in dieser Finanzvorschau sind in fünf Rubriken gegliedert und ich darf Ihnen die Zahlen ganz kurz mitteilen:

1. Nachhaltiges Wachstum 379 Milliarden Euro,
2. nachhaltige Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen 371 Milliarden Euro – ich lasse die Millionen hinten weg, verehrte Damen und Herren,
3. Unionsbürgschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht insgesamt 10,2 Milliarden Euro,
4. die EU als globaler Partner 50 Milliarden und dann
5. in der Verwaltung auch 50 Milliarden.

In Summe ist dieses Budget 862.363,000.000 Euro. Verehrte Damen und Herren, das muss man sich einmal vorstellen, was das für Summen sind.

Letztendlich ist das so, dass die bei weitem größten Ausgabenposten beim nachhaltigen Wachstum und auch bei der nachhaltigen Bewirtschaftung und Schutz der natürlichen Ressourcen angesetzt sind. Das Gesamtziel der Europäischen Union, verehrte Damen und Herren, im Bereich des Finanzhaushaltes ist, die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und Arbeitsplätze zu schaffen. No na, das ist die Aufgabe aller Verantwortungsträger auf allen Ebenen. Für diese Ziele wurden zur Konvergenz die Ausgaben mit 60 Prozent und für Wettbewerb und Beschäftigung mit 75 Prozent festgelegt. Dieser Prozentsatz ist der Durchschnitt für den gesamten Zeitraum auch in der Folge.

Zu den Einnahmen: Ich weiß, das sind alles trockene Zahlen. Die Obergrenze der Eigenmittel ist 1,31 Prozent vom Bruttonationaleinkommen der Europäischen Union und 1,24 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Europäischen Union für die Mittel zur Zahlung. Ab 2013 klinkt sich Großbritannien dann bei der Finanzierung der 2004 neu dazugekommenen Länder ein.

Zur Überprüfung: Die Europäische Union soll eine Neubewertung des gesamten Finanzhaushaltes anstellen, um den Modernisierungsprozess zu unterstützen und zu stärken. Das heißt, die Kommission soll die Ausgaben vollständig überprüfen und einen Bericht im Jahr 2008 und 2009 dann erstatten. Das Ergebnis wird dann vom Europäischen Rat behandelt und hier gibt es dann auch Beschlüsse. Das soll die Grundlage für die nächste Finanzvorschau über 2013 hinaus auch sein.

Die wichtigsten Kernfragen, und das ist in diesem Vierteljahresbericht sehr deutlich herausgekommen, für die zukünftigen Finanzpläne, verehrte Damen und Herren, sind zum einen Flexibilität – ist in allen Bereichen gefordert, Reformen für die Zukunft – diese Bewahrungsmethode „nichts machen, es passiert schon nichts“ ist Vergangenheit. Ausgabenstrukturen sind neu zu ordnen. Wir wissen, dass es hier immer wieder Reparaturen gibt. Modernisierung des Haushaltes. Vor allem wurde uns auch von verschiedenen Experten in Brüssel gesagt, die Haushaltsdisziplin ist Nummer eins, auch auf europäischer Ebene, verehrte Damen und Herren.

All diese fünf Punkte gelten auch für den nationalen Haushalt, für den Landeshaushalt und für den Gemeindehaushalt. Ich glaube, dass wir hier alle aufgefordert sind, in Zukunft diese Budgetdisziplin auch auf Landesebene einzuhalten und nicht blauäugig durch das Land zu gehen.

Verehrte Damen und Herren, die Präsidentschaft ist eine große Herausforderung für ein Land und jedes Land freut sich darüber. Wenn man oft gehört hat, brauchen wir das überhaupt, dann ist hier diese Meinung falsch am Platz. Jede Bundesregierung, egal welchen Couleurs sie zuzuordnen ist, bemüht sich und gibt das Beste für diese sechs Monate. Es ist schon angesprochen worden, es ist verständlich, dass hier auf Bundesebene von der SPÖ oder vom SPÖ-Vorsitzenden eine Anti-EU-Haltung eingenommen wird. Das nenne ich politische Kindesweglegung oder politisches Kleingeld für die Nationalratswahl 2006 zu kassieren. Das kann man in den Medien verfolgen.

Verehrte Damen und Herren, die EU-Fanatiker Dr. Androsch und Dr. Vranitzky äußern sich ja des Öfteren in Interviews (*Glockenzeichen des Präsidenten!*) und nehmen dazu Stellung. Ich glaube, dass hier ein Umdenken unbedingt stattfinden soll.

Nochmals: Dieser Vierteljahresbericht ist sehr sehr umfangreich, sehr ordentlich gemacht und ich darf mich hier nochmals herzlich bedanken bei den Autoren – ich wiederhole mich. Und alle diejenigen, die sich hier auflehnen, weil eine politische Fraktion mit allen VP-Regierern nach Brüssel gefahren ist, um sich zu erkundigen, um Erkundigungen einzuholen, die sollen sich selbst auf den Weg machen.

Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der ÖVP. 11.13 Uhr*)

Präsident: Ich danke für die Wortmeldung und erteile Herrn Landeshauptmann Mag. Voves das Wort. Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Voves (11.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar für die Wortmeldungen des Ausschussvorsitzenden und der Ausschussmitglieder. Ich habe mich mit Kollegen Schützenhöfer gerade kurz abgesprochen. Ich glaube das, was uns aus steirischer Sicht wirklich fehlt, ist, dass wir das Thema Europa noch wesentlich aktiver angehen. Das heißt, wir wissen, welche Auswirkungen EU-Entscheidungen auf die Landesverwaltung haben. Zu oft warten wir auf diese Entscheidungen, ohne uns zuvor aktiv mit unseren steirischen Interessen einzubringen und das entsprechende Lobbying dann auch in Brüssel zu betreiben.

Ich bin am Donnerstag im Ausschuss der Regionen als steirischer Delegierter. Wir haben dort wieder sehr intensive Diskussionen zu sehr sehr wichtigen Themen. Es ist daher auch in Zukunft von größtem Interesse für mich und auch für Kollegen Schützenhöfer, der mich ja im Ausschuss der Regionen vertritt, dass wir wirklich gefüttert mit steirischen Eigeninitiativen und –interessen nach Brüssel in den Ausschuss der Regionen kommen, aber über den Ausschuss hinaus auch wirklich bei den entsprechenden Kommissarinnen und Kommissaren, bei den Generaldirektionen in Brüssel direktes Lobbying betreiben.

Ich werde daher – das Arbeitsprogramm der EU ist bekannt – in die Landesregierung demnächst dieses Arbeitsprogramm als Information einbringen, aber auch mit dem Wunsch, dass ich von allen Regierungsmitgliedern wirklich konkret unsere Wünsche, Sorgen, Probleme der Steiermark zu diesen Arbeitsprogramminhalten aus steirischer Sicht „serviert“ bekomme, wir das intensiv behandeln und dann ein wirklich sehr fokussiertes Lobbying in Brüssel stattfinden kann.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, dass Landesrat Wegscheider eine derartige Initiative jetzt gesetzt hat. Er hat ein Positionspapier zum Thema Luftqualität erarbeitet, aus steirischer Sicht, und wird am 21./22. in Brüssel dazu Lobbying aus Sicht der Steiermark betreiben.

Ich glaube, das ist wichtig, und da bitte geht es für mich über alle Fraktionen. Wir sind alle aufgerufen, uns in unseren Verantwortlichkeiten hier wesentlich aktiver einzubringen. Die ganze Entwicklung in der EU, wie wir wissen, in den letzten zwei, drei Jahren hat mit sich gebracht, dass man bereit ist, auf die regionalen Interessen wesentlich stärker als bis jetzt einzugehen. Wir müssen uns sehr stark auch wirklich zu Wort melden - aktiv, nicht abwartend, was auf uns zukommt - und dann erkennen, was wir in der Landesverwaltung – Kollegin Zitz hat es angesprochen – nachzuvollziehen haben. Wir müssen aktiv sein! Daher denke ich daran, dass dort, wo es EU-Ansprechpartner/partnerinnen in den Ressorts

noch nicht gibt, in unseren Ressortbereichen, ich darauf drängen werde, dass es ganz klare EU-Ansprechpartnerinnen/partner gibt, die sich mit diesem Thema beschäftigen. Ich weiß, dass dies in vielen Bereichen ohnedies der Fall ist. Aber dort, wo das nicht der Fall ist, möchte ich darauf drängen, dass das wirklich vorhanden ist und dass wir diesen Leuten, den Ansprechpartnerinnen/partnern in den Ressortbereichen der einzelnen politischen Verantwortlichkeiten, auch entsprechende Ausbildung zuteil werden lassen. Ob das jetzt die Landesverwaltungsakademie ist, die Fachabteilung 1E direkt, wir müssen natürlich auch die entsprechende Schulung zuteil werden lassen. Ich denke mir, dass wir als Incentive dann ruhig für diese Ansprechpartner in den Ressorts auch entsprechend zwei Tage der Schulung direkt in Brüssel gewähren sollten, damit hier die volle Identifikation mit diesem Thema noch zusätzlich gegeben ist. Darüber möchte ich alle Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter dann entsprechend informieren, dass man ein EU-Praktikum, sozusagen auf Beamtenebene, über die Fachabteilung 1E organisiert, faktisch machen kann. Ich glaube, das ist sehr wichtig.

Wir sollten uns dann evaluierend auf Regierungsebene mit dem beschäftigen: Was ist uns bei dem, was wir von Brüssel wollten, nach einem Jahr, auf Regierungsebene auch besprochen, wirklich gelungen in diesen Fragen?

Also, wesentlich aktiver dieses Thema angehen. Ich habe gegen Ausflüge gar nichts, ich mache meinen Ausflug am Donnerstag. Jede Delegation, die etwas für die Steiermark mitbringt, was wir positiv verarbeiten können, ist wichtig.

Das ist auch unsere gemeinsame Aufgabe.

Herzlichen Dank! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP. 11.18 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann und erteile Herrn Abgeordneten Riebenbauer das Wort.

Abg. Riebenbauer (11.18 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mich eigentlich schon vorher zu Wort gemeldet, aber es passt jetzt wirklich hundertprozentig darauf, Herr Landeshauptmann, zu dem, was Sie gesagt haben. Ich werde mich in die Debatte aktiv einbringen, weil es auch notwendig ist. Ein Teil dieses vierten Vierteljahresberichtes befasst sich ja mit der Thematik oder mit dem Wunsch der Vereinfachung der europäischen Agrarpolitik und Abbau der Bürokratie das ist einfach ein Punkt vieler Bäuerinnen und Bauern auch in der Steiermark. Und unser Bauernbundpräsident Grillitsch hat massiv in Brüssel eingefordert, dass wir mehr vernünftigen Bürokratismus haben und weniger Bürokratie und weniger Verwaltung. Hier geht es vor allen Dingen auch um die Kontrollen. Und das ist unseren Bäuerinnen und Bauern schon klar und ganz bewusst, Kontrollen müssen sein, aber sie müssen Hand und Fuß haben und sie müssen vor allen Dingen nachvollziehbar sein und es darf keine Doppelkontrollen geben. Diese Kontrollen basieren ja vielfach aufgrund von Ausgleichszahlungen, die die Landwirtschaft bekommt. Ich muss immer wieder versuchen zu erklären, warum wir diese Ausgleichszahlungen bekommen. Sie sind einfach ein Ausgleich für die Nachteile, die wir aufgrund unserer kleinen Strukturen, aufgrund unserer kleinen Betriebsgrößen haben, wo wir mit anderen EU-Ländern einfach nicht mitkönnen, weil es uns nicht möglich ist, wo wir erschwerte Bedingungen haben, wo wir viel mehr Hofzufahrtswege haben als viele andere Regionen und so weiter. Diese Ausgleichszahlungen sind natürlich auch – und das muss uns ganz klar und bewusst sein – ein Ausgleich für sinkende Produktionspreise. Die Produktionspreise stagnieren oder sinken. Ich möchte das jetzt eigentlich mit einer Zahl versuchen zu erklären. Es ist eine deutsche Statistik, damit das auch klar ist. Zwei Zahlen: Im Jahre 1970 musste ein Arbeitnehmer in Deutschland 96 Minuten für 1 Kilogramm Schweinekotelett arbeiten, im Jahre 2004 muss der gleiche Arbeitnehmer in Deutschland 22 Minuten für 1 Kilogramm Schweinekotelett arbeiten. Ich will mit dieser Zahl eigentlich nur beweisen, dass diese Ausgleichszahlungen auch dem Konsumenten dienen und damit auch den Produktionspreis und somit auch den Preis für den Konsumenten stützen.

Auch zur Klarheit: Jeder Landwirt, jede Bäuerin, jeder Bauer unterschreibt mit seinem Mehrfachantrag selbstverständlich auch, dass er diese Richtlinie einhält und dass er bereit ist, die Kontrolle auf seinem Betrieb über sich ergehen zu lassen. Wir glauben einfach, dass diese Kontrollen genug sind

und dass sie nicht mehr sein müssen und dass in gewissen Bereichen ein gewisser Bürokratieabbau stattfinden kann. Ich freue mich, Herr Landeshauptmann, wenn Sie uns dabei in Brüssel unterstützen und dass wir gemeinsam arbeiten. Ich sage das jetzt gar nicht politisch – es muss unser gemeinsamer Wille sein, dass dieser Bürokratismus nicht noch mehr aufgebaut, nicht noch mehr aufgebläht wird, sondern dass er Hand und Fuß hat und dass er nachvollziehbar ist. Da kann ich den Herrn Nationalrat Kräuter nicht verstehen, wenn er sagt, diese Förderzahlungen der Landwirtschaft gehören noch mehr kontrolliert. Ich bin überzeugt davon, wenn es unser gemeinsamer Wille ist, dann wird es uns gelingen, dass wir einen Teil des Bürokratismus abbauen, sodass wir in der Bewirtschaftung unserer bäuerlichen Betriebe auch in Zukunft noch mehr Freude haben. Danke fürs Zuhören! (*Beifall bei der ÖVP. 11.22 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Drexler. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Drexler (11.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, verehrte Regierungsglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben nun einiges in dieser Europadebatte bereits gehört, Landwirtschaft, Dienstleistungsrichtlinie, die ökonomische Entwicklung Europas, Sozialunion, Sozialdumping möglicherweise und dergleichen mehr. Ich glaube, das waren allesamt wesentliche und wichtige Beiträge für einen lebendigen Diskurs über den Fortgang der europäischen Integration und das Verhältnis der Steiermark zur Europäischen Union und unsere Rolle innerhalb der Europäischen Union.

Erlauben Sie mir aber einen kleinen Themenwechsel. Ich möchte die heutige Europadebatte im Steiermärkischen Landtag nicht vorbeiziehen lassen, ohne ein Thema angesprochen zu haben, das Europa in den letzten zwei, drei Wochen sehr intensiv beschäftigt hat und meines Erachtens *in Zukunft* noch intensiver beschäftigen muss. Meine Damen und Herren, es wird die Europäische Union immer wieder auch als Wertegemeinschaft beschrieben. Ich glaube daher, dass es notwendig ist, sich auch zu äußern, wenn die europäischen Werte herausgefordert und gefordert sind und wenn vor allem auch ein klares Bekenntnis zu europäischen Werten eingefordert ist, insbesondere von demokratisch gewählten Abgeordneten.

Meine Damen und Herren, es ist kein Zufall, wenn ich durch unseren Ausflug in Brüssel begünstigt, sage ich gleich dazu, was den Kauf betroffen hat, heute eine europäische und eine dänische Flagge am Revers trage. Sie haben damit vernommen, um welche Debatte es mir geht. Meine Damen und Herren, wenn man Europa als Wertegemeinschaft versteht, dann braucht es ein klares Bekenntnis zu diesen europäischen Werten der Aufklärung, zu den bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechten, nicht zuletzt auch zu einem klaren Bekenntnis zu einem säkularisierten Europa und einer klaren Trennung von Staat und staatlichen Institutionen auf der einen Seite und der Kirche, welche immer Sie jetzt auch meinen wollen auf der anderen Seite.

In so ferne kann es meines Erachtens nicht hingenommen werden oder ich persönlich bin es leid, wenn ein stetiger Angriff auf diese europäischen Werte vorgetragen und vielfach viel zu oft meines Erachtens einfach hingenommen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage, hier sind wir als demokratische Mandatare gefordert. Ein wesentlicher Wert Europas ist mit Sicherheit die Toleranz. Aber meine Damen und Herren, eines ist auch klar, es kann und darf keine Toleranz mit der Intoleranz geben. Das ist, wenn Sie so wollen, die scheinende Ausnahme aus diesem Toleranzgebot. Meine Damen und Herren, ich bin es persönlich wirklich leid, im Fernsehen und in den Zeitungen Vermummte mit Maschinenpistolen auf Flaggen herumtrampeln zu sehen. Ich bin es leid, zu sehen, wenn ein aufgepeitschter Mob europäische Botschaften stürmt und in Brand setzt. Ich bin überzeugt, es ist notwendig, dass sich jeder demokratisch gewählte Mandatar dazu auch klar äußert und zum Ausdruck bringt, dass wir das nicht akzeptieren, heute und in Zukunft auch nicht akzeptieren werden und dass wir uns sogar so weit herausgefordert sehen, diese unsere gemeinsamen europäischen Werte in Debatten mit Argumenten und auch darüber hinaus zu verteidigen und mit aller Klarheit und Entschiedenheit auch dafür einzutreten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wird mir unwohl bei den einstweilen nur verbalen Amokläufen des Präsidenten der „sogenannten“ islamischen Republik Iran. Dabei wird mir wirklich außerordentlich unwohl und ich glaube, hier kann manches nicht hingenommen werden. Egal, ob das eine in manchen Gesellschaften wieder salonfähige antisemitische Grundhaltung ist, egal, ob das ein Angriff eben auf unsere europäischen Werte insgesamt ist, das darf nicht akzeptiert werden.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir sind wirklich alle gefordert, gerade auch in Österreich, einem Treiben Einhalt zu gebieten, nämlich das, wenn manche – ich sage bewusst manche – in der islamischen Welt in Wahrheit nicht mit einzelnen Karikaturen nicht einverstanden sind oder mit einzelnen möglicherweise sogar Exzessen der Meinungsfreiheit, sondern wenn das eigentliche Ziel das ist, den Westen insgesamt, die westlichen Werte und unsere Lebensform hinwegzufegen. Hier muss man rechtzeitig wachsam sein, hier ist auch keinerlei Apeacement angebracht, hier muss man wachsam sein. Ich meine, das ist gerade auch ein Auftrag für jedes demokratisch gewählte Parlament und das ist vor allem auch wichtig, wenn man das vielfach gehörte und vielfach gepriesene Wort der europäischen Wertegemeinschaft ernst nimmt. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit einfach einmal sagen, weil - wie ich zwei-, dreimal in dieser Wortmeldung gesagt habe - ich es einfach persönlich leid bin, gewisse Dinge stumm hinzunehmen, wenn wir in Wahrheit gefordert sind; dies im Interesse einer europäischen Zukunft, wie wir sie uns vorstellen und wie sie auch unsere Kinder und Kindeskinde verdient haben. Herzlichen Dank! (*Beifall bei der ÖVP. 11.28 Uhr*)

Präsident: Ich danke Herrn Klubobmann Mag. Drexler für seine Wortmeldung.

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Zweite Landeshauptmannstellvertreter Flecker. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker (11.29 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lieber Christopher Drexler, ich habe die Rede drüben in meinem Büro gehört und den Rest da hier. Ich finde es sehr gut, dass du das angesprochen hast. Ich meine, es gehört sich, dieses Thema zu aktualisieren. Ich möchte nur zwei Sachen ergänzen.

Zum einen möchte ich ergänzen, die tiefe Sorge, dass hinter dem, was man so leichtfertig als Karikaturenstreit plakatiert, wohl ein bisserl mehr steht, und dass wir Angst haben müssen in zwei Richtungen - weil Radikalität ja nicht nur eine Seite gepachtet hat, sondern Radikalität auch auf der anderen Seite besteht. Ich würde schon die Angst haben, dass gegebene Vorurteile, gegebene Nationalismen auch in Europa sich radikalieren und wir in Wirklichkeit – so glaube ich es – auch damit konfrontiert sind, dass diese Geschichte des Karikaturenstreits eigentlich ein Auslöser war aus Entwicklungen na sagen wir einmal des letzten Jahrzehnts und man das nicht nur so einseitig sehen soll. Wir sind kein Bollwerk.

Wenn wir sagen, und du sagst es, man soll sich keine andere Kultur, keine andere Zivilisation aufzwingen lassen, dann kann aber genau so ein Streit oder können genau solche Entwicklungen auch aus der Tatsache entstehen, dass – ich will jetzt gar nicht auf aktuelle, vergangene kriegerische Auseinandersetzungen eingehen – halt auch ein Teil dieser Welt damit konfrontiert ist, dass man ihm andere kulturelle Werte - zum Teil auch mit Gewalt - aufsetzen will.

Meine Wortmeldung gilt nicht einer Auseinandersetzung zwischen uns beiden, sondern meine Wortmeldung gilt dem Versuch, beide Seiten verstehen zu wollen und das Ersuchen rüberzubringen, dass mit einseitiger Betrachtungsweise wir wahrscheinlich Radikalisierung gut heißen oder wir einer Radikalisierung auf der Seite, wo du sie nicht siehst oder nicht erwähnt hast, sehr schwer begegnen, wenn wir sozusagen den Bollwerksgedanken so in den Mittelpunkt stellen.

Es soll ein Dialog zwischen uns sein, es soll keine Auseinandersetzung sein. Es war einfach mein Wollen, das auch aus einer anderen Sicht zu betrachten.

Danke! (*Beifall bei der SPÖ, teilweise bei der ÖVP. 11.33 Uhr*)

Präsident: Danke dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter für seine Wortmeldung.

Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!
Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration betreffend Unterstützung der Initiative „Global Marshall Plan“.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.34 Uhr): Der Ausschuss für Europa hat in seiner Sitzung am 7.2.2006 über den obgenannten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Steiermärkische Landtag bekennt sich zu einer aktiven Unterstützung des "Global Marshall Plans" und zu einer klaren Absicherung der öffentlichen Verantwortung im Bereich der Daseinsvorsorge.
2. Das Land Steiermark hat auf der Basis des "Global Marshall Plans" ein Umsetzungskonzept und Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung zu erarbeiten, die unter Einbeziehung bestehender einschlägiger Aktivitäten, Initiativen, wie zum Beispiel der Entwicklungspolitische Beirat, und Strukturen des Landes und unter Beachtung seiner Ziele hinsichtlich Verwaltungsreform und Budgetstabilität eine Unterstützung vorsehen.
3. Das Land Steiermark hat in Zusammenarbeit mit den Universitätsstandorten in der Steiermark jungen Menschen im Rahmen von Stipendien die Möglichkeit zu geben, Diplomarbeiten zu relevanten Themenbereichen zu erarbeiten sowie durch Aufenthalte in den Ländern mit regionalen Partnerschaften einen Wissenstransfer zu unterstützen.
4. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung zu ersuchen, die Initiative "Global Marshall Plan" im Rahmen der Österreichischen EU-Ratspräsidentschaft und darüber hinaus aktiv zu unterstützen. (11.35 Uhr)

Präsident: Ich danke der Berichterstatterin.

Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Wolfgang Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (11.36 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, wertees Publikum!

Es passt jetzt gerade dazu, wir haben zum Tagesordnungspunkt den "Global Marshall Plan". Lassen Sie mich dieses Wort ein bisschen zerlegen. Global, wissen wir alle, was das ist: Wir meinen den Globus, unsere Erde, unseren blauen Planeten. Plan, wissen wir auch, ich gehe nach einem Plan vor, wenn ich vorher etwas erarbeitet habe, Schritt für Schritt, nachdem ich vorher sensibilisiert habe, nachdem ich vorher vielleicht Lobbyisten gefunden habe.

Nur das Wort Marshall wird wahrscheinlich nicht mehr so sehr in Erinnerung sein. Aber es sind auch auf unserer Besucherbank einige, die von diesem Marshall-Plan gezehrt haben. Es war eben nach dem schrecklichen Zweiten Weltkrieg 1947 ein Militarist, sage ich einmal, ein US-General – George Catlett Marshall –, der den Wiederaufbau Europas in die Hand genommen hat und seine beiden Helfer – William Clayton und George Kennan – haben das dann zu Papier gebracht.

Worum ging es in diesem Global Marshall-Plan? Zum einen waren die USA bereit, günstige Kredite, Rohstoffe und Lebensmittel nach Europa zu bringen. Dieses Programm dauerte von 1947 bis 1951. Das Ziel – so nehme ich es für mich heraus – war, ein Europa wieder aufzubauen, um einen Handelspartner mit Amerika zu bekommen, dass es, sagen wir es salopp, zu einem Gütertausch, aber nicht nur das, sondern dass es auch zu einem Austausch auf verschiedensten Ebenen kommt.

Dass damals Russland nicht mitgetan hat und dass als Gegenpart sich auch Russland quasi gesammelt hat, das wissen wir.

Ich bin überzeugt, dass die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, dass die EWG, dass die EG und dass die EU, die OECD und die OEEC, die „Gebilde“ aus der damaligen Zeit sind, erst durch diese amerikanische Hilfe ganz einfach ermöglicht wurden.

Österreich war ja ein besonderer Günstling. Sie wissen, wir waren ja sowohl von West als auch von Ost besetzt und es war eine Besonderheit, dass Russland dieser amerikanischen Aktivität zustimmte. Österreich hatte eine äußerst schwache Industrie und war unter anderem auch sehr verpflichtet, sozusagen Wiedergutmachung, Reparationskosten an die damalige Sowjetunion zu zahlen. Wir haben von Amerika gleichsam als Grants, als Geschenke, Sachgüter erhalten, als eines der wenigen Länder und wir mussten dafür eigentlich das Geld, welches wir aus dem Verkauf dieser Sachgüter erhalten haben, auf ein Konto legen. Aus diesem Konto ist letztendlich 1962 der ERP-Fonds entstanden, das European Recovery Program. Und dieser ERP-Fonds, der letztendlich bis 1994 auf sage und schreibe 28 Milliarden Schilling angestiegen ist, dieser ERP-Fonds hat jedes Jahr – man nahm daraus ungefähr 6 Milliarden Schilling pro Jahr – geholfen oder Aktivitäten in Österreich unterstützt; Aktivitäten, Strukturverbesserungsmaßnahmen, wirtschaftliche Maßnahmen. Nun, diesen Fonds und diese Aktivitäten gab es damals schon und das ist jetzt nahezu sechzig Jahre her, von Schweden über die Schweiz bis in die Türkei. Ich habe bewusst diese drei Länder genommen. Weder Schweden noch die Schweiz waren in den Zweiten Weltkrieg involviert, sie waren neutrale Staaten und die Türkei – wir würden heute sagen: „Naja, die liegen ja sehr, sehr weit draußen“ - ich denke nur an die vorige Debatte. Das heißt, Amerika hat es damals schon gewusst, auch die Türkei mit hereinzunehmen. Schlitzäugig wird man sagen, „na net, Nato-Stützpunkt und dergleichen mehr“. Aber wir sind ja positiv denkend. Sagen wir einfach, dieser Marshall-Plan hat Europa wieder auf die Beine geholfen. Daher, warum diesen Global Marshall-Plan? Wir wissen, wie es momentan in unserer Welt aussieht. Jeder fünfte Erdenbürger, jede fünfte Erdenbürgerin muss pro Tag mit weniger als einem Euro auskommen. Ebenso hat jeder fünfte Erdenbürger oder jede fünfte Erdenbürgerin keinen Zugang zu reinem, bakterienfreiem Wasser. Selbiges könnte ich auf der Ebene der Sanität anwenden. Das heißt, allein einmal nur, wenn ich die Ebene der Umwelt und Gesundheit her nehme, so schreit das förmlich weltweit nach Gerechtigkeit, schreit das weltweit auch nach Frieden. Letztendlich soll dieser Global Marshall-Plan auch eine Welt in Balance schaffen. Das heißt, dass wirklich diese Schere zwischen Arm und Reich schön langsam abgebaut wird. Dass dieser Schere sozusagen ein Widerpart durch eine Initiative von Menschen gegeben wird. Gegründet wurde diese Idee des Global Marshall-Planes 2003 in Deutschland und es gibt jetzt schon eine große Menge an Unterstützerinnen und Unterstützer von Sportlern bis Mitglieder des Club of Rome und dergleichen mehr.

Ich komme wieder ganz kurz zu den USA zurück. Die USA haben damals in diesen vier Jahren an Europa Hilfsleistungen in der Höhe von zirka 14 Milliarden US-Dollar geleistet, das entspricht heute einem Wert von 85 Milliarden Euro. 85 Milliarden Euro! Würden wir heute eine Initiative, nur die westlichen Länder, für diese sogenannten Armen, für diese sogenannten Benachteiligten einsetzen, würde dieser Betrag für eine Balance auf der Erde reichen.

Es gibt Studien, die sagen allein die Mittel, die bisher für den Irak-Krieg und dessen Bewältigung ausgegeben wurden, würden dafür reichen. Daher würde ich meinen, dieser Global Marshall-Plan ist eine große Chance mit konkreten Zielen, eine Chance, in der EU Qualität der Zusammenarbeit zu schaffen. Eine neue Qualität, die uns langfristig den Frieden sichert. Eine Qualität, die Harmonie zwischen Ökonomie und Ökologie verschafft. Eine Qualität, die auch die Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellt. Ich würde meinen, es könnte auch durch diesen Global-Marshall-Plan eine Ausgewogenheit zwischen der heute bereits erwähnten Regionalität und der Globalisierung geschaffen werden. Die Steiermark hat in den vergangenen Jahren – auch wir als Landtagsabgeordnete haben durch Beschlüsse einiges dazu geleistet, ich denke nur an die Steiermark als Nachhaltigkeitsregion, ich denke an unsere regionalen Cluster, ich denke an lokale Agenda und dergleichen mehr.

Ich will meinen, dass dieser Global Marshall-Plan ganz einfach schrittweise umgesetzt werden soll. Es sollen verstärkt Menschen aufgeklärt werden, was will man mit diesem Plan? Man will ökologische, man will soziale Projekte in der Welt gemeinsam mit Regierungen, aber auch mit nicht regierenden Organisationen einfach aktivieren, Projekte einfach in die Welt setzen, damit es zu einer globalen Zivilgesellschaft im Frieden kommt. Dieser Global Marshall-Plan dient auch dazu, eine besondere För-

derung der kleinen und mittleren Unternehmen zu ermöglichen. Wir sollen auch diese „Nichtregierungsorganisationen“ unterstützen. Ich wehre mich ein bisschen gegen das Wort Non-Profit-Organisationen, denn natürlich ist das ein Profit, nur der Profit wird heutzutage nur mehr in besonderen Produkten oder in Währungen, in Euro, oder in Dollar gesehen. Also für mich sind Non-Profit-Organisationen hochwertigste soziale Institutionen, die vernetzt für unsere Welt vieles erreichen könnten. Ich würde meinen, ein globaler ökosozialer Marshall-Plan ist längst überfällig und mit den besten Interessen aller, die ganz einfach daran teilnehmen, haben wir eine Chance. Daher sind unsere Forderungen oder besser gesagt, bekennen wir uns zu einer aktiven Unterstützung des Global Marshall-Planes. Daher erwarten wir uns auch, dass wir, aber auch das Land, Maßnahmen setzen, die der Bewusstseinsbildung dienen – ich könnte mir schon vorstellen, nicht nur immer über die Schulen, es ist uns dabei schon sehr viel gelungen, wenn ich an das Problem der Mülltrennung und der Stoffflusswirtschaft denke – aber wir könnten auch, wie das im Punkt 3 ist, jungen Menschen mit themenrelevanten Diplomarbeiten und Auslandsbesuchen zu einem besonderen Bildungs- und Wissenstransfer verhelfen.

Zu Punkt vier, dass die Landesregierung an die Bundesregierung herantritt – dieser Punkt vier und dafür danke ich der Landesregierung – ist bereits erfüllt. Ich würde meinen, liebe Kolleginnen und Kollegen, packen wir es an, stimmen wir diesem Antrag zu. Er ist wie die EU zum einen, eine Entscheidung, die aus dem Bauch heraus, die aus dem Herzen heraus kommen, sich aber auch dann einigermaßen in unserem Handeln auch irgendwie fiskalisch auswirken soll. In diesem Sinne danke für Ihre Aufmerksamkeit! (*Beifall bei der SPÖ. 11.47 Uhr*)

Präsident: Ich danke Herrn Abgeordneten Böhmer für seine Wortmeldung.

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Ing. Pacher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Ing. Pacher (11.48 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen/Zuhörer!

Wir leben in einer Welt, in der die Entwicklung der Wissenschaft, der Technik, überhaupt alle Produktionsmittel schon so fortgeschritten und entwickelt ist, dass es eigentlich genug Reichtum auf der Welt geben würde, um weltweit allen Menschen, wirklich allen, ein menschenwürdiges Leben zu bieten. Das Gegenteil ist aber der Fall. Auf unserer Welt regiert in vielen Teilen der Hunger, regiert das Elend, die Ausbeutung, es gibt Kriege. Unserer Meinung nach ist die Hauptschuld daran eine ungerechte Verteilung des Reichtums und der Mittel.

Jetzt gibt es eben verschiedenartigste Konzepte, und eines dieser Konzepte ist eben der Global Marshall Plan. Wenn man sich den durchsieht, dann könnte man das auf den ersten Blick für gut und unterstützenswert finden, denn eine globale Partnerschaft für Entwicklung, wer will das nicht. Und auch so positive Elemente, wie zum Beispiel eine Topin-Steuer, ja, für die sind wir auch immer eingetreten.

Aber wenn man die Details sich anschaut, dann schleichen sich doch einige Zweifel ein. Dieser Global Marshall Plan soll von Europa ausgehen und Konzepte entwickeln, wichtiger Partner auch die EU. Es ist eigentlich doch ein sehr eurozentristisches Konzept, in welchem wir von Europa aus den Menschen sagen, wie sie vorangehen sollten, wie die Entwicklung ausschauen sollte.

Dann habe ich auch gelesen, ein Modell, wie man sich gut entwickeln könnte, wäre das Modell der europäischen Osterweiterung. Wenn man sich anschaut, was in der Osterweiterung passiert, nämlich dass Produktionen von uns verlagert werden, um die Unterschiede in den Billiglohnländer auszunützen, dass dort sich die Konzerne und Firmen die Märkte sichern und dass sich auch die Banken und Konzerne die Klinke in die Hand geben, um sich das nationale Eigentum dort zu sichern. Also wenn das ein Konzept sein soll, so wünsche ich es mir nicht für die Länder des Südens.

Auch die Marktöffnung ist ein Ziel und überhaupt eine Ökosoziale Marktwirtschaft.

Ein Teil dieser Instrumente, mit dem das durchgeführt werden soll, ist die WTO, der Internationale Währungsfonds und auch die Weltbank. Wenn ich die Weltbank, den Währungsfonds hernehme, wie haben die bis jetzt immer gehandelt? Das sind doch alles Instrumente, die verantwortlich sind, dass in zahlreichen Ländern sämtliche soziale Strukturen „niedergefahren“ worden sind, wo die Strukturen geegnet waren, damit sich das Kapital und Großkonzerne noch besser festsetzen können, sich noch

besser verwerten können. Also, wo indirekt diese Institutionen für Elend, Hunger und den Tod zahlloser Menschen verantwortlich sind. Wie diese Institutionen - durch welches Wunder das geschehen soll - sich für einen „globalen Marshall Plan für Gerechtigkeit“ einsetzen, kann ich mir schwer vorstellen. Oder auch die WTO, die doch das Ziel hat, sämtliche Handlungsbeschränkungen zu durchbrechen, wo die Daseinsvorsorge dem Markt unterworfen wird, wo jetzt auch Gentechnik auf unseren Markt kommen soll.

Also, wenn das die Instrumente sind, sehe ich da wenig Sinn für den "Global Marshall Plan" als positives Konzept. Wenn man dann auch noch sieht, das Ziel ist die Ökosoziale Marktwirtschaft. Was heißt das? Das heißt ein bisserl ein besserer und humanerer Kapitalismus. Unserer Meinung steht eben die Illusion oder auch die „Nebelgranate“ dahinter, dass man den Kapitalismus zähmen kann und dass man den Kapitalismus menschlich gestalten kann. Unserer Meinung nach geht es darum, Antworten zu finden, die über dieses System hinausgehen.

Man sollte also auch diskutieren und Antworten finden, die die Eigentumsfrage ansprechen und Alternativen zum Kapitalismus entwickeln. Wir brauchen Konzepte, die die Macht von Konzernen zurückdrängen. Wir leben jetzt in einer Welt, in der einige wenige Menschen sich das Produkt der Arbeit von Millionen aneignen, sich immer mehr Macht, Geld und Einfluss in der Hand weniger konzentriert. Einzelne Konzerne haben größere Budgets als das Bruttoinlandsprodukt einzelner Staaten.

Wenn man da auch nicht das in Frage stellt und die Eigentumsfragen aufgreift, dann wird man, unserer Meinung nach, keine nachhaltige Entwicklung führen können. Ich meine, es geht nicht darum, dass man jetzt durch verschiedene Systeme Geld aufbringt und dann Projekte unterstützt.

Ein nachhaltiges Konzept, das eine Lösung bringen würde, wäre, dass man den Menschen selbst wieder die Übereignung gibt zu ihren Konzernen, den Rohstoffen, dass man sie nicht in der Hand von Konzernen belässt, sondern den Menschen wieder zu ihrer eigenen Verfügung gibt. Und das müsste man andiskutieren.

Was eigentlich unsere letzten Zweifel beseitigt hat, dass unserer Meinung nach dieser Global Marshall Plan kein geeignetes Konzept ist, war, dass ich beim Surfen im Internet auch auf verschiedene Unterstützer gekommen bin. Einer davon ist eben der Generalsekretär der Österreichischen Industriellenvereinigung, Herr Lorenz Fritz, der sich völlig hinter die Ziele des Global Marshall Planes stellt. Wenn dieser Herr Fritz von der Industriellenvereinigung sich hinter diese Ziele stellt, dann kann meiner Meinung nach dieser Global Marshall Plan nichts sein, was die Eliten und die Mächtigen fürchten.

Deshalb haben wir von unserer Fraktion große Zweifel und werden dem nicht zustimmen. *(Beifall bei der KPÖ. 11.54 Uhr)*

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete, für die Wortmeldung.

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (11.54 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr geehrte Damen und Herren des Landtages und im Zuschauerraum!

Die Frage, Frau Kollegin Pacher, die Sie aufgeworfen haben oder die sich mir natürlich stellt oder die das Resümee für mich bildet dessen, was Sie gesagt haben, zum Großteil richtigerweise, ist: Wie entsteht eine gerechte Welt? Sie haben vorhin gesagt, man soll den Leuten wieder selbst übereignen, was ihnen eigentlich gehört. Ich denke mir, super, aber wie?

Für mich stellt der "Marshall Plan" eine Sichtweise oder eine Möglichkeit dar, wie man Probleme bearbeiten kann, die es derzeit ganz offensichtlich und massiv gibt. Für mich überdeckt sich diese Frage jetzt auch mit der vorherigen Debatte, die wir zum so genannten Karikaturenstreit hatten, wo ich mir denke, es wird einfach eines ganz deutlich durch die Globalisierung sichtbar, dass es eine politische Verantwortung gibt, einen Handlungsauftrag.

Ich erinnere mich noch sehr gut an Debatten vor langer Zeit darüber, ob der Mensch das Recht oder die Verpflichtung hat, die Welt zu gestalten. Ich war immer sehr dafür, dass er nur das Recht hat, aber nicht die Verpflichtung. Heute, wenn ich mir die Dynamiken anschau, wenn ich mir die Entwicklung anschau rund um den Globus, dann sage ich, er hat eine Verpflichtung. Er hat die Verpflichtung in

den Bereichen zu handeln, wo es darum geht, die Grundwerte, auf die man sich eigentlich „global geeinigt“ hat, auch sicherzustellen und umzusetzen.

Ich sehe auch vieles oder einiges an dem, was Sie gesagt haben, als problematisch. Trotzdem ist es mir lieber, eine Handlungsform zu haben beziehungsweise etwas zu haben, worauf man sich einigt, als wir hätten nichts. Ich denke mir, der „Marshall Plan“ und alle Bemühungen, die damit gemeint und umfasst sind, ist gestaltbar, ist durch uns alle gestaltbar.

Wir haben den Auftrag zu schauen, wie wir gewährleisten können, dass diese Grundwerte, von denen heute zum Teil die Rede war - wie zum Beispiel die Meinungsfreiheit, aber auch andere Grundwerte - global sichergestellt werden und was unser Beitrag sein kann. Wie können wir sicherstellen, dass es eine Teilhabe für alle Menschen gibt, eine Teilhabe an der Gesellschaft, dass sie nicht ausgegrenzt sind, zum Beispiel durch Armut. Wie können wir das Grundrecht auf Gesundheit sicherstellen? Und so weiter und so fort.

Das ist ein Teil des Konzeptes des „Marshall Plans“, das mir im Übrigen gut gefällt. Nämlich dass man es hier nicht dabei belässt, bei den Werten zu bleiben, weil wir alle wissen, was dann passiert. Wenn wir von den Werte reden, gibt es niemanden der „nein“ sagt. Es wird niemand beeinspruchen, dass es Meinungsfreiheit geben soll. Es wird niemand beeinspruchen, dass es ein Recht auf Gesundheit gibt.

Und wenn wir dann darüber reden, was das für uns alle in unseren Handlungen bedeutet und vielleicht in der Einschränkung dessen, was wir im Moment als unsere Freiheit erleben, dann scheiden sich die Geister. Deswegen finde ich es ganz gut, dieses Konstrukt des „Marshall Plans“, dass es bei der Formulierung von ganz konkreten Zielstellungen ansetzt, die nicht mehr im doch so vagen Bereich bleiben wie die großen Zielformulierungen, zum Beispiel extreme Armut und Hunger zu beseitigen, die Grundschulbildung für alle Kinder zu gewährleisten, Gleichstellung von Frauen zu fördern. Im Übrigen sehen wir, dass auch in unseren Breiten Handlungsbedarf in Bezug auf diese Ziele besteht. Weiters, die Kindersterblichkeit zu senken, die Gesundheit der Mütter zu verbessern, Aids zu bekämpfen, und so weiter.

In diesen Bereich setze ich meine Hoffnungen und ich denke mir, auch wenn diese Ziele definiert sind und erfreulich viel klarer als Allgemeinwerte, liegt noch ein großer und ein langer Weg vor uns, nämlich auch zu differenzieren: Was heißt das im Bezug auf die Handlungen der angesprochenen Institutionen, was heißt das im Bezug auf die WTO, welche Forderungen leiten wir daraus ab? Da gibt es keine einfache Antwort darauf, sondern das ist in hoffentlich heißen und intensiven Diskussionen herauszuarbeiten. Mir ist ganz wichtig herauszuarbeiten, wenn wir im Rahmen dieser Initiative uns damit beschäftigen: Was heißt das für uns? Also wir könnten ja sonst sagen, das ist praktisch ein Brief an das Christkind, wir sagen, das soll jetzt alles passieren. Soziale Gerechtigkeit soll global eingeführt werden und irgend jemand anderer soll das tun. Was ich an diesem Konzept gut finde ist, dass es die Handlungsaufträge der jeweiligen Institution beinhaltet bzw. einbezieht, die sich hier anschließt. Das sind Aufträge an uns, an das Land Steiermark. Wenn hier von sinnvollen Projekten die Rede ist, dann denke ich mir, ist auch hier wieder die Situation, dass Sinnhaftigkeit beurteilt werden muss, wenn es um Projekte geht. Im Rahmen des Sozialbereiches wird der Landeshauptmannstellvertreter zu entscheiden haben. Was sieht er in diesem Zusammenhang als sinnvoll an oder nicht? Das heißt, dass ich damit sagen will, es besteht hier Handlungsmöglichkeit, Definitionsmöglichkeit und die müssen wir wahrnehmen. Ich kann einfach nicht darauf warten, dass von selbst die gerechte Welt entsteht. Ich kenne im Moment kein besseres Konzept als dieses bei all seinen Mängeln und Schwächen, die ich zum Teil auch so sehe wie Sie, aber das ist wenigstens etwas, das ist etwas Handgreifliches, auf das sich einige Länder und einige Institutionen schon geeinigt haben - wie im übrigen zwei österreichische Bundesländer. Was ich hier auch sehe an Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeit ist zum Beispiel die Positionierung der Steiermark in Richtung Nachhaltigkeitsregion. Wir haben unglaublich tolle Möglichkeiten in Bezug auf andere Regionen Österreichs und Europas, hier wirklich Schritte zu tun, um diesen Begriff oder diesen Namen auch zu verdienen, wenn wir ihn uns überhaupt geben wollen in Sachen Energiewende.

Es ist auch hier angesprochen, dass immer mehr Regionen Selbstentwicklungen in die Wege leiten bzw. sich mit Regionalisierung vor dem Hintergrund der Globalisierung beschäftigen. Herr Kollege

Rieser ist das für Sie nur mangelnd interessant? Es tut mir leid, wenn ich Sie langweile, für mich ist das gerade sehr wichtig. (*Abg. Rieser: „Na, na, na.“*)

Okay. Ich will Ihnen mitteilen, dass es zum Beispiel im Bezirk Weiz eine ganz neue Initiative gibt, die über ein Jahr läuft, wo im Rahmen oder angestoßen durch das Pfingstereignis man sich bemüht, ein Jahr lang in der Region darüber zu arbeiten, was Globalisierung für die Region bedeutet, wie kann man mit den positiven und den negativen Seiten umgehen. (*Abg. Riebenbauer: „In Hartberg gibt's das auch.“*)

In Hartberg gibt es das auch, wunderbar. Das ist etwas, was mir da gefällt, dass *es* einfach einen aktivierenden Ansatz gibt und aktivierend heißt auch Aktivität der Auseinandersetzung, der Definition; was wollen wir erreichen, mit welchen Mitteln und welchen Maßnahmen wollen wir das tun. Also Summa summarum, ich freue mich, wenn dieser Antrag angenommen wird. Bei aller berechtigten Kritik ist es für mich ein guter Weg, sicherzustellen, dass wir über Fragen der Globalisierung nicht nur im Allgemeinen auf der Ebene der Werte diskutieren, sondern dass wir es auf uns beziehen, dass wir unsere eigenen Handlungsfähigkeiten ausloten und dass wir uns vor allem in intensiven Diskussionen auf Ziele und Wege einigen und dem sehe ich mit Freude entgegen. Danke. (*Beifall bei den Grünen und der ÖVP. 12.02 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Wortmeldung.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Ederer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ederer (12.03 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucher im Zuschauerraum!

Unser Land steht derzeit an der Spitze der Europäischen Union und die Chancen, dass Österreich in Europa und in der Weltpolitik etwas bewegen kann, sind größer als je zuvor. Für uns ist der soziale Dialog im Sinne der Menschen unseres Landes ein wesentliches Anliegen. Im vorigen Jahrhundert hat die Welt in hohem Tempo in zahlreichen Bereichen große, sehr große Fortschritte gemacht. Viele dieser Fortschritte können wir mit den Kenntnissen, worüber wir jetzt verfügen, als historisch betrachten. Einer der besten Erfindungen des vorigen Jahrhunderts ist das Internet. Mit der Erfindung und der massiven Verwendung des Internets hat sich die Welt drastisch geändert, im positiven und auch im negativen Sinn. Die schnelle Kommunikation bietet die Grundlage für das, was man Globalisierung nennt. Eine ganz einfache Definition von Globalisierung wäre der weltweite Wegfall von Grenzen. Unter Grenzen in dieser Definition verstehe ich nicht nur die geografischen Grenzen, sondern auch die Grenzen der Kommunikation, Technik, Politik und Wirtschaft. Der Wegfall der Grenzen, die Globalisierung ist eine Entwicklung, die stattfindet, ob wir es wollen oder nicht. Gegen Globalisierung zu sein, wäre falsch.

Mit der Unterstützung der Initiative „Global Marshall-Plan“ können wir einen Beitrag für ein soziales und wirtschaftlich leistungsfähiges Europa mit der Vision einer gerechteren Weltordnung leisten. Wir können Akzente für formenneue Gerechtigkeit durch mehr Solidarität aufzeigen und haben aber auch den Auftrag mitzuhelfen, diesen politisch umzusetzen. Es gilt, auf die Herausforderungen der Globalisierung im eigenen Land zu reagieren. Das bedeutet, sich nicht einem Standortdumping-Wettbewerb zu unterwerfen, sondern auf nachhaltige Wirtschaftsentwicklung zu setzen. Die EU-Präsidentschaft Österreichs eignet sich im Besonderen für die Vorbereitung und Errichtung einer ökosozialen Marktwirtschaft innerhalb der EU. Die Verantwortungsträger der Europäischen Union sollen als politische Kraft jetzt rasch die Möglichkeit nutzen im Sinne der UNO-Entwicklungsziele einen Global Marshall-Plan als Chance, als Riesenchance für eine weltweite Entwicklungszusammenarbeit auf Schiene zu bringen.

Die Steiermark und viele andere setzen mit diesen Initiativen, Forderungen und Beschlüssen ein Zeichen von der Basis raus in die Welt und wir nützen damit die Möglichkeit, Bewusstseinsbildung zu betreiben; für globale Sozialstandards, gegen – was mir persönlich auch sehr wichtig ist – Kinderarbeit, gegen die Ausbeutung von Menschen, gegen die Zerstörung der Natur, gegen Massenarmut, um eben die extreme Armut und den Hunger zu beseitigen, um eine Grundschulbildung für alle Kinder weltweit zu gewährleisten, die Kindersterblichkeit zu senken, Krankheiten zu bekämpfen und eine

globale Partnerschaft für Entwicklung zu ermöglichen, für ein besseres Leben und für mehr Wohlstand für alle. Auch wenn viele sagen, das ist nur ein Traum, aber es ist zumindest mit diesem Plan eine Möglichkeit erste Wege in diese Richtung zu gehen.

Wir haben in unserer Fraktion schon im letzten Mai mit einer großen Konferenz zu diesem Thema gestartet, wo auch der damalige Präsident des Ökosozialen Forums Dipl.-Ing. Josef Riegler, ein Wegbereiter auch für den Global Marshall-Plan referiert hat und wir haben vor einem Monat auch eine EU-Enquete zu diesem Thema abgehalten. Wir haben uns auch sehr eingesetzt, dass zum Beispiel die Dienstleistungsrichtlinie nicht in ihrer ursprünglichen Form gekommen ist und ich bin sehr froh, dass es hier jetzt eine Einigung der beiden großen Fraktionen auch gegeben hat. Denn Arbeitsrecht und Sozialrecht nach dem Herkunftsland, wo die Standards noch wesentlich niedriger sind, wäre fatal gewesen. Da gibt es ja auch ein Beispiel, wo ein Schuhhersteller nicht mehr in Indien seine Schuhe fertigen lässt, sondern nach Kasachstan geht, weil dort die Arbeiter noch billiger sind. Das sind eben die negativen Auswirkungen der Globalisierung, wenn es keine Mindeststandards gibt.

Wir haben ein Manifest verabschiedet, eine Erklärung, die sich größtenteils mit diesen Forderungen, die auch jetzt in den Anträgen vorhanden sind, deckt. Wir brauchen einen Global Marshall-Plan. Warum? Weil die weltweiten Verhältnisse schlecht sind. Teilweise muss man ehrlicherweise sagen, ein Skandal sind.

Armutssituation Nord-Süd, Verteilungsfragen, Migration, Terror, Kriege, kulturelle Konflikte und Umweltkatastrophen sind Probleme, die unter den Bedingungen einer weitgehend unregulierten Globalisierung weder national noch international so gelöst werden können. Wir brauchen stattdessen ein verbessertes und verbindliches globales Rahmenwerk für die Weltwirtschaft, das die ökonomischen Prozesse mit Umwelt, Gesellschaft und Kultur in Einklang bringt.

Deshalb begrüßen und unterstützen wir diese Initiative, um ein deutliches Zeichen zu setzen, dass sich die Steiermark nicht an einer Wettbewerbsspirale nach unten beteiligt, sondern man sich in erster Linie für Bildung, Ausbildung, Forschung, Entwicklung und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung einsetzt, zum Wohle der Menschen, und das global. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP. 12.09 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Als vorläufig Letzter hat sich der Herr Abgeordnete Rieser zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (12.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hoher Landtag!

Der Kollege Böhmer hat das Wort „Global Marshall Plan“ bereits auch dargestellt. Es ist so, wie du es gesagt hast.

Nach Oberösterreich und Salzburg sind wir das dritte Landesparlament, das sich mit diesem Thema beschäftigt, und das ist gut so, dass wir das diskutieren. Nach meinem Wissen wird es nicht nur in Brüssel, sondern auch in allen anderen Staaten diskutiert, weil es ein Thema ist, das uns alle sehr nahe geht.

Es geht nicht darum, dass wir diskutieren und kritisieren über das Erreichte, über den Wohlstand, über das Geschaffene, über das wir alle glücklich sein können, sondern es geht darum – und es ist angesprochen worden von meinen Vorrednern –, was wir tun können, damit auch andere Menschen, die es auf der Welt gibt, am Wohlstand teilhaben können.

Wenn 30.000 Kinder täglich an den Folgen von Hunger sterben – und du hast es vorhin angesprochen, Herr Kollege Böhmer, 1,2 Milliarden Menschen müssen auskommen mit weniger als 1 Dollar pro Tag, 2,8 Milliarden mit weniger als 2 Dollar pro Tag –, dann muss man schon darüber nachdenken, wohin es führt, wenn man im Internet surft und nachliest, dass das Bevölkerungswachstum auf der Erde in den nächsten 45 Jahren um 50 Prozent ansteigt, und wenn man in diesem Zusammenhang das Nord-Süd-Gefälle betrachtet. Im Norden der Erde leben circa 20 Prozent der Menschen, größtenteils gut situiert, wohlhabend und südlich circa 80 Prozent der Menschen, teilweise in dieser Situation, wie wir sie vorhin angesprochen haben. Das Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich Norden und Süden ist 16 zu 1.

Wir haben vorhin gehört, welche Ziele der „Marshall-Plan“ verfolgt. Ich glaube, in dieser Situation nur eines: Dass wir alle gefordert sind, den geistigen Vater dieses „Marshall-Plans“ auch dementsprechend zu unterstützen. Ich denke an Joschi Riegler, der ein Pionier, ein Vordenker in diesem Zusammenhang ist. Ich habe ihn vor kurzem erlebt in einem Lyons Club, wo er über dieses Thema referiert hat. Man kann nur eines unterm Strich sagen: Dass man dann, wenn einem dieses Referat sehr nahe geht, sicherlich eine schlaflose Nacht hat.

Das Ökosoziale Forum in Europa unter Vorsitz von Franz Fischler – auch ein Pionier in dieser Richtung – verlangte erst vor kurzem, dass Europa darüber nachdenken soll, 1 Prozent des Reichtums jenen zukommen zu lassen, die es dringend brauchen, weil es sicherlich auch ein Beitrag für den Frieden auf dieser Welt ist.

In diesem Sinne danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wir von der Volkspartei werden diesem Antrag gerne auch die Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP. 12.09 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!
Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 265/1, betreffend Amtsgebäude Petrifelderstraße 102, KFZ-Prüfstelle – Generalsanierung und Adaptierung mit Gesamtkosten von netto 2 Millionen Euro sowie Auftragsvergabe an die Landes-ImmobilienesmbH, Finanzierung über Zuschlagsmieten ab voraussichtlich 1.1.2007 von jährlich 140.498,40 Euro inklusive Mehrwertsteuer auf eine Laufzeit von 20 Jahren zuzüglich Mehrwertsteuer auf Basismiete von jährlich 5.954,02 Euro auf eine Laufzeit von 10 Jahren.

Der Berichterstatter ist der Herr Abgeordneter Klaus Zenz. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Zenz (12.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Ausschuss für Finanzen hat in seiner Sitzung vom 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Generalsanierung/Adaptierung der KFZ-Prüfhalle in der Petrifelderstraße 102 wird mit Gesamtkosten laut ÖNORM von 2 Millionen Euro grundsätzlich genehmigt. Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich diese Gesamtkosten aller Voraussicht nach um die Baukostensteigerungen erhöhen werden.

Die im Aktenvermerk dargestellten Kosten, bestehend aus der Mehrwertsteuer auf die derzeitigen Basismietkosten in der Höhe von jährlich 5.954,02 Euro sowie die Finanzierung der Baukosten über Zuschlagsmieten, die sich ab Fertigstellung 2007 auf eine Laufzeit von 20 Jahren in der Höhe von voraussichtlich jährlich 140.498,40 Euro belaufen, werden somit mit insgesamt 146.452,42 Euro inklusive Mehrwertsteuer genehmigend zur Kenntnis genommen und sind im Rahmen der an die LIG zu bezahlenden Mietkosten der künftigen Landeshaushalte unter dem Voranschlag 1/020138 zu budgetieren.

Ich ersuche um Annahme. (*12.16 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht. Es liegt keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. Gegenprobe!
Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl. Zahl 219/1, betreffend Prüfung der Förderung des Landes Steiermark an die Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG und ihre Begleiteinrichtungen, nach Möglichkeit auch eine Gebarungsprüfung des Unternehmens.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg. Ich bitte um seinen Bericht.

Abg. Dr. Murgg (12.17 Uhr): Ich darf berichten betreffend Prüfung der Förderung des Landes Steiermark an die Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG und ihre Begleiteinrichtungen, nach Möglichkeit auch eine Gebarungsprüfung des Unternehmens zu 219/1, Prüfung der Förderung des Landes Steiermark an die Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG und ihre Begleiteinrichtungen, nach Möglichkeit auch eine Gebarungsprüfung des Unternehmens, Landesrechnungshofbericht. Der Ausschuss für Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 10.1.2006 und 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfung der Förderung des Landes Steiermark an die Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG und ihre Begleiteinrichtungen, nach Möglichkeit auch eine Gebarungsprüfung des Unternehmens, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (12.18 Uhr)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht und ich darf Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek als Erste das Wort erteilen.

Abg. Lechner-Sonnek (12.18 Uhr): Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, werte Zuschauerinnen und Zuschauer!

Der Landesrechnungshof gibt in seinem Bericht der Landesregierung eine Nachhilfestunde und der Schüler ist schwer von Begriff. Es ist kein guter Schüler, schlechte Leistungen und er scheint auch unbelehrbar zu sein, denn eines kann man sagen: Dinge, die wir in diesem Landesrechnungshofbericht lesen, lesen wir nicht das erste Mal. Bevor ich es vergesse, möchte ich bei dieser Gelegenheit gleich einmal sagen, ich bedanke mich beim Landesrechnungshof für diese Arbeit. Wir haben in den diversen Debatten zum Beispiel im Kontroll-Ausschuss gehört, dass es überhaupt nicht leicht war, zu diesem Bericht zu kommen. Es war eine unglaubliche Klauerei an Belegen, es war sehr viel Aufwand notwendig, um überhaupt zu den Unterlagen zu kommen und – und das ist mir sehr wichtig, es hier herinnen zu sagen – wir alle sehen, dass wir sehr viel davon haben, wenn die Arbeit in dieser Qualität und mit dieser gebotenen Akribie geleistet wird.

Wenn ich mir die Empfehlungen des Landesrechnungshofes bzw. seine Kritik anschau, dann frage ich mich allerdings schon, meine Damen und Herren, war das bisher ein Haufen loser Zettel wie bei uns Förderungen abgewickelt worden sind, oder was war das? Wenn ich nämlich höre, dass der Rechnungshof das Land erst auffordern muss, von Einzelprojekten abzugehen, deren langfristige Effektivität überhaupt nicht sichergestellt war, dann denke ich mir etwas. Wenn ich höre, dass hier überhaupt erst eingeführt werden soll, dass es nicht nur kurz, sondern auch mittel- und langfristige Förderkonzepte geben soll, dann sagt mir das, dass es die bisher mit Sicherheit nicht gegeben hat. Wenn ich höre, dass es eine jährliche Darstellung des Förderwesens in Gesamtheit für den Landtag geben soll und für die interessierte Öffentlichkeit, dann höre ich, dass auch der Landesrechnungshof der Auffassung ist, dass das, was wir bisher an Berichten über das Förderwesen des Landes bekommen haben, alles Mögliche ist, aber nicht informativ und nicht dem Stand der Demokratie entsprechend, wie wir uns das vorstellen hier im Landtag. Wenn ich lese, dass der Landesrechnungshof dringend anrät, eine zentrale Förderdatenbank zu errichten, die möglicherweise auch noch mit der Landesbuchhaltung verknüpft werden könnte, dann höre ich, dass wirklich nirgends die Fäden in diesem Land zusammenlaufen, dass niemand - offensichtlich auch nicht auf der Regierungsbank - in der Lage ist, einen Überblick über die Förderungen und ihre Entwicklung zu geben. Und wenn ich höre oder lese, es möge einheitli-

che Standards geben für Antragstellung, Abwicklung, Abrechnung und einheitliche Vorgaben an Förderwerber und –werberinnen, dann bin ich vollends fassungslos und denke mir: Was ist eigentlich jemandem kommuniziert worden, der eine Förderung haben wollte? Ist das jedes Mal etwas anderes? Ist das von der Person abhängig, mit der man gesprochen hat, ist es ressortabhängig, hängt es von der Zeit ab oder vielleicht sogar von der Stimmung? Standards hat es da sicher keine gegeben. Der Landesrechnungshof sagt, man möge doch bitte eine Förderung erst zuerkennen, wenn die weitere Verwendung klar definiert ist. Ist das nicht unglaublich? Ich habe das vorausgesetzt, dass das klar ist. Und der Landesrechnungshof sagt auch, die verschiedenen Ressorts, die verschiedenen Zuständigen, die verschiedenen Abteilungen sollen die Förderschwerpunkte akkordieren und abstimmen. Auch das ist für viele anderswo ganz normal. Also ich behaupte, wenn ein Klein- und Mittelbetrieb so arbeiten würde, wie wir offensichtlich als Land Steiermark mit Förderungen umgehen oder „wir“ kann ich nicht sagen, weil der Landtag ist es nicht, es ist die Landesregierung, dann hätte dieser Klein- und Mittelbetrieb seit Jahren ganz massive Probleme. Sie erinnern sich bestimmt an den Antrag, den der Landtag, nämlich der alte Landtag in seiner letzten Sitzung vor der Wahl – ich glaube sogar einstimmig – verabschiedet hat. Und erstaunlicherweise oder nicht erstaunlicherweise enthält er eigentlich all diese Punkte, die der Rechnungshof hier kritisiert bzw. einfordert. Das führt mich natürlich zur Frage, wird dieser Antrag, den der Landtag im Juni 2005 beschlossen hat, auch umgesetzt? Ich habe in der Sitzung des Finanzausschusses dem Landeshauptmann die Frage gestellt, wie er es so hält *mit* der Umsetzung von Landtagsbeschlüssen. Und er hat gesagt, er hat eine Beamtengruppe eingesetzt und die, nehme ich an, überprüft jetzt, wie man das alles machen kann und wie da Dinge in sich greifen und wie man Standards entwickeln kann und so weiter und so fort. Okay. Ich setze voraus, dass der Herr Landeshauptmann uns darüber einen Bericht geben wird, wenn diese Gruppe fertig ist mit ihrer Arbeit und wenn die Umsetzung sozusagen in die Wege geleitet ist. Ich habe aber eine grundsätzliche Frage, die eine Beamtengruppe sicher nicht beantworten kann und zwar: Wird der Landeshauptmann sicherstellen, dass in Hinkunft der Landesrechnungshof jeden einzelnen Förderfall überprüfen darf oder wird er das nicht? Ich habe ihn im Ausschuss auch das gefragt. Für mich war das eigentlich irgendwie klar, dass das nichts ist, was Beamte beantworten können. Das ist ja fast eine Frage wie „wollt ihr denn gern, dass ihr kontrolliert werden könnt“? Finde ich eine unzulässige Frage. Mich interessiert nicht einmal, was hier jemand antworten würde, denn es ist ja wohl nicht Aufgabe des Betroffenen zu sagen: „Ja, bitte kontrolliert mich“. Das ist fast wie die Frage an einen Schüler oder eine Schülerin, soll ich dich prüfen oder dir gleich ein „sehr gut“ geben? Das ist nicht wirklich hilfreich, dieser Zugang. Herr Landeshauptmann hat gesagt, er wird aber auch diese Frage mit den Beamten und Beamtinnen bearbeiten. Das ist eine Antwort, die mich absolut überhaupt nicht zufrieden stellt, meine Damen und Herren. Ich, ehrlich gesagt, frage auch nicht den Landeshauptmann, ob er einsieht oder für richtig hält, dass er in seiner Arbeit geprüft werden kann. Wir haben ihn in unserem Antrag nicht gefragt, wir haben ihn nicht gebeten, wir haben gesagt, der Landtag möchte. Der Landtag will, dass sein großes Hilfsorgan in der Prüfung, der Landesrechnungshof, alles überprüfen kann, was mit Förderungen zu tun hat. Der Landtag hat seinen Willen artikuliert klipp und klar und hat gesagt, das brauchen wir, um unsere Arbeit zu tun. Schließlich ist unser Job hier, die Regierung in der Durchführung der Tätigkeiten für das Land Steiermark zu kontrollieren. Das heißt, wir haben den Landeshauptmann nicht gefragt, wie er es denn gerne halten möchte mit dem Prüfvorbehalt, wir haben ihn auch nicht nach seiner Meinung gefragt, wir haben auch die Beamten nicht gefragt, wir haben gesagt, was wir wollen. Und wenn wir das nicht kriegen, wenn wir die Möglichkeit nicht kriegen, überprüfen zu lassen, wie mit den Förderungen des Landes umgegangen wird, ja, meine Damen und Herren, dann weiß ich nicht, wie wir unsere Kontrolltätigkeit ausüben können und wenn wir uns das gefallen lassen – bei allem Respekt – dann finde ich, sind wir unser Geld nicht wert.

Ich bin sehr interessiert, wie Herr Landeshauptmann mit dieser Frage umgehen wird. Auch in diesem Zusammenhang bin ich sehr interessiert, wann wir einen Bericht bekommen werden, wie die Landesregierung mit dem Antrag des Landtages aus dem Juni 2005 umgehen wird.

Letzter Punkt, es gibt da ein besonderes Schmankerl im Rahmen dieses Prüfberichtes, auch darüber haben wir uns schon ausführlich im Kontrollausschuss unterhalten, die so genannte Ferialverfügung. Es hat eine Situation gegeben am 16. Juni 2004, da lag in der Landesregierung ein Antrag der Kultur-

abteilung und der hat so gelautes, dass der Tierpark schnell Geld braucht, es war von Unwettern die Rede, von einer momentan ganz schwierigen Situation. Das Geld wird gebraucht, um den Betrieb aufrecht, erhalten zu können. Und es war auch angemerkt in diesem Antrag, den das Kulturressort - damals war die Frau Landeshauptfrau Klasnic zuständig - eingebracht hat. Dieser Betrag – und es hat sich um eine Million Euro gehandelt – ist in der Folge in den im September zu errichtenden Vertrag einzurechnen. Gut. Das war am 16. 7., am 28.7., also zwölf Tage später, hat es eine Stellungnahme der Finanzabteilung gegeben. Und bedingt durch den Sommer, durch die Urlaubszeit, ist eine etwas eigenartige Situation eingetreten, nämlich die Finanzreferentin, Frau Landesrätin Edlinger-Ploder wurde vertreten durch die Landeshauptfrau Klasnic, also beide Male die selbe Person. Da hat es eine Stellungnahme der Finanzabteilung gegeben in Bezug auf diese eine Million, die ausgezahlt werden sollte und eben sozusagen in den Vertrag einzurechnen sei.

Diese Stellungnahme finde ich – sage ich Ihnen gleich zu Beginn – sehr aufschlussreich über unser System. Wie funktioniert die Steiermark verwaltungstechnisch?

In dieser Stellungnahme der Finanzreferentin wird dem vorliegenden Ferialstück zugestimmt. Also, es wird dieser einen Million, die gezahlt werden soll, zugestimmt. Dann steht allerdings: „Zum Engagement des Landes beim Projekt Herberstein kann inhaltlich mangels der Fachabteilung 4A zur Verfügung stehenden Unterlagen keine Äußerung erfolgen.“ Das heißt in Normalsprache, worum es da geht, wofür das sein soll, das können wir nicht sagen, das wissen wir nicht, weil es liegen uns keine Unterlagen vor. Zuerst ja, wir sagen ja, Geld kann fließen, zweitens, worum es da geht, wissen wir nicht. Und der dritte Satz: „Es ist darauf hinzuweisen, dass die beantragte Mittelbereitstellung auf Basis einer gültigen Rechtsgrundlage zu erfolgen hat.“

Das ist ein wesentlich kryptischerer Satz noch und das ist auch der Satz, wo jetzt verschiedene Interpretationen beginnen.

Eine Interpretation lautet: Das könnte geheißen haben oder sollte heißen, wenn es einen Vertrag gibt, dann kann dieses Geld fließen. Andere sind der Meinung, eine Rechtsgrundlage könnte vielleicht sogar dieser Antrag sein.

Sie sehen, wir sind nahtlos in den Bereich der Vermutungen und der Interpretation gewechselt. Alles was an Konflikten nachher daraus entstanden ist, hat seine Wurzel auch hier. Die Finanzabteilung hat im Endeffekt ein solides „Jein“ gesagt. Die Finanzabteilung hat gesagt, ja eigentlich müsste man und würde es gehören, aber na gut, wir sagen „Ja“. Das ist unsere Verfassung.

Und wenn man sich vorstellt, meine Damen und Herren, wir haben natürlich auch diskutiert, wie hätte das eigentlich laufen sollen, da hätte doch der Leiter der Finanzabteilung sagen müssen, sehr geehrte Kulturreferentin, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, das kann nicht ausgezahlt werden, weil die Grundlagen fehlen.

Ja, meine Damen und Herren, Sie alle, die die Steiermark und ihre Landesverwaltung und Landesregierung seit Jahren und Jahrzehnten kennen, glauben Sie wirklich, dass die Welt so funktioniert in der Steiermark? Ganz offensichtlich nicht. Und so ist das Geld ausbezahlt worden, obwohl man kryptisch, vorsichtig angedeutet hat, dass es eigentlich nicht so sein sollte, aber man kann halt nicht anders.

Das ist die Situation und das ist die sehr bedenkliche Situation, denn ich habe im Moment überhaupt noch nicht das Gefühl, dass das nicht jederzeit wieder so passieren könnte. Wir sind noch immer im Fürstentum Steiermark daheim, wo die Entscheidungen so fallen, wie die politisch Verantwortlichen das gerne haben und wo offensichtlich auch im Bereich der Verwaltung eine gewisse Willfähigkeit da ist, wenn man auch zart darauf hinweist, dass es doch andere Grundlagen für Entscheidungen brauchen würde. Das ist unsere Realverfassung.

Ich habe seit dem Wechsel in der Landesregierung, seit der letzten Wahl da nicht so wahnsinnige Veränderungen gesehen. Ich würde sagen, ich lasse mich gerne eines Besseren belehren, wenn wir jetzt nicht mehr im Fürstentum leben, sondern die Steiermark in eine Demokratie überführt wird. Da möchte ich aber gerne Beweise sehen.

Ich würde zum Beispiel gerne Daten darüber bekommen, wie die Gemeindemittel ausgezahlt werden, an wen und für welche Projekte. Ich würde gerne wirklich sehen, auf einer CD-ROM ganz genau aufgelistet, wer welche Förderungen bekommen hat und für welches Projekt. Und solange das nicht der Fall ist, meine Damen und Herren, ist alles andere, was wir dazu hören, Makulatur.

Der Landesrechnungshof hat gezeigt, wo die ganz großen Lücken in der Landesverwaltung und in der Landespolitik liegen. Ich hoffe nicht nur, ich kann auch ankündigen, wir werden mit Sicherheit dahinter sein, dass diese großen Scharten ausgemerzt werden und dass wir langsam auch in der Abwicklung der Förderungen von der Landesregierung die Qualität bekommen, die wir zu erwarten haben und die wir erwarten dürfen, wenn es sich um eine Demokratie handelt und um öffentliches Geld, das mit der gebotenen Sorgfalt und mit der gebotenen Transparenz zu verwalten und einzusetzen ist. Danke schön! (*Beifall bei den Grünen. 12.33 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Murgg (12.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen – sind noch welche da, ja, ich glaube doch!

Herberstein ist, das glaube ich sagen zu können, ein Sittenbild nicht nur des steirischen Hochadels, sondern leider auch der steirischen Landespolitik, und zwar der Landespolitik für die (*Abg. Mag. Drexler: „Der Adel wirkt schon!“*) im Grunde, das ist eben der feine Unterschied. (*Abg. Reinprecht: „Bei den Todesanzeigen schon.“*) Danke für die Nebenbemerkung.

Der Fall Herberstein ist auch ein Sittenbild, so glaube ich sagen zu dürfen, für die Landespolitik und für die Landespolitik, für die in erster Linie diejenigen beiden Parteien verantwortlich zeichnen, die dieses Land seit 50 Jahren politisch dominieren – in erster Linie die Österreichische Volkspartei, aber auch die Steirische Sozialdemokratie. (*Abg. Mag. Drexler: „Also seit 60 Jahren.“*)

Der Fall Herberstein zeigt die Richtigkeit des alten Sprichwortes: „Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu.“ Frei abgewandelt, dass das Geld der öffentlichen Hand leider sehr oft dorthin umgeleitet wird (*Abg. Mag. Drexler unverständlicher Zwischenruf*)

Ich weiß nicht, haben Sie sich jetzt aufgeputscht in der Zwischenzeit, wo Sie da draußen waren? Irgendwie kommt mir das so vor. (*Abg. Mag. Drexler: „Eine gewisse Genauigkeit ist in parlamentarischen Debatten notwendig.“*) Ich werde Sie dann bei Ihrer nächsten Wortmeldung sehr gerne daran erinnern. (*Abg. Mag. Drexler: „Ich bitte sogar darum.“*)

Ich darf zum Sprichwort zurückkommen: „Wo Tauben sind, fliegen Tauben zu.“ Ich glaube, auch der Fall Herberstein zeigt, dass öffentliche Gelder sehr oft leider dorthin umgeleitet werden, nicht unbedingt wo sie dringend gebraucht werden, sondern wo es sie schon in Hülle und Fülle gibt, wo sie mehr als im Überfluss vorhanden sind.

Ich möchte auch sagen, dazu gehören immer zwei, einer, der sich schamlos an diesen Geldern bereichert und ein anderer, der diese Gelder freimütig ohne Kontrolle oder mit einer sehr mangelhaften Kontrolle, wie wir in der Zwischenzeit wissen, freigibt.

Wir alle wissen, Herberstein beschäftigt in der Zwischenzeit auch die Gerichte. Das soll hier nicht Thema meiner Wortmeldung sein. Mir geht es um die politische Verantwortung, um das, was der ausführliche Bericht des Landesrechnungshofes an das Tageslicht gefördert hat, natürlich nur strichprobenartig im Stakkatostil. Auf alles und jedes kann und will ich hier nicht eingehen.

Einer der Hauptakteure, die Hauptakteurin dieses Fiaskos hat ja in der Zwischenzeit von der Bevölkerung auch dafür die Rechnung präsentiert bekommen, sie ist nicht mehr in diesem Gremium anwesend, sie ist nicht mehr mit an Bord. Aber viele andere, die heute so tun, als hätten sie nie dazugehört, tragen immer noch politische Verantwortung. Ich glaube, dass der Bericht des Landesrechnungshofes uns auch dazu verpflichtet, nach der politischen Verantwortung derjenigen zu fragen, die noch nicht sozusagen von der Bevölkerung auch für diesen Fall „abgestraft“ wurden. Einige wenige Punkte möchte ich jetzt herausgreifen. Meine Vorrednerin ist ja schon auf das eine oder andere eingegangen.

Ich habe eigentlich beim ersten Durchblättern dieses Berichtes besonders skandalös die Konstruktion der sogenannten typischen stillen Beteiligung gefunden, die hier, ich glaube es war im Jahr 2002, vom Land mit der Herberstein Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG – so heißt es korrekt, damit auch der Klubobmann Drexler zufrieden ist – eingegangen wurde. (*Abg. Mag. Drexler: „Das war noch nicht korrekt.“*)

Dafür wurde eine nicht unerhebliche Kapitaleinlage von damals 2,906 Millionen Euro geleistet. 2004 – die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek hat es ja gesagt – wurde noch einmal eine weitere Million Euro dazugeschossen, aufgestockt.

Jetzt schauen wir uns diese Konstruktion dieser typischen stillen Beteiligung einmal genauer an, wer davon profitiert und wer, wie ich meine, automatisch dabei immer die Zeche zahlt. Das Land trägt 40 Prozent am Verlust und Gewinn dieses Unternehmens. Eine Teilnahme am Unternehmensvermögen wurde aber von vornherein ausgeschlossen.

Die Geschäftsführung stellt allein die Familie Herberstein. So wie die Anteilsberechnung festgelegt wurde, meine ich, kann für das Land auch beim besten Geschäftsgang leider immer nur ein Minus herauskommen. Der Ergebnisanteil des Landes wird nämlich auf folgende Art und Weise ermittelt: Dem Tierpark werden jährlich 51 Prozent der Karteneinnahmen, aber 79 Prozent der Kosten des Gesamtbetriebes zugerechnet. Und außerdem wird vom Teilergebnis Tierpark dann für die Gesellschafter die Familie Herberstein, ein Vorabgewinn in Höhe von 327.000 Euro, fast möchte man sagen, natürlich wertgesichert abgezogen, egal ob der Tierpark Verluste oder Gewinne schreibt. Also nicht nur, dass der Schlüssel – und das ist natürlich auch dem Rechnungshof aufgefallen – für die Ausgaben und Einnahmen in unterschiedlicher Relation zum Nachteil festgesetzt wurde. Das Land, obwohl ausdrücklich nur am Tierpark beteiligt, zahlt 79 Prozent der Kosten des Gesamtbetriebes. Von den Einnahmen bekommt das Land 51 Prozent; lediglich aus den Kartenerlösen des Tierparks. Die Einnahmen aus anderen Erlösen des Tierparkkontos bleiben unberücksichtigt und von diesem Ergebnis werden dem Land – wie gesagt – 40 Prozent zugeteilt. Aber da kann eben, wie gesagt, nur ein Minus herauskommen. Außerdem wurde vertraglich festgehalten, dass nach Aufbrauchen des zur Verfügung gestellten stillen Kapitals das Land keine Möglichkeit mehr hat, später an allfällig eintretenden Gewinnen dieser OEG zu partizipieren. Und anlässlich dieser grotesken Situation scheint es für mich schon nahezu selbstverständlich, dass erst im Jahre 2005 vom Einsichtrecht des Landes Gebrauch gemacht wurde. Fast wäre man versucht, zu bemerken: „Klar dieser Selbstbedienungsladen sollte offenbar nicht gestört werden.“

Zu den Gartenprojekten: Von 1996 bis 2001 wurde hier mehr als eine Million Euro gewährt. Und nun das für mich Entscheidende: Das sind 84 Prozent der Investitionskosten. 84 Prozent der Investitionskosten wurden gefördert, also ein für mich vollkommen unvorstellbarer Prozentbetrag. Rechnungen für die Gärten wurden dabei – das wissen Sie ohnehin in der Zwischenzeit – doppelt bei verschiedenen Abteilungen vorgelegt und als Teil der Gesamtkosten anerkannt. Und für all das soll es keine politische Verantwortung geben?

Stichwort Privatentnahmen: Allein im Jahr 2001 wurden hier mehr als 300.000 Euro entnommen, trotz negativem Jahresgewinnes. Da wurde sogar ein eigenes Konto „Privatentnahmen“ geführt, für Liegenschaften in Graz, in Algersdorf wurden Betriebskosten bezahlt für ein Objekt, das nicht, ausdrücklich nicht zum Betriebsvermögen dieser OEG gehört. Das alles fiel bis zur Prüfung durch den Landesrechnungshof niemandem auf?

Die Herberstein-Kunstsammlung, eine eigene OEG ließ sich von der unter Landesbeteiligung stehenden Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG Restaurierungen, Instandhaltungen ihrer Kunstwerke bezahlen. Gleichzeitig gab es aber ein exklusives Nutzungsrecht dieser Kunstwerke, für die vom Land finanzierte OEG nicht und, und, und. Ich glaube, abgewandelt zu einer köstlichen cineastischen Kriminalkomödie könnte man hier wirklich bemerken, Adel verpflichtet – leider nicht.

Insgesamt wurden Herberstein bis 2004 knapp 7 Millionen Euro – ich darf es noch in der alten Währung sagen, da ist es glaube ich etwas plastischer – fast 100 Millionen Schilling gewährt. Ein wesentlicher Teil wurde über die Fachabteilung 12A abgewickelt, 3,4 Millionen Euro. Und hier muss es politische Verantwortlichkeiten gegeben haben und möglicherweise noch geben. Auch die SPÖ war praktisch bis zum bitteren Ende oder fast bis zum bitteren Ende mit im Boot. Da kann man nicht einfach jetzt sozusagen zur Tagesordnung übergehen und den Saubermann spielen. Und für mich ist es umso unverständlicher, dass angesichts dieses Fiaskos Landeshauptmann Voves noch einmal mehrere hunderttausend Euro für den Tierpark flüssig gemacht hat. Da kann er hundert Mal sagen, das Geld fließt nicht in die OEG, sondern kommt allein dem Tierpark zu, aber allein vor dem Hintergrund dieses Landesrechnungshofberichtes halte ich das für nicht nachvollziehbar.

Die KPÖ hat schon in der Fragestunde im Dezember in diesem Haus gesagt – und das kann glaube ich nicht oft genug wiederholt werden – wenn hier Landesmittel fließen, dann nur nach einer Übergabe des Tierparks an das Land Steiermark, zu Bedingungen, die für die steirische Bevölkerung, für die Steuer zahlende steirische Bevölkerung nachvollziehbar und transparent sind. Alles andere halte ich vor dem geschilderten Hintergrund für unverantwortlich. *(Beifall bei der KPÖ. 12.43 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger *(12.44 Uhr):* Sehr verehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, sehr verehrte Damen und Herren der Landesregierung, werte Kollegen, sehr verehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Vorweg möchte ich mich auch beim Landesrechnungshof bedanken, weil hier wirklich größtenteils korrekt und unter sehr viel Aufwand dieses Thema Herberstein, die OEG Herberstein geprüft und bearbeitet wurde; und in einem sehr umfangreichen Bericht die Machenschaften, muss man fast sagen, die dort passiert sind, auch dargelegt wurden. Ich möchte aber auch hier klarstellen – und dieses klare Bekenntnis hat es seitens der SPÖ und seitens Herrn Landeshauptmann Franz Voves immer gegeben – dass die SPÖ zum Tierpark Herberstein, zum Betrieb des Tierparks Herberstein steht. Dieses Projekt, dieser Tierpark ist ein wichtiges Projekt in dieser Region. Etwas anderes hat die SPÖ und Herr Landeshauptmann Voves nie behauptet. Wir waren immer gegen den Vollzug und gegen den Einsatz und den Missbrauch dieser Fördermittel, wie es hier im Tierpark Herberstein auch praktiziert wurde.

Begonnen hat das ganze Problem ja bereits, wie der Landesrechnungshof festgestellt hat, mit den Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag, die derart nebulos waren, dass es fast nicht möglich war, diese OEG wirklich im gesamten Bestandteil zu prüfen und es auch verschiedenste Versuche gegeben hat, diese Prüfungen zu unterbinden. Nur über die Möglichkeit der Förderbestimmungen war es dem Rechnungshof möglich, wirklich Prüfungen durchzuführen und über das Handelsgesetzbuch letztendlich auch in die Gebarung der gesamten OEG teilweise – und nur teilweise – Einblick zu bekommen. Meine Damen und Herren, mir ist es eigentlich nicht sehr gut gegangen, als ich diesen Prüfungsbericht durchgelesen habe. Ich habe mich an Diskussionen in den letzten Jahren erinnert, über den Heizkostenzuschuss, über psychosoziale Zentren, über Verankerung dieser Mittel im fixen Budget über das Gesundheitswesen und über das Sozialwesen. Natürlich müssen wir diese Diskussionen auch führen, sehr bewusst führen und abschließen. Aber wenn man diese Förderpraxis und diesen Bericht durchliest, dann wird es einem einfach ganz anders. Offene Erwerbsgesellschaft, das ist zweifellos der richtige Begriff, der richtige Firmenwortlaut für die OEG Herberstein. Förderung des Landes Steiermark inklusive des stillen Beteiligungskapitales im Ausmaß von fast 6 Millionen Euro und wenn man die Gesamtzuwendungen hernimmt, also auch die Zuwendungen des Bundes, es sind fast 7 Millionen Euro „geflossen“. Bemerkenswert ist, wenn man es genau betrachtet, dass eigentlich in den Jahren 2001 bis 2004 bzw. 2005 die meisten Mittel geflossen sind. 5,1 Millionen Euro des Gesamtförderkapitales sind in diesen fünf Jahren unter der Regie des Herrn Ex-Landesrates Hirschmann unter einem geführten ÖVP-Ressort geflossen. Ich werde Sie nicht weiter mit Details aus dem Vertrag belasten.

Ich hoffe nur, dass niemand mehr in diesem Saal sitzt und einen solchen Fördervertrag beziehungsweise einen solchen Gesellschaftsvertrag unterschreibt, denn das ist wirklich ein Umgang mit öffentlichen Fördergeldern, der nicht vertreten und nicht verantwortet werden kann. Interessant ist auch die sogenannte ordentliche Geschäftsgebarung, die neben den stillen typischen Beteiligungen Möglichkeiten für die Familie Herberstein und die Angehörigen eröffnet hat, Mittel aus der ordentlichen Geschäftsgebarung zu entziehen. Der gesamte Fuhrpark des Unternehmens – 6 Mitsubishi, 1 Audi, 1 Golf, 1 VW-Bus, 1 Ford Focus, 1 Chrysler Voyager, Traktoren und etc. – wurde über dieses Unternehmen finanziert und abgerechnet.

Die Privatentnahmen, die zusätzlich getätigt wurden, neben den im Gesellschaftsvertrag fixierten Privatentnahmen, haben, wie bereits angekündigt, im Jahr 2001 über 300.000 Euro betragen.

Die Kunstsammlung, also die Herberstein'sche Kunstsammlung, wurde auch über diese OEG finanziert. Die Kunststücke wurden renoviert und dafür hat es Ausleihungen gegeben und durften die Kunststücke im Tierpark dementsprechend ausgestellt werden.

Meine Damen und Herren, um das Ganze noch ein bisschen transparenter zu machen, vereinbarte man Abschichtungen *aus* dieser stillen Beteiligungsgesellschaft über ein eigenes Konto. Also, die Einlagen, die dort in Form von stillen Beteiligungen getätigt wurden, wurden den Ausgaben gegenübergestellt und der Vertrag sollte erlöschen, wenn dieses Konto auf Null gestellt ist. Gleichzeitig vereinbarte man aber eine 20jährige Vertragsdauer.

Meine Damen und Herren, wissen Sie, wann dieser Vertrag zu Ende gewesen wäre? Mitte 2006. Ab diesem Zeitpunkt hätte es kein Recht des Landes Steiermark mehr gegeben, irgendwelche Prüfungen durchzuführen und irgendwelche Korrekturen vorzunehmen.

Wie gesagt, ich hoffe und ich glaube, dass niemand mehr in diesem Hause sitzt und einen solchen Gesellschaftsvertrag, aus welchen Motivationen auch immer, und hier lässt das gesamte Konvolut sicherlich sehr, sehr viele Spekulationen offen, dass niemand mehr hier ist, der einen solchen Gesellschaftsvertrag unterzeichnet, welcher absolut nicht im Interesse des Landes Steiermark, sondern nur im Interesse der Familie Herberstein verfasst wurde.

Ein weiteres Schmankerl ist vielleicht, dass 2004 nochmals 1 Million Euro aus einer stillen Beteiligung nachgeschossen wurde. Da möchte ich dazu dann noch etwas Besonderes ausführen. Aber in erster Linie ist es der damals bereits öffentlich geführten Diskussion zu verdanken, dass nicht mehr geflossen ist, wenn man die Stellungnahme der damaligen Landesfinanzreferentin zum Landesrechnungshofbericht genau durchliest. Ich zitiere: „Zu der seitens des Kulturressorts mit Antrag, GZ: A9 24 HF 24 – 04/1, vom 16.7.2004 vorgesehenen Bereitstellung eines weiteren stillen Beteiligungskapitals von“ – und Sie hören – „5,8 Millionen Euro wurde seitens der Landesfinanzreferentin mit Schreiben vom 20.7.2004 Stellung genommen, zu dem daraufhin vom Kulturressort auf einen Beitrag von 1 Million Euro reduziert wurde.“

Diese Stellungnahme sagt ganz deutlich, dass daran gedacht war, seitens des Kulturressorts, in einer Ferialverfügung, wie wir wissen, nicht 1 Million Euro auszuzahlen, wie es dann auch passiert ist, sondern 5,7 Millionen Euro an stiller Beteiligung nachzuschießen. Ist bitte im Rechnungshofbericht zu lesen. Dazu kommt natürlich, und das ist auch schon angeklungen, wie diese Auszahlung dieser einen Million Euro erfolgt ist, nämlich in Form einer Ferialverfügung. Das mag noch so üblich sein. Aber Tatsache ist, dass es aus dem Finanzressort, aus dem Finanzreferat klare Aussagen gegeben hat, die darauf hingewiesen haben, dass es keine rechtliche Grundlage, also keine Vertragsveränderung des bestehenden Gesellschaftsvertrages gegeben hat, damit dieser Nachschuss oder diese Nachschussverpflichtung des Landes, wenn Sie das so sehen wollen, wenn man das so will, und wie es die ÖVP gesehen hat, erfolgen hätte dürfen. Trotzdem hat es eine Auszahlung zu einem Zeitpunkt gegeben, wo absolut bekannt war, welche Dinge, welche Machenschaften hier passiert sind und für welche Zwecke Fördermittel missbraucht wurden.

Tatsache ist auch, und da möchte ich schon auf die Wortmeldung von der Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek eingehen, dass seit zwei Jahren, wenn es gewollt wird, und diese Aufforderung gibt es, in jedem Förderungsvertrag der Prüfvorbehalt für den Landesrechnungshof bereits heute aufgenommen werden kann. (*Abg. Lechner-Sonnek*: „Kann!“) Kann. Da muss man sich die Frage stellen, warum diese Prüfvorbehalte nicht aufgenommen werden. Das liegt im jeweiligen Ressort, ob der zuständige Landesrat diese Prüfvorbehalte in seine Förderverträge hinein nimmt oder nicht. Es ist nicht so, dass es diese Möglichkeit nicht gibt, sondern es obliegt wirklich den zuständigen Ressorts und den Abteilungen.

Wenn man sagt, die SPÖ war mit im Boot, dann werde ich hier nicht abstreiten, dass die SPÖ zu diesem Zeitpunkt auch in der Regierung gesessen ist. Das ist Tatsache, das sind Fakten. Aber es gibt auch eine Ressortverantwortung in den einzelnen Ressorts. Es werden die Vorschläge und Verträge zwar beschlossen, aber von den zuständigen Regierern unterschrieben, die letztendlich auch die Verantwortung für das tragen, was sie unterschreiben und tun.

Also, einmal die Vermischung zu suchen, dass die Regierung hier zuständig ist in ihrer Gesamtentscheidung und einmal den Ausweg zu suchen, dass die Ressorts oder die einzelnen Ressorts die För-

dergelder bereitstellen und die Fördergelder eigentlich in die Regierungssitzung einbringen, kann auch nicht der Weg sein. Sondern ich meine wirklich, dass die zuständigen Abteilungen, die zuständigen Landesräte in ihren Abteilungen Ordnung zu schaffen und dementsprechende Anträge der Regierung vorzulegen haben.

Das sollte auch so in einer gemeinsamen Regierung funktionieren und passieren. Die Regierungspartner sollten sich auf die Vorgangsweise der einzelnen Abteilungen und der einzelnen Regierungskollegen verlassen können.

Insgesamt meine ich aber auch, wenn ich jetzt den ESTAG-Prüfungsbericht hernehme, wenn ich den Ortserneuerungs-Prüfungsbericht hernehme und jetzt diesen Prüfungsbericht auch dazuzähle, dass es hier eine durchgehende Subventionspraxis in den ÖVP-Ressorts gegeben hat. Aufgrund des Umgangs mit öffentlichen Mitteln und der Tatsache, dass in den letzten fünf Jahren der Großteil dieser Mittel bei Herberstein ausgegeben wurde, meine ich auch, dass es wirklich eine Unsitte ist, wenn wir ohne Kontrolle und ohne wirkliche Zielsetzung derartig hohe Mittel ausgeben. Letztendlich sind das alles Steuermittel, wo eine sorgfältige Vergabe notwendig wäre.

Ich hoffe wirklich, dass durch ein zukünftiges Controlling – was auch ein Ziel der SPÖ ist – solche Doppelförderungen, Zusatzförderungen, Förderungen in der Höhe von 80 Prozent nicht mehr vorkommen und dass die Verantwortung mit dem Umgang von Fördergeldern wirklich steigt.

Danke! (*Beifall bei der SPÖ. 12.58 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mag. Drexler. Ich darf ihn um seine Ausführungen bitten.

Abg. Mag. Drexler (12.58 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Herren Landeshauptmannstellvertreter, meine Damen und Herren!

Da hat uns das Thema also wieder, ein Dauerbrenner der politischen Debatte in den letzten Monaten, alles was in, um und rund um Herberstein passiert, hat ja in unterschiedlichster Manier das Landesparlament, die Medien und viele andere darüber hinaus beschäftigt und beschäftigt neuerdings und wahrscheinlich auch noch einige Zeit bekanntlich auch die Gerichte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf in aller Kürze, nachdem wir den Rechnungshofbericht vorliegen haben, vielleicht ein, zwei Anmerkungen zu dieser Debatte machen.

Zum Ersten, Herr Kollege Murgg, Herberstein, Tier- und Naturpark Herberstein OEG. heißt sie ganz genau und korrekt, das mag zwar sprachlich nicht besonders schön sein und beinahe an eine Tautologie grenzen, aber das ist der korrekte Wortlaut, den wir auch dem Rechnungshofbericht entnehmen können.

Zum Zweiten, es ist ja bemerkenswert. Der Kollege Petinger hat uns jetzt wieder das Dilemma der Sozialdemokratischen Fraktion in dieser Angelegenheit vor Augen geführt, wenn er nun versucht hat, wieder das Bekenntnis zum Tierpark groß unter Beweis zu stellen und zu unterstreichen: Das ist dem Landeshauptmann schon am 13. Dezember nicht gelungen, aber es ist sehr ehrbar, dass der Kollege Petinger, den Versuch neuerlich unternommen hat. Denn wir können ja nicht vergessen haben, was in den Monaten und insgesamt im vergangenen Jahr geschehen ist. (*Abg. Kröpfl: „Das verlangt ja niemand.“*) Etwa die bemerkenswerten Karikatur-Beiträge des Kollegen Schwarz und andere bemerkenswerte Dinge, die hier im Haus und auch im Hof stattgefunden haben. Das kann ja nicht alles in Vergessenheit geraten sein und in so ferne ist es auch schwierig für die Sozialdemokratie hier nun eine klare Position einzunehmen. Das haben wir insbesondere in den letzten Wochen erfahren dürfen. Denn es gibt eine zweigeteilte Rolle der Sozialdemokratie im Lande – das ist Ihnen möglicherweise aufgefallen – Sie haben auf der einen Seite den Rächer der Enterbten und Beschützer der Waisen und Witwen, den von mir außerordentlich geschätzten Landeshauptmannstellvertreter Flecker, der sich neuerdings dafür einsetzt, dass das Land Steiermark als Privatbeteiligter den Strafverfahren beitreten und über diesen Umweg oder Weg eine Million Euro zurückfordern soll, insbesondere für die Kulturabteilung, was mit Fug und Recht natürlich vom Kulturreferenten angestrebt werden kann. Das ist die eine Seite der Medaille. Auf der zweiten Seiten haben Sie aber den Löwendompteur, der heute nicht hier ist, den Herrn Landeshauptmann Voves, der bereits im Dezember erklärt hat, auf Basis von erheblich

besser gesicherten Erkenntnissen als alle Erkenntnisse, die bisher Förderungen von Herberstein untermauert haben, also erheblich bessere Erkenntnisse muss der Herr Landeshauptmann gehabt haben; es war, glaube ich, ein Telefonanruf oder so etwas des Herrn Herberstein, dieser wollte ja 600.000 Euro dort hinaus schicken. Also das sind schon zwei sehr unterschiedliche Wege, die die Sozialdemokratie hier beschreitet. Zum einen, eine Million zurück, zum anderen 600.000 hinaus, das ergäbe dann in Summe einen Saldo von 400.000 Euro, die wir bekommen würden. Oder wie soll das gehen? Jedenfalls ist das eine mir nicht besonders einleuchtende Strategie, aber mir muss auch nicht jede Strategie der Sozialdemokratie einleuchten. Das gehört bitteschön überhaupt nicht zu den Grunderfordernissen von politischen Strategien hier im Lande, dass sie mir einleuchten müssen. Aber es ist schon festzustellen, dass natürlich im Grunde ein Gutteil dessen, was an Skandalisierung über die Monate versucht worden ist, zusammenbricht und anderes natürlich bestehen bleibt und wir für die Zukunft uns sehr genau überlegen müssen, wie es mit derartigen Förderprojekten denn beschaffen sein soll, welchen Weg man hier findet, um derartige Geschichten nicht in so ein – auch im Rechnungshofbericht zum Ausdruck kommenden – Licht rücken lässt. Das ist die Aufgabe für die Politik in der Zukunft. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin sehr froh, dass operativ diese Dinge in den Händen unseres Tourismusreferenten Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer liegen, denn wir haben nun bereits, als man die derzeitige Lösung für Herberstein gefunden hat, gesehen, dass hier mit profunder Kenntnis und Professionalität an die Dinge gegangen wird und es dann auch zu sinnvollen Lösungen im Einvernehmen mit dem Regierungspartner kommen kann. Diese Erkenntnis stimmt mich auch für die Zukunft froh, weil ich schon glaube, dass dann auch in Hinkunft diese Geschicke entsprechend gut und erfolgreich auch im Interesse der Region gemacht werden können. Zu manchen Kritikpunkten, die hier geäußert worden sind, da gibt es jetzt ja schon einige legendenhaft verklärte, also diese berühmte Ferialverfügunsmillion, da werden ja wahre „Raubergeschichten“ herumerzählt, wenn ich den Wortmeldungen hier genau zugehört habe. Tatsache ist natürlich, dass das Wesen einer Ferialverfügung – sonst braucht man nämlich gar keine Ferialverfügung – die Schnelligkeit der Maßnahme ist, in diesem Fall eine rasche und wirksame Hilfsmaßnahme, die dafür gesorgt hat, dass der Tierpark nicht zugesperrt werden musste. So etwas muss nun einmal – das ist schon die Definition dieses Instrumentes – rasch funktionieren. Das ist das Eine, zum Zweiten, weil da immer behauptet wird, diese Ferialverfügung würde jeder rechtlichen Grundlage entbehren und die Auszahlung sei überhaupt nur – ich weiß nicht – unter irgend welchen düsteren und trüben Verhältnissen zustande gekommen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Ferialverfügung bildet die Rechtsgrundlage für die Auszahlung. Die Stellungnahme der Finanzreferentin war da und im Endeffekt ist im Übrigen nicht, wie Herr Landeshauptmannstellvertreter Flecker im Kontrollausschuss gesagt hat, Ende Juli, sondern frühestens am 4. August diese Auszahlung tatsächlich getätigt worden. Alles hat seine Ordnung, alles hat seine Rechtmäßigkeit, man kann in der Sache zwar anderer Meinung sein, aber hier um das Wesen dieser Auszahlung so eine Vorabendkrimiserie zu inszenieren, erscheint mir nicht angezeigt. Leider – endgültig werden es erst die Gerichte klären – gibt es ohnehin genug in dieser ganzen Angelegenheit, das uns an Krimiserien erinnert. Das haben die Strafgerichte aufzuklären. Dem sehen wir mit Interesse entgegen, weil niemand lässt sich gerne betrügen, erst recht nicht das Land Steiermark und das ist klarerweise auch dementsprechend zu verfolgen. Aber ich glaube, das Entscheidende ist, dass wir nun auf Basis der Erkenntnis des Rechnungshofes, auf Basis dessen, was innerhalb der Landesregierung im Dezember besprochen, vereinbart und beschlossen wurde, eigentlich die Zukunft auf Schiene gestellt haben - fürs Erste einmal - und ich glaube, dass wir auch davon ausgehen können, dass die unerquickliche Geschichte der letzten Monate und Jahre nun vielleicht doch eine positive Wendung in die richtige Richtung nimmt. Das wäre ein Erfolg für alle gemeinsam und da brauchen wir uns gegenseitig keine „Raubergeschichten“ mehr erzählen, sondern dann werden wir, wie ich hoffe, auch für die Region und die Bevölkerung etwas getan haben. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP. 13.06 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Ich bedanke mich für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Flecker. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker (13.06 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, lieber Christopher Drexler!

Wir haben den vorigen Herbst ganz sicher nicht vergessen. Wir denken sehr gerne an den vorigen Herbst. Ich habe eher den Eindruck, dass es eine Fraktion in diesem Haus gibt, die den vorigen Herbst nicht wahrhaben will, wenn sie über einen derartig ernsten Kriminalfall, der aus politischer Verantwortung entstanden ist, von „Raubergeschichten“ redet. Viel habt ihr nicht gelernt. (*Abg. Mag. Drexler: „Nur im Zusammenhang mit der Ferialverfügung wurde gesprochen.“*) Viel habt ihr nicht gelernt! Und ich meine, wenn man nach dieser Erledigung der politischen Verantwortung, wie sie im Oktober geschehen ist, noch immer so arrogant mit diesem Thema umgeht, dann hat man sich das, was einem geschehen ist, tatsächlich hart erarbeitet und nichts dazu gelernt.

Und ich sage zu dieser Frage, die da so „lustig“ herauskommt, der Zweiteilung der Verantwortung.

Weißt du, wo der Unterschied liegt beim Bekenntnis zu diesem Tierpark? Der Landeshauptmann bekennt sich zum Tierpark ohne Unterhalt der Adelsfamilie. (*Beifall bei der SPÖ.*) Bei euch war das ja nicht zu übersehen, dass nur jemand rufen hat müssen und die Millionen sind geflossen. Und das, was Voves jetzt vorgeschlagen hat und allgemeines Bekenntnis dieses Landtags ist, hat letztendlich ja, wie es ihm auch zusteht in seiner Kompetenz, der Kollege Schützenhöfer in einem Regierungssitzungsantrag vollzogen. (*Abg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf*) Gute Zusammenarbeit. Und wenn der Kollege Schützenhöfer das tut, was der Herr Landeshauptmann anregt – ich nehme nicht an, dass er das unfreiwillig tut –, dann sehe ich eigentlich nicht viel Grund für euch, daran Kritik zu üben. Weil das ist gesichert, dass es nicht mehr in anonyme oder sehr bezeichnete Taschen hineinfließt.

Ein Zweites zu dieser Million: Schau, das war das Eigentliche, diese Schnelligkeit. Ich glaube, da ist man im Sommer draufgekommen, dass man sehr schnell diese Million – mit Ferialverfügung geht das ja auch sehr leicht – loswerden will.

Nur – und da bist du guter Jurist genug, um das verstehen zu können, ob du es willst, ist die andere Frage – es ist nämlich schlimmer, wenn du sagst, der Landesrechnungshof hat den Auszahlungstermin vor das Datum der Äußerung der Finanzabteilung gelegt, es ist ja wesentlich schlimmer, wenn eine Auszahlung zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, wo eine Äußerung der Finanzabteilung vorliegt, die sagt, dass zuerst die rechtlichen Grundlagen zu schaffen sind, die bis heute nicht geschaffen wurden.

Ich wäre heute sehr glücklich, auch wenn ich an das Geld denke, wenn die von uns eingesetzten Kontrollinstrumentarien funktioniert hätten. Ich wäre sehr glücklich gewesen, wenn der Landesrechnungshof diese Frage hinterfragt hätte. Vielleicht hätte er bessere Grundlagen in der Genese dieser Auszahlung gefunden, wenn er sich Akten angeschaut hätte, die sozusagen den Fortgang auch dokumentieren. Ich sage, jetzt können wir um die Million wahrscheinlich rennen. Wie viel wir davon kriegen, werden wir sehen. Ich jedenfalls sehe, dass wir von dieser schnell ausgezahlten Million – und was mit dem Geld alles geschehen ist, werden uns ja die Gerichte vor Augen führen, das sind dann keine „Raubergeschichten“ mehr – wahrscheinlich nicht übertrieben viel sehen werden. Dass die Auszahlung bei ordnungsgemäßem Herangehen an diese Geschichte hätte verhindert werden müssen ist klar, und wir hätten nicht Steuergeld verloren.

Ich wollte das nur noch anbringen. Es geht nicht um den Tierpark, es geht um die Förderung von Personen und es geht um politische Verantwortung, die eine Wahl letztlich tatsächlich herbeigeführt hat. Aber ich bin sicher, dass in einem anderen Wege diese Verantwortung nie wahrgenommen worden wäre, wenn man dich auch heute noch so reden hört. Danke! (*Beifall bei der SPÖ. 13.13 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (13.13 Uhr): Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich die Wortmeldung des Kollegen Flecker mit einem Satz zusammenfassen. Tut Schützenhöfer, was Voves sagt, ist er brav, tut Schützenhöfer das nicht, ist er präpotent. (*Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker: „Präpotent nicht. Aber gescheit bist du dann.“*) Nicht präpotent. Aber tut er es nicht, ist er wahrscheinlich rückttrittsreif. Das ist eine einfache Welt, in die sich der Zweite Landeshauptmannstellvertreter begibt.

Ich sage eines: Mir war der Tierpark Herberstein im Sommer des Vorjahres genauso wichtig wie heute. Nur eines, Kollege Flecker, geht nicht, das geht nicht mehr. Es geht nicht mehr, 1 Million, die per Ferialverfügung an Herberstein gegangen ist, als eine milde Gabe an das Adelsgeschlecht darzustellen und 650.000 Euro, die per Inserat und ohne Befassung der Regierung angekündigt wurden, als Rettung des Tierparks hinzustellen. Die Hauptargumentation der SPÖ, und ich rege mich heute darüber nicht mehr auf, nur ich erinnere mich, und ich erinnere mich an den 2. Oktober nicht so gerne wie du, aber ich erinnere mich heute lieber als du an eure Argumentation, „kein Cent für Herberstein, bevor nicht der Endbericht des Rechnungshofes daliegt“ – das ist heute – (*Beifall bei der ÖVP.*) „kein Cent für Herberstein, bevor nicht die Gerichtsverfahren beendet sind“. Ja, ist das ein Geheimwissen, sind die beendet? Ich weiß nichts davon. Ich habe als Tourismusreferent gelesen, dass wir jetzt 650.000 Euro brauchen. Warum wissen wir nicht, aber wir brauchen es.

Meine Damen und Herren von der SPÖ, und das ist schon der letzte Satz, weil dann möchte ich mich mit der Zukunft beschäftigen in diesem Zusammenhang, mit dieser Argumentation fliegen Sie aus der Kurve und Sie kommen nicht mehr ins Auto zurück. Das ist der Punkt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

So, und ich sage dem Herrn Abgeordneten Dr. Murgg und anderen, die bestimmte Fragen *haben*, die der Rechnungshof beantworten soll, dem ich danke, dass er jetzt jedenfalls auch den Bericht vom LKH Graz-West zustande gebracht hat – im Vorjahr waren die Damen und Herren dort ausnahmslos mit Vulkanland, Herberstein und Auto-Cluster beschäftigt, soviel zur Frage, wie sehr wir angeblich den Rechnungshof im Griff haben –, danke, dass das jetzt vorliegt. Was hat der Rechnungshof gesagt? Er hat ein paar Dinge festgestellt, die er zu Recht festgestellt hat. Auch ich habe mich oft gefragt, ist das ein Fass ohne Boden? Auch ich habe mich gefragt, wie kann man eine stille Beteiligung im Vertrag so beschließen – an links und rechts, das war nämlich einstimmig? Und wir haben die Antwort bekommen, dass es ein verlorener Zuschuss ist, dass man einen Weg gemeinsam mit dem Finanzressort und dem Finanzministerium gesucht hat, um stabilitätspaktgemäß und maastrichtkonform vorgehen zu können und dann ist man auf diese stille Beteiligung – es war ja der erste Vertrag – gekommen. Nie mehr sonst ist ein Vertrag so abgeschlossen worden.

Ganz sicher nicht von mir, wie ich nur der Ordnung halber feststelle, dass ich seit ich in der Regierung bin, einen Antrag, nämlich den im Dezember, aber jedenfalls keinen Antrag für eine Förderung seitens des Tourismusressorts gestellt habe, in der Zeit, die der Rechnungshof überprüft hat. Und meine Damen und Herren, wir werden sehen, wie die Rechnung am Ende aussieht. Wer gelesen hat, was der Tourismusreferent nach dem Beschluss für die 450.000 Euro gesagt hat, wird daraus nicht ersehen, dass Herberstein schon gerettet ist. Wir werden sehen, wie am Ende die Rechnung aussieht, wenn wir an die Sache ernsthaft herangehen.

Ich sage es heute schon, geradezu verklärt, wenn Sie so wollen: Es wird uns politisch nichts mehr bringen, denn der 2. Oktober war schon. Aber das optimierte Angebot vom Frühsommer mit den 304.000 Euro, die die Shopping-City-Seiersberg eingebracht hätte, mit dem Recht des Landes nach fünf Jahren auszusteigen, wird meines Erachtens die für das Land finanziell günstigere Rechnung gewesen sein. Ich nehme es nicht vorweg und ich wünsche es mir gar nicht – es hilft mir ohnedies nichts, wenn ich in einem Jahr Recht habe, wenn ich an die Landesfinanzen denke. Wir haben immer gesagt, das ist ein oststeirisches Flaggschiff für den Tourismus, wir wollen es erhalten und deswegen mit dieser Million die Rettung und jetzt der Versuch mit den 450.000 durchzukommen, bis wir uns entscheiden können, ob wir tatsächlich weiter machen können.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren, weil ich Wert darauf lege, dass Fehler, die man macht, man ja nicht mit Gewalt wieder machen soll, was Verträge anlangt, auch kurz berichten über diesen Fördervertrag vom 20. Dezember. Denn selbstverständlich kann man fragen, da ist immer anders geredet worden und jetzt fördern sie. Es hat auch hier die Auseinandersetzung zwischen dem Landeshauptmann und mir gegeben. Die ist beendet. Wir schauen, dass wir das im Interesse der Sache hinbekommen. Was zu sagen war, ist gesagt. Aber jedenfalls bekenne ich mich zu dem, was wir beschlossen haben, weil durch diese Vereinbarung, die Wiedereröffnung des Tierparks mit 1. März dieses Jahres ermöglicht wird und man bis zum Ende September jedenfalls durchhalten kann. Die Höhe des Zuschusses von 450.000 Euro wurde durch den Wirtschaftstreuhänder nach Überprüfung aller relevanten Unterlagen berechnet.

Meine Damen und Herren, ich habe schon mehrfach gesagt, wir haben Experten, auf die man halt setzt – auch da kann man sich irren – Sie wissen, der Politiker hat drei Möglichkeiten sich umzubringen, eine dieser drei, die anderen zwei darf ich gar nicht nennen, ist der Experte, mit dem geht es am sichersten, wird immer wieder gesagt, durch das Spiel am schnellsten und den dritten Grund darf man öffentlich nicht erwähnen, ist egal. Aber man muss halt, weil man selber nicht der Weisheit letzter Schluss ist, auch Leute zu Rate ziehen, die sich in dieser Thematik gut auskennen. Und das haben wir getan, Tag und Nacht, habe ich meine Leute damit beschäftigt und ich mich auch, weil wir von diesen Experten auf der Universität Wien mehrfach gesagt und berichtet bekommen haben: Wenn der Tierpark nicht besteht, kostet in diesem Teil des Landes der Aufbau einer neuen, ähnlich starken Attraktion 30 Millionen Euro. Das haben wir uns nicht aus der Nase gezogen, das berichtet die Universität. Und deshalb sage ich, waren die Million damals und die 450.000 Euro jetzt gerechtfertigt. Was die 450.000 Euro anlangt, darf ich ein paar Klarstellungen treffen. Die widmungsgemäße Verwendung der Förderung ist unter anderem durch folgende vertragliche Maßnahmen sichergestellt:

1. Abwicklung über ein Treuhandkonto, für das ausschließlich Maximilian Herberstein, gemeinsam mit einer Vertrauensperson des Landes und einer Treuhänderin zeichnungsberechtigt ist;
2. Verwendung der Fördermittel ausschließlich zur Bezahlung laufender Aufwendungen und Instandhaltungsmaßnahmen für den Tierpark;
3. vom Konto dürfen weder Zahlungen an die Gesellschafter, noch für Zinsaufwendungen oder – tilgungen für bestehende Verbindlichkeiten getätigt werden;
4. monatliche Übermittlung einer detaillierten Zwischenabrechnung über die Erträge, Aufwendungen und Investitionen des Tierparks sowie Ein- und Auszahlungen am Tierparkkonto;
5. das Land Steiermark ist berechtigt, die Nachweise für alle am Tierparkkonto abgerechneten Einnahmen und Ausgaben an Ort und Stelle zu prüfen bzw. überprüfen zu lassen.

Ausdrücklich festgehalten ist im Vertrag, dass diese Überbrückungshilfe für den Tierpark Herberstein nicht präjudiziell für alle Fragestellungen im Hinblick auf die in der Vergangenheit gewährten Fördermittel ist.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren des Landtages, falls Sie, was ich ja annehme, wie viele Touristiker sowie Steirerinnen und Steirer auch wissen wollen, wie es weitergehen könnte, ein paar Anmerkungen machen.

Die Fachabteilung Tourismus wurde beauftragt, basierend auf einem vom Wirtschaftstreuhand Dr. Rabl zu erstellenden Gutachten und einem parallel zu entwickelnden touristischen Konzept, ein Fortführungskonzept für den Tierpark zu erarbeiten und bis spätestens 30. April der Steiermärkischen Landesregierung darüber zu berichten. Im Gutachten von Dr. Rabl sollen insbesondere folgende Fragen geklärt werden:

Welche Teilbereiche der Herberstein Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG sind dem Tierpark im Sinne einer wirtschaftlichen Einheit zuzuordnen?

Welche konkreten Vermögensgegenstände und Schulden sind der wirtschaftlichen Einheit Tierpark nach dem Kriterium der Betriebsnotwendigkeit zuzuordnen?

Welche finanziellen Beiträge wurden seitens der OEG bzw. deren Gesellschafter bislang zugunsten der wirtschaftlichen Einheit „Tierpark“ geleistet?

In welchem Umfang resultieren die aktuellen verzinslichen Schulden der OEG aus dem Betrieb des Tierparks?

In welcher Form können die der wirtschaftlichen Einheit Tierpark zuzurechnenden Wirtschaftsgüter auf einen neuen Rechtsträger übertragen werden?

Und welche Rechtsform erscheint für diesen neuen Rechtsträger zweckmäßig?

Das wird eine ganz entscheidende Frage sein. In diesem Zusammenhang ist auf grundsätzliche Überlegungen zur Ausgestaltung des Managements einzugehen. Welche Rolle sollen insbesondere Land und die Region künftig beim Tierparkbetrieb einnehmen?

Mit welchem nachhaltigen Finanzbedarf aufgrund von Betriebsabgängen und Investitionen ist im Kalenderjahr 2006 und in den Folgejahren zu rechnen?

Vor der Antwort dieser Frage habe ich hohen Respekt, um nicht zu sagen, ich fürchte mich schon. Im Rahmen des parallel dazu auszuarbeitenden touristischen Konzeptes soll insbesondere auch die Problematik der von der Gemeinde Stubenberg benötigten Grundstücke und dem Stubenbergsee einer Lösung zugeführt werden. Es muss insgesamt zu einer Lösung kommen. Da kann nicht wieder der eine vom anderen abhängig sein, wenn der in einem Jahr dann aussteigt, wenn wir uns da in einer stärkeren Form finanziell beteiligen.

Wir haben konkrete Gespräche geführt. Es waren vor etwa 14 Tagen die Geschäftsführer vom Shopping Center Seiersberg bei mir. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen hier auch, die haben mir gesagt: Wir sind mit dem Center Seiersberg sehr erfolgreich, wir sind den Kunden des Landes dankbar, wir machen gute Gewinne, wir wollen dem Land, und der Tourismus passt uns da gut, etwas zurückgeben. Aber wir werden abwarten, wie diese Debatte um Herberstein weitergeführt wird, denn unser Unternehmen hat keinen Grund, politisch in die Debatte zu kommen.

Ich bin persönlich nach diesem Gespräch mit den beiden Herren Direktoren eigentlich sehr guter Hoffnung, dass sie wieder an Bord kommen, mit welchem konkreten Betrag dann auch immer.

Weiters hat sich der Tiergarten Schönbrunn und insbesondere Dr. Helmut Pechlaner dazu bereit erklärt, neben der Bereitstellung von Mitteln, bei der Erarbeitung eines strategischen Marketingkonzepts für den Tierpark aktiv mitzuarbeiten, wobei er hier eine eigene Expertenrunde einbinden wird. Hier gibt es laufend Besprechungen.

Trotz all dieser grundsätzlich positiven Entwicklungen muss ich festhalten, dass insbesondere die Bewertung des Tierparks eine außerordentlich schwierige Frage darstellt und die Vorstellungen von Seiten Herberstein konkretisiert werden müssen. In dieser heiklen Phase der Debatte und der Verhandlungen sind wir jetzt. Daher ist der Ausgang der Verhandlungen völlig offen. Aber es eint uns jedenfalls hier im Landtag, dass wir den Tierpark als touristisches Flaggschiff halten wollen.

Und weil der Kollege Flecker in einer Art klassenkämpferischen Nebenbemerkung vom Adel gesprochen hat, wer mich kennt weiß, ich habe in dieser Richtung keine Anfälligkeit, aber Aussätze sind sie auch nicht. Wir sollten die Menschen korrekt behandeln, denn sie hätten eigentlich ein Recht darauf. Glückauf! (*Beifall bei der ÖVP. 13.31 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung, der Herr Klubobmann Kröpfl, bitte.

Abg. Kröpfl (13.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, ich bin dir außerordentlich dankbar für deine Wortmeldung und vor allem für die Klarstellung, wie diese 450.000 Euro jetzt ausbezahlt werden. Denn all das, was du jetzt gesagt hast, was die Richtlinien, was die Voraussetzungen dafür sind, damit es zur Auszahlung dieses Geldes kommt, genau das hätten wir gebraucht seit Beginn der Causa Herberstein. (*LHStv. Schützenhöfer: Unverständlicher Zwischenruf. Abg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf.*)

Wären damals alle diese Regeln eingehalten worden, die ja im Grunde selbstverständlich sind, wenn man eine Förderung gibt, dass man natürlich einen Verwendungsnachweis bringt, wenn das alles passiert wäre, hätte sich die ÖVP viel erspart, es wäre dem Land sehr viel erspart geblieben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wenn jetzt der Kollege Drexler herauskommt und sagt, die SPÖ tut sich so schwer mit Herberstein, so muss gesagt werden, wir haben uns mit Herberstein nie schwer getan. (*Allgemeine Heiterkeit in der ÖVP. Abg. Straßberger und Abg. Hamedl: Unverständliche Zwischenrufe.*)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, wir, die SPÖ, die Sozialdemokraten, werden auch nicht aus der Kurve fliegen bei der Causa Herberstein, sondern wir sind auf einer sehr guten Schiene. Und genau das hat jetzt der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer wieder bestätigt. Er hat gesagt, den Tierpark müssen wir halten, das ist ein Leitprojekt in der Region. Und das haben wir seit Beginn dieses Falles Herberstein immer wieder gesagt. Wir haben gesagt, ganz wesentlich ist, dass wir dieses Projekt, den Tierpark, erhalten. Aber alles, was da rundherum noch passiert ist, verehrte Damen und

Herren, das war ja die Problematik dabei, was da alles noch zusätzlich gefördert wurde und was da für Mittel geflossen sind.

Eines möchte ich auch schon noch festhalten. Wenn man sagt, im Jahr 2004 im Sommer hat man unbedingt diese 1 Million sehr rasch über eine Ferialverfügung dem Tierpark, damals Herberstein, zukommen lassen müssen. Als dann der Landeshauptmann Voves gesagt hat, „Freunde, wir brauchen jetzt, das Land muss jetzt den Tierpark unterstützen, sonst müssen die zusperren“, da war der große Aufschrei bei der ÖVP, (*Abg. Straßberger, Abg. Hamedl: gleichzeitig längere, unverständliche Zwischenrufe.*) nur weil sie nicht wahrhaben wollte, dass wir immer gesagt haben, wie wichtig der Tierpark für uns ist.

Warum geht denn eine Abwicklung nur über ein Treuhandkonto? Nur weil wir das verlangt haben, weil wir gesagt haben, liebe Freunde, alles, was ausbezahlt wird, muss belegt sein und vorher gibt es keine Auszahlung und nur mit einer Gegenzeichnung und sonst nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Das tut euch weh, dass ihr nicht auf diese Idee gekommen seid und deswegen seid ihr fast ein bisschen beleidigt auf uns, weil diese Idee von Franz Voves jetzt zu greifen beginnt, und weil man weiß, dass, wenn der Tierpark im März wieder aufgesperrt werden soll, nur deswegen aufgesperrt werden kann, weil man diese Überbrückungshilfe dem Tierpark Herberstein zugute kommen hat lassen.

(*Heiterkeit, unverständliche Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ja, ich verstehe eure Aufregung selbstverständlich. Der 2. Oktober hätte uns wahrscheinlich auch so aufgeregt, wenn wir so abgeschnitten hätten und gerade weil Herberstein ein so wesentlicher Faktor dabei war.

(*Abg. Hamedl: „Wie ist das, wenn man zuerst sagt“ – weiterer Zwischenruf unverständlich.*) Man hat ja auch beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer jetzt gemerkt, wie weh euch das tut, dass dieser Herberstein-Fall so genau vom Rechnungshof geprüft wurde und dass auch andere Berichte, die euch nicht sehr angenehm waren, dort geprüft worden sind und jetzt schon fertig sind. Es war ja ein leichter Vorwurf vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter an den Landesrechnungshof zu merken, dass er nicht zuerst das LKH Graz-West bis zu Ende geprüft hat, sondern dass andere dringende Dinge auch vorher erledigt worden sind. Ich weiß schon, das tut natürlich sehr weh.

Aber wir sehen auch dem Bericht beim Landeskrankenhaus Graz-West nicht mit Angst entgegen, liebe Freunde. (*Abg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf.*)

Wenn dort irgendwas aufgestanden ist, was nicht okay ist, dann werden wir auch das alles ganz klar behandeln und, so wie wir es gewohnt sind in der Sozialdemokratie,

(*Gelächter, mehrere unverständliche, gleichzeitige Zwischenrufe bei der ÖVP.*) durchdiskutieren, politische Verantwortung dort einfordern, wo sie einzufordern ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Rede nicht von Millionen, denn wenn ich jetzt von den Millionen anfangen würde zu reden, die die ÖVP schon in den Sand gesetzt hat, da bin ich wahrscheinlich um 10.00 Uhr in der Nacht noch da. Aber ich will euch nicht aufhalten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf euch abschließend noch sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht euch keine Sorgen um uns, dass wir aus der Kurve fliegen werden bei Herberstein (*Abg. Kasic: „Ihr seid schon raus geflogen!“*), strengt euch mit uns gemeinsam an, dass wir in der Oststeiermark, in Herberstein, in dieser Region was Vernünftiges zusammenbringen. Dann tun wir etwas für die Steirerinnen und Steirer und dann sehen sie auch, wofür Politiker in diesem Land da sind und was sie leisten können. (*Beifall bei der SPÖ. 13.35 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (13.36 Uhr): Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Herr Klubobmann, wenn du alle zwei oder drei Stunden drei Worte sagst, dann hast du vielleicht bis in die Nacht hinein Arbeit, damit du das aufzählst, was bei der ÖVP alles schlecht war. Aber sonst wird dir das absolut nicht gelingen. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ein Zweites: Ich glaube, ich bin eigentlich einer, der am öftesten da steht in der Geschichte des Landtages, (*Abg. Kröpfl: „Du wirst noch schaun! Du bist schon lange herinnen.“ Abg. Gross: „Darauf*

haben schon andere geantwortet.“)der sich mit dem Thema Tierpark Oststeiermark – und so hätte ich das gerne, dass das in Zukunft heißt – befasst. Wir haben oft im Haus diskutiert. Und ich ersuche dich, Herr Klubobmann, auch das nicht zu vergessen, wir wollen jetzt nicht Wortspiele betreiben, aber es hat sehr viele gemeinsame Beschlüsse gegeben. Auch gemeinsame Beschlüsse, wo wir das alles mitgetragen haben, was da auch mitfinanziert worden ist.

Wir haben uns – und dazu bekenne ich mich – immer wieder zu diesem Leitprojekt Tierpark bekannt, auch im Bezirk, weil einfach diese 150.000 bis 200.000 Besucher, und man wird ja noch draufkommen, wie viel es dann wirklich waren, Wertschöpfung in unsere Oststeiermark bringen, die für uns, auch für die Erhaltung dieser Arbeitsplätze, bitter, bitter notwendig sind.

Ich sage es da ganz offen, ich war enttäuscht, wie ich über die Medien den Bericht des Rechnungshofes erfahren habe, über die Vorgänge, die da wirklich passiert sind. Ich war enttäuscht! Ich war enttäuscht, weil wir haben uns als Vertreter dieser Region – und da nehme ich zum Teil den Kollegen Böhmer mit hinein – immer guten Glaubens für dieses Projekt eingesetzt und wir haben auf eine gute, korrekte Führung vertraut. Die Gerichte werden entscheiden, was wirklich passiert ist. Mir steht es nicht zu, dazu ein Urteil abzugeben, sondern das werden andere entscheiden. Ich hoffe, dass wir jetzt – ich sage es bewusst so – ohne Wahlkampföne, sondern in einem Miteinander eine Lösung finden. Ich bin beiden Spitzenverantwortlichen in unserer Regierung – wir brauchen jetzt nicht ausspielen, wer etwas gemacht hat oder wer etwas gesagt hat – dankbar, dass man sich bemüht, dieses Projekt für die Zukunft zu erhalten. Es muss uns auch bewusst sein mit aller Klarheit und mit aller Deutlichkeit, dass es ohne finanziellen Zuschuss einen Tierpark, egal wer Besitzer ist, in Zukunft nicht geben wird. Mir ist das auch klar, man muss mit einbinden, man muss vernetzen. Vernetzen - wie es Herr Landeshauptmann Schützenhöfer gesagt hat, selbstverständlich mit dem Stubenbergsee, klarerweise mit der Gemeinde dieses Projekt, vernetzen mit den Umgebungsgemeinden, vernetzen mit dem Projekt „Feistritz erleben“, wo man zumindest andenkt, dass man auch diese wunderbare Herberstein-Klamm unter Umständen begehen und die Natur in dieser Klamm erleben kann.

All dies muss eigentlich in der Zukunft mit behandelt und mit beschlossen werden. Mir ist auch klar, dass das nicht einfach werden wird. Mir ist es egal, das sage ich jetzt bewusst, wer der Besitzer ist, wer das in Zukunft sein wird, sondern mir ist es wichtig – und da sind wir uns, glaube ich, auch alle einig –, dass vor allen Dingen es wirklich durchschaubar ist, wie diese Gelder verwendet werden. So wie in vielen anderen steirischen Betrieben, wo einfach die Kontrolle möglich ist. Ich bin überzeugt, ich hoffe es zumindest, wenn es auch noch so manchen Widerspruch geben wird, dass wir hier im Lande in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband, mit den Gemeinden eine Lösung finden werden, die, so hoffe ich, auch finanzierbar ist und die dieses Leitprojekt Tierpark Oststeiermark, sage ich einmal jetzt bewusst, für die Zukunft sichert, damit wir diesen Leitbetrieb mit sehr, sehr vielen Besuchern auch in Zukunft haben und damit unserer wunderbaren Oststeiermark diese Wertschöpfung erhalten. Danke. (*Beifall bei der ÖVP. 13.41 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen über den Antrag, Einl.Zahl 296/1, der Abgeordneten Ingrid Lechner-Sonnek, Peter Hagenauer und Mag. Edith Zitz, betreffend Senkung der Stromkosten.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (13.41 Uhr): Danke. Der Ausschuss für Finanzen hat in seiner Sitzung vom 7.2.2006 über den genannten Gegenstand Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Senkung des Stromverbrauches, insbesondere durch Ersatz der elektrischen Heizung und Warmwasserbereitung, zu ergreifen. Ich stelle den Antrag auf Annahme. (13.42 Uhr)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht und ich darf dem Herrn Abgeordneten Hagenauer auch das Wort erteilen für seine Ausführungen.

Abg. Hagenauer (13.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen!

Wir haben uns heute schon angesichts dieses Vierteljahresberichtes der EU über aktuelle Auseinandersetzungen unterhalten, die sich nicht zuletzt vor dem Hintergrund abspielen auch einer geopolitischen Situation, die man jetzt nicht nur entlang von Regionen skizzieren sondern durchaus auch entlang einer energiepolitischen Lage, in der wir uns befinden, diskutieren und sehen kann. Es ist wahrscheinlich auch gut so, wenn man das tut. Ich möchte nur ganz kurz, ganz bewusst auf diesen Zusammenhang hinweisen. Wenn wir von europäischen Werten sprechen, wie der Herr Klubobmann Drexler das eben heute eingeführt hat in die Debatte, dann ist ein Aspekt die Frage, wo steht Europa, was sind denn europäische Werte? Wohl auch jener, dass Europa als ein Kontinent oder auch wie man sieht als eine Wertegemeinschaft in der Lage sein muss, auf Grund seiner kulturellen Wurzeln mit seinen Ressourcen so umzugehen, wie man es von einem Kontinent erwartet, der eben sein Fundament auf kulturelle Errungenschaften aufbaut. Wenn wir die ganze Zeit davon reden, was uns auszeichnet in Europa, dann behaupte ich, es zeichnet uns das aus oder nicht, dass wir mit Ressourcen, mit Rohstoffen anders umgehen als es etwa unsere geschätzten Freunde in den USA tun. Das ist Teil - unersetzbarer Teil - einer Kultur. Ich würde Kultur jedenfalls so definieren. Wenn wir sagen, Europa ist ein alter Kontinent im positiven Sinne des Wortes, dann heißt das, dass wir in langen Zeiträumen denken können. Wenn wir von christlichen und abendländischen Wurzeln reden, dann heißt das auch, dass das nicht in der Vergangenheit war, sondern dass das logischerweise auch für die Zukunft gilt. Und wo stehen wir denn, wenn wir uns die Energiepreise und die Energiesituation anschauen, genau an diesem Tag heute? Wo stehen wir denn, wenn wir langfristig denken? Wir sind in einer grotesken Situation, dass wir darüber diskutieren, ob die Gasvorräte zwanzig oder dreißig Jahre halten. Ist das das abendländische Erbe? Oder ganz verkürzt gesagt, Europa wird sich entscheiden müssen, ich bin zutiefst davon überzeugt, ob wir letztlich – ich weiß nicht, Sie ertappen mich bei einer Bildungslücke – der wievielte Bundesstaat der USA werden. Das ist die eine Variante, wenn wir diesen Weg, den wir zu einem großen Teil eingeschlagen haben, weiter gehen. Dann halte ich es für einfacher, wir melden uns einfach bei den USA an, machen dort einen neuen Bundesstaat auf und kämpfen dann im Irak oder sonst irgendwo, damit wir dann noch das Öl bekommen, das wir unbedingt brauchen für unsere Gesellschaft, weil wir vom Öl einfach abhängig sind wie von Drogen. Und das war es dann. Dazu brauche ich aber keine abendländische Wertegemeinschaft. Oder wir gehen unseren Weg.

Ein zweiter Bezug zum heutigen Tag: Der Herr Präsident der Wirtschaftskammer, Dr. Leitl, den ich nicht jeden Tag zitiere, aber hier und heute tue ich das gerne, hat – wie Sie den Medien entnehmen konnten – heute festgestellt und sich in einem flammenden Appell an die Politik Österreichs gewandt, man möge doch einen Schwerpunkt setzen in Richtung Energie sparen. Jetzt sage ich als Grüner, ja das muss uns einmal passieren, dass der Herr Kammerpräsident selbst die Bundesregierung auffordert und sagt, tut endlich Energie sparen. Da ist ja dann wirklich „Feuer am Dach“. Und so ist es auch! So weit sind wir gekommen, genau so weit sind wir gekommen! Und wieso fordert der Herr Präsident die Bundesregierung auf - völlig zu Recht? Er sagt, wir werden in wenigen Jahren, nämlich ab 2008, das heißt also in zwei Jahren, satte 1,25 Milliarden Euro zu bezahlen haben als Strafe, weil wir unser Klimaschutzziel nicht erfüllen. Jetzt kommen Sie und ich natürlich auf denselben Gedanken: „Ja, nehmen wir das Geld nicht besser für Klimaschutzmaßnahmen her?“ Richtig! Gewonnen! Das schlägt auch der Präsident Dr. Leitl vor - jetzt, fünf vor zwölf. Und damit zu einem kleinen Baustein, eben dieser Strategie dieses Weges, den wir einzuschlagen haben.

Ein kleiner Baustein eben vor dem Hintergrund, dass es – wer das jetzt nicht verstanden hat, wird das sicherlich sowieso nie mehr verstehen, nämlich fünf vor zwölf oder fünf nach zwölf, das kann ich ohnehin nicht behaupten und nicht mit Sicherheit sagen – vor diesen aktuellen Entwicklungen dringend notwendig ist, energiepolitisch etwas zu machen, und zwar ganz andere Seiten aufzuziehen als man es bisher gewohnt war. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund auch, dass das enorme – da geht es nicht um die Umwelt alleine, schon lange nicht mehr – sozialpolitische Bedeutung hat und Spannungen vermeiden wird, wenn wir uns in unserer Energieversorgung von Importen unabhängig machen und damit unsere Versorgungssicherheit erhöhen.

Die zwei kleinen Bausteine, die doch nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Bedeutung aus der Sicht der Grünen sehr wichtig sind und die in unserem Antrag konkret angeführt und wofür wir auch dankbar sind, dass sie im Ausschuss einstimmig angenommen wurden, sind die Elektroheizung und die elektrische Warmwasserbereitung. Es geht hier darum, dass man in diesen Bereichen Strom und damit Kosten bei den betroffenen Haushalten einspart.

Durchaus dramatisch ist die Situation der Betroffenen, wenn sie eine Elektroheizung haben. In den letzten Jahren sind die Kosten dafür zum Teil sogar verdoppelt worden. Die Haushalte sind in einer Situation, dass sie bis zu 3.000 Euro nur für die Heizung zahlen. Sie sind in einer Situation, dass sie hineingelockt wurden in ein System, seinerzeit in den 70er-Jahren zum Teil schon, wo das Ganze noch sinnvoll war beziehungsweise günstige Tarifen bestanden, und sich jetzt eben durch enorme Steigerungen in einer Situation finden, wo sie sich im Winter in die Küche zurückziehen müssen, wie anno dazumal, das aber durchaus in modernen, in jüngster Zeit gebauten Eigentumswohnungen.

Wir weisen auch darauf hin, dass es in der jüngsten Zeit durchaus Debatten gegeben hat – wenn Sie wissen, was ich meine –, wie sicher sind unsere Stromnetze? Wenn Sie sich im Detail anschauen, wann die Belastungen in unseren Stromnetzen in Österreich auftreten, dann werden Sie sehen, dass das jetzt schon seit geraumen Jahren an einem Jänner-Tag ist, irgendwann in der Nacht. Was lernen wir daraus? Es handelt sich hier weit überwiegend um Elektroheizungen, um elektrische Beheizung im weitesten Sinne, die Spitzen verursachen.

Ich möchte nicht wissen, was die Herstellung jener Kilowattstunden in den letzten Wochen unsere Stromversorger gekostet hat, an solchen kalten Tagen, wie wir sie jetzt hatten. Ich möchte den Deckungsgrad nicht kennen. Schon in normalen Jahren hat man uns erklärt, dass trotz der enormen Steigerung der Strompreise der Deckungsgrad immer noch nicht ausreichend ist. Das heißt, dass man immer noch nichts verdient dabei.

Es ist also mittlerweile durchaus auch im Interesse der Stromversorgungsunternehmen, vor dem Hintergrund eines liberalisierten Strommarktes, die Spitzen abzubauen und durchaus auch in deren Interesse, Elektroheizungen durch andere Heizungsformen zu ersetzen.

Dass die betroffenen Haushalte eine Unterstützung brauchen, ist also nicht nur wirtschaftspolitisch sinnvoll, es ist nicht nur aufgrund ihrer Heizungsrechnung notwendig, es ist auch aus unserer Sicht deswegen notwendig, weil sie in einer schwierigen Situation insofern sind, oder jedenfalls ein Teil von ihnen, als dass sie, wenn sie klassische Elektrospeicheröfen haben, in dem ganzen Haus kein Kamin vorhanden ist. Das heißt, wenn ich also eine Elektrospeicherheizung ersetzen will, kann ich nicht ohne weiteres eine Etagenheizung einbauen, wenn gar kein Kamin da ist. Da sind dann erhebliche Investitionen notwendig. Die Leute sind wirklich in einer Falle und brauchen Unterstützung.

Aus unserer Sicht wäre das durchaus ein sinnvolles Betätigungsfeld für die Energieversorger, insbesondere dann, wenn sie gar keinen Umsatz verlieren, wenn sie statt Strom halt in Zukunft Fernwärme oder, soll sein in diesem Fall, auch Gas verkaufen.

Zweiter Punkt, elektrische Warmwasserbereitung: Erinnern Sie sich an das Jahr 2003. Wir hatten die Situation, dass wir so viel Solarenergie zur Verfügung hatten, dass die Stromversorgung fast zusammengebrochen ist. Das Jahr war so heiß, dass die Flüsse so wenig Wasser geführt haben, die Kühlung beziehungsweise die Wasserkrafterzeugung zurückgegangen ist und es zu ernstesten Versorgungskrisen in ganz Europa gekommen ist, mit der Folge sehr hoher Strompreise beziehungsweise sehr hoher Gestehungskosten.

Auch hier eine völlig absurde Situation. Wir haben Solarenergie im Überfluss und erzeugen das Warmwasser nicht mittels Solarkollektoren, sondern erzeugen es immer noch in einem erheblichen

Ausmaß mittels Strom, der uns zur selben Zeit sehr viel Geld kostet – den Versorgungsunternehmen und den Haushalten.

Es hat in letzter Zeit einige Bemühungen gegeben, hier etwas auszugleichen bei der jüngsten Tarifierhöhung.

Es war in der Vergangenheit noch zusätzlich das Problem vorhanden und ist es noch - man wird sich auch damit noch näher beschäftigen müssen, dass zusätzlich, wie gesagt, die Fixanteile bei der Stromrechnung überproportional hoch sind beziehungsweise überproportional erhöht wurden. Mit anderen Worten: Die Leute zahlen unabhängig von ihrem Verbrauch. Man kassiert ab, ohne dass sich die Betroffenen wehren können. Es hat dann keinen Sinn mehr, den Stromversorger zu wechseln, weil das Netz, in dem man ist, dort muss man seine Fixkosten abliefern. Man erspart sich also beim Wechsel eines Stromversorgers sehr wenig. Das sieht man auch. 2 Prozent der Haushalte haben nur gewechselt, also praktisch niemand. Es ist auch bei einer derartigen Tarifgestaltung kein Anreiz zum Stromsparen da – ist auch logisch. Im Gegenteil, das ist ein Anreiz zum Strom-, zum Energieverbrauch.

Das sind die Hintergründe dieses Antrages. Ich bin, wie gesagt, froh, dass dieser im Ausschuss angenommen wurde, hoffe, dass der Antrag hier im Plenum Ihre Zustimmung findet und danke Ihnen im Voraus für die Annahme. *(Beifall bei den Grünen. 13.56 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Leitner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Leitner *(13.56 Uhr):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nur eine kurze Antwort an Herrn Hagenauer, der feststellte, es geschieht europaweit nichts in der Erneuerbaren Energie, es sei keine Kultur in diese Richtung.

Dazu möchte ich feststellen, dass vor allem auch in der ländlichen Entwicklung, die heute bereits angesprochen wurde, es eben die Schwerpunkte Wettbewerbsfähigkeit, aber auch Umwelt und Landschaft gibt und hier vor allem der Schwerpunkt Energie sehr wohl enthalten ist. Dieser Schwerpunkt Energie bedeutet, dass es auch einen Biomasseaktionsplan gibt. Dieser Biomasseaktionsplan ist von unserem Landwirtschaftsminister Pröll europaweit initiiert worden, und Europa reagiert. Es werden vor allem in der ländlichen Entwicklung wesentlich mehr Mittel vorhanden sein für die Erneuerbare Energie. Das ist festzustellen.

Wir wissen alle, wie wichtig es nicht nur für den Klimaschutz ist, sondern vor allem auch für die Arbeitsplätze im ländlichen Raum und für das Einhalten des Kyoto-Zieles.

Und noch einmal feststellen möchte ich, dass wir uns in Österreich dadurch auszeichnen, dass wir bereits den höchsten Anteil am Ökostrom haben und dass vor allem in diese Richtung auch viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum gesichert wurden, natürlich durch Unterstützung des Ökostrom-Gesetzes, aber auch durch viele Initiativen und durch rechtzeitiges Aufgreifen dieses Themas. In diese Richtung, glaube ich, geschieht viel und vor allem auch österreichische Initiative, die europaweit angenommen wird. Das möchte ich noch einmal feststellen. *(Beifall bei der ÖVP. 13.56 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Rechnungshofbericht, Einl.Zahl 161/1, betreffend Bericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt Graz (Reihe Steiermark 2005/6).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Gregor Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (13.59 Uhr): Bericht des Rechnungshofes der Landeshauptstadt Graz 2005/06, Verteilung.

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 6.12.2005 und 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über die Landeshauptstadt Graz, Reihe Steiermark 2005/06, wird zur Kenntnis genommen. (14.00 Uhr)

Präsidentin Gross: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet ist ebenfalls Herr Abgeordneter Hammerl.

Abg. Hammerl (14.00 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Landesrat ist keiner hier, geschätzte Besucherinnen und Besucher im Landtag, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Bericht des Landesrechnungshofes über die Landeshauptstadt Graz – ich möchte einmal danke sagen an den Landesrechnungshof – es ist ein hochinteressanter Bericht. Der Rechnungshof, meine Damen und Herren, stellt im Bezug auf Graz fest, dass für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand und für das Personal die anfallenden laufenden Ausgaben durch die laufenden Einnahmen nicht mehr zu decken waren. Der Anteil der Verpflichtungen an den laufenden Einnahmen betrug für 2003, 96,1 Prozent. Trotz der Aussetzung der Tilgungsraten für Altkredite wurden neue Darlehen aufgenommen, was die finanzielle Situation für die Zukunft in der Stadt Graz verschärft. Trotz der angespannten finanziellen Situation erfolgten Förderungen und Subventionen großzügig, zum Teil seien durch Zusagen von Verzicht nach Bau- und Kanalgebühren die zuständigen Stellen in ihrem Entscheidungsverhalten präjudiziert worden.

Durch überhöhte Kanalgebühren erreichte Überschüsse seien für die Sanierung des defizitären Haushaltes verwendet worden, was laut Rechnungshof gesetzeswidrig ist - ein einmaliger Fall. Dem vom Rechnungshof empfohlenen Abbau von 16 Dienstposten kam das Kanalbauamt teilweise nach. Weiters bemängelte der Rechnungshof die Beauftragung externer Berater mit Gutachten und Projekten für die Kanalgebühren und die künftige Stellung des Kanalbauamtes. Diese Arbeiten, meine Damen und Herren, hätten ohne weiteres von den Beamten des Landes selbst durchgeführt werden können. Diese Projektaufgaben haben viel Geld gekostet.

Ein weiterer Schwerpunkt des Berichtes stellt die Krankenfürsorgeanstalt für die Beamten und die Vertragsbediensteten, ab dem Eintrittsjahr 2001, der Stadt Graz dar. Die Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Graz ist eine Einrichtung der Landeshauptstadt ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Ein Vergleich mit der Krankenversicherung der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter in der Steiermark ergab für das Jahr 2003 einen zusätzlichen Mehraufwand für die Stadt von 1,41 Milliarden Euro. Das ist auf die höheren Leistungen der stadt eigenen Versicherungsanstalt, etwa für Zahnbehandlungen oder die Einhebung von nur 10-prozentigen Behandlungsbeiträgen, zurückzuführen auf die infolge der Kleinheit schlechteren Konditionen mit Vertragspartnern. Zu dem, meine Damen und Herren, konnten die Kontrolleinrichtungen nicht im notwendigen Ausmaß eingesetzt werden. Der Rechnungshof zeigte Möglichkeiten zur Ergebnisverbesserung von zirka 1,3 Milliarden Euro auf. Das ist gar nichts. Das sind Beträge, meine Damen und Herren, über solche Beträge haben wir lange in den letzten Jahren diskutiert.

Laut Stellungnahme der Landeshauptstadt wurden bereits Maßnahmen von bisher 0,6 Milliarden umgesetzt, bevor die Stadt Graz – keine Frage – noch mehr Probleme bekommt. Nach Ansicht des Rechnungshofes ist etwa der Personalstand im Vergleich zu anderen Krankenversicherungsanstalten weit überhöht.

Einen weiteren Berichtsbestandteil stellt die Entwicklung der Krankenstände der Beamten und Vertragsbediensteten der Stadt Graz dar. Während in der allgemeinen Krankenversicherung die Krankenstandstage im Sinken begriffen sind, steigen sie und steigen noch weiter bei den Bediensteten der Stadt Graz und das, meine Damen und Herren, bei einem weit höheren Niveau der Krankenstandstage. Im Jahre 2001 war ein ASVG-Versicherter rund 13,4 Tage im Krankenstand. Im Jahr 2002 betrug die Zahl der Krankenstandstage 12,9 (ASVG). Für die Bediensteten der Stadt Graz betragen die Kran-

kenstandstage 2001 rund 23,5 Tage im Jahr und stiegen im Jahre 2002 auf 25,1 Tage; und nachdem ich mich erkundigt habe, wie es aussieht, hat sich bis heute nichts geändert. Also das heißt, die doppelten Krankenstandstage der Bediensteten der Stadt Graz im Bereich der ASVG. Was die Gründe dafür sind, dass eine Anstellung bei der Stadt Graz um so viel ungesünder ist als beim Land zum Beispiel oder bei ASVG-Bediensteten, ist dem Bericht nicht zu entnehmen. Ich vermute wahrscheinlich eine höhere Belastung.

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im Bezug auf die Verweildauer in Sanatorien bzw. in konventionellen Krankenanstalten. Die Verweildauer liegt bei KFA-Versicherten im Durchschnitt bei 18 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt und den Anspruchsberechtigten der KFA wurden überdies im Jahre 2003, meine Damen und Herren, um rund 51 Prozent mehr Heilmittel pro Kopf verordnet als Anspruchsberechtigten in der BVA. Aufgrund des Prüfungsergebnisses des Rechnungshofes wurden von der Stadt Graz viele der angesprochenen Punkte leicht verbessert bzw. behoben. Bei manchen steht aber eine entsprechende Reaktion bei weitem noch aus. Dabei muss bedacht werden, meine Damen und Herren, dass die Volkszählung 2001 in der Stadt einen Tiefpunkt der Grazer Bevölkerung darstellt, was natürlich auch mit einer Kürzung der Mittel verbunden war. Die Bevölkerungszahl beläuft sich zum 1.1.2005 dagegen auf eine gesamte anwesende Bevölkerung von 278.750 Personen, was weit über der Zahl der Volkszählung 2001 liegt. Trotzdem kann man das, was von der Stadt Graz an Schulden aufgenommen worden ist, mit diesen Mitteln oder der höheren Bevölkerungszahl nicht abdecken. Die Zahl der Bevölkerung laut Volkszählung 2001 ist somit nicht den realen Zuständen angepasst und nicht mehr adäquat für die Verteilung der Steuermittel. Das ist vielleicht einmal ein kleiner positiver Aspekt. Insgesamt, meine Damen und Herren, hat die Stadt Graz eine tiefgreifende Veränderung der Budgetierungsprozedere in Planung, was nach der in den Jahren 2004 und 2005 umgesetzten Aufgabenkritik einen wesentlichen Schritt für eine Verbesserung bringen könnte. Zu dem muss bedacht werden, dass im Prüfungszeitraum im Jahre 2003 Graz Kulturhauptstadt Europas war, was natürlich mit vermehrten Aufwendungen verbunden war; mit Aufwendungen, die einen wesentlichen Entwicklungsschritt für die Zukunft bedeuten. Nicht zu vergessen, Kulturhauptstadt heißt auch, dass in dem Fall auch die Stadt verantwortlich ist, die Projekte zu erhalten und zu bezahlen. Zu bedenken ist, dass die vom Rechnungshof vorgeschlagenen Maßnahmen der Kostenreduktion, die meist auf Kündigungen von Personen hinauslaufen, wirtschaftlich, politisch und menschlich unbedenklich sind. Wenn ich heute in einer Stadt, wo ich Milliarden Schulden habe, nur im Bereich des Personales einsparen möchte und vielleicht kann, dann ist hier eine Lücke auch in diesem Bereich vorhanden.

Das Land, meine Damen und Herren, wird mit der Landeshauptstadt Graz einen intensiven Dialog führen müssen, um die Situation zu verbessern. Ich möchte wirklich noch einmal dem Rechnungshof ein Danke sagen für diese Punkte, die er aufgezeigt hat. Ich bitte um Kenntnisnahme des Berichtes des Landesrechnungshofes, möchte aber, meine Damen und Herren, trotz allem noch ein Problem oder zwei Probleme in der Stadt Graz mit ein paar Sätzen ansprechen.

Wirtschaften, meine Damen und Herren, ist halt nicht Sache der SPÖ, auch nicht in der Landeshauptstadt Graz. Ich wiederhole: Wirtschaften ist nicht Sache der SPÖ in der Landeshauptstadt Graz.

Letztes Beispiel ist die CPC, bei welcher die politische Verantwortung ausschließlich bei der SPÖ, bei Stadtrat Dr. Riedler, aber auch bei Vizebürgermeister Ferik liegt. Beide haben in den Kontrollausschusssitzungen de facto auch die politische Verantwortung für das Schlamassel rund um das Tunesien-Geschäft der CPC übernommen, das heißt übernehmen müssen.

Der Beteiligungs- und Controllingstadtrat Dr. Riedler hat die Verantwortung dafür zu tragen, dass nach der Pensionierung des zweiten Geschäftsführers Dr. Ebner im Jahr 2003 von seiner Seite kein finanzprobter zweiter Geschäftsführer eingesetzt wurde. Der Hofrat Dipl.-Ing. Dr. Niederl wurde beige stellt. Aus heutiger Sicht waren das ganz ernste Versäumnisse. Dass darüber hinaus die Einsetzung eines Aufsichtsrates erst im Sommer 2005 erfolgte, erst nach massivem Drängen der ÖVP, meine Damen und Herren, hat heute sicherlich ein größeres Debakel, keine Frage, nicht möglich gemacht. Nach wie vor, meine Damen und Herren, handelt es sich bei dem ÖKOPROFIT um ein prinzipiell inhaltlich gutes Projekt. Daher setzt der neue Aufsichtsratsvorsitzende Klaus Fröhlich alles daran, diesen, auch um weiteren Schaden für die Stadt abzuwenden, in eine positive Zukunft zu steuern. Vizebürgermeister Ferik, meine Damen und Herren, trifft der Vorwurf, dass er nicht darauf geachtet

hat, dass einer seiner Spitzenbeamten in der Doppelfunktion nicht nur überfordert war, sondern dass dies bei dem internationalen Auftragsvolumen der CPC tatsächlich unvereinbar war.

Für das Finanzcontrolling war Stadtrat Dr. Riedler allein Beteiligungsreferent. Jetzt fragen Sie mich, warum hat der Gregor das gesagt? Gar keine Frage.

Allein das Ziel der Stadt Graz, meine Damen und Herren, keine Neuverschuldung ab 2010 zu machen, das heißt eine Einsparung zu machen, bedeutet, die Stadt Graz muss 170 Millionen Euro einsparen. Meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass das möglich ist ohne Hilfe des Landes, ohne Hilfe des Landtages, denn nur mit Personaleinsparungen 170 Millionen Euro einzusparen bis zum Jahre 2010 und weit darüber, damit ist auch die SPÖ in Graz weit überfordert.

Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der ÖVP. 14.11 Uhr)*

Präsidentin Gross: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Rupp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Rupp (14.11 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen, liebe Zuseher!

Auch ich sehe durchaus Parallelen zwischen der Steiermark und Graz. Wir haben es hier mit zwei Gebietskörperschaften zu tun, wo jeweils die SPÖ mit horrenden Fehlentscheidungen eines ehemaligen finanzverantwortlichen ÖVP-Politikers zu tun hat. In Graz sind es die Entscheidungen von Siegfried Nagl, der die Stadt an den Rande des Abgrundes geführt hat. *(Abg. Hamedl: Unverständlicher Zwischenruf.)*

Im Land Steiermark sind die Zahlen, die jetzt bekannt sind, aussagekräftig genug, um zu untermauern, dass die ÖVP von Budgeteinhaltungen und von Zahlen im Zusammenhang mit Landeshaushalten leider Gottes keine Ahnung hat. Das muss ich einmal vorwegschicken.

Ansonsten, der Bericht über die Sache selbst, über die Gebarung der Stadt Graz war an und für sich sehr ausführlich. Es waren ein paar Zahlenfehler drinnen. 278.000 Einwohner hat die Stadt Graz auch jetzt nicht, lieber Herr Kollege, es sind glaube ich 237.000/238.000. Aber dennoch cirka 11.000 bis 12.000 mehr als es zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung war. Die Ergebnisse der letzten Volkszählung sind ja auch Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes. Somit sind mehr oder weniger 12.000 EinwohnerInnen mehr zu verbuchen und auf der anderen Seite keine dementsprechenden Mittel mehr geflossen.

Zum CPC: Ich weiß nicht, da erübrigt sich vieles. Letztendlich wurde das Ganze auch medial sehr gut aufbereitet. Die Zusammenfassung war ein bisschen einseitig, wenn man denkt, dass auch der vormalige Finanzreferent Siegfried Nagl letztendlich die Chance gehabt hätte, bereits nach dem ersten CPC-Skandal und den ersten Problemen rund um das CPC einzugreifen und wenn man denkt, dass der Herr Finanzreferent Nagl seinerzeit unter Aufsichtspflicht verstanden hat, einmal im Jahr einen Jahresabschluss im Gemeinderat zu beschließen. Inzwischen gibt es Gott sei Dank ein bisschen ein Beteiligungscontrolling und das ist weiter im Aufbau. Das kann man aber auch, wenn man die Berichterstattung und die Bemühungen im Gemeinderat der Stadt Graz berücksichtigt, letztendlich sehr gut verfolgen.

Zu den Personalkosten ist zu sagen, dass der Personalreferent, der Herr Bürgermeister Nagl, vielleicht da wirklich etwas machen sollte, aber letztendlich nicht auf Kosten der Beamtinnen und Beamten und Vertragsbediensteten, der/die in Graz gute Arbeit machen. Ansonsten bitte ich um Zustimmung zu diesem Rechnungshofbericht. *(Beifall bei der SPÖ. 14.13 Uhr)*

Präsidentin Gross: Danke auch für diese Wortmeldung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Ernest Kaltenegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Kaltenegger (14.14 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Der von mir geschätzte Kollege Gregor Hammerl hat mich zu dieser Wortmeldung provoziert. Er hat gemeint, dass in Graz das Wirtschaften nicht so sehr die Sache der SPÖ sei.

Dem möchte ich nicht widersprechen. Aber es ist doch eine etwas verkürzte Darstellung. Das Wirtschaften ist offensichtlich auch nicht die Sache der ÖVP in Graz.

Wenn man sich den Rechnungshofbericht genauer anschaut, dann wird man darin einen sehr wesentlichen Kritikpunkt finden, der heute etwas untergegangen ist. Es ist die Frage der Auslagerung der Immobilien zur Geldbeschaffung. Wie Sie wissen, hat die Grazer Bau- und Gründlandsicherungsgesellschaft von der Stadt Graz Immobilien erworben und sie dann der Stadt zurückvermietet.

Das ist ein Punkt, den die KPÖ immer auch im Grazer Gemeinderat kritisiert hat. Dies, wie wir jetzt vom Rechnungshof bestätigt bekommen, zu Recht, denn diese Form der Finanzierung ist wohl die teuerste Form der Kreditbeschaffung. Wenn die Stadt Immobilien auslagert und sie dann zurückmietet, muss sie künftig Mieten bezahlen für Objekte, die sie bisher ohne Miete nutzen konnte. Das bedeutet dann für künftige Budgets, dass die Luft immer dünner wird. Das ist eine sehr kurzsichtige Vorgangsweise, die offensichtlich aber auch beim Land eine bestimmte Beliebtheit erreicht hat, wenn man sich anschaut, wie man versucht, die Maastricht-Kriterien immer wieder zu umschiffen. Diesen Kritikpunkt muss man hier auch erwähnen. Warum sage ich das, hier ist auch die ÖVP zuständig? Begonnen hat man intensiv damit, als der heutige Bürgermeister Mag. Nagl noch Grazer Finanzreferent war. Damals hat man mit dieser sehr kurzsichtigen Politik begonnen. Darum sollte man der Wahrheit die Ehre geben und auch feststellen, dass das Wirtschaften in Graz weder Sache der SPÖ noch der ÖVP ist.

Danke! *(Beifall bei der KPÖ. 14.16 Uhr)*

Präsidentin Gross: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich dem Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Finanzen über den Antrag, Einl.Zahl 292/1, der Abgeordneten Bernhard Ederer und Mag. Christopher Drexler betreffend Pendlerpauschale als Negativsteuer.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko *(14.17 Uhr):* Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen, betreffend Pendlerpauschale als Negativsteuer. Der Ausschuss für Finanzen hat in seiner Sitzung am 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, dass das Pendlerpauschale für alle Einkommensbezieher, die unter der Lohnsteuergrenze liegen, in Form einer Negativsteuer Berücksichtigung findet.

Ich ersuche um Annahme. *(14.18 Uhr)*

Präsidentin Gross: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Magister Ederer. Ich erteile es ihm.

Abg. Ederer *(14.18 Uhr):* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Danke für den Titel Magister, das bin ich nicht, möchte ich richtig stellen. Man soll sich nicht mit fremden Federn schmücken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kosten für Pendler sind in den letzten Jahren stark gestiegen, sehr stark gestiegen durch die Erhöhung der Treibstoffpreise. Viele Pendler erleiden wegen der hohen Kosten eben schmerzliche Einkommensverluste, die Langstreckenpendler und ihre Familie müssen doch Einschränkungen ihres Lebensstandards hinnehmen. Es wurde zwar das Pendlerpauschale zweimal erhöht, um 10 Prozent jetzt wieder mit 1. Jänner 2006, davor im Jahre 2004 schon um 15 Prozent. Das sind große Verdienste der jetzigen Bundesregierung, aber das Pendlerpauschale ist natürlich kein Betrag, den man in bar bekommt, es mindert die Lohnsteuerbemessungsgrundlage. Jetzt haben wir natürlich hier sehr viele Teilzeitbeschäftigte, die darunter liegen, keine Lohnsteuer zahlen und deshalb

auch nicht in den Genuss des Pendlerpauschales kommen. Hier trifft es vor allem Frauen, die sehr weite Strecken auch pendeln und die vollen Kosten für das Pendeln haben und auch die Pendlerbeihilfe des Landes Steiermark kann das hier nur teilweise abfangen. Wir haben das letzte Mal – bei der letzten Landtagssitzung – im Rahmen des Wirtschaftsberichtes diskutiert über Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen und hier liegt wirklich konkret ein Fall vor, der hauptsächlich Frauen betrifft, weil sie in der Mehrzahl Teilzeit arbeiten und hier auch hohen Kosten ausgesetzt sind. Deshalb sollte hier eine Maßnahme gesetzt werden, dass in Form einer Negativsteuer ein Ausgleich geschaffen wird. Und nachdem wir Steirerinnen und Steirer in der Mehrzahl ein Volk der Pendler sind, ist es ein Anliegen, das wir von hier aus an die dementsprechenden Stellen im Bund weiterleiten, dass hier Abhilfe geschaffen wird. Danke. (*Beifall bei der ÖVP. 14.28 Uhr*)

Präsidentin Gross: Danke für diese Wortmeldung. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.
Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich dem Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Rechnungshofbericht, Einl.Zahl 162/1, betreffend Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2005/7).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (*14.21 Uhr*): Danke. Der Ausschuss für Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 10.1.2006 und 7.2.2006 über den angeführten Gegenstand Beratungen durchgeführt.
Der Ausschuss stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:
Der Bericht des Rechnungshofes 2005/7 wird zur Kenntnis genommen.
Ich bitte um Annahme. (*14.22 Uhr*)

Präsidentin Gross: Danke für die Berichterstattung. Darf ich hiermit eine Wortmeldung zur Kenntnis nehmen? Ich darf dem Herrn Abgeordneten Kasic das Wort erteilen.

Abg. Kasic (*14.22 Uhr*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist schon wieder einmal ein Zeichen, wenn man so in die Reihen der Sozialisten schaut, (*Abg. Kaufmann: „Sozialdemokraten! Sozialdemokraten!“*) wenn es darum geht, etwas besonders Positives einmal zu sagen, dass es dann keine Wortmeldung gibt, dass man ganz still und leise ist, weil es offensichtlich nicht in Ihr Konzept passt, wenn es nämlich, wie im letzten Tagesordnungspunkt um das Wirtschaften geht, dass man sich dann zu Wort meldet. Und da tut ihr alle ganz gut daran, ganz still und leise zu sein, denn hier und von dieser Materie habt ihr keine Ahnung. Meine Damen und Herren, ich möchte nämlich das Augenmerk auf etwas ganz BesonderesBitte! (*Abg. Schleich: „Nimm das zurück! Ich glaube, das ist eine Beleidigung, was du da jetzt gesagt hast.“ Abg. Stöhrmann: Unverständlicher Zwischenruf.*) Ich nehme das nicht zurück, lieber Kollege!

Meine Damen und Herren! Komme nachher heraus, melde dich und beweise, was du vom Wirtschaften verstehst, vor allem, wenn du an einige Unternehmen in eurem Umfeld denkst. Stichwort: Bank Burgenland, ich will ja gar nicht bis zum Konsum zurückgreifen, Bank Burgenland, CA-BV, Voest-Alpine, Verstaatlichte, dort, wo eure Menschen und Personen, die Finger im Spiel gehabt haben, diese Betriebe kann man sich anschauen!

Aber lassen Sie mich den Blick auf ganz etwas Besonderes werfen, nämlich auf die Leistungen, meine Damen und Herren, der SFG, einer ausgegliederten Gesellschaft, die in diesem Rechnungshofbericht sehr deutlich und sehr klar äußerst positiv beurteilt wurde. Ich kann mich eigentlich nicht erinnern, seit

ich hier dem Steiermärkischen Landtag im Jahre 2000 angehöre, dass es einen solch positiven *Bericht* des Rechnungshofes zu so einer Thematik gegeben hat.

Meine Damen und Herren und dabei wurde nur ein kleiner Teil nämlich dieser SFG beleuchtet, nämlich das Standortmanagement, also jener Bereich, wo es um Betriebsansiedlungspolitik geht, wo es darum gegangen ist, Maßnahmen zu setzen, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu formulieren, um Betriebe hier in der Steiermark anzusiedeln und zu positionieren und damit, meine Damen und Herren, Wesentliches und einen wesentlichen Beitrag für die Steirerinnen und Steirer zu leisten. Wenn Sie in diesem Rechnungshofbericht und ich hoffe, lieber Kollege Schleich, du hast sehr ausführlich diesen Part gelesen, wenn du nur die Einleitung liest und die Kurzzusammenfassung, dann steht sehr lapidar drinnen: Die von der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft m.b.H. für die Ansiedelung von Betrieben gesetzten Maßnahmen waren zweckmäßig. Die Arbeitsabläufe im Geschäftsfeld Standortmanagement waren wirtschaftlich. Wenn man jedoch, meine Damen und Herren ins Detail geht, dann ist dieser Bericht ja fast ein Hohelied, eine Lobpreisung dieser SFG, denn es wurden wesentliche Punkte festgestellt; etwa dass nach objektiv – und das ist das Wesentliche – nach objektiv nachvollziehbaren Kriterien und vor allem ohne Einschaltung einer großen EDV-Firma ein selbst entwickeltes mehrdimensionales Bewertungsschema zum Einsatz kam, nachdem die einzelnen Förderungen vergeben worden sind. Es wurden dabei nicht nur die von den Betrieben angegebenen unternehmensbezogenen Kriterien berücksichtigt, sondern es spielten arbeits- und strukturpolitische Punkte eine wesentliche Rolle. Sie waren relevant für eine Förderung und damit auch für die Umsetzung des Projektes und, meine Damen und Herren, es wurde in diesem mehrdimensionalen Bewertungsschema auch die Umweltverträglichkeit bewertet. Das ist etwas ganz Besonderes, das man hier nicht nur wirtschaftspolitische Gesichtspunkte betrachtet hat, sondern im Wirtschaftsressort und in der SFG die Umweltverträglichkeit und das Umweltbewusstsein der Unternehmer mit Eingang gefunden haben.

Aber ein zweiter Punkt ist bemerkenswert, wenn man sich die Detailergebnisse des Rechnungshofberichtes anschaut, dass man nämlich sagt, man hat es hier geschafft, vom Erstkontakt bis zur endgültigen Abwicklung der Förderung und auch zur Kontrolle diese Idee des One-Stop-Shops tatsächlich umzusetzen. Diese Idee umzusetzen und damit wesentliche Hilfestellung für die Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land zu gewähren. Dass man sich als dritten Punkt bei der Akquisition von Betrieben auf einige Schwerpunkte im Gegensatz zu anderen Bundesländern, es wurde nämlich – und Kollege Schleich, du wirst das sicher wissen – parallel dazu auch die Wirtschaftsförderung von Niederösterreich, diese ECO-Plus etwas genauer unter die Lupe genommen, wo man gesagt hat, dort gibt es noch ein bisschen das Gießkannenprinzip, während man in der Steiermark Schwerpunkte gesetzt hat, die den Bereich Werkstoff, Metalle, Humantechnologie, unternehmensnahe Dienstleistungen betroffen hat. Aber – und auch das sollte man nicht außer Acht lassen – dass besonders die genaue Abrechnungskontrolle gelobt und betont wurde. Man hat festgestellt, wenn es nur „klitzekleine“ Abweichungen gab, wurden die Förderbeträge nicht ausbezahlt. Man hat also auf diese Abrechnung größten Wert gelegt und damit – und ich glaube, das ist das Wesentliche auch für den heutigen Landtag, dafür Sorge getragen, dass einerseits wir als Abgeordnete, aber vor allem die Steirerinnen und Steirer wissen, dass die Gelder, die hier zum Einsatz gelangen, auch tatsächlich richtig eingesetzt worden sind und eingesetzt werden. Und – meine Damen und Herren – man hat besonders hervorgehoben, die Bemühungen, potentielle Ansiedler und Unternehmer zu selektieren und gezielt anzusprechen. Das heißt, sich nicht einfach zurückzulehnen und zu warten, bis irgend ein Unternehmen kommt und sagt, ich möchte mich in der Steiermark ansiedeln, sondern man ist aktiv auf die Unternehmen zugegangen und hat versucht, diese in der Steiermark anzusiedeln.

Das heißt, es ginge also um die Entwicklung, um die Akquisition und letztendlich auch um die weitere Betreuung von Headquarters, die man hier angesiedelt hat.

Aber noch etwas, meine Damen und Herren, fällt in diesem Rechnungshofbericht besonders positiv auf. Man hat der SFG konstatiert, dass sie sozusagen nicht nur Projekte abgewickelt und akquiriert, sondern dass sie sich ständig Gedanken gemacht hat, wie man denn diesen Standort Steiermark als Wirtschaftsstandort und als Wirtschaftsraum stärker profilieren und forcieren kann, ja dass man bereits 2004 ein Konzept entwickelt und erarbeitet hat, um diese dynamische Entwicklung abzusichern, die die Steiermark in den vergangenen Jahren durchgemacht hat. Wir sind in keinem Wahlkampf, ich

brauche Ihnen die Zahlen nicht alle noch einmal vor Augen zu halten: 3,8 Prozent plus im Wirtschaftswachstum, weit über dem Österreichdurchschnitt, führend gegenüber allen anderen Bundesländern.

Um diese dynamische Entwicklung abzusichern, hat man rechtzeitig ein Konzept entwickelt, hat dieses Konzept auch bereits zur Umsetzung gebracht. Das Ergebnis, meine Damen und Herren, kann sich sehen lassen.

Die Steiermark hat sich als dynamisches, know-how-intensives Bundesland nicht nur innerhalb Österreichs, sondern weit darüber hinaus innerhalb Europas profiliert. Wir haben einen dynamischen Wirtschaftsraum, der es ermöglicht, dass wir eine dynamische Entwicklung, auch was die Beschäftigten betrifft, haben, dass wir eine dynamische Entwicklung haben, was die Unternehmerzahlen sind. Und es geht darum, dieses hervorragende Ergebnis nun abzusichern.

Aber lassen Sie mich das auch in Zahlen fassen: Untersucht wurden in diesem Rechnungshofbericht die Jahre 2000 bis 2004. Von insgesamt 749 betreuten Projekten – und ich rede hier ausschließlich von Betriebsansiedelungen – wurden 131 bis jetzt positiv abgeschlossen. Und diese 131 haben insgesamt 1.108 neu geschaffene Arbeitsplätze gebracht. Es gab ein Fördervolumen von 14,3 Millionen Euro.

Wenn heute schon das Stichwort Frohnleiten gefallen ist, meine Damen und Herren, wir haben heute dort mit 14,3 Millionen Euro Fördervolumen 1.108 Arbeitsplätze geschaffen. Während man in Frohnleiten durch – ich halte mich jetzt zurück – eine Verlüderung dieser bereits eingehobenen ALSAG-Ausgabe, dieses Altlastensanierungsbeitrages, den man eingenommen, aber nicht abgeführt hat, nicht nur rund 5 Millionen Euro nun zu zahlen hat, sondern mit Zinsen rund 8 Millionen Euro, meine Damen und Herren. Das ist mehr als die Hälfte, was wir an Fördervolumen und damit 1.108 Arbeitsplätzen geschaffen haben.

Aber nicht genug damit, meine Damen und Herren. Durch Währungsspekulationen, durch ein Switchen von einer Währung in die andere, weil man natürlich für das gesamte Geld in Frohnleiten ein Darlehen aufnehmen musste, um diese Projekte zu finanzieren, hat man Hunderttausende Euro, Millionen Schilling, verspekuliert.

Ich frage mich, wo ist denn der Herr Landeshauptmann heute, wo ist denn seine Aufsichtspflicht? Ich kann mich noch gut erinnern, als die Dringliche Anfrage gestellt wurde zu dieser ganzen Thematik „Müllimperium Frohnleiten“, ein Firmenkonglomerat und –geflecht – und das passt genau zu diesem Thema dazu –, wie er erklärt hat, das lässt sich alles mit links abwischen und wie er noch gedroht hat, ich merke mir Leute wie Sie, wenn Sie sich hier zu Wort melden und uns kritisieren. Nachzulesen in den Stenografischen Protokollen. Er hat es sogar etwas schärfer formuliert. Da war noch die Rede von 2,5 Millionen Euro, heute sind es 8 Millionen.

Und jetzt schweigen Sie. Ist mir vollkommen klar! Sie wollen nicht an diesen Skandal erinnert werden. Aber wir werden Gelegenheit haben in diesem Hohen Haus, dieses Thema noch ausführlich zu behandeln.

Meine Damen und Herren, 14,3 Millionen Euro Fördervolumen, 1.108 neu geschaffene Arbeitsplätze von 2000 bis 2004.

Aber wir können auch einen Blick in die Zukunft werfen. Alleine morgen, wenn der Wirtschaftsförderungsbeirat tagt, werden insgesamt Investitionen von rund 160 Millionen Euro mit einem SFG-Förderanteil von nur 9,6 Millionen Euro ins Leben gerufen bzw. ermöglicht.

Und das ist die Aufgabe der steirischen Wirtschaftspolitik, Investitionen in Form von Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Landes zu ermöglichen, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen und durch die Gesellschaft, nämlich durch die SFG, mit einem, und gestatten Sie mir, wenn ich das so sage, durchaus geringen Beitrag – 9,6 Millionen – rund 160 Millionen Euro an Investitionen zu ermöglichen und damit 258 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

258 neue Arbeitsplätze, Einstellungen sind durch diese Großprojekte möglich. Mittel, die auch, wenn ich etwa an das Projekt Sappi Gratkorn denke, das uns vergangene Woche ausführlich präsentiert worden ist, in umweltrelevante Maßnahmen fließen, etwa auch in Richtung dieses KWK-Werks.

Meine Damen und Herren, die SFG hat es sich auch zur Aufgabe gemacht, nicht nur solche Projekte zu entwickeln und Unternehmer anzusiedeln, sondern auch ständig zu überprüfen, ob sie auf dem rich-

tigen Weg sind. Indikatoren wurden erstellt und ein Status, um die Dynamik dieses Bundeslandes zu erheben.

Wenn Sie einen Blick auf diese aktuellste Fassung vom Jänner 2006, erstellt vom Institut für Technologie- und Regionalpolitik, INTERREG vom Joanneum Research werfen, dann werden Sie sehen, dass wir in beiden Bereichen, sowohl was den Status als auch die Dynamik betrifft, hervorragend abschneiden.

In der Qualifikation etwa wird das Österreichtniveau deutlich übertroffen und auch die Gründe werden angeführt. So haben wir etwa in den Absolventenzahlen von Universitäten einen weit höheren Wert, die in den Betrieben tätig sind, als im übrigen Österreich. Die Bindung von Diplomingenieuren, also von gut ausgebildeten Managern in der steirischen Wirtschaft, ist deutlich überdurchschnittlich stark. Auch die Ausbildung technisch orientierter Lehrlinge – ein Thema, das uns ständig bewegt und das uns allen in diesem Haus auch sehr wichtig ist – ist in der Steiermark überdurchschnittlich stark ausgeprägt.

Das bedeutet, meine Damen und Herren, dass auf der einen Seite nicht nur die Maßnahmen im Bereich der Betriebsansiedelungen gegriffen haben, sondern dass das ständige Augenmerk auf Weiterqualifizierung, auf Aus- und Weiterbildung, auf ein hohes Niveau unserer Mitarbeiter zu schauen, gegriffen hat.

Aber auch der unternehmerische Spirit, wie es hier angeführt wurde, die Branchenstruktur, auch die Wirtschaftskraft, wo die Arbeitsproduktivität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – und denen muss man ausführlich danken für ihren Einsatz – weit über dem Österreichtniveau liegt, ist hier hervorgehoben.

Alles in allem also, meine Damen und Herren, ein Bericht des Rechnungshofes, der unsere größte Aufmerksamkeit verdient und den ich auch zum Anlass nehmen wollte, nicht einfach so wieder zur Tagesordnung überzugehen so nach dem Motto, „hier sind keine Skandale enthalten, darüber wollen wir nicht reden“.

Ich würde mich freuen, wenn sich auch viele der Sozialdemokraten zu diesem äußerst positiven Bericht äußern. Nicht immer nur das Negative hervorheben, lieber Herr Klubobmann Kröpfl, sondern auch auf das Positive in diesem Land hinweisen, was geschaffen wurde. (*Tumult in der SPÖ. Abg. Prattes: „Negativ bist du ohnehin selber.“ Abg. Kröpfl: „Du jammerst die ganze Zeit.“*) Wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, wird es uns gelingen, diese Dynamik in diesem Bundesland weiter zu forcieren und voranzutreiben.

In diesem Sinne darf ich auch noch einmal von dieser Stelle sehr herzlich – und jetzt hören Sie bitte genau zu – den beiden Mitarbeitern, es sind nämlich nur zwei für das Standortmanagement in der SFG zuständig, herzlich danken für ihr Engagement. Sie setzen vieles um, was ihnen teilweise von der Politik als Rahmenbedingung vorgegeben wird – das sind vor allem die finanziellen Mittel –, sie haushalten sparsamst und bewegen sehr viel.

Ein herzliches Danke diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der SFG, die verantwortlich letztendlich durch ihre Arbeit sind, dass es diesen positiven Bericht gibt, und den zuständigen Landesräten der Jahre 2000 bis 2004. Danke! (*Beifall bei der ÖVP. 14.37 Uhr*)

Präsidentin Gross: Die nächste Wortmeldung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (14.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich begrüße auch die vollzählig anwesenden Mitglieder der Landesregierung, wie so oft und gerne. Ich bin übrigens der Meinung, dass es bestimmte Tagesordnungspunkte gibt, die doch gewürdigt werden sollten. Dazu gehören die Rechnungshofberichte ganz generell und Bereiche wie die von Herrn Kollegen Kasic ja jetzt ausgeführten insbesondere. Ich erspare mir jetzt aber trotzdem einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung. Aber ich denke in diesem Augenblick an einen derartigen Antrag. Es ist an sich nicht akzeptabel, aus meiner bescheidenen Sicht, dass hier nicht wenigstens das zuständige Regierungsmitglied anwesend ist.

Nun zu meinen kurzen Ausführungen. Der Herr Kollege Kasic hat eindringlich zwei Dinge hier ausgeführt. Erstens, es sei in diesem Bericht nur Positives enthalten und es sei ein Konzept erarbeitet wor-

den, das alle diese Vorschläge des Rechnungshofes umgesetzt habe. Ich muss mich an den vorliegenden Text dieses Berichtes halten, Herr Kollege Kasic. Der liegt uns vor, den haben wir hier zu besprechen. Natürlich kann man dann umgesetzte Maßnahmen auch gerne bei der Gelegenheit behandeln. Und nachdem Sie auch gesagt haben, es gäbe hier nur Positives zu berichten und man solle das auch einmal zur Kenntnis nehmen. Gerne, gerne nehme ich Positives zur Kenntnis, nur ich möchte mir schon erlauben, auf etwas einzugehen in diesem Bericht, das von ganz entscheidender Bedeutung für den Standort Steiermark ist, nämlich das zitierte Standortmanagement und ganz entscheidend ist für die Bedeutung natürlich eben unsere Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsplätze inklusive. Jetzt konkret, wie Sie wissen, Herr Kollege Kasic, Sie haben diesen Bericht gelesen, von allen anderen weiß ich nicht, wie weit Sie das getan haben, deswegen möchte ich ihn kurz referieren. Der Bericht geht bei allen positiven Feststellungen auf einen Bereich ein, wo man eben sagt, das Standortmanagement ist im Grunde genommen nur geplant. Hier im Bericht ist nicht davon die Rede, dass das umgesetzt sei, ganz im Gegenteil. Der Rechnungshof sagt, das ist an sich eine kluge Sache, das solle man machen, aber man hat das offenbar noch vor sich. Der Rechnungshof fordert das auch in seiner Zusammenfassung hier in dem Bericht ausdrücklich. Er sagt, er anerkennt das aktive Bemühen der SFG rasch über die künftige Ausrichtung und Ressourcenausstattung des Geschäftsfeldes Standortmanagement zu entscheiden und er fordert eben, wie gesagt, dass hier diese Entscheidungen zu treffen sind, dass insbesondere eben auch die Voraussetzungen geschaffen werden, nicht zuletzt eben die personellen und finanziellen Voraussetzungen, dass das zum Tragen kommt.

Der zweite Bericht oder der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Qualitätsmanagement innerhalb des Standortmanagements. Hier wird also ausdrücklich angeführt, dass man sich zum Ziel gesetzt hatte, einen Abschluss von mindestens 25 Prozent der qualifizierten Projektanzahl. Der Rechnungshof stellt fest, dass im Jahr 2004, also nach 2000 bis 2003 das Verhältnis der positiv abgeschlossenen Projekte zu den Erstkontakten über dieser Zielvorgabe von 25 Prozent gelegen ist. Der Rechnungshof hält fest, dass im Jahr 2004 diese Erfolgsquote auf 8 Prozent zurückgegangen ist und dass es Angaben über die Gründe, warum ein Angebot von Interessenten nicht angenommen wurde, der Dokumentation meist nicht zu entnehmen war. Das heißt, dass also die aktuellen Aktivitäten des Geschäftsfeldes, Standortmanagement nicht evaluiert wurden. Das ist an sich eine sehr ernste Geschichte, denn Betriebsansiedlung, Standortmanagement ist eine oder die Kernaktivität der Wirtschaftspolitik überhaupt im Lande und die Frage, die hier zu Recht aufgeworfen wurde vom Rechnungshof, warum gibt es keine Evaluierung bzw. warum ist diese Erfolgsquote so drastisch zurückgegangen, ist an sich eine sehr ernste.

Es wäre jetzt interessant, wenn das zuständige Regierungsmitglied hier anwesend wäre, dann könnte man die Antwort direkt hören. So werde ich mir dann erlauben, diese Antwort schriftlich zu erbitten und dann bei Gelegenheit eben im Landtag zu diskutieren. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (*Beifall bei den Grünen. 14.43 Uhr*)

Präsidentin Gross: Nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Manfred Kainz.

Abg. Kainz (14.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrtes Regierungsteam, weil Herr Landeshauptmannstellvertreter Flecker heute erklärt hat, dass er im Büro mithört, das finde ich sehr gut. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer!

Wir haben in der letzten Sitzung über die steirische Erfolgsgeschichte gesprochen, was unsere Wirtschaftspolitik betrifft. Ich muss da anschließen beim Kollegen Kasic. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Und wenn man sich das anschaut, den Vergleich mit der ECO-Plus in Niederösterreich, dann geht aus dieser Prüfung doch ganz klar hervor, dass die steirische Wirtschaftspolitik zielorientiert mit Konzepten und strukturiert gearbeitet hat und ich bin überzeugt, auch weiterhin unter unserem Landesrat arbeiten wird. Wenn man die einzelnen Punkte vergleicht, dann ist das so, dass Niederösterreich im Gießkannenprinzip beschrieben wird und unsere Mitarbeiter in der Steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft wirklich konzeptionell strukturiert mit einem Controlling gearbeitet haben.

Ich gehe jetzt ganz schnell auf den Kollegen Hagenauer ein. 2003 hat es noch über 25 Prozent Erfolgsquote gegeben und dann ist sie auf 8 Prozent gesunken. Es geht im Bericht des Rechnungshof auch ganz klar hervor, dass Investoren, die bereits die neue Förderperiode 2007 bis 2013 im Blickfeld haben, für unsere Region nicht mehr so gewonnen werden konnten, wie davor. Das vor allem bedeutet für uns – und das müssen wir sehr ernst nehmen – eine Gefährdung von Arbeitsplätzen. Es kommt eines zum Tragen und ich habe mich früher schon immer ja fast geärgert darüber, das Budget, das man dem Wirtschaftsressort zur Verfügung stellt, das ist nicht besonders groß. Die Auswirkungen, die wir uns erwarten – und das geht auch aus dem Rechnungshofbericht ganz klar hervor – die sind aber groß. Es geht immer wieder um Arbeitsplätze. Das Wirtschaftsressort ist aber dafür zuständig, die Wirtschaft zu fördern, dass die Unternehmen, die wir haben, die großen und die kleinen unter den Bedingungen, die es heute am Markt, am heimischen, aber auch am Weltmarkt gibt, weiter existieren können. Da fällt mir schon eines auf, das muss ich jetzt sagen, Arbeit ist jetzt im Bereich vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Flecker. Und da würde mich schon interessieren, was da jetzt geschieht. Was sind die nächsten Schritte des Herrn Landeshauptmannstellvertreter Flecker in Bezug auf Arbeitsplätze? Ich habe noch nichts gesehen, ich habe noch nichts gehört. *(Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Augen aufmachen und schauen!“)* Bitte? *(Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Mit offenen Augen durchs Land ziehen!“ Abg. Kröpfl: Unverständlicher Zwischenruf)*

Ist schon recht, lieber Herr Klubobmann. Welche Arbeitsplätze? Welche Arbeitsplätze sind es denn, für die er zuständig ist? Für die der Beamteten oder was meinst du denn jetzt? *(Abg. Kröpfl: „Musst genau schauen, wer im Sozialbereich für Arbeit zuständig ist!“)* Er ist für Beschäftigung, für Qualifizierung mitverantwortlich und das ist meine Frage. Das ist ja kein Angriff. Walter Kröpfl, ist ja kein Angriff! Nur, ich bitte ihn jetzt auch aktiv zu werden, damit wir neue Arbeitsplätze bekommen und damit die Arbeitsplätze, die wir haben, auch gesichert sind.

Weil eines muss man auch sagen, geht auch aus diesem Bericht hervor, bis 2004 waren wir sehr gut in der Steiermark. Wir waren immer besser als Österreich zwar im Jahr 2004. Wir sind derzeit in keiner guten Situation. Und was tut er jetzt? Was wird jetzt geschehen, was werden die Maßnahmen sein auch vom Herrn Landeshauptmann, damit wir dort wieder hinkommen mit den Beschäftigungszahlen und mit der Arbeitslosenquote, wo wir im Jahr 2004 waren. Da will ich wieder hinkommen. Was wird geschehen? Bis jetzt sieht man nichts!

Worauf ich aber hinaus will ist, *(Abg. Kröpfl: „Wirst du noch sehen!“)* dass die steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft hervorragende Arbeit geleistet hat. Dass wir den Managern, die dort arbeiten, in geringer Zahl gratulieren können zu dem, was sie getan haben und dass wir dafür sorgen sollten auch in Zukunft, sie mit Mittel und Möglichkeiten auszustatten – diese steirische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, damit der Standort Steiermark auch weiterhin erfolgreich und stark bleibt.

Ein Punkt ist allerdings auch da drinnen in diesem Bericht, die Transportkapazität für Energie, Strom und Gas. Dafür ist nicht gesorgt, meine Damen und Herren. Und da gibt es schon ein schönes Beispiel bei uns im Bezirk Deutschlandsberg, dass die EPCOS bestimmte Auftragsvolumen nicht bekommt, da sie für deren Kunden einen permanenten Betrieb nicht garantieren kann. Das bedeutet, dass unsere Regierungsmitglieder, aber auch der steirischen Landtag gefordert ist, dafür zu sorgen, für die Energieversorgung – und das steht im Rechnungshofbericht drinnen – auch zu garantieren, damit wir da auch eine Standortsicherung haben werden. Das ist mir sehr wichtig und ich bitte euch, das zu überlegen und dafür zu sorgen. Es geht da immerhin um 2000 Arbeitsplätze direkt in der Firma EPCOS, ganz zu schweigen von den vielen und kleinen und mittleren Unternehmen, die da mit betroffen sind. Es ist mir wichtig, aber nochmals ein Danke an die SFG für die hervorragende Arbeit. *(Beifall bei der ÖVP. 14.50 Uhr)*

Präsidentin Gross: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile es ihm.

Abg. Kasic: *(14.51 Uhr)* Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich warte ja noch immer auf die Wortmeldungen der Sozialdemokraten zu diesem positiven Bericht, aber ich möchte auf den Kollegen Hagenauer replizieren. Herr Kollege, ich weiß schon, dass es eine

offensichtlich selbst verordnete Linie der Grünen sein muss, irgendetwas Negatives zu finden. Und wenn man absolut nichts Negatives finden kann, dann versucht man, etwas zu konstruieren. (*Abg. Lechner-Sonnek: "Lesen, lesen!"*) So interpretiere ich die Wortmeldung. Denn wenn man den Rechnungshofbericht genau liest, so steht – bitte – sehr wohl, dass es den Bereich „Standortmanagement“ gibt, zumindest nachweislich seit dem Jahr 2000, auch mit einer Anzahl von Beschäftigten. Dass darin enthalten ist – bitte – in diesem Rechnungshofbericht, dass über die zukünftige Ausrichtung entschieden werden muss. Ich gehe davon aus, Herr Kollege Hagenauer, dass du weißt, dass es die Price-Waterhouse-Studie gibt, dass es auch andere Studien für diesen Bereich für die Steiermark gibt, wie weit man etwa den Bereich „Standortmanagement“ im Bereich der SFG ausweiten kann oder soll. Da geht es um Fragen, wie viele Beschäftigte sollen dort künftig sein und vor allem wie schaut das finanzielle Volumen aus. Und wenn man etwa die letzte oder vorletzte Seite, nein, die letzte Seite aus diesem Bereich des Rechnungshofberichtes anschaut, so steht hier eindeutig Geschäftsfeld Leistungsbe- reich bei der SFG „Standortmanagement“, während man bei der parallel untersuchten ECOPLUS Niederösterreichs Wirtschaftsagentur, hingeschrieben hat „Betriebsansiedelungspolitik“ und ähnliches. Das zum einen.

Zum Zweiten zu sagen, na ja, die Zahlen der positiv abgeschlossenen Dinge sind zurückgegangen und das sei Kritik, ich glaube, das ist eine Feststellung gewesen, die auch begründet ist. Und bei der Genauigkeit, mit der Kollege Hagenauer sonst an die Materie herangeht, wird er sicher auch das erforscht haben. Ich möchte es zur Erinnerung noch einmal sagen. Im Jahr 2002/2003 wurde die selbst auferlegte Qualitätsmarke, wenn man so will, diese selbst auferlegte relative Zahl von 25 Prozent der Erstkontakte zu einem positiven Abschluss zu führen, positiv abgeschlossen, ja sogar übertroffen. Und im Jahr 2004 ist das auf 8 Prozent zurückgegangen. Und Sie wissen genau den Grund. Weltweit sind in diesem Jahr die Investorentätigkeiten zurückgegangen, weltweit wurden Entscheidungen von Betrieben vom Jahr 2004 auf Grund der konjunkturellen Lage auf das Jahr 2005, 2006, 2007 vertagt. Und mir fällt wieder nur ein Großprojekt von SAPPI Gratkorn ein, 1.270 Beschäftigte. Erstkontakt 2004, Errichtung KWK, wird jetzt – morgen – im Wirtschaftsförderungsbeirat behandelt. Das heißt, nicht Dinge, dass schlecht gearbeitet wurde und das als Kritik feststeht, sondern dass man festgestellt hat, dass der positive Abschluss auf 8 Prozent zurückgegangen ist, weil es – bitte – Verschiebungen gegeben hat auf Grund von Entscheidungen in Unternehmungen, aber nicht bitte als Kritik an der SFG. Das nur noch einmal zur Erinnerung. Danke! (*Beifall bei der ÖVP.14.54 Uhr*)

Präsidentin Gross: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Franz Schleich.

Abg. Schleich: (*14.54 Uhr*) Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich glaube, wenn der Kollege Kasic – und er wartet immer so hart, bis andere kommen – hier über Wirtschaft spricht, dann kann ich eines voraus mit Sicherheit feststellen. Er macht der Wirtschaft sicher keinen guten Dienst, sondern er schadet ihr.

Denn seine Meinung – und das muss man wirklich einmal ganz klar sagen – seine Meinungen, etwas darzustellen, sind so einäugig, dass man hier kaum hinschauen kann. Ich bin überzeugt, dass man der guten Arbeit, die in diesem Rechnungshofbericht herauskommt, und wenn man jetzt den guten Teil betrachtet, mit Sicherheit nicht gedient hat. So wie er es hier darstellt und mit allem vergleicht und einfach sagt, da ist alles perfekt. Perfektion gibt es nicht und man muss sagen – und das darf ich auch an dieser Stelle machen – man muss sich bedanken bei den Mitarbeiterinnen und dort bei dieser Förderungsstelle, aber natürlich, wo gearbeitet wird, fallen Späne, und dass nicht alles perfekt ist, ich glaube, das kann man hier mit Ruhe sagen, ohne jemand beleidigen zu müssen an dieser Stelle.

Und wenn du hier sagst oder auch dein Kollege, wir werden schauen, ob diese guten Daten gehalten werden, na, habt ihr ein bisschen zurück und ein bisschen nach vorne geschaut? Wie wird es im Bund ausschauen, wie stark unterstützt der Bund die Steiermark? Was tut der Bund überhaupt in der Arbeitsmarktpolitik? Was spielt sich hier ab? Was macht er in der Wirtschaftspolitik? Wenn es so rosig war, hätten sie kein Notprogramm starten müssen, dass wir die Arbeitslosen beschäftigen, weil dann hätte das die Wirtschaft selbst getan, oder – liebe Freunde? (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich muss euch schon eines sagen, wenn da verglichen wird und dann gefragt wird, was macht der Landesrat Flecker für eine Arbeit (*Abg. Kasic: "Das habe ich nicht gesagt!"*), dann kann ich dir eines mit Sicherheit sagen, lass ihn arbeiten, du wirst sehen, das wird wirklich helfen und das wird jenen Menschen, die Arbeit brauchen, auch Arbeit bringen. Das ist entscheidend, für jene da zu sein, die Arbeit brauchen.

Aber jetzt zur Wirtschaft und zu deinem Einstieg, der war ja wirklich nicht höflich. Ich glaube, ich habe mich noch nie hier hergestellt und ich habe auch deshalb den etwas härteren Ton heute verwendet und habe zum anderen rübergeredet und habe gesagt, ihr versteht nichts davon. Ich kann deine Intelligenzquotienten nicht durchleuchten und ich kann auch nicht sagen, wie hoch sie sind. Aber eines kann ich mit Sicherheit sagen: Ich würde mir nicht zumuten zu sagen, dass du von etwas überhaupt keine Ahnung hast, wenn dann würdest du nicht im Landtag sein. Ich glaube, das muss man auch einmal ganz klar sehen. Ich finde, dass das wirklich eine Art ist, die diesem Hause nicht würdig ist. (*Beifall bei der SPÖ.*) Dass man einfach sagt, die anderen sind zu dumm! (*Abg. Kasic: "Das habe ich nicht gesagt!"*) Ja, du hast es ungefähr so gesagt.

Lieber Freund, ich möchte mich mit dir auch gar nicht messen, aber eines traue ich mir mit Sicherheit zu sagen, dass ich von Wirtschaft auch etwas verstehe, nicht nur, weil ich es gelesen habe, sondern weil ich eine Zeit lang davon lebe. Und ich glaube, wer von der Wirtschaft lebt, muss sie verstehen, sonst würde er sie nicht überleben. (*Abg. Kröpfl: "Bravo!"*)

Ich möchte aber auch dazu wirklich noch eines zu dir sagen. Wenn wir von dieser Wirtschaftsförderungsgesellschaft der SFG reden und wissen, dass sie gut unterwegs ist, ich glaube, dann können wir uns alle freuen dran, es ist was Gutes. Es gibt ja dort einen Beirat, weil nicht nur eine Fraktion drinnen sitzt, wo man auch berät und auch versucht, das Beste daraus zu machen. Natürlich passieren dort auch Fehler wie jetzt in einem Bericht, der in Zukunft hier im Landtag behandelt werden wird, das Innovationszentrum Auersbach. Und wenn du den Bericht dann liest und nicht zwischen den Zeilen, sondern die Zeilen liest, dann steht dort einwandfrei drinnen vom Landesrechnungshof, dass dort keine Förderungen zu geben gewesen wären laut diesem Bericht, laut den Tatsachen.

Und trotzdem ist dorthin die Förderung geflossen. Also, man sieht, dass auch dort Fehler passieren können. Mich verwundert es auch, weil ich glaube, dass die dort recht clever arbeiten, was sie damals bewegt hat, einen Konkursbetrieb, der eigentlich nicht mehr zu retten war, trotzdem zu retten. Das ist keine Wirtschaftsförderung. Und das dient dort, nachzählen wie viele Arbeitsplätze – ich will es nicht vorweg nehmen, weil wir Gelegenheit haben in diesem Haus uns darüber zu unterhalten – das ist nur ein Beispiel. Es gibt natürlich auch Dinge, wo man sich trotzdem zur Förderung bewegt hat, was man vielleicht nicht müsste, aber sonst darf ich dort der SFG gratulieren. Ich hoffe, dass weniger Fehler passieren und dass sie in Zukunft dafür sorgen, dass wir Arbeitsplätze haben, dass die Wirtschaft lebt und dass Leute in der Wirtschaft eine Chance bekommen, die gerade Arbeitsplätze wieder zur Verfügung stellen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ. 14.59 Uhr*)

Präsidentin Gross: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Und stelle die Einstimmigkeit fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 11, 12 und 13 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

11. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 247/1, der Abgeordneten Wolfgang Böhmer, Walter Kröpfl, Karl Petinger, Gabriele Kolar, Dr. Ilse Reinprecht, Ing. Gerald Schmid und Barbara Gross, betreffend Start einer „Park&Ride-Offensive“ als Teil des Kampfs gegen den Feinstaub.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Gabriele Kolar. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Kolar (15.00 Uhr): Hoher Landtag!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Einl.Zahl 247/1 zum Thema Start einer „Park&Ride-Offensive“ als Teil des Kampfs gegen den Feinstaub.

Als eine im Kampf gegen den Feinstaub viel versprechende Maßnahme sollte eine Park&Ride-Offensive in vielen Regionen der Steiermark gestartet werden. In diesem Zusammenhang sollte gleichzeitig versucht werden, das bisher für die Standortgemeinden von Park&Ride-Anlagen ungerechte Finanzierungssystem zu lösen. Das Land Steiermark fördert die Errichtungskosten laut Richtlinien bis zu 50 Prozent. Den Rest muss die Standortgemeinde der Park&Ride-Anlage tragen. Bis zu 90 Prozent der Fahrzeuge die die Anlage nutzen, stammen nicht aus den Standortgemeinden, sondern aus Umlandgemeinden. Dieses Problem könnte beispielsweise durch ein System einer gemeinsamen Finanzierung neuer Park&Ride-Anlagen gelöst werden.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, als ein Mittel im Kampf gegen den Feinstaub eine Park&Ride-Offensive zu starten und die Gemeinden noch mehr als bisher zu motivieren, den Ausbau von Park&Ride-Anlagen zu intensivieren.

In diesem Zusammenhang ein neues, gerechtes Finanzierungssystem für den Finanzierungsanteil der Gemeinden zu entwickeln, das den Standortgemeinden der Anlagen nicht mehr die alleinige Finanzierungslast für den Gemeindeanteil überträgt, sondern alle Gemeinden einbindet, die von den Park&Ride-Anlagen profitieren, sowie die Mittel des Landes für die Förderung der Errichtungskosten von Park&Ride-Anlagen als Teil eines Programms im Kampf gegen den Feinstaub aufzustocken.

(15.02 Uhr)

Präsidentin Gross: Danke für den Bericht. Ich komme damit zum nächsten Tagesordnungspunkt, nämlich zu Punkt

12. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 63/1, der Abgeordneten Werner Breithuber und Mag. Ursula Lackner, betreffend Umlegung der B 73 Kirchbacher Straße, Vollanschluss an den Knoten A2-Graz-Ost.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Werner Breithuber. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Breithuber (15.03 Uhr): Hoher Landtag!

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen 6.12.2005 und vom 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.Zahl 63/1, der Abgeordneten Breithuber und Mag. Lackner, betreffend Umlegung der B 73 Kirchbacher Straße, Vollanschluss an den Knoten A2-Graz-Ost, wird zur Kenntnis genommen. (15.03 Uhr)

Präsidentin Gross: Danke auch für diesen Bericht.

Damit wären wir beim Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 126/1, der Abgeordneten Wolfgang Böhmer und Franz Schleich, betreffend Lärmschutzmaßnahmen an der Wechsel-Straße, Gemeinden Lafnitz und Schlag bei Thalberg.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Klaus Konrad. Ich erteile ihm das Wort zur Berichterstattung.

Abg. Konrad (15.03 Uhr): Hoher Landtag!

Zum Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend Lärmschutzmaßnahmen an der

Wechsel-Straße, Gemeinden Lafnitz und Schlag bei Thalberg. Zu Tagesordnungspunkt 13, Einl.Zahl 126/1, Lärmschutzmaßnahmen an der Wechsel-Straße, Gemeinden Lafnitz und Schlag bei Thalberg. (Selbstständiger Antrag)

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen vom 6.12.2005 und 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.Zahl 126/1 der Abgeordneten Böhmer und Schleich, betreffend Lärmschutzmaßnahmen an der Wechsel-Straße, Gemeinden Lafnitz und Schlag bei Thalberg, wird zur Kenntnis genommen. (15.05 Uhr)

Präsidentin Gross: Danke auch für diese Berichterstattung. Zu diesen drei Tagesordnungspunkten liegen mir derzeit drei Wortmeldungen vor und ich erteile dem Herrn Abgeordneten Hammerl das Wort.

Abg. Hammerl (15.05 Uhr): Meine Damen und Herren, ich darf einen Entschließungsantrag einbringen zum Tagesordnungspunkt 11. Eduard Hamedl, Mag. Christopher Drexler, Gregor Hammerl, DDr. Gerald Schöpfer betreffend Park&Ride Plätze in Graz.

Die Begründung: Nachdem die sozialdemokratische Landtagsfraktion einen Antrag betreffend eine Park&Ride-Offensive eingebracht hat und darin auch davon spricht, "dass die Gemeinden noch mehr als bisher motiviert werden sollten, den Ausbau von Park&Ride-Anlagen zu intensivieren", erscheint es angebracht, auch von der SPÖ der Stadt Graz mehr Unterstützung bei der Realisierung von Park&Ride-Anlagen einzufordern. Diese hat bekanntlich für die geplante Park&Ride-Anlage bei der Endstation der Linie 1 in Mariatrost gemeinsam mit der KPÖ und den Grünen den Planern per Gemeinderatsbeschluss ein Denkverbot auferlegt. Auch bei der zweitbesten Park&Ride-Lösung für die Einpendler aus dem Korridor Weiz, in Fölling, gibt es massiven Widerstand von den Sozialdemokraten.

Das Engagement für mehr Park&Ride ist angesichts der Feinstaubsituation dringend erforderlich, nur darf es nicht nur bei Worten bleiben, man muss sich auch zu Entscheidungen durchringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf die Stadt Graz dahingehend einzuwirken, dass dort künftig kein Widerstand gegen geplante Park&Ride-Anlagen geleistet und damit eine Realisierung dringend notwendiger Umsteigemöglichkeiten an der Stadtgrenze ermöglicht wird. Hinzufügen möchte ich noch, dass für diese Park&Ride-Anlage in Mariatrost, aber auch im Korridor Weiz, fertige detaillierte Pläne daliegen. Die Pläne wurden von der Stadt Graz auch im Bereich Bauplanung bereits überprüft. 1A, nur sie wurden bisher abgelehnt. Danke. (Beifall bei der ÖVP. 15.07 Uhr)

Präsidentin Gross: Als Nächstes darf ich dem Herrn Klubobmann Ernest Kaltenecker das Wort erteilen.

Abg. Kaltenecker (15.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Zuerst eine Bemerkung zum Kollegen Hammerl, heute schon ein zweites Mal. Wenn du jetzt den Park&Ride-Platz in Mariatrost ansprichst, dann sollte man auch mitberücksichtigen, wo er errichtet werden soll. In einem Wohngebiet, und das war selbstverständlich, dass die Bevölkerung dort nicht begeistert war, sondern sich entschieden dagegen ausgesprochen hat. Das wurde vielleicht sogar noch verstärkt durch ein ÖVP-Nachrichtenblatt, wo man den Leuten diesen Park&Ride-Platz mitten im Wohngebiet als Freizeitanlage, also, wirklich wörtlich als Freizeitanlage, mit Parkmöglichkeit angepriesen hat.

Das vielleicht zu diesem Thema, nicht immer ist ein Park&Ride-Platz auch wirklich gut situiert. Man sollte natürlich diesen Faktor mit berücksichtigen.

Jetzt möchte ich mich zuerst noch zum Tagesordnungspunkt 12 äußern. Hier geht es um einen Punkt, wo auch die KPÖ im Ausschuss schon dagegen gestimmt hat aus einem ganz bestimmten Grund. Es soll durch ein Landschaftsschutzgebiet eine Straße geführt werden, so genannte Murbegleitstraße. Das findet keinesfalls unsere Zustimmung. Es ist auch die Information, die im Ausschuss gegeben worden ist, nicht immer ganz korrekt gewesen. Man hat es so dargestellt, als ob die Gemeinden ohnehin alle sehr dafür waren, dass diese Murbegleitstraße kommt. So schaut es in der Praxis nicht aus. Zum Beispiel hat die Gemeinde Gössendorf einen Gemeinderatsbeschluss gefasst, der sich klar für eine Trassenführung vom Klärwerk Richtung Fernitz westlich der 110 KV-Leitung ausspricht. Auch die Gemeinde Fernitz hat sich so ähnlich verhalten. Diese Trassenführung kann keinesfalls unsere Zustimmung finden, deshalb werden wir auch heute wieder beim Tagesordnungspunkt 12 dagegen stimmen. Und jetzt aber zu etwas Grundsätzlichem, zum Tagesordnungspunkt 11. So ein Kreisverkehr ist offensichtlich ein Liebling der Verkehrsplaner geworden. Es gibt ja kaum noch eine Kleinstgemeinde, die ohne Kreisverkehr auskommt. Und scheinbar hat man *es* sich auch in der Verkehrspolitik zum Prinzip gemacht, im Kreis zu fahren. Anders ist es nicht erklärlich, dass immer - wenn es um die Fragen der Finanzierung geht – der Ball zum jeweils anderen geschoben wird. Also der Bund schiebt zum Land, das Land schiebt zu den Gemeinden und umgekehrt, niemand will in Wirklichkeit das heiße Eisen „Finanzierung des öffentlichen Verkehrs“ aufgreifen. Aber darum werden wir nicht herumkommen, wenn wir wollen, dass der öffentliche Verkehr so ausgebaut wird, wie er ausgebaut werden muss. Es gibt eine Reihe von Finanzierungsvorschlägen, die immer sofort abgeschmettert werden mit der Bemerkung, das wäre wirtschaftsfeindlich oder anderes. Nehmen wir nur den Vorschlag der Verkehrserregerabgabe für die Einkaufszentren. Heute haben wir vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer gehört, wie toll es den Einkaufszentren geht. Er hat berichtet, wie es in Seiersberg ausschaut, dass die so tolle Gewinne machen und jetzt irgendwie ihr Geld anbringen möchten in Form von milden Spenden an Tierparks und ähnlichen Einrichtungen.

Eine solche Verkehrserregerabgabe wäre auch eine durchaus sinnvolle Maßnahme, denn die Einkaufszentren sind im Wesentlichen auch Schuld an vielen Schwierigkeiten, die es vor allem in den Zeiten vor Weihnachten gibt. Eine andere Form der Finanzierung schlägt die KPÖ vor. Wir haben deshalb auch einen Entschließungsantrag eingebracht. Entscheidend für das Funktionieren von Park&Ride-Anlagen ist eine gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, dem wird nicht widersprochen werden. Und nicht immer sind optimale Voraussetzungen dazu vorhanden. So zum Beispiel könnte es im Großraum Graz Probleme mit der Kapazität der Verkehrsbetriebe geben. Daher sind Investitionen in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel unumgänglich. Eine Schlüsselfrage bei der Lösung dieser Aufgabe ist die Aufbringung notwendiger Finanzierungsmittel.

In Wien hat man seit Jahrzehnten gute Erfahrungen mit der so genannten U-Bahn-Steuer gemacht. Diese wird von den dort ansässigen Unternehmungen geleistet und hat erheblich zum Ausbau eines U-Bahn-Netzes beigetragen. Die Vorteile für die Wirtschaft und die Bevölkerung liegen auf der Hand. Heute könnte sich wahrscheinlich niemand mehr Wien ohne U-Bahn vorstellen.

Investitionen in den öffentlichen Verkehr bringen Beschäftigung.

Gut funktionierende öffentliche Verkehrsmittel bedeuten eine höhere Attraktivität als Wirtschaftsstandort, weniger Staukosten und Unfall-Folgekosten, eine Entlastung der Umwelt durch die Reduzierung des Feinstaubes.

Die Kostenersparnis für Bürgerinnen und Bürger durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sind ein weiteres Argument für dessen Ausbau. So zum Beispiel kosten 1.000 gefahrene Personenkilometer mit dem PKW mehr als 400 Euro, mit öffentlichem Verkehrsmittel dagegen 210 Euro.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend Vorschläge zur Einführung eines Nahverkehrsbeitrages, welcher von den steirischen Unternehmen eingehoben werden soll, auszuarbeiten und diese dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich ersuche Sie um Annahme. *(Beifall bei der KPÖ. 15.15 Uhr)*

Präsidentin Gross: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (15.15 Uhr): Werte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist gut, dass es immer wieder Wahlen gibt, weil dann treibt es auch uns Abgeordnete im Wahlkampf schon zu äußerst früher Stunde in die Natur. Ich habe mir heuer einmal die Park&Ride-Plätze im Bezirk nicht nur wegen der guten Wahlwerbung, die die SPÖ gehabt hat, sondern auch wegen des Loses, das unsere Pendlerinnen und Pendler, wobei meine Betonung bei den Pendlerinnen liegt, eigentlich tagtäglich mit Ausnahme eines kurzen oder verlängerten Wochenendes erleiden, angesehen. Es ist höchst an der Zeit, dass wir bei uns in der Steiermark ein wirklich durchdachtes Park&Ride-System flächendeckend auferlegen, fußend auf den regionalen Verkehrskonzepten, diese überlappend, sollen diese Park&Ride-Parkplätze nicht nur in der richtigen Anordnung zur Straße, nicht nur in der richtigen Beleuchtung, sondern auch in einer ordentlichen Zu- und Abfahrtsweise für größere Fahrzeuge, sprich Busse des öffentlichen Verkehrs angelegt sein.

Dem ist zum Beispiel bei uns in Hartberg nicht überall so. Und ich sehe gerade, wenn Frauen – und es sind die Frauen leider – in der Früh auf Parkplätze kommen, sie haben natürlich zu Hause etwas mehr zu richten, sie haben natürlich vorzukochen. Selten kocht ein Mann in aller Früh schon vor, ist auch ganz klar, nicht. (*Abg. Klimt-Weithaler: " Sie vielleicht!"*)

Ich vielleicht, Frau Kollegin, gerne. Und daher kommen sie ins Trudeln. Und wenn ich dann als nächstes mich mit der Polizei zusammensetze, dann sagt die, ich verstehe eigentlich nicht, warum dort ein Park&Ride-Platz ist, weil eigentlich die meisten PKWs gar nicht aus diesem Ort sind. Und wir haben eine Lenkererhebung gemacht. Und diese hat wirklich bei zwei Park&Ride-Plätzen ergeben, dass über 80 und bei einem über 90 Prozent der parkenden Autos eben PKWs aus angrenzenden Gemeinden sind. Ich will jetzt nicht diese Gemeinden verteufeln. Ich bin froh, dass diese auf diesem Park&Ride-Platz Platz haben. Ich will aber, dass zwischen diesen Gemeinden ein interkommunaler Finanzausgleich bei der Finanzierung der zweiten 50 Prozent stattfindet oder gerecht geregelt wird oder in irgendeiner anderen Art die Finanzierung gerecht geregelt wird.

Es ist für mich eine Frage der Gerechtigkeit diese Finanzierung. Ich möchte mich aber jetzt schon bei all jenen Gemeinden bedanken, die bereits einen Park&Ride-Platz haben. Noch ist aber nicht ausgegoren und vielleicht ausgekocht, wie wir dieses Park&Ride-System in Summe dann einmal finanzieren werden. Wie wir das in Summe auch pflegen werden. Daher ersuche ich wirklich, dass sich Gemeindebund, Städtebund und auch andere aus dem Ressort der Landesrätin Edlinger-Ploder, wirklich zusammensetzen, dass man sich Gedanken macht, wie wollen wir ein ordentliches Park&Ride-System auf die Beine stellen. Wir wollen eine Offensive tätigen, damit wir, allen voran unsere Pendlerinnen und Pendler unterstützen, damit sie sicher vom Arbeitsplatz in ihr Auto steigen können oder zum Arbeitsplatz kommen und zum anderen, was ja ein großer Punkt im Ausschuss war in der Diskussion, dass auch ein Teil des Feinstaubes durch verminderte Verkehrsbewegungen reduziert wird.

Ich bitte um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ. 15.19 Uhr*)

Präsidentin Gross: Danke auch für diese Wortmeldung. Die nächste Wortmeldung hat der Herr Abgeordnete Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (15.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich werde mich melden zu zwei Bereichen. Das eine ist die Murbegleitstraße und das andere ist die Frage der Park&Ride-Parkplätze.

Zuerst zu dem Themenbereich Murbegleitstraße. Ich denke, dieses Straßenprojekt beziehungsweise die Frage der Verkehrslösungen im Südosten von Graz passt sehr gut zur laufenden Feinstaubdebatte. Vergegenwärtigen Sie sich die Situation, die wir haben in diesem Jahr. Heute feiern wir den Heiligen Valentin und was hat er uns gebracht? (*Abg. Kröpfl: " Blumen!"*) Nebst der zwei Kollegen aus der

Sozialdemokratie, die die Landtagssitzungszeit nutzen, um unten Blumen zu verteilen, wie ich höre, in der Fußgängerzone. Ich finde das ist eine sehr nette Beschäftigung, nur ob man das in der Dienstzeit des Abgeordneten machen soll, während einer Sitzung, ist eine andere Geschichte. (*Abg. Mag. Drexler: Nein!*“) (*Abg. Rieser: „Geh, bitte!“*)

Der Heilige Valentin bringt uns also nicht nur die Blumen, sondern er bringt uns auch, wenn Sie sich das anschauen, jene Anzahl an Überschreitungen der Feinstaubwerte an allen vier Grazer Messstationen, die wir uns eigentlich als Jahresdosis hätten vorbehalten sollen. Mit Beginn dieser Woche haben wir unsere Jahresdosis schon abbekommen. Und das natürlich, wenn Sie mir den Vergleich gestatten, in einer kurzen Zeit. Es ist nämlich ein Unterschied, ob ich einen Liter Wein einen ganzen Tag über konsumieren, einen ganzen Tag brauche dazu oder eben nur eine viertel Stunde. Die Wirkung ist nicht die selbe, wie wir alle wissen. Das ist die Situation.

Und vor diesem Hintergrund schauen wir uns jetzt die Verkehrsplanung an. Durchaus berechtigter Weise etwa im Südosten von Graz. Wir fahren noch immer auf derselben Schiene, die uns genau das Problem beschafft, das wir haben. Wir hätten es ja nicht sonst. Eine Wende der Verkehrspolitik findet nicht statt. Das bräuchten wir aber, wenn wir unser Umweltproblem lösen sollen. Das ist eine ganz einfache Überlegung. Ich hätte das Feinstaubproblem nicht, wenn ich also eine andere Verkehrspolitik gemacht hätte oder umgekehrt formuliert, tue ich so weiter, werde ich mein Feinstaubproblem nur noch mehr verschärfen. Was machen wir also im konkreten Fall. Wir beseitigen einen Stau, kommen uns dabei gut vor, glauben, das ist ja alles logisch, wer kann denn dagegen was haben und bauen halt besagtes Straßenstück jetzt etwa vom Autobahnknoten Ost bis nach Hausmannstätten. Aber genau diesen gloriosen Gedanken, den verfolgen wir ja seit 45. Wir bauen ein Stückl Straße, dann ist das Problem gelöst, um nachher festzustellen, das Problem ist überhaupt nicht gelöst, das Problem ist größer geworden innerhalb kurzer Zeit. Wir haben Feinstaubwerte im ganzen Ballungsraum Graz und dann bauen wir einen Park&Ride-Parkplatz mitten in eben diesen Ballungsraum. Was bringt denn das? Was ist denn der Sinn hinter dem Ganzen, Herr Kollege Hammerl? Was macht den das für einen Sinn? Ich muss natürlich, wenn ich das Problem lösen will, müsste ich also jetzt, und das ist tatsächlich eine der Konsequenzen die zu ziehen sind, die Region südlich von Graz wird demnächst ein Verkehrskonzept beginnen zu erarbeiten. Dieses Verkehrskonzept wird als oberste Zielvorgabe was haben, logischer Weise: Wie kann ich damit sicher stellen, dass die Menschen in dem Raum in dem Zentralraum der Steiermark und nicht nur in dem sondern inzwischen in der Mehrzahl der Bezirksstädte in der Steiermark und, und, und, (*Abg. Strassberger: „Das Mürztal!“*) gesamten Mur- und Mürzfurche, wie kann ich sicherstellen, dass die Menschen nicht gesundheitlich gefährdet werden und sterben. Das ist die Zielsetzung, wenn ich nicht nur Sonntagsreden halte. Und jetzt ist die Frage, welche Maßnahmen tragen dazu bei und das ist zu beweisen. Ich kann keine Maßnahmen setzen, die das Problem verschärfen. Ich muss Maßnahmen setzen, die das Problem lösen. Und etwa dieses Straßenstück wird was bewirken? Die Leute werden natürlich nur noch schneller im Ballungsraum oder auch im Grazer Stadtgebiet sein und werden daher natürlich mehr mit dem Auto fahren, na net. Logisch wäre, diese Trasse herzunehmen und sie zu mindestens zum Teil für die Verlängerung einer Straßenbahn nach Hausmannstätten etwa zu nutzen und den Park&Ride-Parkplatz nicht herinnen in der Liebenauer Hauptstraße zu machen, sondern möglichst weit von den Belastungsgebieten eben entfernt. Tunlichst natürlich, nahe am Wohnort, das ist schon gesagt worden, alles andere hat keinen Sinn. Graz hat 70.000 Einpendler, wo wollen Sie denn die Park&Ride-Parkplätze in Graz hinstellen für 70.000 Einpendler? Alleine diese Zahl beweist es, das ist schon eindrucksvoll. (*Abg. Kainz: „75.000!“*). Ja soll sein, 75.000.

Daher noch eine kurze Anmerkung zu der Debatte Mariatrost. In der Tat haben die Grünen in Graz auch gegen diesen Park&Ride-Parkplatz gestimmt. Es ist nämlich nicht so, wie schon gesagt wurde, Unsinn zehn Tausende Autos durch Wohngebiete fahren zu lassen bevor sie parken können. Es ist natürlich auch ein himmelschreiender Blödsinn, Wohngebiete genau dort zu errichten, wo dann die Autos alle durchfahren, nämlich hinter der Kirche Mariatrost entsteht eine große Verbauung. Die kriegen also mit dem Park&Ride-Parkplatz auf ewige Zeiten dann ihren Feinstaub und ihre Abgase vor den Balkon serviert. Für das haben sie da draußen ein Haus bauen müssen. Das hätten sie in der Annenstraße auch haben können. Das Gebiet wird laufend überschwemmt, das nur am Rande.

Sinnvoll wäre, wenn ich schon in dem Raum einen baue, die Straßenbahnlinie hinauszuverlegen nach Fölling und draußen dann die Parkplätze außerhalb des Siedlungsgebietes zu errichten.

Jetzt noch kurz zur Frage eben der Finanzierung dieser Dinge bzw. noch eine Anmerkung zur Straßenlösung im Südosten von Graz. Hier kommt nämlich nicht nur der Feinstaub ins Spiel, sondern hier ist in der Frage einer Straßenverbindung, die von Liebenau, vom Murfeld nach Süden über Gössendorf nach Fernitz geht eben auch ein Naturschutzgebiet immens betroffen und damit auch ein Naherholungsraum, ein bestehender und vor allem ein künftiger. Ich kann nicht hergehen und den Leuten sagen, tut nicht für alles und jedes euer Auto benutzen. Tut gescheiter mit dem Fahrrad fahren, benutzt die Naherholungsräume und dann gleichzeitig ihnen das Naherholungsgebiet zerstören und belasten. Ich müsste das Gegenteil tun. Ich müsste genau diese Gebiete im Süden von Graz als Naherholungsgebiete aufwerten, damit sie einen Stellenwert bekommen wie etwa in Wien die Donauinsel ihn hat. Die Möglichkeit bestünde durchaus. Im übrigen ist dort ein Kraftwerk geplant, was man durchaus, wenn man das geschickt plant, genau für diesen Zweck hernehmen könnte. Es ist nicht nachvollziehbar, kurzsichtig, schade und hoffentlich zu verhindern, dass dieses Straßenprojekt realisiert wird.

Und zum Abschluss noch zur Frage der Finanzierung der Park&Ride-Parkplätze bzw. des öffentlichen Nahverkehrs insgesamt. In der Tat hat die Steiermark und der Ballungsraum Graz seit Beginn des Verkehrsverbundes dieses Problem, dass man um die Finanzierung jedes Jahr und ausführlich bangen muss und streiten muss. In der Tat ist es so, dass das eine Aufgabe nicht nur des Landes sein kann, den Verkehrsverbund zu finanzieren, auch nicht nur der Stadt Graz, sondern in der Tat ist es eine Aufgabe, die von der Region gemeinsam wahrgenommen werden müsste, wo alle ihren angemessenen Beitrag leisten. Soviel zur Verteilung zwischen Stadt und Umland. Dass man gleichzeitig Finanzierungsquellen finden muss, einfach – umgangssprachlich formuliert – ein Geld aufstellen muss für all das, was hier noch zu errichten ist, wenn man den Leuten das Krankwerden ersparen will, das ist auch klar. Hier hat es schon einige Anläufe gegeben in der Vergangenheit. Leider sind sie nicht zum Tragen gekommen. Es ist zu hoffen, dass unter den jetzigen eher ersten Bedingungen hier die Möglichkeit gefunden wird, den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs tatsächlich zu finanzieren. Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Entschließungsantrag der Grünen einbringen, der sich bezieht auf bestehende Finanzierungsmodelle, nicht zuletzt etwa im Ballungsraum Wien, aber auch an anderen Standorten wie in Innsbruck, wo – wie Sie vielleicht wissen – es gelungen ist, die Finanzierung einer so genannten Stadtreionalbahn auf die Beine zu stellen, wo es also gelungen ist, was auch Graz bitter notwendig hätte, dass der Bund und das Land, aber vor allem der Bund einen erheblichen Beitrag, nämlich von 40 Prozent, für die Errichtung der Infrastruktur für diese Stadtreionalbahn mitgetragen hat. Es ist bedauerlich, unverständlich und eigentlich ein Skandal, dass die Entscheidungsträger, die Verantwortlichen in der Stadt Graz bzw. auch im Land eine derartige Finanzierungsmöglichkeit bis heute noch nicht auf die Beine gestellt haben.

Vor diesem Hintergrund stelle ich also folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich an die Bundesregierung und die Stadt Graz heranzutreten, damit nach Innsbrucker Vorbild ein Finanzierungskonzept für den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Großraum Graz rasch abgeschlossen wird, um die Feinstaubbelastung durch die Verwirklichung einer Stadt-Regionalbahn deutlich zu senken.

Ich bitte um Annahme. Danke! *(Beifall bei den Grünen. 15.33 Uhr)*

Präsidentin Gross: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gabriele Kolar. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kolar *(15.33 Uhr):* Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Auf meine erste Wortmeldung hier im Landtag habe ich mich besonders gefreut, umso mehr freut es mich, zu einem Thema Stellung zu nehmen, was mir besonders am Herzen liegt, nämlich die intensive Auseinandersetzung mit dem Thema „Feinstaub“ und die gemeinsame Sache nach Lösungen in der Sache. Unser ganzer Einsatz dient dem Bewahren der Schöpfung. Dazu gehören natürliche Lebens-

räume, guter Boden und saubere Luft, ebenso aber auch die unternehmerischen Ideen aller Bürgerinnen und Bürger und ihre vitalen Interessen. Leben und Gesundheit sind ein hohes Gut, welches wir beschützen und bewahren müssen. Wir sind uns aus der daraus resultierenden Verantwortung eines sicheren und verträglichen Verkehrs bewusst. Die Mobilität des Einzelnen ist ein wesentliches Kennzeichen einer entwickelten Industriegesellschaft und zugleich Ausdruck von Lebensqualität. Den Preis, den wir jedoch für unsere Mobilität zahlen, der ist enorm hoch. Das heißt, wir gewinnen nicht Lebensqualität, sondern büßen sie ein. Jedes Fahrzeug, das sich nicht bewegt, wäre ein Risikofaktor weniger. Eine nachhaltige Entlastung kann nur durch Alternativangebote erreicht werden. Ich baue auf die Verantwortung jedes einzelnen hier unter Ihnen und Ihr Engagement, dass wir uns dem Problem zukünftig gemeinsam stellen und widmen. Park&Ride-Parkplätze sind ein wichtiger Teil des Kampfes gegen den Feinstaub und daher ist es notwendig, seitens des Landes eine Motivationsoffensive bei den Gemeinden zu starten, in solche Anlagen zu investieren und Landesfördermittel aufzustocken. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In vielen Dingen des Lebens geht es eigentlich um nichts, aber hier geht es um sehr viel. Es geht nämlich um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und um die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder. Dankeschön! (*Beifall bei der SPÖ. 15.36 Uhr*)

Präsidentin Gross: Als Nächstem darf ich dem Herrn Abgeordneten Karl Petinger das Wort erteilen.

Abg. Petinger (*15.36 Uhr*): Werte Frau Präsidentin, sehr verehrte Frau Landesrätin, verehrte Kolleginnen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die SPÖ Steiermark hat einen Antrag eingebracht auf eine Park&Ride-Offensive. Grundsätzlich bin ich begeistert davon, welches Echo ein solcher Antrag doch noch hervorruft, wenn ich an die Diskussion im Ausschuss denke oder an die vielen verschiedenen Entschließungsanträge. Das Thema bewegt doch, aber es bewegt uns in der Diskussion schon viel zu lange, wie ich meine. Es müssen Schritte, es müssen Fakten gesetzt werden. Es gibt viele Beispiele, wie es auch aus den Entschließungsanträgen ersichtlich ist, die wir in den letzten Jahren bereits zu diesem Thema gestellt haben, dass es auch machbar, finanzierbar und umsetzbar ist. Wenn wir das Referat Gesamtverkehr und Verkehrsinfrastruktur des Landes Steiermark zitieren möchten, gehört zu den Zielen und Aufgaben die Planung und Projektierung von Nahverkehrseinrichtungen, die Abwicklung zugehöriger Rechtsverfahren der Zubringerverkehr und Park&Ride-Anlagen.

Ein Antrag ÖAAB/ÖVP an die AK-Vollversammlung, Bund, Land und Stadt Graz aufzufordern, Maßnahmen zu treffen und in möglichst kurzer Zeit durchdachte Park&Ride-Anlagen zu errichten. Konzept Steirer-Takt, Sie kennen dieses Konzept, das wirklich ermöglichen sollte, ein S-Bahn-System in der Steiermark rund um Graz bis in die Bezirkshauptstädte zu errichten. Fast auf jeder zweiten Seite die Forderung, Park&Ride-Anlagen zu bauen. Eigentlich ist es müßig, dass man permanent diskutiert, Henne oder Ei. Wer war zuerst hier. Es ist doch notwendig, in einem Gesamtkonzept - das ist zweifellos richtig - und wir reden hier auch von keinem kurzfristigen Konzept, sondern von einem mittel- und langfristigen Konzept, eine Mobilitätskette herzustellen. Eine Mobilitätskette herzustellen, wo Park&Ride-Anlagen selbstverständlich dazu gehören, wie auch die Möglichkeiten über ein funktionierendes S-Bahn-System dann möglichst schnell in den Großraum Graz, in den Süden von Graz und in das Zentrum von Graz zu gelangen. Nur wenn wir permanent und immer weiter nur diskutieren, dann diskutieren wir in zehn Jahren auch noch über dieses Problem. Und jede politische Partei in diesem Hause bekennt sich ständig weiter zu diesem Thema und es folgen keine Umsetzungsschritte. Wir haben heute noch eine Dringliche auf der Tagesordnung, wo genau dieses Thema auch eine zentrale Frage spielt, und es um die Finanzierung dieses öffentlichen Personen- und Nahverkehrs geht.

Grundsätzlich möchte ich zu den Entschließungsanträgen die eingebracht wurden, kurz auch Stellung beziehen. Zum Entschließungsantrag der KPÖ. Selbstverständlich müssen wir die Finanzierung für den Nahverkehr sicherstellen und möglichst schnell anzufangen zu verhandeln, um damit auch zu gewährleisten, dass dieser Nahverkehr möglichst schnell umgesetzt wird. Wir können nur diesem Antrag so nicht zustimmen, weil ich glaube, dass eine U-Bahn-Steuer eine Finanzierung aus dem Raum Wien nicht unmittelbar auf die Steiermark umsetzbar sein muss. Dort gibt es einen riesigen Ballungs-

raum und gibt es wirklich innerhalb eines großen Ballungsraums auch sehr viele Betriebe, die davon profitieren. In der Steiermark haben wir andere geografische, andere demografische Verhältnisse. Es muss vorher auch überlegt werden, welche Finanzierungsmöglichkeiten hat der Bund, welche Finanzierungsmöglichkeiten hat das Land Steiermark und die Gemeinden, um endgültig auf einen Finanzierungsschlüssel zu kommen. Wir geben Ihnen seitens der SPÖ Recht, dass wir möglichst schnell an dieses Thema herangehen sollten. Aber hier eine Gruppe heraus zu nehmen, ohne ein Gesamtkonzept zu haben und ohne zu wissen welche finanziellen Mittel letztendlich notwendig sind, wäre ein Unterfangen, das sicherlich nicht zu verantworten ist. Also, können wir diesem Antrag leider nicht zustimmen.

Zum Antrag der Grünen. Bezüglich einer ähnlichen Finanzierung wie es in Innsbruck stattfindet. Wir haben selbst schon Anträge eingebracht bezüglich des Finanzierungsmodells Salzburg und Linz. Selbstverständlich ist mit dem Bund möglichst schnell zu verhandeln, um zu einer Bundesfinanzierung zu kommen, um dann auch zu wissen, welche Belastungen auf das Land und die Gemeinden und mögliche andere Privatfinanzierer zukommen. Ich darf aber auch hier sagen, dass wir diesem Antrag nicht zustimmen werden und zwar deswegen, weil wir versucht haben, einen Parteienantrag, über alle Parteien hinweg zustande zu bringen. Ich glaube, nur so können wir dieses Thema bewältigen, wenn wir gemeinsame Anträge stellen, wenn wir gemeinsam dieses Thema auch ernstlich behandeln und uns nicht in einen politischen Wettbewerb begeben, wer mehr Entschließungsanträge einbringt. Wie wohl dieser Antrag grundsätzlich eine Zustimmung unserer Seite finden könnte, aber im Interesse des Drei-Parteien-Antrages, wo auch die Grünen sich bereit erklärt haben hinauf zu gehen, wollen wir hier eine konzentrierte Vorgangsweise. Kontraproduktiv ist auch in Richtung ÖVP-Antrag, wenn man hier Einzelparkanlagen sich herauspickt. Wir haben heute schon gehört, dass es hier auch andere Probleme gibt. Wenn man dieses Thema versucht dann durch Einzelprojekte weiterzubringen, ist das kontraproduktiv. Selbstverständlich und es ist auch im gesamten Antrag drinnen, kann Graz keine Ausnahme im Gesamtkonzept sein. Das ist ja doch selbstverständlich, wenn wir von einem S-Bahn-System und Park&Ride-Anlagen Richtung Graz reden, dass wir auch in Graz diese Anlagen brauchen. Also es wird niemand hier die Stadt Graz herausnehmen. Es kann nur in einer gesamten gemeinsamen Form gehen, aber es ist auch nicht richtig, wenn man dann Einzelparkanlagen, die aus welchen Gründen auch immer nicht umsetzbar sind, hier als Paradebeispiel herstellt und sagt, die Stadt Graz möchte solche Anlagen nicht.

Ich ersuche Sie deswegen auch um Zustimmung und möchte jetzt auch den Entschließungsantrag der SPÖ, ÖVP und der grünen Fraktion einbringen. Es geht um das Finanzierungsmodell für den Öffentlichen Nahverkehr.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, die verschiedenen Finanzierungsmodelle für Nahverkehrskonzepte zu vergleichen, zu bewerten und dem Landtag ein Modell für die Steiermark vorzulegen.

Hier schließe ich auch eine Bitte an, dass die Landesregierung dem Landtag möglichst schnell ein solches Modell vorlegt. Es geht um Umwelt, es geht um Feinstaub. Auch dieses Thema, das permanent uns über die Jahre schon verfolgt, muss im Konnex mit natürlich dem gesamten Verkehr gesehen werden. Und nur wenn wir gemeinsam vorgehen, können wir auch in diesem Thema etwas weiterbringen. Ich bitte Sie diesen Antrag zu unterstützen und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ. 15.46 Uhr)*

Präsidentin Gross: Mir liegen noch zwei Wortmeldungen vor. Als Nächstes darf ich dem Abgeordneten Wolfgang Böhmer das Wort erteilen.

Abg. Böhmer (15.46 Uhr): Nach dem Feinstaub kommt der Lärm, werte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin!

Lärm kommt von lärmern und heißt Geschrei. Nur Geschrei würden wir vertragen, aber so manchen Lärm nicht. Und so schauen schon seit acht Jahren die Bewohner der Gemeinde Schlag bei Thalberg und auch der Gemeinde Lafnitz direkt auf den Verkehr der B54 und warten auf eine Lärmschutzwand.

Kollege Riebenbauer kennt diese Situation der B54. Beide Straßenstücke verleiten nahezu zum etwas schnelleren Fahren, um nicht gleich das Wort rasen zu verwenden. Aber die B54 trennt die Gemeinde Schlag in Schlag/Thalberg und Limbach dort förmlich in zwei Teile. Hier muss gesagt werden, dass die Häuser früher dort waren und erst die Straße 1973 gebaut worden ist. Und seit sieben, acht Jahren und auch damals schon, hat sich der Landtagsabgeordnete und Bürgermeister Siegfried Hermann, bemüht, dass in Lafnitz und mit seinem Kollegen, in Thalberg, die Lärmschutzmaßnahmen gesetzt werden. Ich darf nur sagen, was sich dort bewegt. Ganz kurz, im Jahre 2000 waren es zirka 8.100 Kfz. 10 Prozent davon ist Schwerverkehrsanteil und die Belastung dort war 65,1 Dezibel am Tag, 58,1 Dezibel in der Nacht. Das heißt, einiger Maßen, würde man sagen, erträglich. Wenn wir uns die Richtlinien des Landes jetzt anschauen, dann haben wir dies bei weitem schon überschritten bereits im Jahr 2000. Nehme ich aber jetzt die jüngsten Messungen her und auch die Prognosen für das Jahr 2007, so haben wir statt 8.100 Kfz in 24 Stunden, jetzt 10.700 Kfz. Aber die Belastung, Frau Landesrätin, ist um einiges gestiegen, und zwar von 65,1 auf 66,3 am Tag und von 58,1 auf 59,3.

Ich möchte dazu sagen, das klingt vielleicht mathematisch nicht sehr hoch. Aber der Schalldruckpegel in Dezibel gemessen erhöht sich in einer anderen Weise als wir glauben, denn eine geringe Erhöhung um 10 Dezibel ist nichts anderes als eine Verdoppelung des Verkehrslärms.

In diesem Sinne, werte Frau Landesrätin, nehme ich diese Stellungnahme der Landesregierung als sehr positiv entgegen und ersuche Sie wirklich, wenn es die Budgetsituation erlaubt, und Lafnitz und Schlag waren von 65 Projekten bereits 2001 an 21. Stelle gereiht, dann möchte ich wirklich Sie darum ersuchen, dass wir diesen Leuten dort nicht nur bei Tag, sondern auch bei Nacht den Lärm etwas nehmen. Sie wissen, Lärm mindert nicht nur die Leistung, sondern Lärm ist gesundheitsschädigend und Lärm macht auch krank. Ich danke für das Zuhören. (*Beifall bei der SPÖ. 15.50 Uhr*)

Präsidentin Gross: Mir liegt noch eine Wortmeldung vor. Herr Abgeordneter Dr. Werner Murgg, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Dr. Murgg (15.50 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich kann es wirklich kurz machen, damit wir bis 16.00 Uhr mit diesem Tagesordnungspunkt vorläufig einmal fertig sind. Wir sind jetzt wie so oft an einem Punkt angelangt, wo es natürlich um Grundsätzliches geht, letztlich darum, wer die Speiskarte, wenn ich so sagen darf, bezahlt, für all die vernünftigen Maßnahmen, die wir hier vorschlagen. Dass nämlich wir für Park&Ride-Plätze sind, für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, für Maßnahmen gegen den Feinstaub etc., da scheint es in diesen Reihen unter uns ohnehin Einstimmigkeit zu geben. Aber wie gesagt, die Frage liegt darin, wer die dafür notwendigen Investitionskosten übernimmt. Ich glaube, jetzt ist der Punkt gekommen, wo sich sozusagen, die Spreu vom Weizen auch in diesem Haus trennt. Auf der einen Seite die Spreu derjenigen, die diese Kosten über Massensteuern der großen Mehrheit der Bevölkerung aufbürden wollen oder der Weizen derjenigen, die darüber nachdenken, wie man diese Kosten hereinbringen könnte von denjenigen, die letztlich vom individualen Massenverkehr profitieren. Wenn man nach Wien blickt, schauen wir uns an, wer profitiert davon, dass die U-Bahn ausgebaut ist, dass das dort zack-zack funktioniert, wenn ich eine U-Bahn versäume, ist in ein/eineinhalb Minuten die nächste da, wer davon profitieren würde, dass die Pendlerinnen und Pendler in Graz und die Beschäftigten in Graz rechtzeitig auf ihre Arbeitsstellen kommen, davon profitieren letztlich die Unternehmer, die froh sein können, dass ihre Beschäftigten rechtzeitig in die Firma kommen und dort ihrer Arbeit nachgehen können. Darum glaube ich, ist es nur recht und billig, wenn man auch von diesen Unternehmerinnen und Unternehmern einen gerechten Beitrag verlangt zum Ausbau derjenigen in Verkehrsinfrastruktur, dass ihre Beschäftigten eben rechtzeitig an den Arbeitsplätzen erscheinen können. Und wenn Sie jetzt, lieber Kollege Petinger, also vorher einen gemeinsamen Entschließungsantrag von SPÖ, ÖVP und Grünen hier vorstellen, dann verzeihen Sie mir, dient das letztlich nur dazu, dass Sie sich vor dieser Grundfrage herumschwindeln und diesem ganzen Finanzierungsprojekt wieder ein Begräbnis nicht erster Klasse, weil das ist ja das beste Begräbnis, also da muss man sagen, ein Begräbnis dritter Klasse verschreiben, aber das werden wir nicht mitmachen. Es ist gut, dass man hier in diesem Haus einmal sieht, wo die einzelnen Fraktionen, wo die einzelnen Parteien stehen und wie sie sich eine Finanzierung des öffentlichen

Nahverkehrs vorstellen können. Die Bevölkerung wird sich dann davon ein Bild machen. Danke! (*Beifall bei der KPÖ. 15.53 Uhr*)

Präsidentin Gross: Meine Damen und Herren, damit komme ich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur TOP 11 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand und stelle die Einstimmigkeit fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, ÖVP und Grünen betreffend Finanzierungsmodelle für den öffentlichen Verkehr ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle hier die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Park&Ride-Plätze in Graz zu TOP 11 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend Finanzierung von Investitionen in den öffentlichen Verkehr, Nahverkehrsbeitrag zu TOP 11 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat keine Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Finanzierung und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs zur Reduzierung der Feinstaubbelastung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat keine Zustimmung bekommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichtstatters zu TOP 12 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Hier stelle ich die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichtstatters zu TOP 13 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle hier die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 14 und 15 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben und ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte dann gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls dieser Vorschlag die Zustimmung findet, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich stelle die einstimmige Annahme fest und darf hiermit das Wort dem Präsidenten zur Einbringung der Dringlichen übergeben.

Präsident: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hätten jetzt noch einige Minuten bis 16.00 Uhr, aber ich glaube, es findet die Zustimmung des Hohen Hauses, dass wir nicht einen neuen Tagesordnungspunkt beginnen, sondern bereits jetzt mit der Behandlung der Dringlichen Anfrage beginnen. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Das gibt es nicht. Ich bedanke mich dafür.

Ich komme daher zur Behandlung der Dringlichen Anfragen:

Die erste Anfrage, die eingebracht wurde am Sonntag, dem 12. Februar 2006 um 17.58 Uhr. Eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ betreffend Aufrechterhaltung und Ausbau des Öffentlichen Personen-, Nah- und Regionalverkehrs an Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder.

Ich erteile Herrn Klubobmann Walter Kröpfl das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Ich ersuche den Herrn Klubobmann das Wort zu nehmen.

Abg. Kröpfl (15.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Herren Landeshauptmännerstellvertreter, verehrte Damen auf der Regierungsbank, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Frau Landesrätin, fassen Sie diese Dringliche Anfrage nicht als Angriff auf, sondern sehen Sie darin einfach eine Unterstützung des Steiermärkischen Landtages für Ihre zukünftige Haltung, wenn es um die Finanzierung des Öffentlichen Personen- und Nahverkehrs geht. (*Heiterkeit bei der ÖVP*) Wenn die ÖVP jetzt auf dieser Seite lacht, weil ich dieses Einleitungsstatement genau in diesen Vordergrund stelle, es ist tatsächlich so gemeint. Es geht uns nicht um eine Anschuldigung, es geht uns nicht darum, irgendjemanden schuld werden zu lassen, sondern es geht uns darum, dass das Land Steiermark eine eindeutige Position gegenüber dem Bund vertritt, was die zukünftige Finanzierung dieses Personennahverkehrs anbelangt. Und wir wissen ja auch, verehrte Damen und Herren, dass es ja schon einige Versuche des Landes Steiermark und vor allem auch der Frau Landesrätin Edlinger-Ploder gegeben hat, sich gegenüber dem Bund zu behaupten. Ich denke nur an die Bildungspolitik. Da hat sie einige Anläufe gemeinsam mit dem Herrn Dr. Schnider gemacht vor einiger Zeit, aber es ist halt immer wieder in Wien bei der Frau Minister Gehrler abgeblitzt. Ich habe mir jetzt gedacht, wenn wir jetzt gemeinsam mit dem Steiermärkischen Landtag eine EntschlieÙung beschließen können, damit ist die Frau Landesrätin wesentlich gestärkter in Wien und sie kann dort ganz anders auftreten, als das bis jetzt möglich war. Und das der Bund sehr, sehr darauf drängt, dass diese Vereinbarung zwischen Bund und Land unterfertigt wird, zeigt ja auch die Vorgangsweise, die der Bund gewählt hat. Bringt einen Gesetzesentwurf ein am 16. Jänner dieses Jahres und am 28. Februar soll bereits die Begutachtung stattgefunden haben. Und da braucht sich nur jeder fragen, warum diese Eile. Weil sich der Bund natürlich gerne von dieser Finanzierung verabschieden möchte. Und da müssten wir dagegen auftreten. Denn was würde denn das bedeuten, wenn wir jetzt eine Deckelung bekommen würden für den Personennahverkehr. Das würde heißen, dass alles was darüber ist, was wir da zusätzlich brauchen für die Steiermark, dass das das Land Steiermark finanzieren muss oder dass die Gemeinden einspringen müssen und die, die bestellen, auch bezahlen müssen. Und da dürfen wir uns einfach als Bundesland nicht über den Tisch ziehen lassen und deswegen brauchen wir eine geschlossene Front, um gegen den Bund hier aufzutreten, verehrte Damen und Herren.

Und wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen einfach nicht zuschauen, wie der Bund sich ständig von seinen Aufgaben immer weiter verabschiedet und er immer wieder sagt, ja die Länder, die sollen zahlen. Die Länder sollen das übernehmen. Wir haben das schon erlebt bei den BundesstraÙen, als die BundesstraÙen in die Kompetenz des Landes übertragen wurden. Ja damals kann ich mich noch erinnern wie der Herr Ex-Landeshauptmannstellvertreter Schöggel damals gesagt hat, was das für ein Erfolg ist für die Steiermark und wie toll das ganze ist. Wie toll das ganze ist, das kann uns die Frau Landesrätin vielleicht beantworten, weil so toll ist die Geschichte leider nicht. Weil das Geld ist nicht mehr geworden, sondern das Geld ist eher weniger geworden. Wir können auch einfach nicht zuschauen, wie diese schwarz-blaue oder schwarz-orange Bundesregierung immer weiter bei der Ausdünnung der Regionen und der Länder, agiert. Ich will gar nicht alles wieder aufzählen, was da alles schon passiert ist. Von den Gendarmerieposten angefangen bis zu den Bezirksgerichten und so weiter. Die Liste wäre ja elendslang, wenn man das weiterführen würde. Sondern ich sage einfach, da gibt es jetzt eine Chance, bundesländerübergreifend gegen den Bund aufzutreten und noch hält die Front der Bundesländer. Es gibt eine Stellungnahme der Landeshauptleutekonferenz, die genau in diese Richtung geht, in die wir heute gehen wollen. Nämlich, dass wir gemeinsam mit allen Bundesländern auftreten und gegen diese Verländerung des Öffentlichen Personen-, Nah- und Regionalverkehrs auftreten. Wir stehen damit nicht alleine da. Ich darf euch ein paar Pressezitate aus der APA von heute vorlesen: Da sagt der Landeshauptmann von Vorarlberg: „Wenn der Entwurf in dieser Form beschlossen wird, muss er massiv bekämpft werden, denn die Kasse stimmt nicht.“ Landeshauptmann Herbert Sausgruber.

Landeshauptmannstellvertreter von Salzburg, Wilfried Haslauer, in die gleiche Richtung. Zitat aus der APA: „Der schwarze Politiker hat schon vergangenen Donnerstag Widerstand gegen die Regierungspläne angekündigt.“ Selbst aus Niederösterreich hört man Stimmen gegen dieses vorgeschlagene Gesetz von Herrn Staatssekretär Kukacka. Denn dort sagt der Verkehrsplaner, Friedrich Zibuschka im Auftrage wahrscheinlich vom Herrn Landeshauptmann Pröll: „Die Grundversorgung des Bundes beim Nahverkehr muss erhalten bleiben.“ Und genau in diese Richtung gehen wir. Es haben einige Bundesländer bereits den Konsultationsmechanismus eingeschaltet und ich glaube, wir sollten in der Steiermark ganz vehement gegen den Bund auftreten. Wir sollten uns den anderen Bundesländern anschließen in der Stellungnahme zu dieser Gesetzesvorlage, die wir da haben, aber wir sollten uns auch überlegen, den Konsultationsmechanismus auch von der steirischen Seite auszulösen.

Daher, verehrte Damen und Herren, stellen wir zwei Anfragen an die Frau Landesrätin und beantragen gleichzeitig die Abhaltung einer Wechselrede.

Erste Frage: Wie werden Sie sich – in Wahrnehmung Ihrer Zuständigkeit für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in der Steiermark – den Bestrebungen des Bundes gegenüber verhalten, die politische, strukturelle und inhaltlich-organisatorische Verantwortung für die zukünftige Entwicklung des Öffentlichen Personen- Nah- und Regionalverkehrs auf Länder- und Gemeindeebene zu übertragen?

Zweite Frage: Was wird die Stellungnahme der Steiermärkischen Landesregierung zum in Begutachtung befindlichen Gesetzesentwurf zur finanziellen und strukturellen Neuordnung der Zuständigkeiten der Gebietskörperschaften für den österreichischen Personen-, Nah- und Regionalverkehr beinhalten?

Sehr geehrte Frau Landesrätin, ich ersuche Sie um Beantwortung dieser Frage. Und ich denke mir, wenn wir gemeinsam auftreten gegen den Bund, dann können wir etwas erreichen, dann können wir uns auch gegen diesen neuerlichen Angriff auf die Regionen in der Steiermark zur Wehr setzen und wir können uns gegen eine Verländerung des Personen- und Nahverkehrs zur Wehr setzen. Helfen Sie uns dabei, unterstützen Sie uns, gehen wir gemeinsam gegen diesen Gesetzesentwurf vor.

Danke. *(Beifall bei der SPÖ. 16.05 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Klubobmann für die Einbringung dieser Dringlichen Anfrage. Ich erteile Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder *(16.05 Uhr):* Herzlichen Dank, hoher Landtag, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrter Herr Klubobmann!

Es freut mich, dass Sie in Ihrer Einbegleitung so sehr betonen, dass das kein Angriff auf meine bisherige Arbeit als Verkehrsreferentin ist. Erklären und argumentieren das auch mit der vorangegangenen Periode. Ich kann mich nicht erinnern als Bildungsreferentin, jemals eine Dringliche Anfrage zur Unterstützung bekommen zu haben. *(Abg. Kröpfl: „Es gibt ja jetzt eine Kooperation. Wir haben ein Arbeitsübereinkommen!“)* Anscheinend ist das ein neuer Weg der Unterstützung, aber sie soll mir recht sein. Ich werde sie auf alle Fälle brauchen. Aber ich gebe Ihnen schon recht und ich vermute eben Ihre längere Einbegleitung schon, dass es mich auch etwas gewundert hat, zu diesem Zeitpunkt diese Anfrage zu bekommen, denn es wäre selbstverständlich gewesen, dass natürlich am 28.02. fristgerecht diese Stellungnahme ja nicht nur nach Wien hinaus gehen kann, sondern ich selbstverständlich auch den Klubs hier im Steiermärkischen Landtag diese zur Verfügung stelle, aber das kann ja noch passieren. *(Abg. Kröpfl: „Das hoffen wir!“)*

Eine Anmerkung noch am Anfang, der ich mich anschließen möchte zur heutigen Eröffnung des Landtages, wo uns der Herr Landeshauptmann über die Schneefälle berichtet hat. Ich möchte mit einer guten Nachricht beginnen. Wir haben den Straßenerhaltungsdienst in der Steiermark und wie Sie sich vorstellen können, ist dieser Winter eine besondere Herausforderung. Aber in der letzten Woche war es natürlich so, dass gerade im obersteirischen Gebiet die Einsatzleistung noch gesteigert werden musste und ich bedanke mich für die Solidarität der Mitarbeiter dort, denn die Kollegen aus dem Süden sind hinaufgefahren in den Norden und haben geholfen, nach einem freiwilligen Aufruf. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Ich denke, das ist eine kleine Geschichte, aber sie soll vielleicht auch das Licht der Öffentlichkeit erblicken.

Nun zu Ihren Fragen und ich erlaube mir Ihre Fragen 1 und 2 zusammen zu beantworten. Ich denke sie sind inhaltlich sehr beieinander.

Es ist nicht ganz so aktuell, wie Sie es dargestellt haben mit dem Begutachtungsentwurf seit Jänner. Es gibt bereits seit mehreren Monaten die Diskussion um die Reform des Öffentlichen Personen-, Nah- und Regionalverkehrs. Als Finanzreferentin haben wir am 3. Mai 2005 bereits einen Beschluss der Landesfinanzreferentenkonferenz, auch einen einstimmigen, gefasst und den Bund darauf aufmerksam gemacht, dass diese Vorstellungen, die im Rahmen dieses Reformpaketes geäußert wurden, so von den Ländern nicht hingenommen werden.

Am 25. Mai letzten Jahres hat die Landeshauptleutekonferenz diesen Beschluss noch einmal untermauert und unterstützt. Am 4. November letzten Jahres gab es wiederum das Thema des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs, Staatssekretär Kukacka hat die Landeshauptleutekonferenz besucht und wir haben ja über dieses Thema am 15. November in der Fragestunde, wie ich hoffe oder denke, sehr ausführlich debattiert. Auch der Herr Landeshauptmann und ich, wir haben da mehr oder weniger schon die einigende Stellungnahme signalisiert und es gab auch damals nach meinen Ausführungen keine Zusatzfrage. Umso ausführlicher werde ich aber heute auf Ihre Fragen antworten.

Denn seit 16. Jänner liegt der zitierte Neuentwurf des Verkehrsministeriums vor und bis 28. Februar haben die verschiedenen Länder, Interessensvertretungen, Verkehrsverbände etc. die Möglichkeit, eine Stellungnahme abzugeben. Ich darf Ihnen sagen, wir sind inhaltlich schon relativ weit. Warum? Denn einerseits gab es am 10. Jänner bereits eine gemeinsame Konferenz und Abstimmung bei beamteten Ländervertretern, wo es genau um das Thema gegangen ist und wo ich selbstverständlich auch die Arbeiten meiner bzw. „unserer“ Verkehrsabteilung unterstützt habe und in dieser gemeinsamen Länderstellungnahme steht schon sehr viel drinnen, die wie gesagt getragen wird von allen Bundesländern in Österreich. Festgehalten wird – und das möchte ich eingangs schon auch betonen – dass eine Reform, und zwar die Notwendigkeit und die Dringlichkeit einer Reform des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs unbestritten ist. Wir können nicht weitertun wie bisher. Dazu möchte ich Sie schon auch aufrufen, wenn es manchmal aus Ihren Worten herausklingt, „lassen wir alles beim Alten“. Das wird nicht funktionieren und da kommen wir auch nicht weiter. Gerade die letzte Stunde hat es im Rahmen dieser Landtagsordnung ja auch gezeigt, dass wir uns anstrengen müssen. Aber – und da werde ich Ihnen jetzt einige Punkte sagen, wo wir uns durchaus glaube ich auf ein einigendes Quorum verständigen können. Dieser Entwurf entspricht nicht eines verkehrspolitischen Ansatzes, wie wir ihn verstehen und zielt mehr oder weniger nur darauf ab, die Überwälzung von Lasten und Risiken in diesem Bereich vom Bund auf die Länder zu führen. Das werden wir uns so und in dieser Form sicher nicht gefallen lassen. Da kann ich Ihnen zustimmen. Aber worum geht es konkret?

Punkt 1, und ich denke, das ist einer der Hauptpunkte in diesem Entwurf, ist, dass das Grundangebot für den Schienenverkehr als Leistungsaufgabe des Bundes weiterhin festgeschrieben werden muss. Es kann nicht angehen, dass sämtliche Verantwortung auf die Länder übertragen wird und übrig bleiben so etwas wie Förderungen, die wir vom Bund mehr oder weniger ohne Rechtsanspruch in Zukunft erhalten sollen. So geht man miteinander nicht um und in diesem Zusammenhang wird in der Stellungnahme der Steiermark, aber wie ich annehme auch in vielen anderen Stellungnahme der Länder nicht nur eine sehr kritische Stellungnahme enthalten sein, sondern vor allem auch die Anrufung des Konsultationsmechanismus auf alle Fälle mit beinhalten. Das möchte ich auch von vornherein klarstellen. Denn in diesem Entwurf wird von einer Deckelung der Beiträge gesprochen und da liegt mehr oder weniger schon der erste Stein, der die Schienen auseinander brechen lässt. Tatsache ist nämlich, dass wir bereits jetzt mit Forderungen seitens der ÖBB, seitens der ÖBB-Postbus GmbH und anderer in Höhe von etwa 40 Millionen Euro allein an das Land Steiermark, also insgesamt auf Österreich umgerechnet, rechnet man da mit etwa 200 Millionen Euro, die bereits jetzt schon mehr oder weniger als Forderung für die jetzige Aufrechterhaltung des öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung gestellt werden sollen. Zusätzlich und pro futuro sind aber auch andere Punkte sehr, sehr kritisch zu sehen, auf die die Länder nur bedingt bzw. gar keinen Einfluss hätten. Wie geht es zum Beispiel mit den Kostensteigerungen im Bereich des Infrastrukturbenutzungsentgeltes weiter? Das ist keine Sache, die dann

die Länder entscheiden, sondern die ÖBB bzw. der Bund. Eine weitere Entwicklung ist schon jetzt abzusehen und wird uns auch in dieser Frage weiterhin sehr, sehr beschäftigen und wahrscheinlich umso mehr treffen. Fernverkehrsleistungen auch im Personenverkehr haben direkten Einfluss auf den Nahverkehr. Wenn es also in Hinkunft bei Fernverkehrsleistungen und beim Personenverkehr Änderungen gibt, die selbstverständlich auch weiterhin dann vom Bund oder von den einzelnen Verkehrsunternehmen vorgenommen werden, dann haben sie einen direkten Einfluss auf den Nahverkehr. Die Länder sind dann allerdings wahrscheinlich dazu aufgerufen, mehr oder weniger fehlende oder die Rücknahme von diesen Fernverkehrsleistungen aus eigenen Mitteln zu leisten und diese mehr oder weniger zu kompensieren. Das heißt, wir haben auch schon jetzt damit zu tun und es gibt ja einige Diskussionen um Haltestellen, um Bahnsteigumbauten, Neubauten etc. Das sind einfach in dieser Frage der Zusammenarbeit in einem föderalistischen System, in einer Frage der Zusammenarbeit Bund und Länder keine Voraussetzungen, die auf eine faire Gemeinschaft schließen lassen. Es sind auch andere Faktoren, die vielleicht im ersten Moment nicht so sehr verkehrspolitischer Art erscheinen mögen, die aber sehr wohl einen millionenhohen Ertrag oder Nichtertrag ausmachen, wenn es darum geht, dass wir in Hinkunft auch die finanzielle Belastung für diesen Bereich übernehmen müssen. Jede Änderung von Rahmenbedingungen wie zum Beispiel der Entfall der Umsatzsteuerbefreiung für die Verkehrsdienste oder für die Verbünde, für Schülerverkehre, für Bestellungen von öffentlichen Verkehrsleistungen zum Beispiel zur Einhaltung des Kyoto-Protokolls, Feinstaubproblematik, all das würde ausschließlich die Länder treffen. Das heißt, das alles zusammengerechnet sind Summen, die man sich kaum vorstellen kann, wenn wir uns derzeit über das Landesbudget Gedanken machen. Und das alles sind Punkte, die in diesem Entwurf auch nur unzureichend im Sinne der Länderstellungnahme angesprochen wurden bzw. so formuliert wurden wie sie von Länderseite nicht akzeptiert werden können. Aber – und das möchte ich auch dazu sagen – das ist auch der Beschluss der Landeshauptleutekonferenz des Novembers. Wir wollen konstruktiv an einer Reform beitragen. Das heißt, es gibt auch einen Vorschlag für eine Vorgangsweise, wie wir sie und in den nächsten Monaten wünschen, nämlich dass das was in einigen Diskussionen und Debatten auch angesprochen wurde, auch in zeitlicher Abfolge abgearbeitet wird. Es geht um ein Gesamtkonzept für den öffentlichen Verkehr von Seiten des Bundes, wo unter anderem dieses Grundangebot, diese Sicherstellung durch den Bund des Grundangebotes für den öffentlichen Verkehr festgeschrieben wird, wo man kalkulierbare Schnittstellen zwischen Fernverkehr und Nahverkehr auch ausmachen kann und wo die übergeordnete Planungskompetenz durch den Bund selbstverständlich unter Mitwirkung der Länder auch festgeschrieben wird. Daraufhin aufbauend können wir sehr wohl feststellen, dass es organisatorische und finanzielle Eckpfeiler geben kann, die beispielsweise in einer Artikel 15a Vereinbarung mit den Ländern abgeschlossen werden und die auf dieser Grundlage die künftige Zusammenarbeit und Finanzierung dieser Aufgabe sicherstellen. Auf dieser Artikel 15a Vereinbarung könnte man dann selbstverständlich auch die notwendigen Änderungen zum ÖNRV-Gesetz 1999 wahrnehmen und hätte damit auch das Einvernehmen mit den Ländern hergestellt. Damit würden wir auch zu einer Vorgangsweise kommen, die – sage ich einmal – von einer Zusammenarbeit tatsächlich sprechen kann.

Unabhängig davon muss eines auch am Rande festgestellt werden. Nämlich, dass die auf Seiten der Bestellerförderung seinerzeitigen Zusagen des Bundes sehr rasch eingelöst werden müssen, was bedeuten würde, dass wir mehr oder weniger eine Bestellersumme von etwa 60 Millionen Euro, wie wir sie bei den Landesfinanzreferentenkonferenzen, aber auch bei den Landeshauptleutekonferenzen ausgemacht haben, auch kurzfristig erreichen können. Es gibt dazu eine ergänzende Stellungnahme des Landes, wie gesagt, die endgültige wird fristgerecht bis 28.02. fertig sein. Dort sind auch einige Details noch am Rande, denn dieser Entwurf ist dann doch einige Seiten lang, angesprochen. Es geht um Detailbestimmungen: Zum Beispiel, wie definiere ich ein Umland, wie definiere ich eine Strecke. Das alles klingt nach formalistischem Beamtengetue. Ist es aber nicht, denn wir wissen alle, dass in verkehrspolitischen Maßnahmen und insbesondere im Öffentlichen Verkehr jede einzelne Maßnahme eine Summe und eine Dimension erreicht, die man sich für andere Bereiche oft nur wünschen könnte. Hätte ich das im Forschungsbudget, wäre ich, sage ich einmal, die glücklichste Forschungsreferentin. Aber, so spielt das eben nicht und man kann Äpfel mit Birnen nicht vertauschen. Verkehrsinfrastruktur ist nun eben etwas Teures, dafür ist es auch etwas Beständiges. Es geht um die Frage der Mitfinanzierung

von Dritten. Auch dieses Thema ist komplett ausgeklammert und kommt nicht mehr vor in diesem neuen Entwurf, aber sehr wohl und das wurde ja auch in der letzten Stunde diskutiert, geht es schon um die Frage „Neuer Finanzierungsmodelle“. Und da werden wir uns auch Gedanken machen müssen, wie wir neue Finanziers ins Boot holen. Es geht um die Aufgaben und Kompetenzen aller Gebietskörperschaften. In diesem Entwurf sind die Gemeinden und Städte nur unzureichend erwähnt, aber vor allem auch in ihren Kompetenzen mehr oder weniger sehr restriktiv berücksichtigt.

Eine der wichtigsten Dinge in diesem Zusammenhang ist aber auch die Frage der Kompetenz beziehungsweise der Trennung zwischen Auftragnehmern und Bestellern bzw. Aufgabenträger und -ersteller. Im vorliegenden Entwurf müsste sich das jeweilige Land dazu verpflichten, sämtliche Defizite abzudecken, die im Rahmen der Verbundorganisationen mehr oder weniger beim Öffentlichen Verkehr auftreten. Tatsache ist aber, dass die Erstellerebene, sprich die Verkehrsunternehmen mehr oder weniger die Kompetenzen dieser Bestellung selbst wahrnehmen und auch über die Tarife bestimmen. Und das kann es nicht sein. Abgesehen davon, dass es auch dem EU-Recht widersprechen würde, kann ich nur sagen, das Land und die Politik wird zu entscheiden haben, welches Angebot sie der Öffentlichkeit bieten möchten. Welches Angebot wir in Zukunft machen möchten und dann wird man darüber entscheiden, ob man dieses Geld dafür ausgibt oder nicht. Aber es kann nicht sein, dass die Unternehmen, die die Leistung erbringen, uns mehr oder weniger eine Rechnung schicken für das, was sie sich im Laufe der Zeit ausgedacht haben. Dazu kommt natürlich und ich habe das am Rande angesprochen, dass es auch derzeit vertragliche Vereinbarungen mit dem Bund im Rahmen zum Beispiel von Schülerfreifahrten, Lehrlingsfreifahrten, Studienkarten gibt, die noch einige Jahre währen. Über diese Verträge und Einzelverträge, Nebenverträge müssen wir auch sprechen. Die können nicht mit einem Mal vom Tisch sein, denn es wird auch zukünftig, meiner Meinung nach, notwendig sein, auch aus anderen Finanzierungstöpfen diese vergünstigten Tarife zu subventionieren. Da muss man sich eine sehr klare Regelung überlegen, wie man das haben möchte. Aber es kann nicht so sein, dass Verträge die wir zum Beispiel bis 2008 für die Studienkarte vom Bund haben, mit einem Federstrich aufgehoben sind. Ich kann Ihnen noch weitere Details aufzählen. Es geht um die Datengrundlage, Datenerfassung, den Fahrgastbeirat, über zeitnahe Regelungen beziehungsweise einen Verbraucherpreisindex. Wir brauchen eine Valorisierung dabei, wir müssen uns unterhalten über die Rückförderungsansprüche des Bundes, die viel zu weit gehend in diesem Entwurf sind, aber wir müssen uns auch unterhalten über Qualitätskriterien im Öffentlichen Verkehr und in dieser Annahme.

Sie haben aus der Fragestunde des November, aber ich hoffe auch, aus einzelnen Erläuterungen heute, glaube ich, schon sehr klar gemerkt, dass auch die Verkehrsreferentin Edlinger-Ploder nicht bereit ist, hier die Segel zu streifen und ohne wenn und aber in eine Richtung zu gehen, die uns nicht gut tut. Ganz im Gegenteil. Wir wollen den Schienenverkehr in der Steiermark sehr massiv auf Vordermann bringen und das nicht nur im Fernverkehr, sondern auch im Personennahverkehr, auch im Regionalverkehr. Die Konzepte gibt es bereits, die Umsetzung wird die große Frage sein und wie in vielen Dingen ist natürlich in Wahrheit dieser Entwurf einer der Stücke, die stehen und fallen mit den Budgetsummen. Ich glaube, so ehrlich muss man sein. Wenn man sich dann auch die letzte Stunde angehört hat, es ist sehr nett, wenn man einerseits den Verkehrsausschuss für Wünsche, Anliegen und Briefe an das Christkind voll füllt, wo wir uns alle einig sind, aber wenn es dann einen Budgetlandtag gibt, wo alles andere wichtiger ist, dann wird man sich die Frage stellen, wie verlässlich und wie berechenbar und wie ehrlich ist man den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber. Was verspricht man Ihnen und was hält man ein. In weiterer Folge wird es, wie gesagt, am 28. Februar zur Übermittlung der Stellungnahme der Steiermark kommen. Zeitgleich werde ich selbstverständlich den Herrn Landeshauptmann davon informieren, nach dem er als einer der wichtigsten Partner in der Landeshauptleutekonferenz dieses auch politisch zu verhandeln hat, aber wie gesagt, ich erneuere das Angebot und werde das auch gerne machen. Ich kann auch den Klubs im Steiermärkischen Landtag sehr gerne diese ausführliche Stellungnahme übermitteln. Ich bin sicher, dass die einzelnen Mitglieder, die sich sehr intensiv mit dieser Frage auseinandersetzen, auch mit dieser Unterlage etwas anfangen können und dann so wie Sie anfangs sprachen, auch dieser breite Schulterchluss und die Rückendeckung da ist. Danke. *(Beifall bei der ÖVP. 16.26 Uhr)*

Präsident: Ich danke der Frau Landesrätin für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 der Geschäftsordnung des LandESTAGes hin, wonach die Hauptredner nicht länger als 20 Minuten und die Debattenredner nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (16.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte auch am Beginn meiner Wortmeldung jene Feststellung setzen, die ich schon vorhin getroffen habe anlässlich der Debatte um die Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs, beziehungsweise der Park&Ride-Parkplätze. Die Steiermark ist nicht auch betroffen von dem Kapitel Öffentlicher Verkehr und dessen Finanzierung. Die Steiermark ist mehr betroffen als jedes andere Bundesland. Das ist nicht etwas was uns auch betrifft, sondern wir stehen ganz vorne. Und zwar in zweierlei Hinsicht. Wir haben, was den Stand des Öffentlichen Verkehrs angeht, nicht die Spitzenposition, das heißt einen Nachholbedarf, aber wir haben vor allem eben vor dem Hintergrund, dass wir eine Umweltsituation haben, dass wir über kurz oder lang übrigens auch Zahlungen und Sanktionen aus Brüssel zu vergegenwärtigen haben, wenn wir eben diese Grenzwerte nicht einhalten, einmal von da her mehr Aufgaben zu leisten, als jedes andere Bundesland.

Und wir haben auf der anderen Seite eine finanzielle Situation, die uns auch auszeichnet, wenn ich das so sagen darf. Das wissen Sie! Das Thema ist also für uns ein ernsteres als für jedes andere Bundesland.

Und noch einmal zurück zur Ausgangslage. Die Steiermark braucht eine Verkehrspolitik, wo dann am Ende dieser Maßnahmen, - öffentlicher Verkehr, Radwege - was immer am Ende unter dem Strich steht, Feinstaubwert 50 Mikrogramm, die eingehalten in wie vielen Jahren. Das muss am Ende stehen. Und dazu werden wir sehr viel öffentlichen Verkehr brauchen und Geld. Das ist der Hintergrund. Wir werden aber auch für den öffentlichen Verkehr sehr viel tun müssen und das Kapitel sehr ernst nehmen müssen. Ich fasse mich kurz, nicht nur weil es einfach überhaupt keiner Debatte an sich im Zuge dessen bedarf. Eigentlich sollte man nicht debattieren dürfen, dass die Menschen in Graz sterben, einfach so. Das ist ja kein Diskussionsgegenstand. Sollte man glauben! In Wirklichkeit wäre es oft schön, wenn es einer wäre. Man sollte sich aber auch vergegenwärtigen - denken Sie nur, je nach Tagesordnung - wie wir uns diesem Thema immer annähern. Dass wir die Probleme haben, keine Betriebsansiedlungen mehr durchführen zu können bzw. keine Standorte in der Steiermark mehr erschließen können. Da haben wir zwar welche gesucht und dann sind wir draufgekommen, sämtliche liegen in Luftsanierungsgebieten. Und wir dürfen dort einfach nach dem Stand der europäischen Rechtsprechung keine Genehmigungen mehr aussprechen. Das heißt, wir können uns unsere schönen Standorte aufselchen – und aus!

Und dann kommt man auf die Idee und sagt, na, dann setzen wir halt die Grenzwerte herunter. Auch ein auf der Regierungsbank im Moment sitzendes Mitglied dieser unserer Regierung ist dieser glorreichen Idee schon einmal verfallen und hat gesagt, „die EU wird die Grenzwerte wohl heruntersetzen“. Soll sie! Soll sie, das nutzt uns noch lange nichts. Weil wir haben eben heute am Valentinstag unsere Jahresdosis, wie vorhin schon erwähnt, ohnehin abbekommen. Also die EU kann die Grenzwerte gar nicht so aufmachen als das sie den Steirern in irgendeiner Form helfen könnte.

Der nächste Punkt, der den Ernst des Themas unterstreicht, ist eben der sozialpolitische und letztlich auch der Punkt der Versorgungssicherheit. Wir werden bei den steigenden Treibstoffpreisen und bei den sinkenden Einkommen Probleme bekommen, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Dazu kommen dann noch Spezialgebiete wie Überalterung der Bevölkerung und anderes.

Jetzt zum Stand insbesondere der Nahverkehrspolitik in Österreich. Es gibt einen Rechnungshofbericht zu dem Thema, der diese Sachen an sich wunderschön aufgelistet hat, die bestehenden Mängel erhoben hat und dort auch die Organisations- und Finanzierungsreform deutlich einfordert. Der Zustand heute – Sie brauchen nur ein paar Tage zurückgehen jetzt in der Medienberichterstattung – ist leider dadurch gekennzeichnet, dass wir insbesondere im Nahverkehr einen Rückstau haben, der sich

schleichend seit Jahren entwickelt hat. Etwa erinnere ich mich jetzt an den vor kurzem eingebrachten Antrag der SPÖ zum Thema Ausbau der Bahn im Ennstal, der sich darin zeigt, dass im Ennstal durch einen Rückstau an Investitionen an einigen Stellen die Züge schon nicht mehr dort fahren können. Nicht mehr in dem Tempo fahren können, zu dem sie eigentlich in der Lage wären, wo wir noch immer davon diskutieren und sagen, die Züge müssen schneller fahren. Der Zustand im Ennstal - und nicht nur dort - ist zum Beispiel der, dass die Züge auf 40 und 30 Stundenkilometer stellenweise herunterbremsen müssen, weil sie sonst aus den Schienen springen, weil die Strecke einfach verfallen lassen wird. Das ist eine Geschichte.

Die zweite Geschichte – auch aktuell – sind diverse Kundenvertreibungsaktionen. Wo man an einer Stelle spart, die am Ende einfach über Einnahmerückgänge letztlich die finanzielle Situation der Bahn nicht verbessern sondern verschlechtern wird. Das sind die Stichworte, dass man die Zugbegleiter – sprich Schaffner - abzieht, obwohl man heute in ganz Europa schlagende Beispiele dafür hätte, wie man die Frequenzen enorm steigern kann, eben indem man Zugbegleiter belässt bzw. sogar verstärkt, es gibt auch in Österreich Beispiele dafür von kleineren Nebenbahnen. Man schließt Bahnhöfe, man schließt die Schalter bis hin zu den Toiletten. Man ist nicht in der Lage, die Fahrkartenautomaten ausreichend zu warten etc. Und das alles unter dem Vorwand, man müsse Geld sparen. Am Ende führen diese Maßnahmen dazu, dass die Probleme potenziert werden. Wenn ein Zug aus technischen Gründen der Strecke Verspätungen einfährt, dann hilft mir die Investition bei einer Ausweiche, die ich etwa im Falle steirische Ostbahn ohnehin acht Jahre lang verzweifelt betreiben muss, damit sie dann überhaupt jemals kommt, dann hilft auch diese Investition nichts mehr.

Zum Schluss noch auch zum Status Quo der Verkehrspolitik bzw. der Schienenverkehrspolitik im Lande Österreich, das ist die Personalsituation. Ich meine, es mag zwar angehen, dass eine Bundesministerin, eine ehemalige, jetzt für die Liegenschaften zuständig ist, wenn sie vorher ihr Ressort ordentlich geführt hätte. Wenn sie aber das Ressort so geführt hat wie das der Fall war, dann finde ich es überhaupt nicht als eine gute Idee, sie dann als Liegenschaftsreferentin weiter zu beschäftigen. Was ich damit sagen will ist: Man hat bei der ÖBB in der Chefetage jede Menge Leute untergebracht in einer Art und Härte der Parteibuchwirtschaft, wie man das seit 1945 nicht gekannt hat. Und das Ganze, obwohl die schwarz-blaue Bundesregierung angetreten ist mit dem Ziel, genau diese Parteibuchwirtschaft abzuschaffen. Man hat in dem Fall vorzugsweise Mitglieder der FPÖ im großen Stil in Positionen versorgt. Und die Versorgung wäre noch das geringere Problem. Das größere ist das, dass die dort ja auch Entscheidungen treffen. Ich möchte auch noch kurz darauf hinweisen, dass die jetzige Situation, vor der wir uns finden, ja nicht das erste Mal ist, dass wir über die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs diskutieren, auch nicht hier. Erinnern Sie sich, dass der Herr Bundesminister Grassler in den letzten Jahren schon mehrfach Streichaktionen durchgeführt hat. Erinnern Sie sich, dass Autobusse zum Beispiel eingestellt werden mussten, Bestellverkehre - auch einige davon in der Steiermark - bzw. diese durchaus hoffnungsvollen und sinnvollen Ansätze, die auch bei den Bussen erfolgt sind, in der Steiermark wieder eingebremst werden oder überhaupt reduziert werden mussten. An dieser Stelle möchte ich also jetzt diesen konkreten Gesetzesentwurf im Detail, im Einzelnen, kritisch würdigen. Summa summarum muss man sich vor Augen halten, dass das ein Mosaikstein, oder Mosaik ist vielleicht untertrieben, ja, eine Maßnahme ist, im Zuge einer Reihe von Maßnahmen, die meiner Überzeugung nach eigentlich zu einer schleichenden Verfassungsänderung im Lande führt. Es geht nämlich nicht an, dass man Aufgaben an die Länder, fallweise auch an die Gemeinden, delegiert, ohne die Finanzierungsfrage gleichzeitig eben mitzudelegieren. Was hier passiert, ist ja nicht eine Dezentralisierung. Gegen die hätten die Grünen nichts. Die Verländerung der Bahnen in Deutschland, obwohl das nicht unbedingt von der Größenordnung in jedem Fall vergleichbar ist, ist eine Erfolgsgeschichte. In Deutschland haben die Nebenbahnen eine Renaissance genommen, die ich mir in Österreich nur wünschen würde. Aber wenn ich mir anschau, wie die Finanzierung dort erfolgt und welche Mittel da zur Verfügung stehen, dann ist das nicht vergleichbar, obwohl in Deutschland genug kritische Stimmen vorhanden sind, die auch mit dem dortigen Zustand nicht zufrieden sind. Aber es ist überhaupt nicht vergleichbar. In Österreich hat man übrigens – das ist die zweite Geschichte – Nebenbahnen natürlich schon lange eingestellt.

Dazu hat es natürlich auch dieser Bundesregierung nicht extra bedurft. Das ist die andere Seite der Medaille. Ändert aber nichts an der Feststellung, dass diese Reform - wie sie jetzt erfolgt - unter diesen Begleitumständen, sicherlich inakzeptabel ist. Wenn ich hergehe - das betrifft jetzt verschiedene Ressorts, nicht einmal nur die Bahn und nicht nur den Verkehr, sondern alle anderen auch - wenn ich hergehe und sage, ich dezentralisiere, wenn ich hergehe und sage ich stärke den Föderalismus, gegessen, dann muss ich mich aber dazu bekennen. Dann muss ich mir aber in voller Verantwortung die Frage stellen, macht es einen Sinn, wenn ich den Ländern dann die entsprechenden Steuerfindungsrechte gebe. Ich muss ihnen im jeden Fall die Möglichkeit geben. Über die Frage, was passiert, wenn die Länder in einen Steuerstreit und Wettkampf untereinander eintreten, über das rede ich jetzt an dieser Stelle nicht. Aber ich muss ihnen im jeden Fall die Möglichkeit geben, die Mittel aufzustellen. Ich kann nicht hergehen, wie die Bundesregierung das macht und sagen, super, das Thema Öffentlicher Verkehr, das ist undankbar. Alle schreien nur, alle fordern nur, weg damit. Das wird jetzt föderalisiert, das landet bei den Ländern und gleichzeitig, weil ich ja Brüssel in Sachen Maastricht gegenüber verantwortlich bin, gehe ich das auch deckeln. Und aus und Ende. Das heißt nämlich, sich aus der Verantwortung auf eine recht schäbige Art und Weise zu stehlen, aus unserer Überzeugung heraus.

Ein Punkt, der genau in die selbe Richtung geht und auch das zeigt auf, das Problem, dass hier in Wirklichkeit nicht eine saubere, ehrliche, grundsätzliche Trennung passiert ist, sondern eben eine Scheinlösung, wo in Wirklichkeit nur die Lasten abgeschoben werden und nicht eine Dezentralisierung des ganzen Aufgabengebietes erfolgt, ist die von der Frau Landesrätin schon angesprochene Frage der Schienenmaut. Ich erwähne es nur noch einmal, weil es so typisch ist für die Vorgangsweise. Man geht her und erhöht die Schienenmaut, das ist eben die Benützungsg Gebühr für die Schiene, sehr stark und gleichzeitig friert man aber die Mittel für den Ausbau des Nahverkehrs ein. Was kommt heraus? Der Bund gibt nicht nur weniger aus, in Wirklichkeit nimmt er auch auf diese Art und Weise mehr ein für die von ihm zu finanzierenden Teile der ÖBB. Das heißt, er holt sich auf diese Art und Weise hinten herum noch einmal ein Geld. Was sich auch äußerst negativ ausgewirkt hat, war die Trennung - übertriebene Trennung - der ÖBB in eine Errichtungsgesellschaft und in eine Betriebsgesellschaft. Sie brauchen sich nur anschauen in der Steiermark etwa das berühmte Beispiel Desiro auf der steirischen Ostbahn. Die eine Gesellschaft hat die Züge angeschaffen, die andere hätte die Bahnsteige erhöhen sollen, damit man aus diesen Zügen auch herauskommt und wieder einsteigen kann. Und jetzt erst in diesen Tagen, lese ich von der ÖBB, dass sie es schaffen, die letzten Bahnsteige zu erhöhen. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hat man, je nach dem wie man körperlich beieinander war, auf allen Vieren in diesen Zug hineinklettern müssen, sonst hast du es einfach nicht geschafft. Und das, obwohl im selben Hause letztlich die Entscheidung gefallen ist.

Der nächste Punkt, den man hier gar nicht laut genug betonen kann und stark genug betonen kann, sind die Rahmenbedingungen. Es nutzt uns nichts wenn wir noch so laut klagen, dass wir für die Bahn mehr Geld brauchen, wenn wir ihr gleichzeitig mit der Straße die Konkurrenz neben hinstellen. Das nutzt uns nichts. Wir werden soviel Geld für die Bahn gar nie aufreiben können, als benötigt würde, wenn wir uns solche parallelen Infrastrukturen in Zukunft noch leisten. Diesen gedanklichen Schritt, den ist man in Österreich kaum noch in der Lage zu vollziehen, aber es ist so. Ich kann, wenn ich, um ein Beispiel zu bringen, wenn ich halt jetzt ins Gasthaus gehe und ein Bier trinke, dann gehe ich auch nur in eines. Es geht nicht anders. Ich kann den Leuten nicht anbieten mir auf die Dauer Milliarden Infrastrukturen völlig parallel zu leisten. Ich muss mich entscheiden, was mache ich, wo setze ich die Schwerpunkte. Diese doppelten Infrastrukturen sind nicht mehr finanzierbar. Das Land ist voll von solchen Beispielen. Ich habe heute schon eines genannt im Südosten von Graz. Schauen Sie sich aber irgendwo in der Steiermark ein anderes Beispiel an, etwa oben im Raabtal, um also an der Ostbahn zu bleiben. Es wird die Straße ausgebaut und dann irgendwann versucht man mit der Bahn hinten nach zu ziehen.

Und jetzt noch zum Abschluss jene Punkte, die wir also als unverzichtbare Elemente einer Reform bezeichnen würden. Das Erste, den Nutzen der Fahrgäste ins Zentrum zu stellen. Das ist bis jetzt noch nicht passiert. Das ist eher das Unternehmen selber, das sich verewigt und geliebte Traditionen fortführt in einem, noch leider, viel zu großem Ausmaß.

Das Zweite, die Reform muss offensiv sein. Sie darf also keine Einsparreform sein. Es geht nicht um die Einstellung von Nebenbahnen, sondern es geht eher um deren Ausbau, weil das bringt Kunden. Das Dritte, das bestehende Chaos in der Organisation und in der Finanzierung beim Nahverkehr muss also bereinigt werden. Die Transparenz muss erhöht werden. Es geht nicht an, dass Zuschüsse pauschal vergeben werden, ohne das klar ist, wofür die konkret also gezahlt werden, welche Leistungen hier erbracht werden. Diese Zielsetzungen hat auch die Frau Landesrätin aus meiner Sicht sehr gut auf den Punkt gebracht.

Der nächste Punkt, die Reform muss also im Gegensatz zum vorliegenden Gesetzesentwurf, EU-konform sein. Hier gibt es auch von Seiten der Grünen erhebliche Bedenken, dass dieses Gesetz überhaupt halten wird. Es braucht schließlich also die Finanzierungsmöglichkeit. Wir brauchen Gesetze, wir brauchen Instrumente, um also diese Sachen zu finanzieren und gleichzeitig, Stichwort eben Verkehrserregerabgabe, auch zu verhindern, dass Betriebe, Einrichtungen, Verkehrserreger abseits des Öffentlichen Verkehrs errichtet werden, was die Öffentliche Hand nur zusätzlich belastet. (*Glockenzeichen des Präsidenten!*)

Summa summarum, diese Novelle beziehungsweise diese Frage ist eine entscheidende. Nicht nur im Verhältnis von Bund und Ländern, sie ist auch eine entscheidende für die Gesundheit, für die Umwelt in der Steiermark. Sie ist eine entscheidende insgesamt für die steirische Landespolitik. Die Landespolitik wird nach unserer Überzeugung genau daran gemessen werden, ob sie in der Lage ist, den Öffentlichen Personennahverkehr in der Steiermark entscheidend und grundlegend zu reformieren und einen großen Schritt, einen deutlichen Schritt, weiterzubringen. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen. 16.47 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Kollegen Hagenauer für die Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Karl Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (16.47 Uhr): Sehr verehrter Präsident, Herr Landeshauptmann, sehr verehrte Landesrätinnen!

Ich danke vorweg einmal für diese klaren Worte, Frau Landesrätin. Aber ich glaube, in dieser Begutachtungsphase in der wir uns gerade befinden, ist es sicherlich kein Fehler, wenn dieses Forum auch nochmals Ihre Stellung und Ihre Bekräftigung zu diesem Thema hört. Wie der Kollege Walter Kröpfl bereits gesagt hat, haben Sie unsere volle Unterstützung und klarerer Weise unsere Zustimmung zu ihren gesagten Worten. Sie haben sehr eindrucksvoll betont die Probleme die auftauchen könnten, nicht nur in der Steiermark.

Sie haben die Deckelung des Zuschusses angesprochen. Sie haben die 30 Millionen, die die Bundesregierung zur Verfügung stellen möchte, angesprochen, wobei wir wissen, dass die ÖBB bereits 200 Millionen brauchen würde. Sie haben auch angesprochen, dass die Kuriosität eintreten würde, dass die Länder praktisch die ÖBB-Strecken im Nahverkehr mitfinanzieren würden, und dass die ÖBB und deren Töchter im Besitz des Bundes sind. Sie haben alle diese Probleme wirklich sehr eindrucksvoll auch hier berichtet und klargestellt.

Aber erlauben Sie mir trotzdem, bevor ich den Entschließungsantrag einbringe, ein, zwei Bemerkungen dazu. Eines können wir nicht verschweigen. Es gibt bereits ein Gesetzwerdungsverfahren. Und dieses Gesetzwerdungsverfahren in Form einer Stellungnahme der Länder bedeutet doch, dass es eine klare Tendenz des Bundes gibt. Und diese Tendenz des Bundes kann niemand wegdiskutieren, die liegt klar am Tisch und kann nur verurteilt werden, denn diese Bundesregierung ÖVP und BZÖ will die Bahnen verländern. Es wäre der Ökowahnsinn vorprogrammiert. Sie haben auch angesprochen, dass es eine klare Front der Landeshauptleute gibt. Ich hoffe wirklich, dass in dieser Frage diese Front auch hält. Es gibt nämlich bereits jetzt Angebote, die von Fachleuten nicht nachvollzogen werden können. Angeblich sollen von den rund 430 Millionen Euro, die der Bund zur Verfügung stellen würde, 147 Millionen nach Niederösterreich fließen und 40 Millionen davon in die Steiermark. Alle anderen Bundesländer sind dementsprechend schlecht bedient, außer das Bundesland Niederösterreich. Dass der Herr Landeshauptmann Pröll sehr gute Beziehungen nach Wien hat, ist ebenfalls bekannt.

Also ich hoffe wirklich, dass auch diese Länderfront auf der Ebene der Landeshauptleute Bestand hat und dass wir gemeinsam eine Vorgangsweise finden, um diese Gesetzesnovelle, die in der Vorlage ist, auch verhindern können. Es gibt auch derzeit – und das möchte ich auch ansprechen – eine Kampagne der Gewerkschaft zum öffentlichen Nah- und Regionalverkehr, die das Problem oder den Nagel auf den Kopf trifft. Es heißt „Österreich steht auf der Straße ohne Bus und Bahn“. Und Sie wissen, es gibt noch die Möglichkeit, und hier möchte ich ein wenig Werbung für diese Kampagne machen, dass sie unter der Nummer 0820 919220 Ihr Voting abgeben. Damit eine klare Aussage treffen gegen diese Regulierung, gegen diese Novelle, die der Bund faktisch plant - der Bund, die Bundesregierung, die beiden Parteien ÖVP und BZÖ.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung. Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir in Transsilvanien leben und die Vampire ständig unterwegs sind. Die Vampire sitzen in der Bundesregierung. Sie saugen nicht unser Blut aus, sie saugen unsere Regionen aus. (*Abg. Strassberger: „Die wollen Blut aus-saugen?“*)

Das ist noch viel gefährlicher, Kollege Straßberger. Sie nehmen uns nämlich die Grundlage und sie wollen uns mit diesem neuen Gesetz auch die Verkehrsverbindungen kappen. Ich danke nochmals für diese klare Aussage und ich hoffe, dass sie nicht zustande kommt und nicht noch vor der nächsten Wahl im Nationalrat so beschlossen wird.

Ich darf nunmehr aber den Entschließungsantrag einbringen. Ich werde die Begründung nicht vorlesen, weil vieles davon gesagt wurde. Der Antrag besteht aus drei Punkten, die Sie kennen und die im Wesentlichen übereinstimmen auch mit den Aussagen und mit den Stellungnahmen, die wir gehört haben. Ich bitte Sie, diesen Antrag auch mitzubeschließen und so auch einstimmig zur Kenntnis zu nehmen. Danke sehr! (*Beifall bei der SPÖ. 16.53 Uhr*)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (16.53 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Regierungsglieder, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich darf einmal vorweg dir, Frau Landesrätin, herzlich danken für diese kompetenten Aussagen und für dein Engagement in der kurzen Zeit, seit du das Verkehrsressort führst. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich sage das heute das zweite Mal, weil ich zehn Jahre Verkehrssprecher der steirischen Volkspartei sein darf und ich ein bisschen weiß, wie hart es in diesem Ressort zugeht. Verehrte Damen und Herren, da kann man Ideen, Einfälle und Visionen haben und was weiß ich alles, aber gerade im Verkehrsressort wollen die Menschen Fakten und Daten sehen. Das heißt, hier muss man Umsetzungsqualitäten haben und nicht nur schöne Worte. Und wenn du, geschätzte Frau Landesrätin, hier gemeint hast, die Landeshauptleutekonferenz ist mit diesem Thema befasst und ist auch ausschlaggebend zur letztendlichen Meinungsbildung, dann darf ich Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr höflich bitten, dass Sie auch hier am Zug sind und vielleicht hätten wir auch diese Anfrage oder diese Unterstützung, wie Ihr Klubobmann gemeint hat, auch an Sie richten müssen, dass Sie hier auch alles für die Steiermark tun. Ich weiß schon, das machen Sie auch, aber letztendlich möchte ich Sie auch hier erinnern, dass auch in der Endkonsequenz Sie als Landeshauptmann der Steiermark die Verantwortung für alles tragen und die Frau Landesrätin letztendlich Ihnen die Dinge aufbereitet.

Verehrte Damen und Herren! Der Herr Hagenauer ist jetzt nicht da, aber wenn ich mir das so anhöre in den letzten Jahren, das sind alles nur Lippenbekenntnisse. Regionale Bahn, S-Bahn, Park&Ride, Zubringer, Nebenbahnen, und das muss alles her, verehrte Damen und Herren, von der Finanzierung sagt er nichts. Und wenn wir uns die Anträge der Grünen anschauen und wieder in Erinnerung rufen, dann hat diese Fraktion auch das Geld abgeschafft. Ich sage das mit allem Nachdruck, denn hier ist es ja wirklich – ich möchte fast sagen – lächerlich, was alles gefordert wird, nur wer zahlt, davon wird hier nicht gesprochen.

Und zur Dringlichen Anfrage, noch zur SPÖ: Herr Klubobmann, nachdem du diese heute hier begründet hast, möchte ich schon auf den letzten Absatz nochmals eingehen und ich werde immer wieder aufzeigen, wenn hier Unwahrheiten in Begründungen von Seiten der SPÖ angeführt werden. Es ist

kein einziges Finanzamt geschlossen worden. Wir haben das bereits da drüben schon erwähnt, aber ihr – glaube ich – ihr fahrt durch die Ortschaft und welche öffentliche Institution ihr im Moment seht, das schreibt ihr da nieder. Also ich bitte hier wirklich um mehr Wahrheit.

Verehrte Damen und Herren, alles recht und schön, öffentlicher Nah- und Personenverkehr, Regionalverkehr. Wir brauchen diese, überhaupt keine Frage. Wer in die Stadt einpendelt, weiß das, was das bedeutet. Aber – und jetzt gehe ich etwas von den Ballungszentren hinaus – wir können hier reden und tun und handeln, wie wir wollen, wenn der öffentliche Verkehr, die öffentlichen Verkehrsmittel von der Gesellschaft nicht angenommen werden, dann frage ich Sie, wer soll das zahlen? Ich bleibe im Mürztal, die Neubergerbahn, ein Beispiel, ich habe es schon einmal hier angesprochen, die ist am Tag 15 Mal hin- und hergefahren und jedes Mal sind vier Leute drinnen gesessen. Verehrte Damen und Herren, das muss ja bezahlt werden. Und wie man dann diese Bahn aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen hat, hat man gesagt, um Gottes Willen, die Bahn ist zu, die Nebenbahn ist gesperrt, die Pepi-Tante kann nicht mehr einkaufen fahren und kann nicht mehr zum Doktor fahren oder sonst irgend wohin. Verehrte Damen und Herren, hier müssen wir auch zu uns selbst, die Gesellschaft, ich nehme niemanden aus, hier etwas ehrlicher sein, wenn wir das in den Mund nehmen. Ich sage das über alle Parteigrenzen drüber hinaus.

Was die Schiene betrifft, wissen wir, dass wir hier nach hinken. Das ist natürlich auch parteipolitisch zu orten. Seit 1945 war eine politische Gruppe in Österreich für den Öffentlichen Verkehr, sprich für die Schiene, zuständig und die ist vernachlässigt worden. Es ist natürlich in die Straßen sehr viel investiert worden. Wir haben in der Steiermark ein tolles Straßenverkehrsnetz überhaupt, das hochrangige Netz, auf der Schiene, hinken wir nach. Und wer die europäische Verkehrspolitik hier ein bisschen anschaut und nach liest, erfährt deutlich, dass die Richtlinien, die Bahn- und Schienenrichtlinien von vielen Mitgliedsstaaten nicht umgesetzt worden sind. Wo Monopol stattfindet, das ist die ÖBB, da fährt sonst fast keiner. In Bus-, Straßen- und Luftverkehr haben wir die Liberalisierung einiger Maßen geschafft, aber gerade im Schienenverkehr wird hier blockiert und man schreckt sich vor der Liberalisierung. Ich meine daher, dass es gut ist, im Gegensatz zu Herrn Hagenauer, dass die ÖBB Neu begonnen wurde, neu aufzustellen. Sie ist noch nicht fertig, aber ich glaube, dass es richtig ist, dass man hier die einzelnen Bereiche trennt. Denn eine Frage stelle ich schon noch in diesem Hohen Haus. Wenn wir jährlich - irgendwer hat heute gesagt man muss in Schilling reden, weil da ist es mehr - jährlich 40 Milliarden Schilling dort hinein investieren und Tag für Tag oder Woche für Woche hier jammern, dass nichts passiert, dann muss ja irgendwas in diesem Unternehmen nicht richtig laufen. Ich glaube, dass hier die ersten richtigen Ansätze passieren. Bei weitem noch nicht fertig, weil mit einem Fingerzeig kann man sicher nicht dieses Problem lösen, was jahrzehntelang an und für sich nicht bedient und in Angriff genommen worden ist.

Verehrte Damen und Herren, in diesen Richtlinien der europäischen Verkehrspolitik steht auch oder ist angeführt, dass mehr Wettbewerb stattfinden muss. Auf der Straße, im Luftverkehr ist der Wettbewerb vorhanden, auf der Schiene gibt es keinen Wettbewerb, oder kaum einen Wettbewerb. Hier meint man auch, dass man die Linien einfach ausschreiben soll. Dass man hier eine Vertragslaufzeit von etwa 8 bis 15 Jahren nehmen soll. Dass sich auch diese Investitionen rechnen und amortisieren. Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache und hier sind alle gefordert. Wer das Format vom Wochenende gelesen hat, „Bolide auf Schienen, 23 Realjets“, verehrte Damen und Herren, eine tolle Geschichte von der ÖBB. 10.000 bis 12.000 neue Sitzplätze sind hier angedacht. Siemens, Brigitte Ederer, die Generaldirektorin, rühmt sich hier, dass sie den großen Auftrag an Land gezogen hat. Ich kenne sie sehr gut, sie bemüht sich sehr. Es ist, glaube ich, eine klasse Geschichte das 23 speziell im Fernverkehr neue intelligente Gefährte gekauft werden, denn eines muss man schon auch sagen, unser Fuhrpark auf der Schiene ist anno dazumal und wenn Sie wissen, dass heute noch im Güterverkehr ein Gefährt fährt, das 75 Jahre alt ist, meine Damen und Herren, dann wissen wir auch, warum es hier so träge zugeht auf der Schiene. Bei dieser Begutachtung, sind hier alle Dinge ordentlich aufgeführt. Wir wissen genau, ein Entwurf, der in die Begutachtung geht, findet in der Regel nicht so statt, wie er hier formuliert ist. Ich glaube, dass hier noch viele Änderungen stattfinden müssen. Ich bin auch der Meinung, dass hart verhandelt wird. Herr Landeshauptmann, ich ersuche Sie sehr höflich und stelle an Sie auch die Forderung, dass mindestens auch bei der Schiene hier ein 15a-Vertrag, aber nicht so wie auf

der Straße nur bis 2008, sondern hier auf unbegrenzte Zeit abgeschlossen werden muss, ansonsten müsste man sagen, wenn das nicht passiert, dann geben wir halt wieder diese vorgesehene Aktion dem Bund zurück. Ich weiß schon, wenn etwas unterschrieben ist, dann ist es sehr schwierig wieder herauszukommen. Aber, hier haben auch andere Bundesländer sehr deutlich mit dem Finger gezeigt und gesagt, wenn hier keine fixe Finanzierung, sprich die auch evaluiert wird, in der Zukunft stattfindet, dann ohne die Bundesländer. Ich bin überzeugt, dass dieses Signal auch auf Bundesebene gehört wird. Darum bitte ich hier alles daran zu setzen, dass wir eben auch das Geld kriegen.

Abschließend, die Frau Landesrätin hat sehr wohl gesagt, so wie es jetzt ist, geht es nicht mehr weiter. Verehrte Damen und Herren, das Bewahrungssystem, es soll ja nichts passieren, es passt eh alles, wir kommen schon über die nächste Wahl rüber, verehrte Damen und Herren, das ist der falsche Weg für unser Land. Ich bin überzeugt, dass hier neue Wege gegangen werden müssen und wir sind alle aufgefordert Kopf hoch und Schritt nach vorne, dass wir auch auf der Schiene wettbewerbsfähig werden, genau so wie auf der Straße und im Flugverkehr und in diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP. 17.04 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für die Wortmeldung. Als letzte Wortmeldung ist die Frau Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder. Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (17.04 Uhr): Erlauben Sie mir zwei Sätze zum Abschluss, denn ich denke im Zuge der Debatte bin ich doch ein bisschen schlauer geworden. In der Sache scheinen wir uns einig, so wie am 15. November in der Fragestunde, aber ich hege den Verdacht, dass Sie ein bisschen zuwenig Vertrauen haben in die Verkehrsreferentin Edlinger-Ploder, diese Sache mitzutragen. *(Abg. Kröpfl: „Nein, im Gegenteil!“)* Darum möchte ich Ihnen ein kleines Geheimnis verraten. Der Herr Stadtrat Rudi Schicker lädt mich seit etwa vier Wochen ein zu fraktionellen Vorgesprächen im Zuge der ÖPNRV-Reform. Ich bin meines Wissens, wenn ich mir den Verteiler richtig anschau, das einzige ÖVP Mitglied, das zu diesen Vorbesprechungen eingeladen wird. *(Abg. Kröpfl: „Das ist aber schön!“)* Fragen Sie ihn, warum. Er scheint dieses Vertrauen zu haben. Aber dazu möchte ich eines klarstellen. Ich habe mich heute wirklich über die Blumen von Ihnen gefreut und ich bedanke mich sehr, aber die rote Nelke nehme ich als floralen Bestandteil, aber nicht als Zeichen einer Jammererei und Nein-Sagerei im Zuge des Nationalratswahlkampfes und dazu werden wir nicht auch die Landespolitik und den Verkehr in diesem Land nicht missbrauchen. Danke. *(Beifall bei der ÖVP. 17.05 Uhr)*

Präsident: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Österreichischer Personen-, Nah- und Regionalverkehrsfinanzierung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme nun, meine Damen und Herren zur zweiten Dringlichen Anfrage.

Zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der ÖVP, vom Montag, dem 13. Februar 2006, eingebracht um 17.45 Uhr an Herrn Landesrat Mag. Helmut Hirt, betreffend Missstände beim Bau des LKH Graz-West.

Ich erteile Herrn LAbg. Johann Bacher das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt. Ich bitte Herr Abgeordneter.

Abg. Bacher (17.07 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Um mit den Worten des Kollegen Kröpfl zu beginnen, Herr Landesrat Hirt, das ist kein persönlicher Angriff gegen Sie, die Dringliche Anfrage *(Abg. Kröpfl: „Nicht?“)*

(Abg. Stöhrmann: „Ich hoffe ja wohl!“)

Wir wollen auch keine Anschuldigungen aussprechen, keine Skandalisierung *(Abg. Kröpfl: „Ihr seit so lernfähig!“)* *(Abg. Stöhrmann: „Herr Bacher, so weit darf es doch gar nicht kommen!“)* Wir nehmen nur die Presseberichte der letzten Woche her und zitieren daraus und möchten dazu auch Antworten von Ihnen haben. Ich erinnere nur daran, wir haben im vergangenen Herbst, da waren Sie noch vertreten durch Ihren Vorgänger Landesrat Erlitz, eine sehr heftige Diskussion über diesen Wahrnehmungsbericht des Bundesrechnungshofs betreffend LKH 2000, im Ausschuss geführt. Und haben genau diese Punkte auch diskutiert und das war ja dann der Anlass, warum die ÖVP einen Antrag eingebracht hat, dieses LKH 2000 zu kontrollieren und auch vom Landesrechnungshof anschauen zu lassen. Und es ist eigentlich traurig, ich war der Meinung, vielleicht entschärft sich die eine oder andere Kritik. Sie werden uns das ja, nehme ich an, auch bestätigen müssen – es hat sich leider diese Situation verschärft. Ich sage nur für die, die das nicht mehr in Erinnerung haben, es geht um einen Bau von 80 Millionen Euro, das heißt, weit über eine Milliarde Schilling, um in den Schillingbeträgen vom Sepp Straßberger noch zu bleiben, weil der hat sich noch immer nicht daran gewöhnt, dass wir inzwischen beim Euro sind *(Abg. Straßberger: „Nein, nein!“)*. Also Sepp, es sind locker über eine Milliarde Schilling, die in dem LKH-West verbaut wurden. *(Abg. Kröpfl: „Bei manchen dauert es halt länger. Das ist dem Klubobmann passiert. Dein Klubobmann hat auch die Schilling mit Euro verwechselt!“)*

Aber das haben wir inzwischen korrigiert, das war nicht sein Fehler. Aber wir haben das inzwischen korrigiert. Gott sei Dank, weil 45 Millionen Euro wären noch ein größerer Hammer gewesen, das muss ich schon sagen dazu. Also das spricht ja wieder dafür, dass man sagt, okay.

Nur neben dieser baulichen Kritik wird auch die Frage zu stellen sein, wie hat sich das Projekt am Ende dieser Fertigstellung auch ausgewirkt, nämlich insofern – und das war die Grundvoraussetzung im Zusammenhang mit dem LKH 2000, nämlich die Trennung von Klinikbetrieb und landschaftlicher Einheit. Das heißt den Forschungsbereich, den Wissenschaftsbereich im LKH Graz zu belassen, eine klare Trennung zu machen und dafür daneben ein LKH zu bauen, ein neues LKH. Es war letzten Endes das 21. Haus in der Steiermark, und es hat sehr wohl auch Ansätze gegeben zu sagen, warum können das zum Beispiel nicht Ordensspitäler mitversorgen. Warum könnte das zum Beispiel nicht das LKH Voitsberg mitversorgen, genau diese Häuser, die heute Probleme haben mit der Auslastung. Also diese Frage wird sich ja noch stellen und da werden wir heute auch einen Entschließungsantrag einbringen. Meine Damen und Herren, es hat in Zusammenhang mit diesem LKH West-Neubau eine Reihe von Kritikpunkten gegeben. Ich möchte nur ein paar anführen, was in der Begründung auch ausgeführt ist. Schwere statische Mängel wurden monatelang ignoriert. Das haben wir sehr heftig im Ausschuss diskutiert, pro und kontra. Ich muss nur eines dazu sagen, wenn das so stimmt, ist es schon sehr dramatisch. Ist es schon sehr dramatisch, wenn monatelang nicht reagiert wird, wenn Fachleute sagen, bitte, die Statik passt nicht. Und man muss in dem Zusammenhang sagen – und ich höre, ich weiß nicht, ob das stimmt, mir ist gesagt worden – Gott sei Dank hat die Baufirma einen besseren Beton verarbeitet, den sie nicht einmal angeboten hat, weil sonst würde möglicherweise das Ganze heute gar nicht mehr stehen. Also da wird es noch eine heftige Diskussion geben. Schwere statische Mängel wurden aufgezeigt, monatelang nicht bearbeitet. Das Bauvorhaben wurde schlecht kontrolliert. Das ist meiner Meinung nach ein fataler Fehler in dem Unternehmen. Man muss auch dazu sagen, dass ja das LKH West nicht das erste Krankenhaus ist, sondern eines der letzten in der Kette der enormen Investition und Aufholinvestition, was das Land im Zusammenhang mit unseren steirischen Spitalern gestartet hat. Einzelne Vorgaben waren gesetzwidrig, das wird spannend, diese Aufgabe. Die Statik insbesondere Stützung der Decke war nicht tragsicher. Da gibt es Meinungen, höre ich, dass da Gefahr in Verzug war. Die Ö-Norm wurde nicht eingehalten, eine Feststellung. Die Ausschreibung war mangelhaft und hat Spekulationen begünstigt. Also ich denke, das ist eine sehr schwere Anschuldigung. Die Angebote und die Auftragsvergabe waren nicht nachvollziehbar, bei einem Projekt von Hunderten Millionen nicht nachvollziehbar. Anstatt des Bestbieters wurde der Billigstbieter genommen und beauftragt. Nach der Endabrechnung stellt sich heraus, dass von 12 Bietern der Billigstbieter am Ende dieses Prozesses der teuerste war, dass alle anderen billiger waren wie der, der dann letzten Endes zum Zug gekommen ist und letzten Endes bei den Baumeisterkosten gab es eine Überschreitung von 61 Prozent.

Und ich komme noch einmal dazu, Kollege Kröpfl, Herr Klubobmann, das sind die 45 Millionen Schilling. Es hat nämlich ursprünglich 5,6 Millionen Euro ausgemacht, abgerechnet wurde mit 9,098 Millionen Euro. Das sind die Fakten, die zur Zeit bekannt sind. Ich sage noch einmal, wir diskutieren über einen Rohbericht des Rechnungshofes. Da gibt es bekanntlich jetzt auch Stellungnahmemöglichkeiten der betroffenen KAGes., was ja letzten Endes korrekt und richtig ist. Aber viele dieser Punkte, die wir heute diskutieren, waren bereits im Herbst Anlass einer heftigen Diskussion im Ausschuss und hier im Landtag. Auch damals wurden diese Punkte angeschnitten.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, nicht zwei Fragen, sondern 17 Fragen, weil wir wissen, dass Sie ganz genau Bescheid wissen über dieses Problem. Ich ergänze nur dazu, das ist schon auch bezeichnend, dass der Aufsichtsratsvorsitzende – heute lese ich in der Zeitung – gesagt hat, jetzt reicht es, für ihn reicht es jetzt endgültig als Aufsichtsratsvorsitzender, er möchte da jetzt genau wissen, was da wirklich los ist, „weil ich will mich nicht ständig auf die Angaben des Unternehmens verlassen“. Auch eine bezeichnende Aussage. Ich möchte dazu auch sagen, wir haben in all diesen Ausgliederungen - die KAGes war eine der größten Ausgliederungen des Landes - und es gibt viele, die sich heute fragen, ob das überhaupt sinnvoll war, aber im Nachhinein ist man natürlich immer gescheiter, wenn ich nur denke, was alles im Nachhinein nachvollzogen hat werden müssen. Damit wir ein halbweges Klima zusammenbringen, gibt es in all diesen Gremien auch Aufsichtsratsorgane. Ich frage genau in dieser Frage, wo der Aufsichtsrat war? Hinterfragt der nie solche Bauprojekte? Wird da nie Rechnung gelegt? Wird da nie berichtet vom Vorstand in den Aufsichtsrat? Anscheinend wurde dieser Aufsichtsrat falsch informiert, weil sonst könnte der derzeitige Aufsichtsrat nicht sagen, er wurde nicht richtig informiert oder er verlässt sich nicht auf die Angaben des Vorstandes. So, zu den Fragen, Herr Landesrat:

1. Wie erklären Sie sich die Kostenexplosion von 61%?
2. Wie kam es dazu, dass nicht der Bestbieter, sondern der Billigstbieter den Zuschlag bekam?
3. Der Rechnungshof stellte fest, dass alle nach dem erstgereihten Bieter nachfolgenden zwölf Bieter die angebotene Leistung zum Teil wesentlich billiger als der spätere Auftragnehmer ausgeführt hätten. Wie erklären Sie sich diesen Umstand?
4. Die Anbots- und die Auftragsvergabe sind nicht nachvollziehbar. Wie erklären Sie diesen Umstand?
5. Können Sie ausschließen, dass es zu Preisabsprachen gekommen ist?
6. Können Sie ausschließen, dass es zu Spekulationen gekommen ist?
7. Der Landesrechnungshof äußerte den Verdacht der Korruption. Halten Sie dies für möglich? Wenn ja, hätte diese durch eine ordnungsgemäße Abwicklung verhindert werden können?
8. Können Sie ausschließen, dass es bei anderen Bauvorhaben der KAGes ebenfalls zu Unregelmäßigkeiten bei der Ausschreibung und der Vergabe gekommen ist?
9. Warum wurde trotz befürchteter Gefahr im Verzug im Bezug auf die statischen Mängel des Baues erst nach dem Verstreichen von acht Monaten gehandelt?
10. Warum wurden die Ö-Normen nicht eingehalten?
11. Warum wurde keine ordnungsgemäße Ausschreibung im Sinne des Vergabegesetzes durchgeführt?
12. Warum wurde seitens der KAGes die Bauherrenfunktion nur schlecht bzw. teilweise gar nicht ausgeübt?
13. Wie konnte es zu den vom Rechnungshof beanstandeten zahlreichen Abrechnungsmängeln und den daraus resultierenden Überzahlungen kommen?
14. Waren Ihnen die angeführten Probleme im Zuge Ihrer Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats der KAGes oder als Mitarbeiter im Büro des Landesrates Dörflinger bekannt? Wenn ja, warum haben Sie nichts unternommen? Wenn nein, sind Sie der Meinung, dass Sie ihre Aufsichtsfunktion korrekt ausgeübt haben?
15. Wer trägt Ihrer Meinung nach die politische Verantwortung für diesen Skandal?
16. Welche Schritte werden Sie nun setzen?
17. Welchen Einfluss haben diese beträchtlichen Mehrausgaben auf das Gesundheitsbudget?

Ich ersuche um Annahme bzw. um die Abhaltung einer Wechselrede. *(Beifall der ÖVP. 17.17 Uhr)*

Präsident: Ich bedanke mich für die Einbringung dieser Dringlichen Anfrage. Ich erteile Herrn Landesrat Mag. Helmut Hirt das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landesrat Mag. Hirt (17.17 Uhr): *(Landeshauptmann Mag. Voves: „Bitte laut genug reden!“)*

Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Hohes Haus!

Der Herr Landeshauptmann hat gerade gemeint zu mir, ich soll hoffentlich laut genug reden. Ich habe zur Antwort gegeben, das mache ich mit Sicherheit, weil da steckt mein Herz und meine Leidenschaft drinnen. Das sage ich schon sehr klar und deutlich am Beginn.

Die von Mitgliedern der steirischen Volkspartei an mich gestellte Dringliche Anfrage betreffend Missstände beim Bau des LKH West beantworte ich wie folgt:

Die Steiermark verfügt über eine exzellente Gesundheitsversorgung. Dazu gehören auch die von der steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft im Wege der Ausgliederung betriebenen Spitäler. Eine Tatsache, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, die auch Sie in der Vergangenheit sehr oft lobend hervorgehoben haben. Die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft ist eine der größten Auftraggeber auf dem Bausektor in diesem Land, wenn es sich nicht überhaupt um den größten Auftraggeber auf diesem Sektor handelt. Die Krankenanstaltengesellschaft ist österreichweit nicht nur für moderne und funktionsgemäße Spitalsarchitektur, sondern auch für präzise Abwicklung hochkomplexer Spitalprojekte bekannt. Die Gesellschaft hat bereits mehrere Auszeichnungen erhalten. So unter anderem das Geramb-Dankzeichen für gutes Bauen für das LKH Bruck an der Mur, das LKH Hartberg und das Zentrum für Medizinische Grundlangenforschung. Das Projekt HNO-Klinik wurde darüber hinaus mit einer internationalen Auszeichnung besonders hervorgehoben. Besonders die Spitäler Bruck an der Mur und Hartberg finden und fanden lobende Anerkennung in internationalen Fachjournalen.

Die Krankenanstaltengesellschaft hat in den Jahren 2000 bis 2005 insgesamt 464 Millionen Euro, Herr Klubobmann Drexler, Euro an Investitionen auf dem Hochbausektor getätigt. Das sind durchschnittlich rund 77 Millionen Euro jährlich. Rechnet man die Planungskosten mit rund 14 Prozent heraus und setzt einen Lohnanteil von rund 60 Prozent an, so ergibt sich daraus, dass auf diesem Wege mehr als 1000 Bauarbeiter beziehungsweise am Bau tätige Arbeiter und Angestellte jährlich beschäftigt werden. Mehr als 1000 Bauarbeiter beziehungsweise am Bau tätige Arbeiter und Angestellte jährlich. Soviel zu den Größenordnungen und damit hier überhaupt klar wird wovon wir reden, weise ich darauf hin, dass die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft im Jahr 2004, im Jahr 2004, rund 1500 Vergabeverfahren mit einem Gesamtvolumen von zirka 112 Millionen Euro abgewickelt hat. Also, stellen Sie sich vor die Größenordnung, 1500 Vergabeverfahren, Gesamtvolumen zirka 112 Millionen Euro.

Innerhalb der bisher aufgezählten Größenordnungen ist das Projekt LKH 2000 wahrscheinlich die größte Herausforderung, die die Steiermärkische Krankenanstaltengesellschaft auf dem Bausektor zu bewältigen hat. Sie erinnern sich und es ist Ihnen allen bekannt, ein Großteil der Arbeiten passiert am LKH Graz bei laufendem Betrieb. Das Gesamtprojekt mit einem auf Preisbasis 1995 in Schillingen, in Schillingen, ausgedrückten Finanzvolumen von rund 10 Milliarden Schilling, gliedert sich in unzählige Einzelprojekte und wie schon erwähnt, Tausende von Vergabeverfahren. Das nun in Kritik gezogene LKH-West stellt mit einer Endabrechnungssumme und ich bleibe jetzt in Schillingen, von zirka einer Milliarde einen großen Brocken dar. Die Finanzierung erfolgt zu 50 Prozent vom Bund und zu 50 Prozent vom Land. In Wahrheit handelt es sich daher auf Grund der Kostenbeteiligung des Bundes um das billigste Spital, das unser Land je gebaut hat beziehungsweise auch nie mehr bauen wird. Die Kommentare aus der Sicht des Bundes sind Ihnen wahrscheinlich teilweise bekannt. Das wird nie mehr passieren, dass der Bund 50 Prozent bei einem Standortkrankenhaus dazuzahlt, sondern der Bund sagt ausschließlich für Wissenschaft, Lehre und Forschung ist er zuständig.

Das Projekt wurde mehrfach vom Rechnungshof - Bund und Land - geprüft. Und ich bleibe jetzt genau beim Ablauf. In der letzten Woche wurde vom Landesrechnungshof ein vertraulicher Rohbericht zur Anhörung verschickt. Genau genommen ist dies am Mittwoch, den 08.02.2006 passiert. Ein vertraulicher Rohbericht. Zwei Tage später haben sich die Inhalte des ausdrücklich als vertraulich be-

zeichneten Berichtes in einem oder mehreren Medien, das spielt hier auch keine Rolle, das sage ich klar dazu, wieder gefunden. Daraufhin hat, und Sie verzeihen mir, ein lustvolles politisches Spiel von Verdächtigungen, Spekulationen, geheimen Informationen und so weiter eingesetzt, das alles zu einem guten Teil auf dem Rücken von Betroffenen, die bis heute nicht die Gelegenheit hatten dazu Stellung zu nehmen. Fünf Tage später behandeln wir die Inhalte dieses Berichtes und sogar eines zweiten Berichtes, ebenfalls vertraulich, der sich mit weiteren Vergaben beschäftigt hier im Wege einer Dringlichen Anfrage, und zynischer Weise geben wir den Betroffenen drei Monate Frist für die Stellungnahme. Ich glaube, das sind Tatsachen, die nichts mit einer Qualität eines Rechtsstaates zu tun haben und auch nicht mit einer politischen Kultur in diesem Land und ich glaube, dass es den Menschen in diesem Land um eine neue politische Kultur geht, so zumindest haben sie das auch in Form eines Wahlergebnisses zum Ausdruck gebracht. Es geht um eine neue politische Kultur und es geht um die Qualität des Rechtsstaates. (Beifall bei der SPÖ) Und es geht darum, dass wir nicht in einem Zustand wie in Kärnten landen, siehe Ortstafel, sondern die Steiermark ist hoffentlich anders (*Abg. Kasic: „ESTAG!“*) (*Abg. Mag. Drexler: Das ist ein Punkt, der eigentlich in Zweifel zu ziehen ist. Den Ortstafelstreit auf eine Stufe zu stellen mit dieser Dringlichen Anfrage halte ich für zweifelhaft!“*)

Langsam (*Präsident: „Am Wort ist der Herr Landesrat, meine Damen und Herren. Bitte fahren Sie fort, Herr Landesrat!“*) Herr Kollege Drexler, langsam. Auch Ihre Psyche wird noch unter eine Spannung kommen bei der Beantwortung der Fragen. Das sage ich schon jetzt.

Ich habe daher im Interesse und zum Schutz jener, die in den bereits erwähnten Größenordnungen exzellente Arbeit verrichten, als auch an die Adresse derjenigen, die sich mit Verdächtigungen, Rechtsverletzungen, Spekulantentum und ähnlichem beschäftigen, folgende Schritte gesetzt. Und ich sage vorerst das noch dazu, ich habe, meine Person betreffend wenig Lust, Inhalt eines politischen Spieles zu werden, auch wenn es um die politische Verantwortung geht, werde ich künftig der Letzte sein, der diese politische Wahrnehmung beziehungsweise diese politische Verantwortung nicht wahrnehmen wird. Aber ich bin höchst wahrscheinlich der Letzte, der sie wahrzunehmen hat, weil ich habe erst im November 2005 dieses Amt angetreten. Ich habe daher klar und deutlich zwei Botschaften an jene, die ihre Arbeit, Herr Kollege Fischer-Felgitsch ganz hinten als ehemaliger Zentralbetriebsratsvorsitzender, die ihre Arbeit anständig machen, sage ich klar und deutlich: „Macht's weiter so wie bisher, bravo“. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und an möglicher Weise einige wenige Personen – und es gilt für mich im Sinne des Rechtsstaates die Unschuldsumutung – die klare Aussage: „Haltet euch bitte schön an, weil so geht es nicht weiter.“ Das ist klar und deutlich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und nun ganz konkret: Ich habe daher im Laufe des Vormittages heute mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft Graz, Herrn Dr. Peter Gruber, folgendes besprochen und ihm mittlerweile auch übergeben. Ich habe ihm eine Sachverhaltsmitteilung vom Beginn, ich betone vom Beginn wie bereits erwähnt, bis zum vorläufigen Ende übergeben. Einschließlich die an mich gerichtete Dringlichen Anfrage, weil es mir um eine lückenlose und ohne Rücksicht auf Verluste gehende Aufklärung im Interesse einer neuen Qualität der Politik und einer neuen Qualität des Rechtsstaates geht. Ich sage das klar und deutlich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und ich glaube, die meisten von Ihnen kennen mich als besonnen und ich sage dazu, ich hätte bisher geglaubt, dass mit der Prüfung der Vorwürfe durch den Aufsichtsrat der Krankenanstaltengesellschaft und das sind die Mechanismen des Gesellschaftsrechtes, das Auslangen zu finden sein wird. Ich glaube allerdings jetzt, und deshalb habe ich diesen Schritt auch gesetzt, dass die Kombination Aufsichtsrat und Staatsanwaltschaft der richtige Weg und die richtige Vorgangsweise sind. Schärfer, meine Damen und Herren, kann ich nicht mehr schießen, aber ich werde weiterhin scharf schießen, das muss allen Beteiligten klar sein, weil, und das sollte wohl im Interesse von uns allen sein, es nicht um ein Skandalisieren um des Skandals Willen und um ein politisches Spiel auf dem Rücken von möglicher Weise Tausenden Betroffenen geht, sondern wohl um eine neue politische Kultur und eine neue Qualität des Rechtsstaates in diesem Land. Und für nichts anderes werde ich eintreten. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Kollege Bacher, ich glaube, es geht um Information. Bevor ich nun zur Beantwortung der einzelnen Frage komme, darf ich gesamt eine Liste der bisherigen Maßnahmen der Krankenanstaltengesellschaft bekannt geben.

Evaluierung Projektmanagement:

EDV-Tool für Projekthandbuch, Projektdokumentation, Kosten- und Terminplanung. Schulung aller Projektleiter in aktueller Projektmanagementmethodik durch einen der führenden Projektmanagementberater Österreichs.

Einführung eines jährlichen Prüfprogramms:

Damit alle Prüfungsaktivitäten - Landesrechnungshof, Rechnungshof, Interne Revision, Ernst & Young und die fünf Prüfstatiker und 15 externe Rechnungsprüfer - koordiniert und kontrolliert werden können, wurde ein Monitoring aufgesetzt und von einem eigens dafür angestellten Mitarbeiter der Technischen Direktion überwacht.

Preisdatenbank:

Das von den Baufirmen verwendete Kalkulationsprogramm wurde angeschafft und damit eine Datenbank für Baupreise angelegt. Die jeweils letzten Baupreise werden darin gespeichert und für die Überprüfung der Kostenvoranschläge vor den Ausschreibungen herangezogen.

Kontrolle Bauleistungsverzeichnisse:

Der unter Punkt 2 angeführte Mitarbeiter ist beauftragt, vor den Ausschreibungen alle größeren Baumeisterausschreibungen auf Spekulationspotentiale zu untersuchen. Als Ergebnis der bisherigen Prüftätigkeit ist festzustellen, dass es kaum eine vollständige Ausschreibung gibt und die Korrekturmaßnahmen zu Verschiebungen der Baubeginne führen. Die Mitarbeiter der bezug habenden Abteilung wurden angewiesen, dass erste Priorität vollständige Leistungsverzeichnisse sind und erst danach die Baubeginne fixiert werden können.

Musterverträge für Planung und Örtliche Bauaufsicht:

Die Planerverträge wurden überarbeitet mit dem Ziel, eindeutige Verantwortlichkeiten festzuschreiben. Die örtliche Bauaufsicht-Verträge wurden überarbeitet mit dem Ziel, das Leistungsbild der Örtlichen Bauaufsicht genauer zu beschreiben als in den Gebührenordnungen. Die Planerverträge wurden unter der Vorgabe gestaltet, dass eine getrennte Vergabe von Planung und ÖBA erfolgen muss.

Einführung 4-Augen-Prinzip:

Die Prozesse für Planungs- und Bauabwicklung wurden vollständig neu gestaltet mit dem Ziel, die Nutzereinbindung genau zu definieren, um Änderungen zu einem späten Zeitpunkt zu vermeiden und um an kritischen Meilensteinen einen zusätzlichen Prüfschritt einzuführen.

Monatsbericht ÖBA:

Die ÖBAs wurden verpflichtet, einen Monatsbericht abzugeben in der Absicht, zu dokumentieren, ob sie ihre Warnpflicht wahrnehmen oder nicht bzw. dies zu erzwingen.

Eigenleistungen der KAGes:

Nachdem die KAGes der Meinung war, dass die Eigenleistungen im Vertrag nicht ausreichend präzisiert sind und kostenmäßig nicht ausreichen, wurde ein diesbezüglicher Anpassungsantrag an den Beirat LKH 2000 gestellt, von diesem jedoch nicht beschlossen. Da die KAGes mit den zusätzlichen Kontrollen nicht zuwarten konnte, wurden externe Prüfplaner beauftragt. Offen ist somit die Frage der Finanzierung dieser Prüftätigkeiten aus dem LKH 2000.

Statik:

Mit 1.3.2006 wird die Festlegung des Sanierungsumfanges Statik erfolgen, danach werden die Arbeiten ausgeschrieben und umgesetzt. Die Planung und ÖBA dafür wurde bereits an die ARGE Birner Lorenz beauftragt.

Schlussrechnung – und ich zitiere hier nicht den Namen:

Die von der KAGes durchgeführten Honorarabzüge bei der Schlussrechnung des Generalplaners wegen Doppelverrechnung und mangelhafter Planung wurden von diesem eingeklagt.

Abrechnung Baumeisterarbeiten und ÖBA:

Die vom Gutachter der KAGes Büro – ich lasse den Namen wiederum weg – festgestellten Überzahlungen an die Baufirma wurden beim Honorar der ÖBA einbehalten, weil die KAGes der Meinung ist, dass diese die Überzahlung zu vertreten hat. Die Gespräche mit der ÖBA diesbezüglich sind im Laufen. (Abg. Kainz: „Lauter bitte!“)

Ich komme nun unter Einbeziehung des bisher Gesagten zur Beantwortung der einzelnen Fragen – bin ich laut genug? (Abg. Straßberger: „Ja, geht!“)

Danke!

Zu Frage 1:

Die Kostenschätzung der KAGes im Jahre 1998 für die Baumeisterausschreibungen Rohbau waren mit ATS 120.410.265,-- veranschlagt. Diese Kosten wurden im Zuge der Projektkontrolle des Landesrechnungshofes vom 24.09.1998 als nachvollziehbar und plausibel bestätigt. Die Erstellung eines gesetzeskonformen Vergabevorschlages war beim Generalplaner beauftragt. Im Vergabevorschlag des Generalplaners wurde als Best- und Billigstbieter die Firma – ich lasse den Namen wieder weg – vorgeschlagen. Es wurde seitens des Generalplaners die technische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Firma bestätigt. Auch die KAGes arbeitete zu diesem Zeitpunkt mit der Firma bei Großbaustellen und konnte sich von den ordnungsgemäßen Arbeiten des Unternehmens überzeugen.

Ich lasse die Namen der Firmen deshalb weg, weil es sich im Prinzip noch immer um einen vertraulichen Rohbericht handelt. Das muss uns allen klar sein.

Aufgrund des mangelhaften Leistungsverzeichnisses kam es während der Bauphase zu Massenmehrungen. Es zeigte sich, dass Massen fehlten. Ebenso mussten auf Grund von Anrainerproblemen Schallschutzmaßnahmen errichtet werden, die es ermöglichten, in der Nacht und am Wochenende zu arbeiten. Trotz dieser erheblichen Mehrmassen gelang es der KAGes, das Bauwerk termingerecht fertig zu stellen. In der Abrechnung forderte die Firma ursprünglich ATS 135 Millionen, die von der ÖBA korrigierte Schlussrechnung wies letzten Endes ATS 125 Millionen auf. Dieser Betrag ergibt sich rückvalorisiert auf Preisbasis 04/1998 und liegt damit exakt auf der vom Landesrechnungshof bestätigten Kostenschätzung.

Die Differenz zwischen dem Angebot und der korrigierten Schlussrechnung beträgt diesmal Euro 3,13 Millionen. Die Abrechnung liegt somit um rund 55 Prozent über dem Angebotspreis. Und das wird Sie interessieren – diesbezüglich sind Zivilgerichtsverfahren anhängig.

Zu Frage 2:

Lauf Auskunft der Krankenanstaltengesellschaft war in diesem Fall auch der Bestbieter gleich der Billigstbieter bzw. umgekehrt, weil dies entsprechend dem damals gültigen Landesvergabegesetz so vorgesehen war.

Zu Frage 3:

Die Feststellung des Landesrechnungshofes ist hinterfragenswert. Und das – bitte – ist Logik, weil der Bietersturz wohl nicht in dieser Logik gesehen werden kann. Nämlich die Abrechnungssumme auf der einen Seite im Vergleich zu den ursprünglich abgegebenen Anboten der Mitbewerber. Um Klarheit zu schaffen scheint es mir wohl notwendig zu sein, dass der Rechnungshof die besonderen Umstände der Rohbauerstellung bei den Preisen der übrigen Bieter bei der Bieterreihung zu berücksichtigen hat, weil keine Baustellengemeinkosten, keine Versicherungskosten sowie keine Einschränkung der Arbeitszeit aufgrund massiver Beschwerden der Anrainer eingearbeitet wurden.

Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nichts beschönigen, aber ich sage schon Folgendes dazu zum Bietersturz. Nämlich wir haben auf der einen Seite sozusagen eine Endsumme und diese Endsumme wird verglichen mit dem ursprünglich vorhandenen Anboten. Das war bitte 1998 und das war ein anderer Leistungsumfang. Wenn man also 61 Prozent schon sagt oder bzw. eine prozentuelle Rechnung herstellen möchte, dann ist es wohl notwendig, dass man auch die übrigen oder damaligen Anbote auf dieses Niveau anhebt und dann macht man den Vergleich. Das muss im Prinzip logisch sein. So zumindest sagt das mir mein Hausverstand. Ich weiß es nicht, ob es richtig ist.

Zu Frage 4:

Nach Auskunft der Krankenanstaltengesellschaft sind Anbots- und Auftragsvergabe sehr wohl nachvollziehbar, weil immer zwei Vertreter bei der Vergabe anwesend waren.

Zu Frage 5:

Dem Verdacht auf Preisabsprachen wird dann nachgegangen, wenn die Preise in einem unangemessenen Ausmaß über den Schätzkosten liegen. Dies war im gegenständlichen Fall nicht gegeben. Im Übrigen verweise ich auf die Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Graz.

Ich sage klar und deutlich, es ist Schluss mit lustig.

Zu Frage 6:

Können Sie ausschließen, dass es zu Spekulationen kam? :

Zum Zeitpunkt der Vergabe gab es keine Hinweise auf mögliche Spekulationen. In der Niederschrift der Angebotsöffnung ist seitens des Generalplaners angeführt, dass bei allen Firmen die Zusammensetzung der Gesamtpreise plausibel und angemessen ist. Aus diesem Grund wurden seitens der KAGes keine über den Vergabevorschlag hinausgehenden Überprüfungen durchgeführt. Auch hier verweise ich auf die Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Graz.

Zu Frage 7:

Thema Korruption: Im Prüfbericht des Landesrechnungshofes ist kein Verdacht auf Korruption erkennbar, sondern die Empfehlung bei Angebotsöffnungen Markierungen der Angebote vorzunehmen und das 4-Augen-Prinzip anzuwenden. Die im Bundesvergabegesetz explizit geforderte Markierung wird seither angewendet.

Zu Frage 8:

Im Jahr 2005 wurden vom Landesrechnungshof Bauauftragsvergaben der KAGes geprüft. Aus dem Prüfbericht, ich hoffe, es ist die richtige Zahl, das ist nämlich der zweite Bericht, den ich heute auch der Staatsanwaltschaft übergeben habe, geht hervor, dass die richtigen Auftragsarten gewählt wurden, die Schätzungen keine wesentlichen Abweichungen gegenüber den tatsächlich angebotenen Preisen aufweisen, die Wahl des korrekten Vergabeverfahrens durch das verfügbare Musterformular gewährleistet ist, bei den geprüften Verfahren kein Verstoß gegen die Bekanntmachungspflicht besteht. Ich wiederhole hier teilweise die Empfehlungen, die ich anfangs zusammengefasst wiedergegeben habe. Empfohlen wurde, die Zusammenarbeit mit der Landesverwaltung bei der Gestaltung der Musterformulare zu verstärken, eine IT-gestützte Statistik über die eingeladenen Unternehmer zu führen und die Eignungsprüfung nachvollziehbar zu gestalten. Den Empfehlungen des Rechnungshofes wird insofern Rechnung getragen, als derzeit wegen des Bundesvergabegesetzes 2006 eine Überarbeitung der Musterformulare vorgenommen wird. Von den Landesstellen wurden zwischenzeitlich die Landesformulare angefordert und auch übermittelt.

Zu Frage 9:

Auf Initiative der KAGes wurde eine stichprobenweise Überprüfung statischer Tragelemente im Haupthaus bei einem Gutachter beauftragt, obwohl keinerlei Verdachtsmomente im Rohbau gegeben waren. Lediglich die in der Tiefgarage festgestellten und sanierten Statikmängel waren der Grund hierfür. Bereits mit 27.03.2003 wurde vom Gutachter festgestellt, dass keine Gefahr hinsichtlich eines Tragwerkeinsturzes gegeben ist, Sanierungen jedoch erforderlich sind. Für diese punktuellen Sanierungen wurden vom Generalplaner Sanierungsvorschläge eingefordert, zur Verfügung gestellt, vom Gutachter verifiziert und umgesetzt. Das Vorliegen von statischen Mängeln wurde vom Generalplaner jedoch in jedem Fall bestritten, sodass sich die KAGes veranlasst sah, ein Gutachten in Bezug auf die bestellte Nutzlast von 5 kN/m² zu beauftragen.

Im ersten Gutachten wurde festgestellt, in welchen Bereichen 3 oder 4 kN/m² erreicht bzw. unterschritten werden. Das ist die ÖNORM.

Daraufhin wurde ein zweites Gutachten in Auftrag gegeben, dessen Ergebnis mit 10.04.2005 vorlag, das feststellen sollte, in welchen Bereichen generell welche Nutzlasten möglich sind. Es gibt einen Nutzlastkatalog, um mögliche Nutzlasteinschränkungen veranlassen zu können.

Das Ergebnis zeigte mögliche Nutzlasten von 0 – 4 kN/m², sodass mit Nutzlasteinschränkungen nicht mehr das Auslangen gefunden werden konnte, sondern Sanierungen erforderlich sind. Die Frage „Gefahr in Verzug“ wurde bei allen Schritten mit dem Gutachter besprochen. In keiner Phase seiner Untersuchungen wurde eine Warnung hinsichtlich Gefahr in Verzug und Räumungserfordernis ausgesprochen. Im Prüfbericht des Landesrechnungshofes ist ein Aktenvermerk des Gutachters vom 4.7.2005 zitiert, in dem angegeben ist, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Gefahr in Verzug besteht. Diese Feststellung des Gutachtens veranlasste die KAGes zur sofortigen Präzisierung der

Aussage „hohe Wahrscheinlichkeit“. Die weitere Behandlung des Statikproblems beschäftigte sich mit der Frage des Sanierungsumfanges und der Feststellung des möglichen Schadens gegenüber dem Planer. Namen lasse ich weg. Aus dem Titel „mangelnde Aufstockbarkeit und Flexibilität“ durch Nichterreichen der geforderten Zahl und nicht mit der Frage Gefahr in Verzug, da dies in jeder Phase von der KAGes hinterfragt und vom Gutachter ausgeschlossen wurde.

Um im Prozessfall, und bitte das Verfahren ist anhängig, zur Durchsetzung der Schadenersatzforderung besser gerüstet zu sein, beauftragte die KAGes eine Verifizierung des Erstgutachtens. Als Ergebnis wurde am 13.6.2005 festgestellt: „Ohne eine detaillierte Prüfung durchzuführen, ob die Bewehrungsführung und die angeordnete Bewehrung sämtlichen Punkten der ÖNORM entspricht, wird festgehalten, dass die Tragfähigkeit der Decke als Gesamtsystem für vorhin angegebenen Lastannahmen gegeben ist.“

Im Zuge der Diskussion mit dem Rechnungshof wurde die Position des Gutachters noch einmal in einem Aktenvermerk vom 28.11.2005 wie folgt näher erläutert: „Nachdem keine Gefahr in Verzug besteht, ist auch eine Räumung einzelner hinsichtlich der Tragsicherheit kritischer Bereiche des gegenständlichen Krankenhauses nicht erforderlich.“

Zum Vorwurf des Rechnungshofes, dass die Überprüfung zu lange gedauert hätte, wird festgehalten, dass stichprobenweise vorgegangen wurde, gerade um die Frage Gefahr in Verzug eingrenzen zu können. Die Dauer erklärt sich durch die komplexen Untersuchungen und die mehrmalige vollständige Durchrechnung der Statik mit unterschiedlichen Nutzlastvarianten. Der Gutachter wurde von der KAGes ausgewählt, weil er hervorragende Referenzen für komplexe Tragwerke hat - unter anderem die Grazer Stadthalle – und davon auszugehen war, dass er als Büro mittlerer Größe keine Kooperationen mit Großbüros in Österreich hat und damit als Unabhängig einzustufen ist. Auch sind, wie ich schon erwähnt habe, Zivilrechtsverfahren anhängig unter anderem, weil der ursprüngliche Statiker sein Honorar, das ist spannend, mit der Feststellung, dass keine Gefahr in Verzug ist, eingeklagt hat.

Zu Frage 10:

Zur Einhaltung der KAGes-Vorgaben und ÖNORM wurde ein Prüfstatiker auf Initiative der KAGes beauftragt, obwohl dies zur damaligen Zeit im Hochbau nicht üblich war. Aus dem Umstand, dass dieser bei 80 Prozent der Baustellenbesprechungen anwesend war und keine Warnung ausgesprochen hat, hat die KAGes auf eine ordnungsgemäße Statik geschlossen.

Zu Frage 11:

Der KAGes war der enge Zeitrahmen für die Ausschreibung bewusst. Seitens des Generalplaners wurde diesbezüglich keine Warnung ausgesprochen, sondern die Unterlagen termingerecht zur Verfügung gestellt.

Nachdem die KAGes feststellte, dass das Leistungsverzeichnis unvollständig war, wurde der Architekt außerhalb des Generalplanervertrages beauftragt, eine Überprüfung vorzunehmen. Das Ergebnis wurde von der KAGes dem Generalplaner mit der Auflage der Einarbeitung übermittelt. Die Einarbeitung ist offensichtlich nicht mit der nötigen Gewissenhaftigkeit erfolgt und es kam somit ein unvollständiges Leistungsverzeichnis zur Ausschreibung. Wie bereits unter Frage 1) festgehalten, ist ein diesbezügliches Zivilgerichtsverfahren anhängig.

Zu Frage 12:

Das Projekt LKH Graz West ist ein Teil des Projektes LKH 2000. In diesem Vertragswerk wurden die Leistungen der KAGes definiert. Es ist vorgesehen, dass sämtliche Planungs- und ÖBA-Leistungen von Zivilingenieuren durchgeführt werden und die Eigenleistung der KAGes mit rund 4 Prozent begrenzt ist. Die KAGes hat in der Zwischenzeit einen eigenen Mitarbeiter angestellt, der sich nur mit der Überprüfung der Baumeisterausschreibungen beschäftigt und etwaiges Spekulationspotential sucht. Im Beirat, habe ich schon erwähnt, LKH 2000 wurde der Versuch unternommen, eine Präzisierung und Ausweitung der Eigenleistungen zu erreichen, um den durch das Vergabegesetz erhöhten Kontrollaufwand abzudecken. Diesem Antrag wurde nicht stattgegeben. Die KAGes sah sich daher veranlasst, die Prüfleistungen nach außen zu vergeben.

Zu Frage 13:

Die Kontrolle der Rechnungen wurde bei der ÖBA in Auftrag gegeben. Von der KAGes erfolgte eine Überprüfung der von der ÖBA gelegten Rechnungen hinsichtlich Nachträge, einbehaltene Skonti,

einbehaltene Pönalforderungen und Berücksichtigung bisheriger Abschlagsrechnungen. Die KAGes ist der Meinung, dass eine darüber hinaus gehende Prüfung in den Eigenleistungen nicht enthalten ist. Diese Meinung wurde im Beirat LKH 2000 zur Kenntnis gebracht. Als sich herausstellte, dass das Auftragsvolumen des Baumeisters wesentlich überschritten wird, erfolgte die weitere Zahlung an die Baufirma nur mehr gegen Einbehalt einer Bankgarantie im vollem Umfang der Zahlung. (*Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Unverständener Zwischenruf!“*) Es ist nicht leicht, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter. Die vielen Zahlen sind nicht leicht, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

Im Zuge der Überprüfung von LKH 2000 Projekten wurde vom Rechnungshof beim Projekt LKH Graz West festgestellt, dass Doppelverrechnungen bei den Baumeisterarbeiten vorliegen. Um festzustellen, welche Höhe die vom Rechnungshof festgestellten falschen Rechnungen ausmachen, wurde seitens der KAGes die Firma als Gutachter beigezogen. Das Ergebnis brachte eine strittige Summe, das ist schon spannend jetzt, von ATS 13,3 Millionen Euro. Davon wurden von der ÖBA bereits in Form einer Gutschrift 2,1 Millionen anerkannt. Beim restlichen Betrag handelt es sich um Norminterpretationen und Vertragsauslegungen, deren Durchsetzbarkeit in nächster Zeit geklärt werden muss, weil von der ÖBA angekündigt wurde, dass die von der KAGes vorgenommene Honorarreduzierung in der Höhe von ATS 11,2 Millionen von der ÖBA eingeklagt wird.

Zu Frage 14:

Und die ist schon spannend, Herr Klubobmann. Und jetzt darf ich zu Ihnen kommen.

Baubeginn des LKH West war der 2.11.1998. Das Bauende war der 1.5.2000. In diesem Zeitraum wurden kritisierten Statikarbeiten und die nach Meinung des Rechnungshofes gegebenen Kostenexplosion beim Gewerke Baumeisterarbeiten Rohbau ausgeführt. Die Teilinbetriebnahme des Westflügels erfolgte im Mai 2000. Und jetzt wird es ein bisschen spannend, damit es nicht immer nur Zahlen sind.

Bei der Überprüfung der Liste der damaligen Aufsichtsratsmitglieder stößt man auf ein interessantes Detail, wie es im Generalversammlungsbeschluss vom 24.9.1999 ersichtlich ist, sind Sie, sehr geehrter Herr Klubobmann Drexler, Sie werden sich wahrscheinlich erinnern, mit mir gemeinsam in den Aufsichtsrat der Krankenanstaltengesellschaft eingezogen.

Es ist so, ich kann es nicht ändern. Tatsache. (*Abg. Mag. Drexler: „Ich erhebe keinen Einspruch!“*) (*Abg. Kröpfl: „Schau dir das an. Da tut er so, als ob nichts wäre!“*)

Nein, aber ich war mir nur nicht sicher, ob es bei ihm so ist.

Sie waren vom 4.10.1999 bis zum 7.11.2000, das heißt, über ein Jahr lang Mitglied des Aufsichtsrates. Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang die Schreiben vom 3.11.2000 zu verlesen, das war anlässlich Ihres Ausscheidens. Das war damals an den Vorsitzenden Herrn Heinzl gerichtet.

„Sehr geehrter Herr Magister! Ich wende mich an Sie in Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft und teile Ihnen hier mit, dass ich auf Grund meiner Wahl in den Steiermärkischen Landtag meine Funktion als Mitglied des Aufsichtsrates mit Wirkung vom 7.10.2000 zurücklege.“

Und Herr Klubobmann, das sollte man ganz offen sagen auch. „Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit und verbleibe mit freundlichen Grüßen“ (*Abg. Kröpfl: „Schau einmal an!“*) Und jetzt sage ich Folgendes, noch einmal, Sie waren Mitglied damals (*Abg. Hammerl: „Herr Landesrat, Du aber auch!“*)

Natürlich, ich war auch Mitglied und ich komme schon dazu. Und Herr Klubobmann, jetzt sage ich zu Ihnen ganz offen und ehrlich Folgendes: Ich war damals Mitglied des Aufsichtsrates. Wir sind beide gemeinsam eingezogen. Und ich bin der Meinung, dass ich meine Aufsichtsratsfunktion während der gesamten Zeit meiner Mitgliedschaft, die ist etwas länger als Ihre gewesen, korrekt ausgeübt habe. Aber ich stelle an Sie die direkte Frage: „Ist Ihnen im Zeitraum Ihrer Mitgliedschaft des Aufsichtsrates der Krankenanstaltengesellschaft in diesem speziellen Fall von dem wir heute reden, etwas aufgefallen und haben Sie dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates beziehungsweise seinem Vertreter davon in Kenntnis gesetzt?“ Weil, eines sage ich ganz jetzt angenehm oder weniger angenehm, Herr Klubobmann, wir zwei marschieren in dieser Frage Schulter an Schulter, das muss klar sein. Wir waren damals beide Mitglied des Aufsichtsrates.

(Abg. Kröpfl: „So schauen wir aus, das hättest du wissen müssen!“)

Zu Frage 15:

Ich verweise auf meine abschließenden Bemerkungen, Herr Kollege Bacher Sie lachen so verschmitzt.

(Abg. Bacher: „Mir taugt das, dass ihr Schulter an Schulter gemeinsam marschiert!“) Okay.

Zu Frage 16:

Welche Schritte werden Sie nun setzen?

Ich habe stets gesagt, dass ich mich zu einer lückenlosen Aufklärung bekenne ohne Rücksicht auf handelnde Personen – wohlgermerkt. Ich habe als ersten Schritt den Vorsitzenden des Aufsichtsrates gebeten, eine Sondersitzung sehr rasch einzuberufen und den Bericht des Landesrechnungshofes, um die darin enthaltenen Vorwürfe sehr eingehend zu prüfen, die Verantwortlichkeiten festzustellen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Darüber hinaus verweise ich auf meine Ausführungen am Anfang.

Zu Frage 17:

Welchen Einfluss haben diese beträchtlichen Mehrausgaben auf das Gesundheitsbudget?

Die Überprüfung der Schlussrechnung der Baumeisterarbeiten ergab unter anderem einen Mehraufwand an Bewehrungsstahl in der Höhe von ATS 5,2 Millionen und an Schalungsarbeiten in der Höhe von ATS 4,9 Millionen. Diese Kosten wären bei einer Ausschreibung mit einem vollständigen Leistungsverzeichnis von Vorneherein zu beauftragen gewesen und stellen daher keinen Mehraufwand, sondern Sowiesokosten dar.

Zurückzuführen ist dies auch in einem anderen Zusammenhang. Offenkundig gewordene extrem mangelhafte Statikerleistung, die zum Zeitpunkt der Ausschreibung der Baumeisterarbeiten für die KAGes nicht erkennbar war. Die beiden genannten Kostensteigerungen sind beispielhaft angeführt für die vom Landesrechnungshof ausgewiesene Gesamtkostenentwicklung der Rohbauarbeiten. Die Rohbauarbeiten haben insgesamt einen Anteil von rund 12 Prozent an den Gesamtkosten des Projektes ausgemacht. Zu den mangelhaften Planer- und ÖBA-Leistungen hat das Projektcontrolling in einem unüblichen Ausmaß verstärkt reagiert. Einrichtung einer eigenen Kostenverfolgung durch die KAGes. Dadurch gelang es – und das bitte ist auch wichtig, wir sollten die Kirche im Dorf lassen – die Gesamtkosten um 4 Prozent unter die vom Landesrechnungshof als nachvollziehbar und plausibel bestätigten Kosten zu reduzieren. (Abg. Kröpfl: „No schau!“)

Und jetzt erlauben Sie mir zu guter Letzt und zum Abschluss ein paar Bemerkungen:

Ich glaube, dass wir so wie wir hier sitzen, uns ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit am Scheideweg befinden, nämlich ob wir herkömmliche Politik betreiben und den Rechtsstaat weiter vor sich hindümpeln lassen und uns in Vergangenheitsbewältigung üben, weil wir uns dort oder da, je nachdem sage ich dazu, einen politischen Vorteil davon erwarten oder ob wir gemeinsam den Blick nach vorne richten und im Interesse der Menschen und zum Wohl des Landes arbeiten und künftig ohne Rücksicht auf Verluste die klaren Verantwortlichkeiten einfordern. Persönlich glaube ich, dass es an der Zeit ist, den Menschen im Land vor Augen zu führen, dass sich gesamt im Sinne eines Arbeitsübereinkommens, Herr Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, etwas geändert hat.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. 17.50 Uhr)

(Abg. Hamedl: „Herr Landesrat. Die Polizeischule hast du nicht vergessen. Die Taktik ist noch immer da!“) (Landesrat Mag.Hirt: „Danke!“)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landesrat für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage der ÖVP und weise auf § 68 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Landtages hin, wonach die Hauptredner nicht länger als 20 Minuten und die Debattenredner nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (17.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich schließe gleich an, wo der Herr Landesrat Hirt aufgehört hat. Nämlich bei der politischen Kultur im Allgemeinen und bei der einen oder anderen Million, mit der wir uns nicht aufhalten sollen. Aus

der Sicht der Grünen geht es hier um zwei Dinge. Erstens, es handelt sich nicht um irgendeine Baustelle, um irgendein Objekt, wo schon einmal was passiert. Ich zitiere den Herrn Landesrat „es handelt sich um den größten Auftraggeber des Landes und damit natürlich um die größten Summen, die im Lande hier zu verantworten sind“. Da sind wir uns einig. Es handelt sich hier auch nicht um irgendwelche Richtlinienformulare oder um eine Landtagsdebatte von vielen, sondern es handelt sich hier um jene wenigen Euro, die dann in der Folge dieser Fehlleistungen, die passieren, und der verwirtschafteten Beträge, um jene wenigen Euro – die dann die kleinen Einkommen - die jene Leute, die nur ein paar wenige Euro zur Verfügung haben, zusammenkratzen müssen, um ihren Selbstbehalt zu bezahlen. Bevor wir über das Thema weiterdiskutieren, denken wir an den Selbstbehalt und denken wir an die Leute, die nicht wissen, woher sie ihr Geld nehmen, damit sie den Selbstbehalt bezahlen, weil irgendwo muss das Geld ja wieder hereinkommen. (*Abg. Kröpfl: „Selbstbehalt hat der Bund eingeführt!“*)

Die Spitalsfinanzierung ist eine Materie und Geld hat kein Mascherl. Da kommt lange nichts und dann reden wir jetzt über jene Dinge, die hier zur Debatte stehen. Vergessen wir nicht, es handelt sich nicht um ein Objekt und um einen Bericht, sondern diese Sache hat erstens Geschichte und zweitens Breite. Wir haben hier mehrere Berichte mit denselben Kritikpunkten behandelt, etwa jenen des Bundesrechnungshofes, den LKH 2000 Bericht. Und es war damals schon im Bundesrechnungshof, obwohl der sich einer noblen Sprache bedient und gar nicht in die Niederungen der Tagespolitik erwiesenermaßen geht, ausdrücklich davon die Rede, dass hier bei der Auftragsvergabe Feststellungen zu machen sind, die also darauf schließen lassen, dass nicht korrekt vorgegangen wurde, etwa das Problem Bietersturz. Wir haben zweitens eine Breite, wir haben einen Bericht als Abgeordnete, den wir noch nicht im Ausschuss behandelt haben, der acht Bauvergaben untersucht hat. Dankenswerter Weise hat der Rechnungshof von sich aus das Thema aufgegriffen und die Vergaben geprüft und von diesen acht Vergaben war nur eine einzige in Ordnung. Und in diesem Bericht hat der Rechnungshof völlig logisch den Kern seiner Ausführung unter die Überschrift gestellt „Immer wiederkehrende Misstände“. Das ist der Punkt. Sie wissen das genau, ich bin nicht derjenige, der bei einem einzigen Bericht von einem kleinen Wohnbauträger sagt, so und aus und weg mit ihm und das ist kriminell. Aber hier haben wir es mit einer großen Summe zu tun, mit einer ernsten Materie zu tun und mit einer Vielzahl. Auch dieser Bericht, wenn Sie sich erinnern, den habe ich ja nicht zufällig beantragt, sondern der ist ja deswegen jetzt – was das LKH West, den zweiten Bericht anbelangt – zustande gekommen unter dem Aspekt, dass der Bundesrechnungshof nur eine Stichprobe gemacht hat. Und daraus war zu schließen, dass das ganze System hat. Ich rede nicht von menschlichem Versagen, ich rede nicht von Arbeitsüberforderung einzelnen Mitarbeiter, sondern ich rede von einem System.

Bereits im LKH 2000 Bericht hat der Bundesrechnungshof festgestellt, die KAGes hat ihre Bauherrenfunktion nicht wahrgenommen. Damit könnte man die Debatte eigentlich schon beenden. Der größte Bauherr seines Landes nimmt seine Funktion nicht wahr und aus! Das war es! Die Bauherrenfunktion kann man nicht abtreten. Man kann auch nicht abtreten das, was jetzt eben jüngst sichtbar geworden ist in dem von mir zitierten Bericht. Ich nenne dabei keine Firmen und verletze damit keine Geheimhaltungspflichten, über die politische Kultur werde ich dann noch anschließend was sagen. Dass der Rechnungshof ausdrücklich festgehalten hat, dass die KAGes in unzulässigerweise auch nicht nur ihre Bauherrenfunktion insgesamt, sondern im Speziellen etwa den sensiblen Bereich der Prüfung der Angebote delegiert hat. Man ist einfach hergegangen und hat es an einen Planer übertragen. Und was ist passiert? Es sind zum Teil die Unterlagen erst gar nicht mehr auffindbar. Es mag für den Planer dieser Bereich auch gar nicht so wichtig sein. Stellen Sie sich vor, da muss man ja nicht eine besondere Erfahrung haben, eine einschlägige. Was machen Sie denn, wenn ein Planer hergeht und befreundete Firmen anruft und sagt, du, Lieber, und du, Lieber, und du, Lieber, mache ein Angebot. Ich schreibe jetzt beschränkt aus. Und dann kommen fünf Angebote und – oh Wunder – die Baukosten werden nicht überschritten. Herr Landesrat, quälen Sie mich nicht mit der Feststellung, dass die Baukosten nicht überschritten wurden. Die sind in dem Land noch selten wo überschritten worden, ja, und deswegen war noch lange nicht alles in Ordnung. Das hat nichts zu sagen über die Art und Weise, ob hier bei dem Projekt korrekt alles abgegangen ist. Weil wenn ich mich vorher abspreche, dann ist einmal die Einhaltung der Baukosten garantiert. Kunststück!

Wenn hier vom Herrn Landesrat vorhin festgestellt wurde, dass die KAGes einen Mitarbeiter – einen Mitarbeiter! – eingestellt hat, der sich dieser Aufgaben annimmt, dann könnte man an der Stelle auch schon die Debatte beenden.

Einen Mitarbeiter. Ich weiß jetzt nicht auswendig wie viele Mitarbeiter der ganze Spitalsbereich hat, aber es handelt sich bei der KAGes auch um einen der größten - im Spitalsbereich insgesamt - Arbeitgeber des Landes und wenn ich mir die Verantwortung anschau und die Summen und den Schaden, den wir jetzt haben, dann wäre die Investition in diesen einen Mitarbeiter doch gut angelegt gewesen. Wie Sie wissen, ich sage kein Geheimnis, Stichwort System. Ich vermute nicht, dass das Unfähigkeit war. Ich würde besser schlafen, wenn ich der Überzeugung wäre, es handelt sich hier um Unfähigkeit. Ich gehe von der These aus, dass ist Absicht (*Abg. Hamedl: „Absicht?“*) Das ist Absicht. Wenn ich nämlich die Absicht habe, hier jeden einzelnen Euro umzudrehen, dann mache ich viele dieser Dinge nicht. Man macht Fehler, aber viele dieser Dinge in dieser Häufung macht man nicht. Man hat also kein Interesse, wenn ich das so umschreiben darf, an bestimmten Kontrollfunktionen und Kontrolltätigkeiten gehabt. Wenn beim größten Auftraggeber des Landes, bei wirklichen Profis, da sind wir uns ja einig, es sich nicht herumgesprochen hat, dass man ein Angebot selber prüft - habe ich schon gesagt - wenn sich nicht herumgesprochen hat, dass, wenn sie einlangen, dass man sie dann nicht locht, kennzeichnet, ein Protokoll anfertigt, ja dann klingelt es ja doch bei allen. Und selbst wenn es jetzt heißt, es ist eine Verdächtigung. Das Protokoll wurde nachträglich angefertigt, woraus ich schließe, dass man sich dessen bewusst war, dass man ein solches anzufertigen hat. Wenn ich also die Angebote nicht kennzeichne, wenn ich keine Protokolle anfertige von eingehenden Angeboten, wenn ich die Befugnis nicht prüfe der Firmen, wenn ich bestimmte Firmen immer wieder beauftrage mit dem Argument ich kenne dich schon, wenn das Punktesystem nach dem die Vergabe vollzogen wurde laut Rechnungshof nicht nachvollziehbar ist für die betroffenen Teilnehmer an diesem Ausschreibungsverfahren – was übrigens zu mehreren laufenden Zivilverfahren geführt hat von Bieter, die sich übervorteilt fühlen, an Bauvergaben der KAGes und wo es um äußerst hohe Summen geht, wo also noch erhebliche Schadensfälle eintreten können, wenn das alles gleichzeitig daherkommt - dann muss man sich die Frage stellen, wo ist da von oben her, von der Führungsebene her die Verantwortung für diese Fehlentwicklungen, zumal sie nicht über Nacht hereingebrochen sind.

Ich möchte jetzt an der Stelle etwas sagen zur politischen Kultur, weil der Herr Landesrat Hirt das angesprochen hat und mehrfach angesprochen hat. Herr Landesrat, was die vertraulichen Berichte anbelangt. Ich habe vor kurzem einen Antrag eingebracht im Landtag vor dieser jetzt laufenden Debatte, wo ich vorgeschlagen habe oder beantragt habe, dass man die Berichte den Regierungsmitgliedern und den Abgeordneten in Gottes Namen gleichzeitig zustellt. Damit sich dieser Brauch aufhört, dass also von der jeweils anderen Fraktion der Bericht dann, bevor er zur Stellungnahme zurückgeht an die Betroffenen, ohnehin öffentlich wird und weitergegeben wird und der Vorsitzende des Kontrollausschusses, wenn er gute Beziehungen und ein Glück hat, kriegt er den Bericht dann auch irgendwann. Das bringt nichts. Im übrigen ist das kein Grund zu großer Aufregung, nach meiner Überzeugung. Insbesondere, wenn es sich um ein Unternehmen handelt, wie dieses hier, das eh im Eigentum der öffentlichen Hand des Landes ist, weil es gibt hier kein Geheimhaltungsinteresse eines landeseigenen Unternehmens, es ist ohnehin unseres, erstens und zweitens, so ist es ja nicht, dass wenn der Rechnungshof prüft, dass die Betroffenen keine Ahnung haben von dem, was da drinnen steht. Das ist eine falsche Darstellung. (*Landesrat Mag. Hirt: „Da geht es nicht um die Geheimhaltungsfrist, da geht es bitte auch um die maßgebliche Verletzung von Firmeninteressen.“*) Ja, haben Sie vollkommen Recht. Ich würde niemanden raten...(*Landesrat Mag. Hirt: „Herr Hagenauer, es geht um den Rohbericht, der muss selbst darüber unterhalten, was tatsächlich öffentlich ist und was unter der Amtsverschwiegenheit steht!“*) richtig, das weiß denke ich auch in den Medien jeder, dass er vorsichtig sein muss, wenn er hineinschreibt, die Firma XY mit der Summe. Aber Ihre Wortmeldung war so zu verstehen, dass es, also jedenfalls ist das bei mir so angekommen, als ob das eigentliche Problem vor dem wir jetzt stehen, darin besteht, dass ein Rohbericht vorzeitig an die Öffentlichkeit gekommen ist. (*Landesrat Mag. Hirt: „Herr Kollege Hagenauer noch einmal. Da geht es um das vorzeitige öffentlich machen, da geht es um einen Rohbericht, in dem die Firmennamen zur Gänze enthalten sind, wo es tatsächlich um die Amtsverschwiegenheit geht.“*) Schon richtig (*Landesrat Mag. Hirt: „Ich*

verteidige keine Firma, aber das darf nicht sein!“) Ja, ich habe die Antwort schon gegeben. Öffentlich ist das was abgedruckt wird. Wenn etwas abgedruckt wird, was das Interesse einer Firma betrifft, dann gilt die Gesetzeslage und aus. Und das muss dann der- oder diejenige verantworten, der das abgedruckt oder in irgendeiner anderen Form veröffentlicht hat. In Wirklichkeit ist also die Frage der Planungskultur hier die Ebene, auf der wir aus meiner Überzeugung die politische Kultur am Thema KAGes diskutieren müssen. Und eine Planungskultur, wo von, zitiere den Bericht ohne eine Firma zu nennen, wo von 362 Positionen 207 gar nicht ausgeführt wurden, was soll ich dazu noch sagen? Stellen Sie sich das vor, Sie machen eine Ausschreibung, das hat nichts mit Unfähigkeit zu tun, das sage ich noch einmal, das hat nichts mit Unfähigkeit zu tun, das ist schon eine Frechheit so etwas zu machen und das muss man sich einmal trauen, wo ein Viertel der Positionen der ausgeführten - ein Viertel - in einem Toleranzbereich von plus/minus 50 Prozent gelegen ist. Nur ein Viertel, der Rest ist überhaupt nicht zur Ausführung gekommen oder hat es wesentlich höhere Überschreitungen gegeben? Ich möchte auch noch hinweisen auf mehrere Stellen in den zitierten Rechnungshofberichten, wo immer wieder, wo mehrfach darauf eingegangen wurde, dass es zwar Richtlinien gegeben hat auf der Ebene ganz oben, LKH 2000, dass sie aber nicht konkretisiert wurden. Dass es also Prüfungsrichtlinien gegeben hat, dass es aber für das Projekt LKH West kein Prüfungsprozedere, kein konkretes, gegeben hat.

Aus meiner Sicht, aus der Sicht der Grünen, ist es aus den genannten Gründen nicht denkbar, dass man erst jetzt in diesen Tagen sich bewusst ist - auf der politischen Ebene, auf der Ebene auch des Managements schon lange nicht, aber auch auf der politischen Ebene, das ist nachvollziehbar - auf der politischen Ebene erst jetzt sich bewusst wird, dass hier etwas schief gelaufen ist. Das war schon in der Vergangenheit, das begleitet uns jetzt seit einiger Zeit. Das Ausmaß des Ganzen ist für den einen oder die andere überraschend. Für mich nicht wirklich, muss ich sagen. Weil entweder arbeitet man so, oder eben nicht. Wenn es aber so ist, dass das nicht überraschen kann, dann gibt es aus meiner Sicht eine einzige Konsequenz. Nämlich, man muss sich das genauer anschauen, wer hat was wann gewusst, wer hätte wann welche Maßnahmen ergreifen müssen. Die sind zum Teil ergriffen worden, die Maßnahmen.

Das steht außer Streit, dass inzwischen Handlungen gesetzt wurden. Leider beweisen diese Handlungen nur, dass Handlungsbedarf war und dass man das vorher eben nicht getan hat. Es ist also hinzuschauen, wer hat wann was gewusst, wer hat wann welche Maßnahmen ergriffen? Und um das zu klären, wird man um einen Untersuchungsausschuss nicht herumkommen nach meiner Überzeugung.

Die Grünen werden daher einen derartigen Antrag einbringen. Den Auftrag, den wir da drinnen formulieren, werden wir uns genau anschauen müssen. Ich weiß, wovon ich rede. Hier braucht man eine entsprechende seriöse Grundlage, um einen derartigen Ausschuss abwickeln zu können. Das ist keine Frage. Aber wir werden einen derartigen Antrag einbringen in der nächsten Zeit, sobald wir ihn entsprechend mit allen Fraktionen besprochen haben und eine entsprechende Formulierung gefunden haben. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen. 18.09 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Hagenauer für seine Wortmeldung. Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Hirt. Ich erteile es ihm.

Landesrat Mag. Hirt (18.09 Uhr): Herr Kollege Hagenauer, ad hoc!

Ich gehe nicht davon aus, dass Sie mir irgendetwas unterstellen wollen und ich sage auch klar und deutlich noch einmal dazu, da gibt es auch nichts zu verheimlichen. Aber gerade die von Ihnen zuletzt gestellten Fragen, die – bitte – sind von einer Staatsanwaltschaft und von einem Gericht zu klären. Und auch Sie, verzeihen Sie mir, sind hier nicht der Oberstaatsanwalt, sondern da gibt es dafür ein ordentliches Strafgericht dafür. Dort ist das zu klären. Danke! *(18.10 Uhr)*

Präsident: Ich danke, Herr Landesrat. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Murgg. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Murgg (18.10 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Keine Angst, ich werde jetzt nicht so lang sprechen wie mein Vorredner, der Kollege Hagenauer. Ich werde es kurz machen. Zwei grundsätzliche Bemerkungen dazu: Das eine eine Formale und das andere ist eher schon etwas Humoristisches, aber doch eine inhaltliche Bemerkung.

Zuerst zum Formalen, und das liegt mir am Herzen. Der Kollege Hagenauer hat es auch angesprochen. Ich halte es eigentlich für skandalös, wie mit den Rohberichten des Rechnungshofes umgegangen wird. Ich weiß, dass es so ist. Dass es selbstverständlich der Landeshauptmann, das zuständige Regierungsmitglied, bekommt, ist klar, steht dem zu, er muss es als Erster studieren, er muss eine Stellungnahme abgeben. Natürlich kursiert es dann – ich bin ja auch nicht auf der sprichwörtlichen Nudelsuppe dahergekommen – in den Regierungsparteien. Die wissen sehr wohl davon. Und das zuständige Organ, der Kontrollausschuss, muss praktisch wie ein Hund dem Knochen diesem Rechnungshof-Rohbericht hinterher hecheln, um irgendwann dann einmal das bestätigt zu bekommen, was man Tage vorher schon aus der Presse gelesen hat oder der Presse entnommen hat oder auch nicht. Mir ist es jetzt in der letzten Zeit gelungen, erst diesen Bericht doch auch zu bekommen, deswegen kann ich und will ich vorläufig inhaltlich dazu nichts sagen, nur soviel. Natürlich wird man – und da wird auch die KPÖ sich die Vorwürfe, die hier auch von diesem Rechnungshofbericht aufgezeigt werden – ansehen. Dann werden wir je nach Faktenlage zu entscheiden haben, ob es einen Untersuchungsausschuss gibt oder nicht. Ich sage da namens meiner Fraktion heute dazu weder ja noch nein. Das ist das eine.

Und jetzt zum andern. Wir befinden uns zwar – und das ist an Sie gerichtet, sehr geehrte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei – in der Hochphase des Faschings, aber ich glaube, auch hier sollte man gewisse Grenzen einhalten. Wenn ich mir nämlich den Aufsichtsrat der KAGes anschau und nicht nur den zum jetzigen Zeitpunkt, sondern den der letzten Jahre - und da haben wir heute auch von Landesrat Hirt einen Hinweis bekommen, der ja fast schon ins Tragik-Komische geht, nämlich nicht der Hinweis, sondern die Sache, die Sie damit ausgesagt haben - also um jetzt auf den Aufsichtsrat zurückzukommen, wenn ich mir den anschau, dann liest es sich teilweise wie ein „Who ist Who der steirischen Volkspartei“. Und da frage ich mich schon, Sie stellen hier 17 Fragen, das ist Ihr gutes Recht. Es können Ihnen vielleicht noch mehr Fragen zu diesem Rohbericht einfallen, aber ich würde Ihnen schon dringend empfehlen, stellen Sie diese Fragen einmal Ihren Aufsichtsräten. Es heißt ja Aufsichtsrat und offenbar sind hier gewisse Damen und Herren ihrer Aufsichtsratspflicht nicht nachgekommen, weil sonst hätte es zu diesen Zuständen, wenn das alles richtig ist, was der Kollege Hagenauer jetzt aus dem Rechnungshof-Rohbericht zitiert hat, dann hätte es zu diesen Zuständen nicht kommen können. Also langer Rede kurzer Sinn, ich glaube, Sie machen sich es etwas zu einfach, wenn Sie hier an den jetzt zuständigen Landesrat, auch er wird natürlich dann, wenn es soweit ist, Rede und Antwort stehen müssen, aber wenn Sie hier 17 Fragen aufbauen und 17 Fragen stellen und Ihre eigene Verantwortung offenbar – ich will hier gar nichts unterstellen – aber wenn Ihre Fragen Hand und Fuß haben, sind sie offenbar Ihrer eigenen Verantwortung über all die Jahre nicht nachgekommen. Danke! (Beifall bei der KPÖ und SPÖ. 18.14 Uhr)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter, für die Wortmeldung. Als Nächster ist der Herr Klubobmann Drexler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Drexler (18.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren, vor allem sehr geehrter Herr Landesrat Hirt!

Ich darf mich zuallererst einmal bedanken. Sie haben eingangs Ihrer Anfragebeantwortung einen sehr soliden, wenngleich ein wenig technokratisch geprägten Gesamtaufritt der steirischen Gesundheitssituation gegeben, der sehr ausführlich war und der auch zum Ergebnis gekommen ist, dass das Gesundheitssystem in der Steiermark gut funktioniert. Das ist erfreulich. Daraus können wir aber nicht ableiten, dass Fragen im Zusammenhang mit allfälligen Missständen in der Krankenanstalten-GesmbH deswegen nicht erlaubt seien. Also erlauben Sie mir die Bemerkung, auch die Stromversorgung hat in

diesem Land immer gut funktioniert so weit. Dennoch waren zu jedem Zeitpunkt Fragen über das Stromunternehmen auch erlaubt – Punkt 1.

Zum Zweiten bedanke ich mich auch außerordentlich für Ihre Erwägungen zur politischen Kultur und zum Ziel einer neuen rechtsstaatlichen Kultur. Das ist ganz bemerkenswert. Und ich stimme dem Kollegen Hagenauer in diesem Fall voll und ganz zu, wenn Sie nun beinahe ein wenig weinerlich feststellen, wie unerhört es sei, dass hier über Rohberichte diskutiert wird. Ja wie unerhört es überhaupt sei, dass Rohberichte sich in den Medien wieder finden, dann muss ich schon sagen oder fragen, ob Sie die letzte Legislaturperiode hier in der Steiermark, noch dazu in einem politischen Büro, oder im Ausland verbracht haben? Denn wir haben sogar einen Untersuchungsausschuss hier in diesem Haus einstimmig bloß auf Basis eines Rohberichtes, für den die gleichen formalen Kriterien gelten wie für den von Ihnen angesprochenen Rohbericht beschlossen und ich habe nicht von irgendeiner Fraktion hier im Hause gehört, dass es ein Anschlag auf die politische Kultur gewesen wäre, auf Basis eines Rohberichtes einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Erst recht kann es wohl kein Anschlag auf die politische Kultur sein, wenn wir über Medienberichte über einen Rohbericht oder durch Medienberichte über einen Rohbericht alarmiert hier natürlich eine Dringliche Anfrage an Sie stellen als zuständiges Regierungsmitglied und wir nun eine Debatte darüber führen, wie diese Missstände, die in diesem Rohbericht dem Vernehmen nach eben kritisiert werden, wie die für die Zukunft abzustellen sind und was es an Verantwortung hier in der Vergangenheit gegeben hat, die man auch im Detail darstellen muss und die im Detail aufgearbeitet, aufgeklärt, ja lückenlos aufgeklärt werden müssen.

Zum Zweiten darf ich folgende Bemerkung machen:

Also, wie Sie eingangs gesagt haben, meine Psyche werden Sie auch noch in Spannung zu setzen vermögen. Wenn damit der Hinweis auf meine seinerzeitige Tätigkeit im Aufsichtsrat der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft GmbH gemeint gewesen sein soll, dann ist meine Spannung in sehr engen Grenzen ehrlich gesagt. Ich habe Ihre beinahe kriminalistische Lust an der Entdeckung zwar verspürt, aber Sie haben lediglich ein Faktum entdeckt, dass erstens mir erinnerlich ist und auch zumindest einer interessierten Öffentlichkeit durchaus geläufig ist. Also insofern, da ist keine besondere Entdeckung gelungen ...*(Landesrat Mag. Hirt: „Herr Kollege Drexler. Warum haben Sie es nicht gleich gesagt, dann hätte ich es mir sparen können!“)*

bitte, *(Landesrat Mag. Hirt: „Dann hätten Sie es in die Dringliche Anfrage hineinschreiben können!“)*

Ja hätte ich das einleiten sollen? Soll ich in Hinkunft jede Dringliche Anfrage oder auf Schriftliche Anfrage einleiten? Soll ich sagen in Erwägung der Tatsache, dass ich eigentlich im Aufsichtsrat war, oder so irgendetwas? Nein, also das erscheint mir in diesem Fall nicht sinnvoll *(Landesrat Mag. Hirt: „Ich glaube schon, das dass sinnvoll ist!“)* Ich bin Ihnen aber sehr dankbar für die Erwähnung und ich bin Ihnen auch für Ihre akribische Genauigkeit bei der Recherche dankbar. Nämlich aus einem ganz besonderen Grund. Sie haben ein Schreiben verlesen, ich hätte mich an das Datum nicht erinnert, aber Sie haben auch das Datum verlesen, das ich am 3. November an den seinerzeitigen Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH gerichtet habe, wo ich auf Grund meiner Wahl in den Landtag und der damit zusammenhängenden Unvereinbarkeit, diesen Aufsichtsratsitz zurückgelegt habe. Da tun sich, so unerheblich dieses Schreiben ist, also ich weiß gar nicht warum Sie es vorgelesen haben, aber, da tun sich dann doch zwei Fragen auf. Nämlich zum Einen, Sie haben es selbst verlesen, ich habe es an den Aufsichtsratsvorsitzenden, den damaligen gerichtet, und aus meiner Sicht ist das damit eigentlich eine Unterlage aus dem Aufsichtsrat. Also, Herr Kollege Hagenauer, wenn Sie sich erinnern, mit wie viel Nachdruck und mit wie viel Rechtsgutachten wir im ESTAG Untersuchungsausschuss zustande bringen haben müssen, dass wir zu den belanglosesten Unterlagen aus dem ESTAG Aufsichtsrat kommen, dann finde ich es schon bemerkenswert, welch geschmeidigen Weg es heutzutage gibt, Aufsichtsratsunterlagen direkt in die Landtagssitzung zu bringen. Also, für die Beschleunigung bedanke ich mich bei dieser Gelegenheit außerordentlich. *(Beifall bei der ÖVP – Abg. Prattes: „Hervorragend, ändert aber nichts daran!“)*

Zum Zweiten und deswegen bin ich ja besonders dankbar. Zum Zweiten bin ich ja ganz besonders dankbar, dass Sie auch verlesen haben, an wen konkret der Brief gerichtet war, nämlich an den damaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Mag. Werner Heinzl und das finde ich ja schon besonders bemerkenswert, dass Sie für allfällige spätere Untersuchungsausschüsse, parlamentarische Debatten

und dergleichen mehr, eine wesentliche Verknüpfung damit schon herbeigeführt haben, dargestellt haben, nämlich, dass ein zentraler Player, ein zentraler Player, den von Ihnen oder Ihrer Fraktion immer sogenannten ESTAG Skandals - ich habe ja in der Regel von einer ESTAG Angelegenheit gesprochen - einer der zentralen Player sich hier wiederfindet. Und wir werden dann auch noch, sollte es dereinst zu einem solchen Untersuchungsausschuss kommen, auch darüber zu reden haben, mit welcher Entschlossenheit und Geschwindigkeit Personen, die etwa in der ESTAG eine ganz gewisse Rolle gespielt haben, mit welcher Entschlossenheit und Geschwindigkeit die dann seitens der Sozialdemokratie aus anderen Aufsichtsräten abberufen wurden. Sie erinnern sich wie lange der Herr Mag. Hainzl im Aufsichtsrat der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft war. Also, insofern bin ich Ihnen für diesen Hinweis und die Verlesung dieses Schreibens außerordentlich dankbar, weil wir hier ja möglicher Weise auch schon erste Querverbindungen und Analogien in der Debatte sehen und das wird mit Sicherheit alles noch zu diskutieren sein. (Abg. Prattes: „Das glaube ich!“)

Ich bin damit aber schon am Ende dieser Vorbemerkungen, wenn ich so sagen darf, und darf zu der von meinem geschätzten Kollegen Hansi Bacher eingebrachten Dringlichen Anfrage und der Beantwortung durch den zuständigen Landesrat zurückkommen.

Meine Damen und Herren, und ich sehe mich da hier zu einem Gutteil eines Sinnes mit dem Kollegen Hagenauer, hier ist möglicher Weise erst die Spitze eines Eisberges zu sehen. Dem Vernehmen nach werden weitere Rechnungshofberichte folgen. Ich kenne die noch folgenden erst recht nicht und bin ja auch in diesem Zusammenhang auf die mediale Berichterstattung angewiesen, aber (Abg. Kröpfl: „Der war gut, Christopher!“)

bitte, (Abg. Prattes: „Der war echt gut!“)

Na ja selbstverständlich, ist das bei dir anders, Kollege Prattes? Weiß du schon wieder mehr? Du hast im ESTAG Untersuchungsausschuss auch immer soviel gewusst, na ja da werden wir aufgewärmt für den Untersuchungsausschuss offensichtlich, Kollege Prattes. (Abg. Kröpfl: „Du kannst nicht im Untersuchungsausschuss sein, weil du im Aufsichtsrat warst!“)

Wie auch immer. Jedenfalls, möglicher Weise ist das erst die Spitze eines Eisberges und ich habe schon auch vernommen, Herr Landesrat, und insofern will ich überhaupt nicht ungerecht sein, ich habe schon vernommen die Entschlossenheit, mit der Sie hier zu Werke gehen wollen und die Entschlossenheit, die Sie uns heute dargestellt haben, wie diese Dinge aufzuklären sind, wie man hier für lückenlose Aufklärung sorgen wird. Wir werden uns das sehr genau ansehen, weil man kann keinesfalls nach den hier an die Öffentlichkeit gelangten Vorwürfen zur Tagesordnung übergehen. Das sind wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern und damit auch den Patientinnen und Patienten unserer Krankenhausgesellschaft schuldig, dass wir hier als Landtag die Kontrollfunktion als demokratisch gewählte Mandatäre sehr ernst nehmen und das werden wir in den nächsten Monaten auch entsprechend begleiten. Weil es geht zum Einen darum, hier die Vergangenheit lückenlos aufzuklären und zum Zweiten, allenfalls, wie Sie selbst gesagt haben, auch allenfalls Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen, wenn es tatsächlich Verfehlungen gegeben hat, vor allem aber wird es darum gehen, diese Strukturen für die Zukunft auf eine Schiene zu bringen, dass irgendwann einmal der Tag kommen wird, wo selbst der Kollege Hagenauer bei einem KAGes Rechnungshofbericht kein Haar in der Suppe mehr findet und damit wir alle nicht. Das heißt, dass Ziel muss es sein, in Hinkunft derartig große Bauprojekte auf einer so soliden Basis abzuwickeln, dass es zu einer entsprechenden Zufriedenheit nicht nur bei uns, sondern damit indirekt auch bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern kommt. Das ist das Ziel. Wir werden uns jetzt sehr genau ansehen, wie Ihre heute zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit im Detail dann aussehen wird. Wir werden uns sehr genau ansehen, was es an weiteren Untersuchungen des Rechnungshofs gibt. Wir werden sehr genau ansehen, wie weit die Verdachtsmomente, die wir über die Medien aus dem Rohbericht erfahren haben, sich verdichten, was es hier tatsächlich an konkreten Problemen und möglicher Weise auch an konkreten Schaden gibt, weil jeder Cent, da bin ich mit dem Landesrat Erlitz irgendwann einmal im Kontrollausschuss in eine Meinungsverschiedenheit geraten, weil das so nonchalant über Hunderttausende Euro hinweggesehen wurde, die irgendwo auch in den Sand gesetzt wurden, unter Anführungszeichen. Ich bin der Meinung, jeder Cent, der durch derartige Machenschaften und Fehler nicht seiner widmungsgemäßen Verwendung, nämlich der Absicherung, dem Ausbau, der

Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung des steirischen Gesundheitssystems zufließt, sondern in irgendwelche noch näher zu ergründenden Kanäle versickert, jeder Cent für den das gilt, ist einer zuviel. Wir können nicht nur darüber jammern, dass das Gesundheitsbudget vielleicht eng ist und knapp ist und zwickt und zwackt gelegentlich, sondern wir müssen natürlich mit der gleichen Entschlossenheit, wie man im Verteilungskampf einer Budgeterstellung um die Gelder kämpft, mit der gleichen Entschlossenheit auch dafür sorgen, dass sie richtig und nicht falsch eingesetzt werden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP – Abg. Prattes: „Wie wortreich!“*)

Und wir haben in der Vergangenheit hier auch im Steiermärkischen Landtag schon allerhand an Hinweisen auf das Gesellschaftsrecht erlebt, bei anderen Debatten. Und Herr Landesrat, ich empfehle Ihnen einfach, das haben uns die Erfahrungen gezeigt, dass es mäßig klug ist, sich hinter dem Gesellschaftsrecht oder anderen formalrechtlichen Barrieren zu verschanzen. Es geht einfach darum, als zuständiges Regierungsmitglied tatsächlich die Verantwortung wahrzunehmen und dafür zu sorgen, dass Missstände erstens nicht stattfinden, wenn sie stattgefunden haben, abgestellt werden, aber jedenfalls für die Zukunft vermieden werden.

Und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen letzten Gedanken äußern. Der Kollege Hagenauer hat in den vergangenen Tagen in den Medien und heute bei seiner Wortmeldung einen möglichen Untersuchungsausschuss in den Raum gestellt. Einen Untersuchungsausschuss, der sich mit all diesen Dingen, Bauvorhaben, KAGes, LKH 2000, Vergaben, Baumängel und dergleichen mehr auseinandersetzen soll. Und es ist Prima Vista eine charmante Idee. Da teile ich Ihre Meinung nicht, Herr Landesrat, dass das von vornherein alles eine Aufgabe der Strafgerichte sein soll und es auch gerade unerhört wäre, hier an einen Untersuchungsausschuss und an parlamentarische Kontrolle zu denken. Das erscheint mir auf den ersten Blick durchaus charmant und sympathisch. Aber weil im Interesse der von Ihnen angesprochenen politischen Kultur und dem hehren Ziel der Entwicklung einer rechtsstaatlichen Qualität neuer Art in diesem Land und dergleichen mehr wir es uns eben nicht leicht machen und hier nicht leichtfertig mit den größten – wenn man so will – parlamentarischen Kanonen schießen, stimmen wir nicht mir nichts dir nichts einem Untersuchungsausschuss zu, so lange nicht klar ist, was der genau untersuchen soll, wie ein allfälliger Prüfauftrag formuliert wird, was möglicherweise an weiteren Rechnungshofberichten uns hier noch ereilt. Wer weiß, ich hoffe nur das Beste, aber manchmal wird die Hoffnung nicht erfüllt. Erst wenn wir das solide geprüft haben und der Meinung sind, dass ein solch scharfes parlamentarisches Instrument wie ein Untersuchungsausschuss tatsächlich angezeigt ist und auch wirklich etwas beitragen kann zur Aufklärung, weil wir einen Untersuchungsausschuss im Unterschied zu anderen nicht bloß als politische Agitationsbühne sehen wollen, sondern uns einen Untersuchungsausschuss als ein tatsächliches, in der Sache arbeitendes Untersuchungsgremium vorstellen, deswegen machen wir uns eine solche Entscheidung nicht leicht. Ich glaube aber, dass – wenn, nach den vom Kollegen Hagenauer angesprochenen Gesprächen mit den Fraktionen und dem tieferen Studium der Rechnungshofberichte, vergangener, aktueller und möglicherweise zukünftiger, sich das alles verdichtet, dass dann wahrscheinlich mit der gleichen Klarheit die heute im Hause vertretenen Fraktionen allesamt und einstimmig für einen Untersuchungsausschuss stimmen werden wie seinerzeit bei einem Referenzbeispiel ein einstimmiger Beschluss gefällt worden ist zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Das sehe ich irgendwie herankommen. Aber das brauchen wir nicht übers Knie brechen, nicht in der Sekunde, sondern wir werden uns das sehr genau ansehen. Und wenn sich das am Ende so verdichtet, gehe ich davon aus, dass mit großer Mehrheit ja einstimmig auch der Beitrag zur parlamentarischen Kontrolle geliefert werden wird, dafür sind wir ja gewählt, auch die Kontrollfunktion, eine der nobelsten Aufgaben des Landtags wahrzunehmen und hier unseren Beitrag zu liefern und zu leisten. Da haben die Strafgerichte einen Beitrag, da haben interne Untersuchungen ihren Beitrag, da haben möglicherweise zivilgerichtliche Verfahren, die Sie angesprochen haben, ihren Beitrag. Aber wenn es dereinst darum geht, auch politische Verantwortung festzumachen, Herr Landesrat, dann marschieren wir Schulter an Schulter, sage ich jetzt einmal die Zukunft voraus, ohne sie natürlich genau zu wissen. Weil Sie wissen, es ist immer sehr schwierig bei den Prognosen über die Zukunft, nicht - hat einmal ein sehr gescheiter Mensch gesagt, glaube ich - und insofern werden wir uns das sehr genau ansehen. Ich glaube aber, das entscheidende ist, und das habe ich sowohl Ihren Worten entnommen als auch allen anderen Beiträgen bisher, dass wir uns zu

einer lückenlosen Aufklärung hier bekennen. Ich hoffe, die Dinge lassen sich wirklich aufklären. Und ich hoffe, allenfalls eingetretener Schaden für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, indirekt als Schaden für die Krankenanstalten-GesmbH wird wieder hereinzubringen sein. Das ist unser Ziel. Daran werden wir konsequent arbeiten. Und wenn wir in Ihnen, Herr Landesrat, da einen Verbündeten haben, dann soll mir das sehr recht sein. Ganz, ganz recht ist mir das. Und wie gesagt, dann werden wir diese Aufklärungsreise auch bis zum Ende gemeinsam durchführen. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP. 18.33 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Klubobmann für seine Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Uschi Lackner. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Ursula Lackner *(18.34 Uhr):* Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, geschätzte Landesrätin, geschätzte Landesräte!

Da sind wir schon zwei, Herr Klubobmann Drexler, denen es um Aufklärung geht.

(Abg. Majcen: „Bravo!“)

Und diese Aufklärungsreise, die können wir vielleicht gemeinsam buchen. Da bin ich durchaus Ihrer Meinung und das kann ich auch für meine Fraktion sagen.

(Abg. Mag. Drexler: „Frau Kollegin. Aber nicht Last Minute, sondern zur rechten Zeit!“)

Last Minute ist eher Ihre Buchungsart wie wir aus den letzten Aufsehen erregenden Untersuchungsausschüssen wissen. Aber trotzdem, die ÖVP-Vorgehensweise heute, an diesem Tag, lässt tief blicken, denn Sie dürften schon wieder oder wieder einmal mit dem Rücken zur Wand stehen. *(Abg. Straßberger: „Geh, geh!“)* Und ich gebe auch die Begründung gleich, welch Zufall ist es doch, dass heute der Schlussbericht zur Herberstein-OEG auf der Tagesordnung war und diese Dringliche gestern Abend eingebracht worden ist. Ich denke mir, und da bin ich nicht allein, die ÖVP tut sich noch immer und verständlicherweise, wenn man zurückblickt, schwer, mit dieser Thematik Herberstein, wie wir es auch heute schon hören und miterleben durften. Und die Anmerkung, die ich jetzt noch vorausschicke, ist die. *(Abg. Riebenbauer: Das hättest du schon sehen müssen!“)* Will man ein Problem lösen oder will die ÖVP politischer Profiteur der billigen Sorte sein? *(Abg. Riebenbauer: „Na geh!“)*

Und so, wie diese Dringliche Anfrage heute abgewickelt worden ist, hat die ÖVP diese Antwort selbst gegeben. Es geht eigentlich um Vorverurteilung statt um Aufklärung. Und wenn die Sache so dringlich ist, wie wir das heute schon so oft gehört haben, wieso sehen dann die ÖVP-Aufsichtsräte der KAGes diese Dringlichkeit nicht? Weil die Aufsichtsratsitzung, die der Vorsitzende Thomas Jozseffi einberufen wollte für nächste Woche, die kann erst eine Woche später, nämlich in zwei Wochen stattfinden, weil die ÖVP-Aufsichtsräte ihren Urlaub gebucht haben. Wieder eine Reise und ein Urlaub, der gebucht worden ist. *(Abg. Kröpfl: „Also so dringlich kann es nicht gewesen sein!“)*

So dringlich ist das, womit wir uns heute befassen. Aber wir bekennen uns zu dieser Thematik und deswegen reden wir... *(Abg. Mag. Drexler: „Nimmt die SPÖ auf ihren Aufsichtsrat Einfluss in dieser Angelegenheit?“)*

(Abg. Kröpfl: „Wenn es so dringend ist, würde jeder von uns den Urlaub unterbrechen!“)

Ich kann Ihnen das sagen, was Thomas Jozseffi erfragt hat, weil seine Reaktion war die, schnellstmöglichst eine Aufsichtsratsitzung einzuberufen. Aber lassen Sie mich einmal ausführen. Sie haben ja dann die Möglichkeit, noch einmal darauf einzugehen.

Nach dem Bericht des Bundesrechnungshofes, der uns ja bekannt ist, der Rohbericht, der heute da diskutiert wird, der ist uns eigentlich nicht bekannt. In diesem Bundesrechnungshof wurden Mängel festgestellt und die hat der Landtag – ja – vor eineinhalb Jahren zur Kenntnis genommen, aber auch eine Reaktion gesetzt, nämlich zwei Beschlüsse gefasst und die waren einstimmig bzw. mehrheitlich: diese Gesamtprüfung des Bauprojektes Neubau LKH West durchzuführen und die KAGes um die entsprechenden Stellungnahme zu ersuchen und zwar in der ausführlichsten Form. Nur so weit lässt es jetzt die ÖVP ja gar nicht kommen. Der Beschluss seinerzeit war einstimmig, aber Sie gehen jetzt ab von diesem Weg, schneiden diesen Weg eigentlich ab in einer sehr fragwürdigen Weise. Aber ganz sicher deswegen, um politisches Kleingeld zu wechseln. *(Abg. Straßberger: „Geht sich nicht aus!“)*

Im Rückblick auf Herberstein und eventuell im Vorlauf zur Nationalratswahl ist Ihnen wohl jedes Thema recht und billig und das haben wir heute erkennen können, dieses durchsichtige Manöver.

Was die Frage vom Kollegen Bacher betrifft, was tut denn der Aufsichtsrat und wovon ist er denn in Kenntnis und übt er keine Kontrolle aus, wie wir jetzt auch wissen, wäre diese Frage auch an den Kollegen Klubobmann Drexler zu stellen gewesen. (Abg. Riebenbauer: „Haben wir schriftlich!“)

Es war ganz sicher für Kollegen Drexler keine Neuerkenntnis, aber vielleicht für den Rest der ÖVP-Fraktion schon eine neue Erkenntnis, dass er eigentlich Mitglied im Aufsichtsrat war und (Abg. Mag. Drexler: „Die wissen das!“)

Ja, jetzt wissen Sie es. Ja, jetzt haben Sie es vor Augen geführt bekommen und es ist halt so, Herr Kollege Drexler, wer mit dem Zeigefinger auf andere zeigt, zeigt gleichzeitig mit anderen Finger auf sich selber und das hat sich heute bewahrheitet. Sie hätten ja auch entsprechende oder haben es auch, entsprechende Kontrolle ausüben können.

Zur Historie des LKH West wurde schon einiges gesagt. Ich wiederhole es aber gerne noch einmal, weil auf diesem Auge die ÖVP ja auch blind ist. Die KAGes ist und bleibt, zur jetzigen Zeit auf alle Fälle, einer der größten Auftraggeber am Bau und ist österreichweit nicht nur für moderne und funktionsgemäße Spitalsarchitektur, sondern auch für die präzise Abwicklung hochkomplexer Spitalprojekte bekannt. Da gibt es Auszeichnungen, nationaler und internationaler Art. Und jene, die in der letzten Landtagsperiode schon hier gesessen sind, wissen, dass wir auch einen Landesrechnungshofbericht hatten, das war im Mai 2005, der hat das Prüfergebnis von 12 Bauprojekten der KAGes zum Inhalt gehabt. Ich sage es gerne hier und ich hoffe Sie hören es auch: bei diesen 12 Bauprojekten hat es soviel wie keine gravierenden Mängel gegeben. (Abg. Hammerl: „Das Eine schließt das andere nicht aus!“)

Na, aber es geht darum, dass wir ein Teilprojekt anschauen und dass wir eine Vorgangsweise einhalten, die auch sonst eingehalten wird und die für uns selbstverständlich ist. Alle größeren Projekte werden, wie wir schon gehört haben und wie wir auch wissen, vom Landesrechnungshof begleitet und die laufende Projektkontrolle ist an und für sich selbstverständlich. Und wenn es Beanstandungen und Mängellisten gibt und Empfehlungen, wissen wir auch, dass die KAGes bemüht ist, diese umgehendst auch aufzunehmen und umzusetzen, wenn es um weitere Projekte geht, wie zum Beispiel, das darf ich auch sagen, um den Neubau und die Adaptierung der Blutbank, um die Tunneleinfahrt im Klinikum Graz oder um den Funktionstrakt in Leoben. Aber wie gesagt, auf diesem Auge sieht die ÖVP nichts.

Eine faire und damit der Sache dienliche Diskussion ist erst dann möglich, wenn auch die andere Seite gehört wird und zwar in der umfassenden und vorgesehenen Art und Weise. Was führt die KAGes zu den Fragen der Statik aus? War jemals Gefahr in Verzug für PatientInnen, für BesucherInnen, für MitarbeiterInnen? Welche Stellungnahme gibt die KAGes zur Angebotseröffnung und damit zum implizierten Vorwurf der Manipulation und deswegen Staatsanwalt ab? Und wie sieht die KAGes die Baumeisterausschreibung und Kostenerhöhungen? Möglicher Weise gibt sich am Ende der Auflistung sogar die Tatsache, dass die präliminierte Gesamtbausumme unterschritten worden ist. (Abg. Kainz: „Weil nur die Hälfte gebaut wird!“) Wir werden es wissen, wenn die Stellungnahmen tatsächlich da sind. Die Aufklärung von Dingen, die nicht nachvollziehbar sind, die gegen Gesetze verstoßen sollten oder wenn sie Gefahr in Verzug bedeuten, das stellt für unsere Fraktion selbstverständlich ein vorrangiges Bestreben dar. Gar nicht soll weg gewischt werden und nichts soll verharmlost werden. So ist auch der Schritt zu sehen, den Landesrat Helmut Hirt heute gesetzt hat und ich möchte mich namens meiner Fraktion für die Entschlossenheit bei dir bedanken. (Beifall bei der SPÖ.)

Diese Spiele, wie sie die ÖVP heute spielt, entsprechen nicht dem, was die Menschen in unserem Land wollen. (Abg. Riebenbauer: „Nicht schon wieder!“)

Die Steirerinnen und Steirer wollen eine neue politische Kultur und das haben sie bereits ganz unmissverständlich am 2. Oktober 2005 deutlich gemacht.

(Abg. Straßberger: „ja, ja!“)

Das haben sie am 2. Oktober 2005 entschieden deutlich gemacht. Die Zeichen der Zeit waren nicht zu übersehen und auch gerade für die ÖVP schmerzhaft. Wir sehen es und wir erleben es eigentlich die ganze Zeit. (Abg. Riebenbauer: „Kommen Ihnen schon die Tränen?“)

Nein, mir kommen nicht die Tränen, aber ich stelle fest, dass der Herr Klubobmann Drexler

nicht sehr viel Anklang gefunden hat in den eigenen Reihen, wie er sein Plädoyer dann noch einmal gehalten hat. (Abg. Hammerl: „Ach so?“) Und Sie wären sehr gut beraten, liebe ÖVP, diese Signale der Menschen zu verstehen und sich das zu Herzen zu nehmen und sie umzusetzen. Und noch etwas an Ihre Adresse: Sie haben Handlungsbedarf beim Desaster der E-Card, beim Chefärzteskandal und beispielsweise auch bei den Geldrabatten der Pharmaindustrie. Da wartet einiges auf Sie und das interessiert die Menschen in ganz Österreich. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Politik, wie sie die SPÖ in diesem Land macht, wie wir Verantwortung tragen, das ist genau das, was die Menschen wollen, nämlich die Erneuerung und wir werden diese Verantwortung und diese Politik auch in der Zukunft fortsetzen und seien Sie gewiss, wir werden uns bemühen, dieses Vertrauen zu heben in uns und es ist eine sehr schöne Aufgabe. Ich weiß wovon ich rede. (Abg. Riebenbauer: „Nicht überheblich werden!“) Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. 18.44 Uhr)

Präsident: Ich danke der Frau Abgeordneten für ihre Wortmeldung. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (18.44 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren!

Ein paar Sätze, ich versuche jetzt, liebe Kollegin Uschi Lackner, einen anderen Ansatz zu finden. Wie du siehst habe ich die Brille auf. Bin daher nicht auf einem Auge blind, Gott sei Dank sage ich aus gesundheitlichen Gründen. (Abg. Böhmer: „Das sagt nichts. Man kann auch mit Brille blind sein!“)

Das sagst gerade du. Ich sage dir und der SPÖ-Fraktion, das hat mit Herberstein überhaupt nichts zu tun. Das hat mit Herberstein nichts zu tun. Man kann es natürlich so interpretieren, wenn einem das so besonders recht ist, weil es zufällig am selben Tag abgehandelt wird, nur ich erinnere daran, Kollegin Uschi Lackner, dieses Konvolut, Herr Landesrat, haben wir sehr ausführlich im Kontrollausschuss diskutiert und ich habe heute auch in meiner Rede nur Fakten aus diesem Kontrollausschuss berichtet. Ich bin heute irgendwann fast zum Weinen gekommen, (Abg. Böhmer: „Arm!“) weil sich alle beklagt haben, dass dieser Rohbericht in den Medien ist. Ich kenne ihn nicht. Ich habe ihn nur in der Zeitung gelesen. Es wäre überhaupt ein Vorschlag, Herr Oberstaatsanwalt Hagenauer, alle Rohberichte gleich öffentlich zu machen. Das wäre ja einfacher. Weil irgendwer macht ihn immer öffentlich. Wie es eben gerade politisch passt, einmal so, einmal so. Wie oft haben wir uns im Kontrollausschuss darüber beschwert, dass wenn ich am Sonntag bestimmte Zeitungen aufmache, in der Früh lese, dann lese ich oft einen Rechnungshofbericht. Den kenne ich nicht als Mitglied des Kontrollausschusses, geschweige erst als Nichtmitglied. Er ist öffentlich und damit habe ich eine öffentliche Diskussion. Das ist Faktum, Kollegin Lackner. Und wir haben niemanden, das sage ich noch einmal, niemanden vorverurteilt, nicht was behauptet was nicht öffentlich war, nur dass das klar ist. Weil Ihr reagiert immer so sensibel. Kaum sagen wir o.k., wir zitieren aus dem Bericht und das ist nur fair genug, dass wenn jemand da eine Meinung äußert, dass er eine Gegenmeinung abgibt und daher muss er sich ja dazu äußern. Aber es ist interessant (Abg. Kröpfl: „Du willst aber, ja Hans, du willst aber!“)

- sofort – es ist interessant, dass die Dinge die da im Bundesrechnungshof drinnen gestanden sind, wahrscheinlich, laut Aussagen der Medien, im Landesrechnungshof noch einmal verstärkt wurden. Das ist Faktum. Und wir haben uns damals auf Grund der Diskussion im Kontrollausschuss und hier im Haus gemeinsam verstanden, dass wir den Rechnungshofbericht haben wollen. Das ist der Grund. Bitte Kollege Kröpfl.

(Abg. Kröpfl: „Du willst aber nicht ernsthaft behaupten, dass die 17 Fragen von diesem Kontrollausschussbericht aus diesem Rechnungshofbericht heraus sind!“)

Ja, bitte dich den durchzulesen. Ergänzt nur mit diesen ... (Abg. Kröpfl: „Da habt ihr aber eine Schrecksekunde gehabt!“)

Schau dir das an, ergänzt nur ... (Abg. Kröpfl: „Da habt ihr aus diesem...!“)

Warte einmal, ergänzt nur mit ... (Abg. Kröpfl: „Der Rohbericht, den du in der Hand hattest, den gibt es schon lange!“)

Nein, Moment, leider ist der Bericht erst jetzt vorgelegt worden. Der Bericht ist erst jetzt vorgelegt worden. Das hat heute schon jemand gesagt, es hat zuerst müssen die Herbersteingeschichte geprüft

werden, dann ESTAG und so weiter und der ist heute vorgelegt worden, nur der Rohbericht war in den Medien. In den letzten Tagen, Tag täglich zitiert in den Medien. (Abg. Kröpfl: „Unverständener Zwischenruf!“)

Also den Vergleich gehen wir zusammen.

Das einzige was ich gemacht habe, und möglicherweise falsch gemacht habe – Entschuldigung, Herr Klubobmann – ich wollte zwischen Ihnen und meinem Klubobmann einen Keil rein treiben. Ich habe nämlich nur Sie erwähnt beim Aufsichtsrat und nicht ihn. Also ich merke jetzt, da hat nicht einmal ein Blatt Papier Platz zwischen euch zwei. Da seid ihr euch einig. (Landesrat Mag. Hirt: „Schulter an Schulter haben wir gesagt!“) Das war so nicht eigentlich, was in dem Rechnungshof zitiert war. Das gebe ich zu. Aber der Versuch ist danebengegangen. (Abg. Kröpfl: „Ich wollte schon fragen, ob das ein Leger war, die 14. Frage!“)

Nein, da habe ich jetzt gemerkt, da sind die zwei sich einig.

(Abg. Kröpfl: „Hast es überlesen? Ein Selbstleger wird es jetzt nicht gewesen sein!“)

Aber ich möchte das nicht verbreitern, Herr Präsident, ich habe dir versprochen, ich werde sehr kurz sein. Ich habe das am Beginn meiner Rede schon gesagt beim Einbringen der Dringlichen. Ich hätte gerne geklärt – und daher bringe ich einen Entschließungsantrag ein – weil es immer wieder Kritik vom Bundesrechnungshof gibt, der grundsätzlich gesagt hat, hat sich das überhaupt gerechnet, die Auslagerung vom LKH West aus der Klinik, war das überhaupt notwendig? Der Bundesrechnungshof behauptet immer wieder, im Bericht, das wäre eigentlich nicht notwendig gewesen, das hätte man anders lösen können. Daher stellt meine Fraktion einen Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Bericht vorzulegen, der Aufschluss darüber gibt

1. ob die Trennung von universitärer Ausbildung und landschaftlichen Spitälern im Sinne des seinerzeitigen Auftrages vollzogen wurde und
2. eine Darstellung über die Finanzierung und den Bedarf des Baues des LKH Graz West sowie die Zusammenarbeit der KAGes mit anderen Organisationseinheiten enthält.

Ich bitte um Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. 18.50 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Abgeordneten für seine Wortmeldung. Als vorerst Letzter zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Mag. Hirt. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Mag. Hirt (18.50 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, nur ein paar kurze Anmerkungen noch am Schluss.

Herr Kollege Murgg, es ist so: Nicht nur der Landeshauptmann und der zuständige Referent bekommen die Berichte des Landesrechnungshofes sondern auch der Finanzreferent erhält jeden Rechnungshofbericht des Landes. Soviel nur zur Klarstellung und zur vollen Information.

Herr Kollege Drexler, Vergaben im Krankenhausbereich, also garantieren kann ich es nicht, dass da keine Fehler passieren, nämlich aus folgendem Grund. Es gibt ja fast keine Bauvorhaben mehr auf der öffentlichen Seite außerhalb der Krankenhäuser. Bitte, es gibt gerade noch ein bisschen was bei der LIG und dann – sage ich einmal so – sind wir als Land fertig gefahren. Es ist nicht mehr da. (Abg. Mag. Drexler: „Ganz normal!“)

(Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Das war Straßenbahn auch!“)

Nein, ich sage, klassischer Hochbau. Das meine ich.

(Abg. Mag. Drexler: „Das war Straßenbahn auch!“)

Aber gut, da tut sich auch bei weitem nicht das. Aber ich sage, das Schwergewicht der Bauvorhaben und auch – sagen wir so – das Finanzvolumen liegt zum Großteil bei der Krankenanstaltengesellschaft.

Zu Ihrer Bemerkung, Herr Klubobmann, hinter Gesellschaftsrecht verschanzen, nein, ich will mich überhaupt nicht verschanzen. Aber wir kennen das bitte auch aus der Vergangenheit, das ist so ein bisschen eine Lösung, die wir da betreiben. Wasch mich, aber mach mich nicht nass. Ich bin irgendwo

der Meinung, entweder schieben wir es weiter weg, das wäre eine Aktiengesellschaft oder wir holen es zur Gänze zurück ins Land. Dann sage ich, dann haben wir eine klare Struktur, dann haben wir klare Durchgriffsmöglichkeiten, und dann macht auch ein Untersuchungsausschuss im Prinzip mehr Sinn. So müssen wir uns immer herumturnen, über und um das Gesellschaftsrecht oder retour. Da sage ich, bitte, machen wir das eine oder machen wir das andere und fertig und dann macht das Ganze Sinn. Das war es schon. Danke! *(Beifall bei der SPÖ. 18.52 Uhr)*

Präsident : Meine Damen und Herren! Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Bericht über die Zielerreichung des LKH 2000 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Ich stelle einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet.

Wir kommen nun wieder zur laufenden Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung.

Ich komme nun zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 217/1 betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Voitsberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger *(18.54 Uhr)*: Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Voitsberg.

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 10.01.2006 und 07.02.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Voitsberg wird zur Kenntnis genommen. Danke! *(18:54 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung und darf nun zum Tagesordnungspunkt 15 den Herrn Abgeordneten Bacher um seinen Bericht bitten über den

Ausschuss für Kontrolle, über den Landesrechnungshofbericht, Einl.Zahl 218/1, betreffend Prüfung der Wäschereinigung in den Krankenanstalten der Steiermärkischen Krankenanstalten der Steiermärkischen KrankenanstaltengesellschaftmbH. insbesondere der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Zentralen Krankenhauswäscherei.

Ich bitte um den Bericht.

Abg. Bacher: *(18.55 Uhr)* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Bericht zur Kenntnis bringen:

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seinen Sitzungen vom 10.01.2006 und 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfung der Wäschereinigung in den Krankenanstalten der Steiermärkischen KrankenanstaltengesellschaftmbH. insbesondere der Gebarung, der Organisation und der Auslastung der Zentralen Krankenhauswäscherei, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. *(18.55 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (18.56 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, Herr Landesrat!

Zum LKH Voitsberg, meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Abgeordnetenkolleginnen und –kollegen, als regionaler Abgeordneter aus dem Bezirk Voitsberg glaube ich, dass durchaus auch über positive Rechnungshofberichte in diesem Hause gesprochen werden soll, wie wir heute auch von unserem Kollegen Kasic bereits gehört haben. Um einen solchen sehr positiven Bericht handelt es sich beim Prüfungsbericht über das Landeskrankenhaus Voitsberg. Der Rechnungshof hat in einer sehr akribischen Prüfung die Jahre 2001, 2003 und teilweise auch, soweit die Daten vorhanden waren, das Jahr 2004 geprüft. Der Prüfungsumfang einer solchen Rechnungshofprüfung umfasst die Anstaltsordnung, worin die Aufgaben und die Betriebsziele, die Errichtung selbst hin bis zum Qualitätsmanagement beschrieben sind und in weiterer Folge noch sämtliche Abteilungen, Gerätschaften und Dinge, die im LKH Voitsberg passieren. Gespickt ist dieser Bericht auch von Leistungskriterien wie die Verweildauer der Patienten, die Auslastung der Belagstage, Auslastungsberechnungen in den einzelnen Abteilungen, Fallzahlen und Vergleiche mit anderen Spitälern.

Wie bereits erwähnt kommt der Landesrechnungshof bei seiner Feststellung und Empfehlung in den überwiegenden Bereichen zu sehr positiven Ergebnissen. Zu den Empfehlungen kann bereits heute festgestellt werden und gesagt werden, dass fast alle diese Empfehlungen des Landesrechnungshofes bereits wieder umgesetzt sind und erfüllt sind. Bei einem Bezirksbesuch in der vorangegangenen Woche hat sich Herr Landesrat Hirt selbst von den Fortschritten und vom best geführten LKH Voitsberg überzeugen können. Bei einer örtlichen Begehung und bei intensiven Gesprächen mit der Anstaltsleitung und den Betriebsräten hat Herr Landesrat Hirt ausdrücklich die Bereitschaft zur Veränderung vor Ort gelobt.

Und ich glaube, das ist auch ein wichtiger Faktor um im Bezirk und vor Ort auch das Anerkenntnis für das LKH Voitsberg zu erreichen. Hier möchte ich mich auch nochmals öffentlich bei den vor Ort tätigen Personen bedanken, dass die Bereitschaft Kooperation mit anderen Spitälern und die Umstrukturierung in eine zukünftige Akutgeriatrie in Verbindung mit einer Remobilisierung erkannt wurde und auch von den Anwesenden und vor Ort tätigen Personal mit umgesetzt wurde. Der Landesrechnungshof betont in seinem Bericht auch ausdrücklich, dass der demografischen Entwicklung der Region dadurch Rechnung getragen wurde. Derzeit werden bereits entsprechende Betten in das bestehende Haus eingebaut. Als Abgeordneter für diese Region ist es mir wichtig, dass die medizinische Qualität für die Patienten gesichert ist und unser Spital als erste Anlaufstelle für Hilfesuchende eine breite Palette von Leistungen auch anbietet. Politisch würde ich mir aber schon wünschen, dass das Gesundheitswesen nicht nur für politische Spielchen verwendet wird. Die im Vorjahr durchgeführte Chirurgiereform wurde leider auch in unserem Bezirk dazu verwendet, um Schließungängste zu schüren.

Eine Schließung war nie angesprochen, aber das Argument wurde verwendet. Ich habe Zeitungsberichte hier mit. Ich darf dir die sehr gerne übergeben.

Heute wissen wir, dass durch die Reform das Leistungsangebot nicht geschmälert wurde und die Qualität in unserem Bezirk dadurch abgesichert werden konnte. Die Menschen in der Region müssen Vertrauen in ihre Spitäler haben und dürfen nicht verunsichert werden, denn nur dann hat das Spital auch Patienten und nur dann kann die Qualität gehalten werden und auch der Standort abgesichert werden. Natürlich muss die Politik über das Gesundheitswesen und über notwendige Veränderungen und über ständige Anpassungen diskutieren, aber sachlich und behutsam.

Ich darf mich aber nochmals beim gesamten Personal in unserem LKH für die Bereitschaft und den Willen zur Veränderung, den sie in hervorragender Weise gezeigt und vorgelegt haben, recht herzlich bedanken. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ. 19.00 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 14 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Nun ersuche ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu TOP 15 ihre

Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.
Auch hier darf ich die einstimmige Annahme feststelle.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 16, und ich darf Ihnen folgende Mitteilung machen: Herr Landesrat Seitingner musste dringlich wegen einer Sitzung betreffend Vogelgrippe nach Wien fahren und ist daher bei diesem Tagesordnungspunkt und beim folgenden nicht anwesend.

16. Bericht des Ausschusses für Agrarpolitik über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 214/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Tierzuchtgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Franz Riebenbauer und ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (19.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren! Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Agrarpolitik. Betreff: Gesetz mit dem das Steiermärkische Tierzuchtgesetz geändert wird.

Der Ausschuss für Agrarpolitik stellt den Antrag: Der Landtag wollte beschließen:

Gesetz vom, mit dem das Steiermärkische Tierzuchtgesetz geändert wird

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Das Steiermärkische Tierzuchtgesetz, LGBl. Nr. 135/1993, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 107/2002, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 Z. 3 wird das Wort „erhebliche“ durch das Wort „erbliche“ ersetzt.

2. Nach § 7 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt:

„(1a) Eine Zuchtorganisationen für Equiden ist von der Landwirtschaftskammer anzuerkennen, wenn sie folgende zusätzliche Voraussetzungen aufweist:

1. Sie führt das Zuchtbuch über den Ursprung und hat Grundsätze festgelegt:

a) für die Abstammungsaufzeichnung,

b) für die Definition der Merkmale der Rasse(n) oder der vom Zuchtbuch erfassten Zuchtpopulation,

c) für die Kennzeichnung der Equiden,

d) für die Definition der grundlegenden Zuchtziele,

e) für die Unterteilung des Zuchtbuches in Abschnitte, wenn Equiden nach verschiedenen Kriterien eingeschrieben oder eingestuft werden und

f) für Ahnenreihen, die in einem oder mehreren anderen Zuchtbüchern eingeschrieben sind.

2. Sie hält, wenn sie nicht das Zuchtbuch über den Ursprung einer Rasse führt, die Grundsätze ein, die von der Zuchtorganisation, welche das Zuchtbuch über den Ursprung der Rasse führt, aufgestellt sind.“

3. Dem § 28 Abs. 3 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) Die Neufassung des § 2 Z. 3 und die Einfügung des § 7 Abs. 1a durch die Novelle LGBl.Nr.treten mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der, in Kraft.“

Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (19.04 Uhr)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann. Ich darf Sie um Ihre Ausführungen bitten.

Abg. Kaufmann (19.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es tut mir Leid, dass der Herr Landesrat nicht da ist, aber es geht da in der Sache um das Prinzip und wir sagen da zu einem Punkt nein und ich möchte das natürlich gerne erklären. Nicht einfach nur wortlos nein zu etwas sagen.

Uns liegt eine Gesetzesnovelle vor, die ein bisschen eigenartig aussieht, sagen wir einmal so. Eine Gesetzesnovelle mit drei Punkten, wovon ein Punkt eigentlich nur eine Berichtigung ist. In den Erläuterungen steht, dass es um die Umsetzung von EU-Richtlinien geht. Für mich ist es eher ein Alibi, um bestimmte Änderungen durch zu drücken, nennen wir es einmal so. Dem Ausschussantrag

ist ein Unterausschuss voran gegangen und in dem Unterausschuss sind die Punkte behandelt worden, die jetzt nicht mehr im Bericht drinnen stehen. In der Vorlage ist eben gestanden, dass man der Landesregierung die Aufsicht wegnehmen will. Also, die Aufsicht, die bis jetzt die Landesregierung hat, soll zur Landeskammer kommen. Mit der Begründung, und das klingt auch ein bisschen eigenartig, bei der letzten Novelle im Jahr 2002 hat man übersehen, dass die Kammer die Aufsicht haben sollte. Man muss das einmal beachten. Also, die Anerkennung der Zuchtorganisationen liegt bei der Kammer und nun soll auch die Aufsicht zur Kammer kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat diesen Punkten nicht zugestimmt. Wir halten es einfach nicht für sinnvoll, wenn die Kammer, die ja eigentlich die Vertretung der Bauern, also die Berufsvertretung der Bauern über hat, dann ihre Mitglieder auch überwachen will. Es geht da rein um Überwachen. Für mich gibt es da einen Widerspruch. An wen soll sich zum Beispiel der Bauer wenden, wenn er sich irgendwie ungerecht behandelt fühlt durch diese Überwachung bei dieser Überwachung? An seine Berufsvertretung die Kammer, die ja eigentlich die Überwachung dann über hat. Also für mich passt das einfach nicht zusammen, wenn das alles in einer Hand ist. Das passt einfach nicht. Aber alles in einer Hand, speziell was die Bauern anbelangt, alles in der Hand der ÖVP, (*Abg. Mag. Drexler: „Nein, alles nicht!“*) das ist die Devise. Wenn man das Gesetz liest, dass weiß man, dass mit der Überwachung die Kammer unter anderem auch die Einsicht in die geschäftlichen Unterlagen nehmen könnte. Ich frage mich warum? Warum sollte die Kammer Einsicht in geschäftliche Unterlagen haben? Es schaut so aus, dass es für den Bauern überhaupt keinen Freiraum geben darf. Überhaupt keinen Freiraum, in dem die Kammer oder der Bauernbund oder die ÖVP, es ist eh alles eines, keinen Einblick haben darf. (*Abg. Riebenbauer: „Haben wir schon einmal gehabt!“*)

Gewesen, das darf einfach nicht sein. (*Abg. Mag. Drexler: „ Das ist alles eines? Die ÖVP und die Landwirtschaftskammer können....!“*)

Sie können ..., wissen Sie was, Herr Klubobmann Drexler, es wäre sicher ein ganz besonderer Genuss, wenn Sie zur Landwirtschaft sprechen würden. (*Abg. Mag. Drexler:“ Um Gottes Willen, Sie können.....!“*)

Ja, ich habe damals schon sehr gelacht, ich würde heute wahrscheinlich noch mehr lachen. (*Abg. Drexler: „Ich wollte aber jetzt nur.....!“*)

Ich habe mich aber auch gewundert über die Antwort vom Herrn Landesrat Seitinger beziehungsweise seiner Fachabteilung. Die sagen nämlich, seit 13 Jahren, seit 1993 gibt es angeblich, betont angeblich, keine Personal für die Aufsicht. Und da kommt man jetzt im Jahr 2006 darauf, dass man 13 Jahre kein Personal gehabt hat. Angeblich wurde dieser Mangel auch im Jahr 2002 nicht behoben, wo es wieder eine Novelle gegeben hat.

Angeblich hat man 2002 vergessen, die Überwachung der Kammer zu übertragen. Jetzt haben wir heute soviel gehört über Aufsichtspflichtverletzungen, das ist die ganze Zeit von dieser Seite gekommen. Bitte, wenn man ein Gesetz 13 Jahre hat, und da steht drinnen, dass man die Aufsicht hat, und dann vollzieht man das 13 Jahre nicht, ist das nicht auch eine Verletzung der Aufsichtspflicht. Nur das kehrt man unter den Tisch. Da sagt man, die Fachabteilung hat geglaubt oder hat gedacht, dass die Kammer die Aufsicht hat. Bitte, liest man dort keine Gesetze? Von jedem Bürger wird erwartet, dass er die Gesetze kennt und einhält und dort kennt man es, liest man es und sagt man einfach, wir haben geglaubt. Also ich sage ehrlich, ich glaube, dass mit dem Gesetz einfach einer der Bereiche, den sich die Kammer bzw. die ÖVP noch nicht unter den Nagel gerissen hat, einfach von der jetzigen Landesregierung wegkümmern hätte sollen.

(*Abg. Riebenbauer: „Ist ja ein Wahnsinn, müsst ihr auch gleich aufnehmen!“*).

Ja, so ähnlich sehe ich das auch! Und ihr habt geglaubt, dass wir das einfach so hinnehmen. Nur das tun wir nicht. Das machen wir nicht. Bestätigt, dass dies so ist wie ich es sage, ist auch die Antwort vom Herrn Landesrat im Ausschuss gewesen, das ist eine Bestätigung. Ich darf sie zitieren, ich habe sie wörtlich mitgeschrieben: „Die Kontrolle ist aus fachlichen Gründen nicht notwendig. Der Export wird vom Bund kontrolliert und die wenigen Aufgaben, die sich dadurch ergeben, sollen wir der Kammer übergeben.“

Die gleichen wenigen Aufgaben, also das bisschen Arbeit, wie der Herr Landesrat sagt, würde aber ein bis zwei Dienstposten ausmachen, wenn es die Landesregierung macht. Also da stimmt ja was nicht.

Es ist eh nur ein bisschen Arbeit und man darf es nicht bei der Landesregierung lassen, weil sonst würde es zusätzlich ein bis zwei Dienstposten kosten. Warum das so ist, das hat der Herr Landesrat nicht beantworten können. Er kann es auch heute nicht beantworten, weil er nicht da ist. Aber ich wollte nur erklären, warum wir dazu nein sagen und dass wir das sehr wohl begründen können. Danke! *(Beifall bei der SPÖ. 19.10 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmannstellvertreter Riebenbauer. Herr Klubobmannstellvertreter, ich bitte um deine Ausführungen.

Abg. Riebenbauer *(19.10 Uhr):* Frau Präsidentin, Herr Klubobmann Kröpfl!

Das halte ich ja gar nicht aus, wenn ich da nichts sage dazu. *(Abg. Kröpfl: „Halte dich kurz!“)* Es wird eh so kurz. Frau Abgeordnete Kaufmann, bitte nochmals um Verständnis. Es ist mir schon klar. Die Situation ist natürlich in der Rinderzucht gegenüber bei den Dammhirschen eine verschiedene. Das ist auch klar. Aber generell ich möchte wirklich eines sagen. Ich glaube wirklich, dass wir vor allen Dingen die Aufsicht schon gehabt haben, genug Aufsicht gehabt haben. Ich denke an unsere Amtstierärzte, ich denke an die Tierärzte. Denken wir an die gesamte Rinderkennzeichnung, wo alles auf Grund der Ohrmarken nachvollziehbar ist, wo das Tier geboren ist und wo es dann geschlachtet wurde, wo es aufgezogen wurde. Und wenn du hier sagst, das soll noch mehr überprüft werden und wir wollen über die Kammer noch mehr überprüfen und noch viel mehr den Bauern auflasten, das ist eine ganz einfache Geschichte. Wenn der seine Zucht nachweisen muss, dann gibt es höchstwahrscheinlich ein Buch, wo das eingetragen ist, wo man das nachweisen kann. Es ist im Ausschuss ja alles erledigt worden. Die Mehrheit hat entschieden, wie dieses Gesetz geändert wird. Das nehmen wir zur Kenntnis. Wir nehmen zur Kenntnis, dass ihr das nicht der Landeskammer überträgt, sondern dass das Land vollziehen soll. Wir werden es aber auch draußen sagen, wenn das Konsequenzen für die Bauernschaft hat im negativen Sinn, da werden wir selbstverständlich nicht schlafen. Und wenn drei neue Beamte kommen, dann werdet ihr schön brav zahlen und wir sagen danke der SPÖ.

(Abg. Kaufmann: „Super!“)

Aber trotzdem, ich wünsche uns in der Steiermark eine gute Zucht im Interesse der Bäuerinnen und Bauern. Danke! *(Beifall bei der ÖVP. 19.12 Uhr)*

Präsidentin Beutl. Nun liegt tatsächlich keine weitere Wortmeldung mehr vor und ich darf nun die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. Gegenprobe.

Damit ist das einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Agrarpolitik über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 270/1, betreffend Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Erwin Gruber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Erwin Gruber: *(19.13 Uhr)* Geschätzte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Gesetz, mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung 2001 geändert wird zu TOP 17, Einl.Zahl 270/1.

Der Ausschuss für Agrarpolitik hat in seiner Sitzung am 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Agrarpolitik stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Gesetz – ich habe es bereits gesagt – mit dem die Steiermärkische Landarbeitsordnung geändert wird.

Der Steiermärkische Landtag hat in Ausführung der Grundsatzbestimmungen des Landarbeitsgesetzes 1984, BGBl.Nr. 287, zuletzt in der Fassung BGBl.Nr. 36/2005, des Behinderteneinstellungsgesetzes, BGBl.Nr.22/1970, zuletzt in der Fassung BGBl.Nr. 82/2005 und des Gleichbehandlungsgesetzes, BGBl.Nr. 66/2004, zuletzt in der Fassung BGBl.Nr. 82/2005 beschlossen. Ich möchte jetzt den gesam-

ten Gesetzestext nicht vorlesen. Einem jeden ist dieser Text glaube ich ganz genau bekannt und ich bitte um Annahme. Danke! (19.14 Uhr)

Präsidentin Beutl: Danke für die ausführliche Berichterstattung und darf anmerken, dass es keine Wortmeldung gibt. Wir kommen daher zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Gemeinden über den Antrag, Einl.Zahl 297/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Ernest Kaltenegger betreffend kinder- und jugendgerechter Wohnbau.

Berichterstatter ist der Herr Klubobmann Kaltenegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kaltenegger (19.15 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ausschuss für Gemeinden hat in seiner Sitzung am 7.2.2006 über den oben angeführten Gegenstand die Beratungen durchgeführt. Der Ausschuss für Gemeinden stellt den Antrag: Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zukünftig Kind(er)gerechtigkeit in allen das Wohnumfeld betreffenden baulichen Maßnahmen insbesondere im Wohnbau als verbindliches Kriterium einzuführen. Hierfür notwendige Gesetzesnovellierungen sollen unter Einbeziehung von ExpertInnen wie zum Beispiel dem Kinderbüro Steiermark stattfinden. Ich ersuche um Annahme. (19.16 Uhr)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht. Und ich darf nun der Frau Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler das Wort erteilen. Sie hat sich dazu gemeldet.

Abg. Klimt-Weithaler (19.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Besucher und Besucherinnen! Ich werde mich kurz fassen in Anbetracht der Tatsache, dass es schon sehr spät ist. Aber ich möchte Ihnen diese Wortmeldung nicht ersparen, weil ich glaube, dass Anliegen, die Kinder und Jugendliche betreffen, in unserer Gesellschaft ohnehin sehr wenig Zeit und Raum und Platz gegeben wird. (Abg. Kröpfl: „Haben wir noch Zeit?“) Aus diesem Grund tut es mir einerseits sehr leid, dass von der Landesregierung niemand mehr anwesend ist und gleichzeitig finde ich es auch schade, dass dieser Tagesordnungspunkt jetzt zustande kommt, wo die Schüler und Schülerinnen uns bereits verlassen haben, (Abg. Kröpfl: „Das kann man sich nicht aussuchen!“) denn schließlich gehören sie zu jener Gruppe, für die wir sozusagen als Lobby den vorangegangenen Antrag auch eingebracht haben. Diese Schüler und Schülerinnen würden mich wahrscheinlich bestätigen, wenn ich feststelle, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen in sehr vielen Bereichen, die wir Erwachsenen organisieren, und es sind die meisten Bereiche, die von uns Großen organisiert werden, oft keinen Platz finden. Dass es Kinder- und Jugendorganisationen gibt, die diese notwendige Lobbyarbeit betreiben und leisten, halten wir für sehr sinnvoll und gut. Letztendlich muss aber auch die Steiermärkische Landesregierung die Verantwortung dafür übernehmen, dass notwendige Bedingungen für ein gesundes und kindgerechtes Aufwachsen gewährleistet sind. Und dazu gehört unserer Meinung nach auch ein kinder- und jugendgerechter Wohnbau.

Die räumlichen Bedingungen im Wohnumfeld von Kindern und Erwachsenen haben sich mit der Zeit verändert. Freiräume sind kleiner geworden oder ganz weg gefallen. Das ist einerseits immer wieder Anlass für Konflikte zwischen den Bewohnern und Bewohnerinnen, andererseits stellt es aber auch eine massive Einschränkung der Entwicklungsbedingungen der Kinder und Jugendlichen dar. Natürlich sind die Ursache für solche Konflikte oft sehr vielfältig, aber in vielen Fällen sind sie bereits in der Planung der oft riesigen Wohnanlagen begründet, die auf die Bedürfnisse der Kinder und

Jugendlichen nicht ausreichend eingeht, oder sie schlicht und einfach vergisst. Die Spielplätze, die es in diesen Wohnanlagen gibt, sind großteils nur für Kleinstkinder ansprechend. Für Schulkinder und Jugendlichen fehlen überhaupt Räumlichkeiten, Aufenthaltsmöglichkeiten und auch Räume für die kalte Jahreszeit.

Im zuständigen Ausschuss ist unser Antrag einstimmig angenommen worden und ich hoffe, dass auch hier in der Landtagssitzung alle Parteien zu dem Schluss kommen, dass es nur sinnvoll sein kann, wenn man zukünftig Kindergerechtigkeit in allen das Wohnumfeld betreffenden baulichen Maßnahmen, insbesondere im Wohnbau, als verbindliches Kriterium einführt. Was kindgerecht ist, wissen Kinder am besten. Und das unterscheidet sich manchmal von dem, was wir ihnen als kindgerecht zumuten. Wir brauchen deswegen einen kinder- und jugendgerechten Wohnbau und zwar unter Einbeziehung derjenigen, die es wirklich betrifft, nämlich der Kinder und Jugendlichen, die sich bei notwendigen Gesetzesnovellierungen von Experten und Expertinnen, wie zum Beispiel dem Kinderbüro Steiermark, vertreten lassen können.

Ich hoffe auf eine positive Abstimmung für diesen Antrag und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ, SPÖ und ÖVP. 19.20 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich darf daher die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen. Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft. Die Einladung zur nächsten Sitzung des Steiermärkischen Landtages erfolgt auf schriftlichem – die Sitzung ist noch nicht beendet – das heißt elektronischem Wege.

Ich wünsche Ihnen erholsame Semesterferien und die Sitzung ist nun beendet. *(Allgemeiner Beifall – Ende der Sitzung. 19.21 Uhr)*